

---

# Deutschland und der Mittlere Osten

Herausgegeben von  
Wolfgang G. Schwanitz



Leipziger Universitätsverlag 2004

**Comparativ** : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden  
Gesellschaftsforschung / hrsg. von Matthias Middell und Hannes Siegrist –  
Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

ISSN 0940-3566

Jg. 14, H. 1. Deutschland und der Mittlere Osten – 2004

**Deutschland und der Mittlere Osten.** Hrsg. von Wolfgang G. Schwanitz –  
Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 2004

(Comparativ ; Jg. 14, H. 1)

ISBN 3-937209-48-4

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2004

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden  
Gesellschaftsforschung 14 (2004) 1

ISSN 0940-3566

ISBN 3-937209-48-4

---

## Inhaltsverzeichnis

	Beziehungen zwischen regionalen Nachbarn	7
	<i>In memoriam</i> Gerhard Höpp (1942–2003). Arabist und Islamwissenschaftler	11
Aufsätze		
<i>Wolfgang G. Schwanitz</i>	Paschas, Politiker und Paradigmen: Deutsche Politik im Nahen und Mittleren Orient 1871–1945	22
<i>Stefan R. Hauser</i>	Deutsche Forschungen zum Alten Orient und ihre Beziehungen zu politischen und ökonomischen Interessen vom Kaiserreich bis zum Zweiten Weltkrieg	46
<i>Renate Dieterich</i>	„... in der warmen Jahreszeit ist ein Lagern im Freien überall möglich“: Die deutsch-transjordanischen Beziehungen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs	66
<i>Uwe Pfullmann</i>	Die deutsch-saudischen Beziehungen und die Akteure auf der Arabischen Halbinsel 1924–1939	86
<i>Karl Heinz Roth</i>	Vorposten Nahost: Franz von Papen als deutscher Türkeibotschafter 1939–1944	107
<i>Wolfgang G. Schwanitz</i>	„Der Geist aus der Lampe“: Fritz Grobba und Berlins Politik im Nahen und Mittleren Orient	126
<i>Klaus Jaschinski</i>	Das deutsch-iranische Verhältnis im Lichte der alliierten Invasion in Iran 1941	151

**Tagungsbericht**

- Geschichte und Recht: gegenseitige Aneignungen. Zum Dialog  
zwischen Rechtsgeschichte und Geschichtswissenschaft  
(*Isabella Löhr*) 173

**Buchbesprechungen**

- Uwe Pfullmann, *Durch Wüste und Steppe. Entdeckerlexikon arabi-  
sche Halbinsel – Biographien und Berichte*, Berlin 2001 (*Klaus  
Jaschinski*) 177
- Ulrich van der Heyden/Joachim Zeller (Hrsg.), *Kolonialmetropole  
Berlin – Eine Spurensuche*, Berlin 2002 (*Heinz Schütte*) 178
- Emmanuel Todd, *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, München 2003  
(*Wolfgang G. Schwanitz*) 183
- Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 186

---

## Beziehungen zwischen regionalen Nachbarn

Diese Studien über Beziehungen Deutschlands zum Nahen und Mittleren Orient bereichern eine Reihe von Arbeiten, die in regional-historischer Komparatistik Amerika-Nahost-Europa auf den Gebieten Politik, Wirtschaft, Militär und Kultur entstehen.<sup>1</sup>

Solche interregional vergleichenden Felder sind bislang zu wenig bestellt worden. Es gibt heute einen nicht mehr zu übersehenden Forschungsbedarf, zumal in Deutschland kein Zentrum oder kein Lehrstuhl existiert, wo derartige Beziehungen zwischen Europa sowie dem Nahen und Mittleren Orient systematisch erkundet werden.<sup>2</sup>

Der häufige Einwand, Deutschland sei im benachbarten Orient keine Kolonialmacht gewesen, trifft zu, heißt aber nicht, dass es keine Rolle im Werden der dortigen Völker und Länder gespielt hat. Wer sich in die moderne Universalgeschichte vertieft, stellt rasch das Gegenteil fest;<sup>3</sup> zumal im vorigen Jahrhundert, in dem die beiden Weltkriege und der Holocaust mit ihren mannigfachen Berliner Ausgangspunkten sowie die nachfolgende Rivalität aus der deutschen Zweistaatlichkeit auch den Geschicken des Orients ihren Stempel aufgedrückt haben.

Dass Problemen in Mittelost bei den jüngsten Bundestagswahlen mit der Frage einer deutschen Beteiligung am Krieg gegen den Irak eine Hauptrolle zugewachsen ist, mag für all jene einen Denkanstoß bilden, die noch meinen, dieser transkulturellen Forschung nicht zu bedürfen. Berlin sucht im demokratischen Europa seinen Platz auch gegenüber den Nachbarn im Orient. Dazu ist aber ein tiefes Wissen um solche historischen Beziehungen unerlässlich.

Aber es geht nicht darum, dies in der herkömmlich Art zu erkunden, wo es bislang allzu eindimensionale Diplomatie- und Länder-Geschichten gab, die entweder allein auf den Quellen einer Seite beruhten oder in denen Deutschland gar keine Rolle spielte. Das war deutscherseits eine typische „Mono-Darstellung“, in der die Länder des Orients oft nur eine schillernde Projektionsfläche hergaben.

Hingegen bedarf es heute ebenbürtiger, komparativer Ansätze (und ihrer fachlichen Voraussetzungen), wie denn Grundprobleme in den Regionen

---

1 Übersicht: <http://www.trafoberlin.de/reihe-amerika-nahost-europa.htm>

2 E. Rudolph, Bestandsaufnahme: kultur- und sozialwissenschaftliche Forschung über die muslimische Welt, Hamburg 1999.

3 Beispiel Orientreise Wilhelms II. 1898: <http://www.stiftung-sozialgeschichte.de/naher-osten/beitraege.htm>

Europas sowie des Nahen und Mittleren Orients zueinander gestanden haben. Dabei rücken jetzt gleichrangig mehrseitige Quellen und vielfältige Methoden in das Zentrum. Jene Einseitigkeit kann vor allem durch eine interkulturelle Zusammenschau sozialer Wechselwirkungen überwunden werden. Dabei gibt es einen enormen interdisziplinären Forschungsbedarf auch in den Umkehrsichten, also wie Afghanen, Araber, Iraner, Juden und Türken auf die beiden Weltkriege oder auf den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus reagiert haben. Wie reagierten sie auf Deutsche im Lichte des Wandels in Amerika, China, Japan, Palästina, Russland und Europa?

Dies kann im regional-historischen Vergleich ermittelt werden, zumal keine solcher Regionen wie Amerika, Naher und Mittlerer Orient und Europa aus sich selbst heraus erklärbar ist. Komparativ wird es möglich, das lokale, nationale, regionale und globale Werden der einen Welt und ihrer Widersprüche zu ergründen und darzustellen. Dieses Konzept ist flexibel, denn erstens richten sich dabei die zu vergleichenden regionalen Probleme nach den Forschungszielen. Dem unterliegt zweitens auch der synoptische Vergleich nach den Perioden, in denen solche Prozesse entweder einander parallel oder zeitversetzt konfrontiert werden können. Synchron wäre es der Fall, um es hier lediglich durch ein Beispiel zu erhellen, wenn man etwa die jüdische und palästinensische Diaspora in Lateinamerika in Beziehung zu den historischen Entwicklungen in Nah- und Mittelost sowie Deutschland setzt. Asynchron wäre es, geht es darum, wie sich der soziale Wandel in Europa und im Orient etwa mit der Einführung von Fließband, Auto und Flugzeug verändert hat.

Vergleicht man dies mit dem Niveau der britischen und französischen *postcolonial studies* und mit dem Stand ihrer *Beziehungsgeschichten*, so wird der Nachholbedarf auf der deutschen Seite besonders deutlich. Darum werden hier neue Bausteine in das Mosaik der Beziehungen zwischen kulturhistorisch verschiedenen Regionen bis Ende des Zweiten Weltkriegs eingefügt. Dass damit das Thema nicht abgedeckt werden kann, liegt nur auf der Hand.

Einen nächsten Schritt auf diesem Weg der regional-historischen Komparatistik bilden Arbeiten zum Dreieck USA, Naher und Mittlerer Osten und das geteilte Deutschland. Amerika ist dabei hervorzuheben, weil es Anfang der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in diesen Räumen die dort traditionell dominierenden Mächte Großbritannien und Frankreich als Führungsmacht des Westens im globalen Ringen mit der östlichen Vormacht UdSSR abgelöst hat. Es geht dann also um die Ära des Kalten Friedens in Europa und der regionalen Kriege, die der Zeit des ausufernden Streites der Kulturen vorauslief.

Die Begriffe „Nah- und Mittelost“ werden so differenziert benutzt, wie sie dies als Subregionen erlauben. Naher (oder Vorderer) und Mittlerer Orient sind davon historische Vorläufer, meist auf die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg bezogen.

Insgesamt geht es hier um Länder Nordafrikas von Mauretanien bis Sudan sowie in Westasien um die Länder von der Türkei über die Arabische Halbinsel bis nach Iran und Afghanistan in Mittelasien. Es sind Räume, die durch die drei monotheistischen Religionen geprägt werden. Im Interesse einer breiten Leserschaft wurde der strengen Umschrift entsagt. Einige Teile dieser Ausgabe gingen aus einer Washingtoner Tagung hervor, andere sind zusätzlich eingeworben worden. Daher weicht diese Zusammenstellung auch von dem Band „Germany and the Middle East 1871–1945“ ab, der Aufsätze zu weiteren Themen und eine Auswahl erstmals publizierter historischer Dokumente enthält.<sup>4</sup>

Abschließend darf ich den Autorinnen und Autoren danken, denn ohne ihren guten Zuspruch und ihre Leistung wäre diese Zusammenstellung nicht möglich geworden. Daneben bin ich Matthias Middell verbunden, der all dies hilfreich begleitet hat.

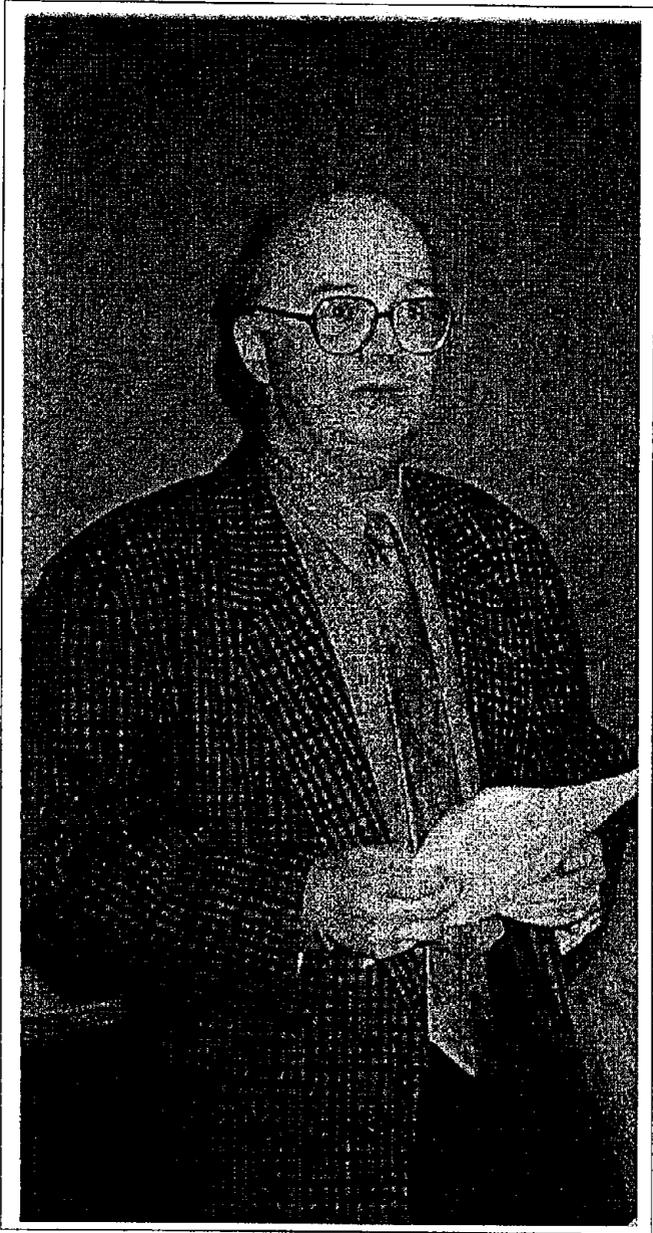
Ein Autor, der sich gern für die vorliegende Publikation zur Mitarbeit bereiterklärt hatte, weilt nicht mehr unter uns: Gerhard Höpp. Anstelle seines geplanten Beitrags erscheint das Gedenken an ihn. Da ihn, der an der Leipziger Universität zur ersten Generation von Arabistik-Studenten nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte, im In- und Ausland sehr viele Kolleginnen und Kollegen kennen und schätzen lernten, soll ihm nun auch diese Ausgabe über historische Beziehungen zwischen regionalen Nachbarn in Deutschland sowie Nah- und Mittelost gewidmet sein.

Wolfgang G. Schwanitz

Browns Mills NJ, Januar 2004

---

4 <http://www.markuswiener.com/reviews/schwanitz.htm>.



---

## IN MEMORIAM GERHARD HÖPP (1942–2003)

### Arabist und Islamwissenschaftler

Der Arabist und Islamwissenschaftler Gerhard Höpp ist am 7. Dezember in Berlin Mitte verstorben. Er war Professor für die Geschichte der Araber und Mitarbeiter am Berliner Zentrum Moderner Orient. Maßgeblich hat er die Geschichte des Islams und der Muslime Mitteleuropas von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs als eigenständiges Fach etabliert.

Geboren am 4. Februar 1942 als Kind eines Angestellten in Berlin, setzte er nach einem nachkriegsbedingten Aufenthalt seiner Familie in Arnstadt seinen Schulweg in der Spree-Metropole fort. Frühzeitig verstarb sein Vater, der in der Staatlichen Plankommission war. Warum hat Gerhard Höpp Arabistik studiert? Augenzwinkernd verwies er auf die Neugier, die in ihm die prächtige Erscheinung eines jemenitischen Prinzen auf Besuch im Kabelwerk Oberspree erweckt hat, wo er nach dem Abitur zwei Jahre bis zum Beginn des Studiums arbeitete.

Einst begann eine Ära des Aufbruchs ins Unbekannte. Zum einen führte der Mauerbau zur auswärtigen Neuorientierung, denn mithin rückte die deutsche Einheit in weite Ferne, was wiederum das deutsche Tauziehen um die Gunst von Ländern außerhalb der beiden globalen Militärblocke unter ihren rivalisierenden Paktführern USA und UdSSR belebt hat. Zum anderen schlug jungen Nationalstaaten aus alten Kulturen im *Jahr Afrikas* die Stunde der Entkolonialisierung. Indes über ein Dutzend Länder unabhängig wurden, wandten sich Araber aus der Bewegung der Paktfreien in der dreigeteilten Welt des Kalten Krieges auch Ländern Osteuropas zu. Die Nationalisierungen und der Arabische Sozialismus begannen, die nichtkonservativen Teile des arabischen Raums zu prägen. Algeriens Ahmad bin Billa, Ägyptens 'Abd al-Nasir und Iraks 'Abd al-Karim Qasim schienen den säkularen Schwung zu verkörpern.

Vor diesem Hintergrund studierte Gerhard Höpp Arabistik und Islamwissenschaft am Orientalischen Institut der Universität Leipzig. Er war 1962 wie auch Gerhard Hoffmann und Holger Preißler in der ersten Generation dieser Studenten. Zu seinen Lehrern zählten Wolfgang Reuschel und Günther Krahl in orientalischen Sprachen und Lothar Rathmann, Ernst Werner und Kurt Rudolph in allgemeiner, nahöstlicher und Religionsgeschichte. Nicht zuletzt zeitigte Walter Ulbrichts Reise nach Ägypten Konsequenzen in Lehre und Forschung. Ein enormer Wissensbedarf offenbarte sich, denn außereuropäische Räume konnten nicht allein mit europäischen Maßstäben er-

fasst werden. Was Wunder, dass sich Höpp nach dem Studium als Assistent an der nachmaligen Sektion Afrika- und Nahost-Wissenschaften der Ideengeschichte arabischer Länder annahm. Seine Dissertation über kleinbürgerliche Kräfte stand unter dem Vorzeichen der in seiner Heimat allobwaltenden Ideologie.

Nachdem er 1972 promoviert wurde, war er vier Monate als Gastlektor am Juristischen Institut der späteren Universität Aden. Dann arbeitete er als Übersetzer beim Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst in Berlin. In dieser Zeit führte ihn eine Urlaubsvertretung nach Bagdad. Abschließend reiste er von dort mit dem Bus nach Damaskus und kam über Syrien heim. Bald zog es ihn in die Wissenschaft, so dass er im Mai 1975 an das Berliner Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften überwechselte. Dort beschäftigte ihn die Geschichte von Ideen und Reformen in der arabischen Region. Anfang der 80er Jahre wurde er Leiter der Forschungsgruppe Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens.

Als an der Akademie das Institut für Weltgeschichte 1986 gegründet wurde, übernahm Höpp den Bereich *Geschichte der Entwicklungsländer*. Er setzte mit Martin Robbe seine Forschungen zu geistigen Auseinandersetzungen in Asien und Afrika fort. Andererseits begann er mehr und mehr, sich für das historische Detail zu interessieren. Die Erfahrungen mit dem, was man daheim Sozialismus nannte, sowie mit dem Arabischen Sozialismus, der seit längerem im Niedergang begriffen war, führten ihn zu den historischen Wurzeln dieser Bewegungen hin. Sichtbar wird dies an seiner Habilitation zur Geschichte der Arabischen Nationalisten nach dem Zweiten Weltkrieg, die er an der Akademie Ende 1986 verterdigt hat. Zwar trägt sie die Überschrift „Vom Nationalismus zum Sozialismus“, doch war dies ein Sozialismus im arabischen Gepräge, also eine klare Abgrenzung zum osteuropäischen Modell. Diese Arbeit besticht durch eine Fülle an originalsprachlichen Belegen, mit denen er die Wege jener weit verzweigten *harakat al-qaumiyyin al-'arab* rekonstruiert hat. Trotz seiner mehrfachen Bemühungen ist das Werk, wie auch seine Dissertation, nicht publiziert worden.

Abgesehen von den Enttäuschungen gegenüber der Ideologie, mag die Hinwendung zum historischen Mosaik auch durch die ostdeutschen Umstände befördert worden sein, wo ja niemand gewiss sein konnte, ob er die betreffenden Länder auch bereisen durfte, sofern er Themen wählte, die Feldstudien erforderlich machten. Folglich lag es nur nahe, etwas zu ergünden, wofür man sicher an Quellen herankam. Solche Schätze ruhten im damaligen Potsdamer Zentralarchiv und im Public Record Office. Trotzdem wurde er kein Freund langer Reisen.

Bald trat das ein, was er eigentlich nicht angestrebt hat, denn es drängte ihn weder nach Ämtern noch nach Funktionen. Der Präsident der Akademie ernannte ihn Mitte 1988 zum Professor. Wer Höpps Beiträge liest, erfährt, wie akribisch er den Wegen von Muslimen nachspürte, die es nach Deutschland und in die Umgebung verschlug. In dieser Tradition von Lothar Rathmann erforschte er die muslimische und arabische Diaspora als Neuland. Er benutzte auch Quellen aus Westberliner Bibliotheken, als Tagesreisen dorthin möglich wurden.

Indessen überraschte auch ihn der Fall der Berliner Mauer. Plötzlich erwachsen da neue Chancen, aber auch unbekannte Herausforderungen. Als bald übernahm er die Aufgabe des Koordinators am Forschungsschwerpunkt Moderner Orient, einer Einrichtung, die in der Nachfolge der Institute der Akademie der Wissenschaften stand und als Novum Gelehrte aus dem deutschen Westen und Osten vereinen sollte. Wie auch dessen Kommissarischer Direktor, Fritz Steppat, hat Gerhard Höpp all dies begrüßt und nicht gezögert, auf neue Kolleginnen und Kollegen zuzugehen. Er gründete 1993 die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient in Hamburg mit und wirkte in der Bremer Nahost-Redaktion der Zeitschrift *Sozial.Geschichte*.

Schmerzlich empfand er die Ausschaltung einstiger Kolleginnen und Kollegen nach der Einheit und galt selbst als einer der letzten Ostdeutschen am Berliner Zentrum Moderner Orient. Zwar würdigte er den friedlichen Prozess und die allgemeinen Fortschritte, jedoch erfuhr er auch um die Rückschläge, die das Überstülpen des westlichen Systems im Osten erbracht hat. Im Lichte einer rücksichtslosen Personalpolitik gegenüber Ostdeutschen, die auch 1995 junge Gruppen zerschlugen und dann den westdeutschen Nachwuchs bevorzugt hat, suchte er zu helfen, wo er konnte. Er, der von einem Forschungsinstitut der Akademie kam, blieb an eine befristete Projektstelle gebunden. Seine lang gehegte Idee, wieder ein außeruniversitäres Institut für historische Orientforschung zu etablieren, erwies sich als Blütenraum.

Letztmalig reiste er 1996 nach Nahost, wo er in Kairo an einer Tagung zur Geschichte Deutschlands und Ägyptens teilnahm. Noch einmal nahm er die Herausforderung eines großen Themas an, indem er begann, arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus zu erkunden. Zwar war für ihn dieses Thema nicht generell neu, stellt es doch einen Teil der Geschichte dar. Doch wandte er sich ihm mit Biographien zwischen den Kulturen zu. Dabei leistete er in *Mufti-Papiere* einen Hauptbeitrag zum Verständnis jener arabischen Kräfte, die Jerusalems Großmufti Amin al-Husaini in seiner Kollaboration mit dem Dritten Reich verkörpert hat. Andererseits lenkte er den Blick gleichwohl auf arabische Opfer in den nazistischen Konzentrationslagern,

auf die Zwangsarbeiter, auf die Kriegsgefangenen und auf jene Araber, die als Verteidiger der Republik im spanischen Bürgerkrieg gekämpft haben.

Dafür wertete er Archive in Österreich und Belgien aus. Später sollte daraus eine Synthese von Kriegsbildern werden, in denen er die Erlebnisse und Erfahrungen von arabischen Teilnehmern am Ersten Weltkrieg und am Zweiten Weltkrieg zu verknüpfen suchte. Mit seinen Erfolgen, reflektiert auch in einem Interview für den Sender *Al-Jazira*, erfuhr er das Gefühl, dass „die Forschung endlich einmal etwas bewirkt hat“. Unvollendet ist hingegen seine Biographie über Essad Bey, der durch sein Buch über den Propheten Muhammad hervorgetreten war. Über solche Grenzgänger wie Essad Bey schlussfolgerte Höpp in *Biographien zwischen den Kulturen* dreierlei: zwar schreite die Globalisierung von Märkten und Kulturen voran, jedoch bedeute dies keine automatische Akzeptanz des Prozesses und der Immigration; nach wie vor reduziere sich das öffentliche Interesse daran auf elitäre Zirkel; die oft unterprivilegierte Lage der kulturellen Vermittler aus der Diaspora schränke ihre Wirkung im Aufnahmeland ein, was oft zur Anpassung, nicht aber zur kreativen Energie führe.

Wer Gerhard Höpp kannte, lernte seine tiefe Hingabe zum Fach, seine menschliche Güte und seine akademische Genauigkeit schätzen. Stets war er Jüngeren gegenüber hilfsbereit und führte viele in Archive ein, die für die arabische Geschichte und die Geschichte von Muslimen Mitteleuropas wichtig sind. Überdies mochte er Kriminalromane Donna Leons und Friedrich Dürrenmatts sowie Filme mit Marika Röck und Romy Schneider. Als Philatelist sammelte er Polar-Post. Gerhard Höpp lebt nicht nur in den Gedanken seiner Freunde fort, sondern auch in seinen Werken, mit denen er in den Zeiten von Umbrüchen seine historischen Brücken zwischen Nah- und Mittelost sowie Mitteleuropa andererseits gebaut hat.

Wolfgang G. Schwanitz

## Gerhard Höpp als Buchautor und Herausgeber\* (Auswahl)

- 2001\*: *Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil. 1940–1945*, Berlin: Klaus Schwarz Verlag.
- 2001\* (mit Norbert Mattes): *Berlin für Orientalisten. Ein Stadtführer*. Berlin: Das Arabische Buch (2001: Klaus Schwarz Verlag, 2., aktualisierte Aufl.).
- 2000\* (mit Brigitte Reinwald): *Fremdeinsätze. Afrikaner und Asiaten in europäischen Kriegen, 1914–1945*. Berlin: Das Arabische Buch.
- 2000: *Texte aus der Fremde. Arabische politische Publizistik in Deutschland, 1896–1945. Eine Bibliographie*. Berlin: Das Arabische Buch.
- 1998\* (mit Frank Gesemann, Haroun Sweis): *Araber in Berlin*. Berlin: Im Auftrag der Ausländerbeauftragten des Senats (2002: 2. Aufl.).
- 1998\* (mit Henner Fürtig): *Wessen Geschichte? Muslimische Erfahrungen historischer Zäsuren im 20. Jahrhundert*. Berlin: Das Arabische Buch.
- 1997\* (mit Thomas Scheffler): *Gegenseitige Wahrnehmungen – Orient und Okzident seit dem 18. Jahrhundert*. Themenband der Zeitschrift *asien, afrika, lateinamerika*.
- 1997: *Muslime in der Mark. Als Kriegsgefangene und Internierte in Wünsdorf und Zossen, 1914–1924*. Berlin: Das Arabische Buch.
- 1996\*: *Fremde Erfahrungen. Asiaten und Afrikaner in Deutschland, Österreich und in der Schweiz bis 1945*. Berlin: Das Arabische Buch.
- 1996\* (mit Gerdien Jonker): *In fremder Erde. Zur Geschichte und Gegenwart der islamischen Bestattung in Deutschland*. Berlin: Das Arabische Buch.
- 1994: *Arabische und islamische Periodika in Berlin und Brandenburg, 1915–1945. Geschichtlicher Abriss und Bibliographie*. Berlin: Das Arabische Buch.
- 1986: *Vom Nationalismus zum Sozialismus. Zur Geschichte und Ideologie der „Bewegung der Arabischen Nationalisten“ (BAN) und ihrer Nachfolgeorganisationen, 1948–1975*. (Habilitation), Berlin.
- 1984: *Algerien: Befreiungskrieg 1954–1962*. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften.
- 1982\*: (mit Martin Robbe u. a.): *Geistige Profile Asiens und Afrikas*. Berlin: Akademie-Verlag.
- 1972: *Zur Rolle und Funktion kleinbürgerlicher Kräfte in den geistigen Auseinandersetzungen in den arabischen Ländern. Ein Beitrag zur Untersuchung des ideologischen Klassenkampfes in der nationalen Befreiungsbewegung der arabischen Völker* (Dissertation), Leipzig.

## Gerhard Höpp als Beiträger zu Nachschlagewerken und Sammelbänden (Auswahl)

- 2004: *In the Shadow of the Moon: Arab Inmates in German Concentration Camps until the End of World War II*. In: Wolfgang G. Schwanitz (ed.): *Germany and the Middle East, 1871–1945*. Princeton NJ.
- 2002: *Zwischen Universität und Strasse. Ägyptische Studenten in Deutschland 1849–1945*. In: Konrad Schliephake, Ghazi Shanneik (Hrsg.): *Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ägypten*. Würzburg, S. 31-42.
- 2002: *Mohammed Essad Bey oder Die Welten des Lev Abramovic Nussenbaum*. In: Essad Bey: „Allah ist gross“. Niedergang und Aufstieg der islamischen Welt. München, S. 385-414.
- 2001: *Biographien zwischen den Kulturen: Asis Domet und Mohammed Essad*. In: Henner Fürtig (Hrsg.): *Islamische Welt und Globalisierung*. Würzburg, S. 149-157.
- 2000: *Orientalist mit Konsequenz: Georg Kampffmeyer und die Muslime*. In: Rainer Flasche, Fritz Heinrich, Carsten Koch (Hrsg.): *Religionswissenschaft in Konsequenz. Beiträge im Anschluß an Impulse von Kurt Rudolph*. Hamburg, S. 37-47.
- 2000: *Frontenwechsel: Muslimische Deserteure im Ersten und Zweiten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit*. In: Gerhard Höpp, Brigitte Reinwald (Hrsg.): *Fremdeinsätze. Afrikaner und Asiaten in europäischen Kriegen, 1914–1945*. Berlin, S. 129-141.
- 1999: *Der Gefangene im Dreieck: Zum Bild Amin al-Husseinis in Wissenschaft und Publizistik seit 1941*. In: Rainer Zimmer-Winkel (Hrsg.): *Eine umstrittene Figur: Hadj Amin al-Husseini – Mufti von Jerusalem*. Trier, S. 5-23.
- 1998: *Feindbild „Westen“*. *Zur Rolle historischer Zäsuren beim Wandel muslimischer Europabilder seit dem 19. Jahrhundert*. In: Henner Fürtig, Gerhard Höpp (Hrsg.): *Wessen Geschichte? Muslimische Erfahrungen historischer Zäsuren im 20. Jahrhundert*. Berlin, S. 11-26.
- 1998: *Zwischen allen Fronten. Der ägyptische Nationalist Mansur Mustafa Rifat (1883–1926) in Deutschland*. In: Wajih 'Abd as-Sadiq 'Atiq, Wolfgang G. Schwanitz (eds.): *Misr wa Almaniya fi al-qarnain al-tasi' 'ashar wa al-'ishrin fi dau' al-watha'iq* [Egypt and Germany in the 19<sup>th</sup> and 20<sup>th</sup> century as reflected in archives]. Kairo, S. 53-64, 263-273.
- 1998: (mit Kai Hafez) *Gegenwartsbezogene Orientwissenschaft in der DDR und in den neuen Bundesländern: Kontinuität oder Neubeginn?* In: Wolf-

- Hagen Krauth, Ralf Wolz (Hrsg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung*. Berlin, S. 95–163.
- 1996: *Die Privilegien der Verlierer. Über Status und Schicksal muslimischer Kriegsgefangener und Deserteure in Deutschland während des Ersten Weltkrieges und der Zwischenweltkriegszeit*. In: Gerhard Höpp (Hrsg.): *Fremde Erfahrungen*. Berlin, S. 185–210.
- 1995: *Ruhmloses Zwischenspiel. Fawzi al-Qawuqi in Deutschland, 1941–1947*. In: Peter Heine (Hrsg.): *Al Rafidayn. Jahrbuch zu Geschichte und Kultur des modernen Iraq*. Bd 3, Würzburg, S. 19–46 (auch in: *al-Quds*, London, 11.8.1999, 12.8.1999).
- 1994: *Ein Bild vom anderen: Berlin in arabischen Reisebeschreibungen des 19. Jahrhunderts*. In: Cornelia Wunsch (Hrsg.): *XXV. Deutscher Orientalistentag*. Stuttgart, S. 167–173.
- 1994: *Lexikon arabische Welt*. Hrsg. Günter Barthel, Kristina Stock. Wiesbaden.
- 1994: *Araber im Zweiten Weltkrieg - Kollaboration oder Patriotismus?* In: Wolfgang Schwanitz (Hrsg.): *Jenseits der Legenden: Araber, Juden, Deutsche*. Berlin, S. 86–92.
- 1994: *Der Koran als „Geheime Reichssache“. Bruchstücke deutscher Is-lampolitik zwischen 1938 und 1945*. In: Holger Preißler, Hubert Seiwert (Hrsg.): *Gnosisforschung und Religionsgeschichte. Festschrift für Kurt Rudolph zum 65. Geburtstag*, Marburg, S. 435–446.
- 1994: *Muhammad Kamil 'Ayyad fi Berlin (1921–1929). Suwar min nishat at-tullab al-'arab fi 'asimat Almaniya*. [Muhammad Kamil 'Ayyad in Berlin (1921–1929). Pictures of the Arab Student Council in the German Capital]. In: Muhammad Kamil al-Khatib (Hrsg.): *Kamil 'Ayyad. Maqalat mukhtara*. Damaskus, Bd . 1, S. 29–45 [auch in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 38(1996)2, S.89–95].
- 1991: *Traditionen der ägyptischen Revolution: Ägyptische Nationalisten in Deutschland, 1920–1925*. In: Schwanitz, Wolfgang (Hrsg.): *Berlin-Kairo: Damals und heute*. Berlin, S. 72–84.
- 1989: *Arabische Aufklärung, islamische Reform und kapitalistische Ethik. Zur Herausbildung bürgerlichen Klassenbewußtseins in arabischen Ländern*. In: Martin Robbe (Hrsg.): *Wege zur Unabhängigkeit*. Berlin, S. 223–234.
- 1989: *Underdevelopment and Islam. The Problem of Adaption of Heritage in Arab Countries under Colonial Conditions*. In: Günter Barthel, Gerhard Hoffmann (eds.): *Arab Heritage and Traditions*. Berlin, S. 68–78.

- 1989: *Nasser as a historic Personality*. In: Martin Robbe, Jürgen Hösel (eds.): *Egypt: The Revolution of July 1952 and Gamal Abdel Nasser*. Berlin, S. 68-78.
- 1986: *Anfänge sozialistischen Denkens im Irak. Der revolutionär-demokratische Zirkel Husain ar-Rahhals, 1920–1927*. In: *Jahrbuch für Geschichte*, Berlin, 33, S. 133-161.
- 1982: *Das Verständnis von Klassen und Klassenkampf als Gegenstand und Moment ideologischer Auseinandersetzungen in arabischen Ländern*. In: Martin Robbe u. a. (Hrsg.): *Geistige Profile Asiens und Afrikas*. Berlin, S. 155-190.
- 1978 (mit Wolfgang Semmler): *Charisma or historical Greatness? On the Role of Leaders in Afro-Arab Countries*. In: Klaus Ernst, Jürgen Kunze (eds.): *Social Classes and antiimperialist Struggle in Africa and the Middle East*. Berlin, S. 152-157.
- 1974: *Die neue Qualität des ideologischen Kampfes unter den Bedingungen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges*. In: Lothar Rathmann (Ltg.): *Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart*. Berlin, Bd. I, S. 705-736.
- 1974: *Bemerkungen zur Periodisierung der Geschichte des sozialistischen Denkens in den arabischen Ländern bis zur Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts (Thesen)*. In: Lothar Rathmann (Hrsg.): *Asien in Vergangenheit und Gegenwart*. Berlin, S. 25-38.
- 1972: *Bemerkungen zum Einfluß des Marxismus-Leninismus auf die ideologische Konzeption revolutionärer Demokraten in sozialistisch orientierten arabischen Ländern unter besonderer Berücksichtigung ihres revolutionstheoretischen Aspekts*. In: *Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg: Aktuelle Probleme in Theorie und Praxis*. Berlin, S. 251-268.
- 1971: *Über Charakter und Funktion des „islamischen Sozialismus“ in der gegenwärtigen Etappe der Befreiungsrevolution der arabischen Völker*. In: *Revolution und Tradition*. Leipzig, S. 87-99.
- 1970: *Über das Verhältnis von Islam und wissenschaftlicher Weltanschauung im arabischen Raum*. In: Horst Krüger (Hrsg.): *Nationalismus und Sozialismus im Befreiungskampf der Völker Asiens und Afrikas*. Berlin, S. 100-107.

## Gerhard Höpp als Autor von Aufsätzen und Artikeln (Auswahl)

- „Salud wa Salam. Araber im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1938.“ In: *INAMO*, 9(2003)33, S. 53-55.
- „'Gefährdungen der Erinnerung': Arabische Häftlinge in nationalsozialistischen Konzentrationslagern.“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 30(2002)5, S. 373-386.
- „Im Schatten des Mondes. Arabische Opfer des deutschen Faschismus.“ In: *Junge Welt*, 21./22.12.2002, S. 10-11.
- „...den Fragen der Raiffeisenorganisation zugewandt...“ Der tunesische Gewerkschaftsführer Muhammad Ali al-Hammi und sein Aufenthalt in Berlin 1919–1924. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 43(2001)3, S. 87-98.
- „Wer schrieb 'Ali und Nino'? Zur Archäologie einer Legende.“ In: *Zenith*, (2001)2, S. 59-61.
- „Islam und Islamismus in Geschichte und Gegenwart der palästinensischen Nationalbewegung.“ In: *Junge Welt*, 12., 13.06.2001, (Nachdruck aus: *Marxistische Blätter*).
- „Gewaltsame Begegnungen. Muslime als Kombattanten, Gefangene und Überläufer in Deutschland – eine andere Seite des deutsch-türkischen Waffenbündnisses im Ersten Weltkrieg.“ In: *Der Islam*, 77(2000), S. 307-318.
- „'Nicht 'Ali zuliebe, sondern aus Haß gegen Ma'awiya'. Zum Ringen um die 'Arabien-Erklärung' der Achsenmächte 1940–1942.“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 27(1999)6, S. 569-587.
- „„Ein Komma zwischen den Kulturen'. Der Dichter Asis Domet.“ In: *Das Jüdische Echo*, Wien, 48(1999), S. 156-160.
- „Muslim Periodicals as Information Sources about Islamic Life in Germany, 1915–1945.“ In: *Symposium Research Papers*, Riyad 1999, 26 S.
- „Die Schuldigkeit der Mohren. Muslimische Deserteure im Deutschland der Zwischenkriegszeit, 1919–1926.“ In: *Etudes Germano-Africaines*, Dakar, (1997/98)15-16, S. 192-202.
- „1942: Heimliche Briefe. Arabische Nationalisten und die faschistische Aehse.“ In: *INAMO*, 3(1997)9, S. 41-42.
- „Mohammed Essad Bey: Orient nur für Europäer?“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 25(1997)1, S. 75-97.
- „Die Wünsdorfer Moschee. Eine Episode islamischen Lebens in Deutschland, 1915–1930.“ In: *Die Welt des Islams*, 36(1996)2, S. 204-218 [auch in: *Gasyrlar avazy. Echo vekov*, Kasan (1997)1-2, S. 178-187].

- „Dschihad um Palästina? Zur historischen und aktuellen Rolle des Islam in der palästinensischen Nationalbewegung.“ In: *Utopie kreativ*, (1995) 52, S. 12-22.
- „Muslime unterm Hakenkreuz. Zur Entstehungsgeschichte des Islamischen Zentralinstituts zu Berlin e.V.“ In: *Moslemische Revue*, 14 (1994) 1, S. 16-27.
- „Zehrendorf – ein islamischer Friedhof?“ In: *Moslemische Revue*, 13 (1993) 4, S. 215-226.
- „Verdient der Islam Dissidenten? Anmerkungen zu Sadiq al-'Azam, zur säkularisierten Moderne und zum islamischen Fundamentalismus.“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 22(1994)6, S. 637-651.
- „Zwischen Entente und Mittelmächten. Arabische Nationalisten und Panislamisten in Deutschland (1914 bis 1918).“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 19(1991)5, 827-845.
- „Unterentwicklung und Islam. Zum Problem der Erberezption in arabischen Ländern unter den Bedingungen es Kolonialismus.“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 16(1988)3, S. 440-452.
- (mit Martin Grzeskowiak) „'Reislamisierung': Schreckgespenst oder Herausforderung? Bemerkungen zur Darstellung und Wertung eines aktuellen Prozesses durch die Islamwissenschaft der BRD und Westberlins.“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 12(1984)3, S. 477-490.
- „Zur Entwicklung der strategisch-taktischen Konzeption der 'Bewegung der Arabischen Nationalisten' und ihrer palästinensischen Nachfolgeorganisationen (1948–1980).“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 10(1982)3, S. 446-460.
- „Der Islam und seine unvollendete 'Reformation'. Zum Verhältnis von abhängigen Kapitalismus und blockierter Reform in arabischen Ländern.“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 9(1981)6, S. 1041-1052.
- „Der Islam in der zeitgenössischen Diskussion linker arabischer Intellektueller.“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 9(1981)4, S. 945-957.
- „Bemerkungen zum Bündnisbegriff nichtproletarischer Führungskräfte in einigen sozialistisch orientierten arabischen Ländern.“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 7(1979)6, S. 1081-1084.
- „Kuweits Werktätige gegen die Folgen der Inflation.“ In: *Neues Deutschland*, 13.08.1974.
- „Zu den Anfängen sozialistischen Denkens in arabischen Ländern (bis 1919).“ In: *asien, afrika, lateinamerika*, 1(1973)2, S. 53-70.
- „Einige Aspekte des ideologischen Kampfes in der gegenwärtigen Etappe der arabischen Befreiungsbewegung.“ In: *Mitteilungen des Instituts für Orientforschung*, 16(1970)2, S. 215-250.

Gerhard Höpp: Aufzeichnungen in TV und Internet

<http://www.google.com>

Al-Jazira-TV, Akhtam Sulaiman, Arabs and National Socialism, Doha  
04.01.2003

Arabic Media Internet Network, Internews, Jerusalem 16.01.2003, al-  
'Arab wa al-Yahud

<http://www.amin.org/news/uncat/2003/jan/jan16.html>

Im Schatten des Mondes. Arabische Opfer des Nationalsozialismus (aus:  
*Junge Welt*)

<http://www.stiftung-sozialgeschichte.de/naherosten/hoeppe.htm>

---

Wolfgang G. Schwanitz

## Paschas, Politiker und Paradigmen: Deutsche Politik im Nahen und Mittleren Orient 1871–1945

Deutschland galt als Zuspätkommer in Konzert der europäischen Nationen. Vereint als Deutsches Reich 1871, hatte es zuerst einmal den Status quo an Europas Rändern und in Übersee zu achten.<sup>1</sup> Indessen Großbritannien, Frankreich und Russland ihre imperiale Hoch-Zeit in den folgenden vier Dezennien mit der Beherrschung von Ländern im Vorderen und Mittleren Orient durchliefen, war Berlin gehalten, demgegenüber eine etwas andere Politik in Nordafrika, Westasien und Mittelasien zu betreiben.

Drei Merkmale prägten Berlins Kurs in den Regionen. Erstens, als die Deutschen mit dem Reich die Weltbühne betraten, war nicht mehr viel an freien Territorien übrig.<sup>2</sup> Das, was man alsbald den Vorderen und Mittleren Orient nannte, wurde mit dem Niedergang des Osmanischen Reichs unter Nachbarn der Deutschen aufgeteilt. Umgekehrt lag daher die Wahrung des dortigen Status quo im deutschen Interesse, um weitere Konflikte mit den Großmächten zu vermeiden. Deutsche suchten auch das osmanische Imperium zu erhalten. Denn dessen friedliche Durchdringung und der Handel mit Ländern der offenen Tür waren zwei Säulen der Berliner Politik gegenüber dem Vorderen und Mittleren Orient.

Gleichwohl traf dies für die sogenannten Deutschen Orient-Gründerjahre zu.<sup>3</sup> Es waren die drei Jahrzehnte ab 1884, in denen das Deutsche Reich erstmals Kolonien in Mittel-Afrika erwarb und in denen Deutsche besonders intensiv neue Regionen in Afrika und Asien wahrzunehmen und zu erschließen begannen. Während Berlin Kolonien in West- und Ost-Afrika bildete,

---

1 Über Preußens vorsichtige Wahrung des Status quo bei kolonialen Vorstößen siehe R. Schück, *Brandenburg-Preußens Kolonial-Politik unter dem Großen Kurfürsten und seinen Nachfolgern (1647–1721)*, Leipzig 1889, 2 Bde.; U. van der Heyden, *Rote Adler an Afrikas Küste*, Berlin 2001, S. 14–15.

2 G. Schöllgen, *Das Zeitalter des Imperialismus*, München 2002; ders., *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage*, München 2002.

3 Meine Übersicht zu den Deutschen Orientgründerjahren – August Bebel, *Die Muhammedanisch-Arabische Kulturperiode*, Berlin 1999 [1889], S. 173–183.

mithin selbst zur Kolonialmacht<sup>4</sup> wurde, verstärkte es auch seine Beziehungen zum Vorderen und Mittleren Orient. Deutsche zogen ihre Kreise in Räumen vom türkischen Kernland über Palästina, Mesopotamien, Arabische Halbinsel, Iran und Afghanistan in die Länder von Ägypten nach Mauretani- en. Das erste Merkmal des Berliner Kurses gegenüber diesen Ländern bestand in der Respektierung des Status quo und im Verzicht auf Kolonien. Kurz, Bestandsachtung und Gebietsverzicht hoben Berlin dort heraus.

Merkmal zwei folgte aus dem Niedergang der Osmanen. Es war Kanzler Otto von Bismarck, der dominierende Außenpolitiker in den ersten beiden Jahrzehnten, der die Orientalische Frage nur als Mittel seiner Europa-Politik ansah.<sup>5</sup> Diese Frage erwuchs daraus, welche europäische Macht sich wie Teile aus der osmanischen Erbmasse aneignete. Dabei nahm die Berliner Politik im Vorderen Orient einen sekundären Charakter an: Sie wurde stets der primären Europa- und Amerika-Politik untergeordnet.

Maßgebende Politiker<sup>6</sup> empfanden drittens den Vorderen Orient nicht viel versprechend genug als Objekt einer primären deutschen Politik. Otto von Bismarck meinte, orientalische Zwiste seien nicht die Knochen eines einzigen pommersehen Musketiers wert. Er sah keinen Anlass in Ägypten für eine Politik zum bilateralen Selbstzweck. Vielmehr bildete für ihn der Berliner Kurs gegenüber Kairo vor allem einen Hebel gegenüber London. Ägypten benutzte er als Knüppel seiner britischen Politik, um unliebsame Allianzen der europäischen Nachbarn Deutschlands zu stören. So schwang er den ägyptischen Knüppel, *le bâton égyptien*, in diesem diplomatischen Sinne.<sup>7</sup> Da Berlin keine Kolonien im Vorderen Orient hatte, konnte es dabei in die Rolle eines Neutralen bei orientalischen Zwisten seiner Nachbarn schlüpfen. Und dies ist das dritte Merkmal: die Berliner diplomatischen Vermittlungen in Krisen, die auch in der Reihe von Konferenzen zu Grenzen in Afrika aufkamen.<sup>8</sup> Diese Tradition der Vermittlung nährte den Deutschen-Bonus, den viele der Macht ohne Kolonien im Nahen und Mittleren Orient gaben. Wollten sie fremde Herren aufstören, brachten sie Deutsche ins Spiel, so dass den

4 B. Kundrus, Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, Frankfurt a. M. 2003; H. Gründer, Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 1995.

5 Diktat Bismarcks, Kissingen, 15.06.1877, in: Heinz H. Wolter, Otto von Bismarck, Dokumente seines Lebens, Leipzig 1986, S. 320-321.

6 Vom Hauptstrom abweichende Lobby: A. Fichtner, Die völker- und staatsrechtliche Stellung der deutschen Kolonialgesellschaften des 19. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 2002.

7 M. Kröger, „Le bâton égyptien“ – Der ägyptische Knüppel. Frankfurt a. M. 1991.

8 U. van der Heyden/J. Zeller (Hrsg.), Kolonialmetropole Berlin, Berlin 2002; I. J. Demhardt, Deutsche Kolonialgrenzen in Afrika, Hildesheim 1997.

Berliner antikolonialen Hebel auch so mancher Pascha gegen Großmächte zu benutzen suchte.

### Hintergründe der Orientpolitik und die Deutschen Orient-Gründerjahre 1884 bis 1914

Die Merkmale der deutschen Politik im Vorderen Orient in Friedenszeiten bildeten also erstens die Achtung des Status quo und der Verzicht auf koloniale Territorien, zweitens die Unterordnung der sekundären Orientpolitik unter die primäre Politik gegenüber Europa und Amerika sowie drittens die Politik der diplomatischen Vermittlung in den orientalischen Krisen. Nicht wie andere Groß- und Mittelmächte, hatte Deutschland im Nahen und Mittleren Orient keine Muslime zu regieren.<sup>9</sup> So gewannen die Deutschen eine überaus kritische Perspektive auf die nah- und mittelöstlichen Imperien ihrer europäischen Nachbarn. Der Hauptstrom ihrer Politiker und Akademiker sah die antikolonialen Aspirationen der betreffenden Völker, oft in nationalistischer und islamischer Weise geäußert, mit Sympathien. Vor welchen Hintergründen reifte die Berliner Politik im Vorderen und Mittleren Orient?

Die maßgebenden Politiker hatten ein Interesse daran, das Osmanische Reich zu bewahren. Nur so konnten sie die historischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile ausbauen, die sich Deutsche im Reich der Osmanen als regionaler Vormacht erworben hatten. Der deutsche Norden und Länder wie Bayern, Preußen und Sachsen hatten vor 1871 Beziehungen angebahnt. Andreas Mordtmann wirkte als Generalkonsul der Hanse-Städte in Istanbul, einst Konstantinopel, seit 1847. Preußen errichtete evangelische Missionen in den osmanischen Provinzen, darunter in Palästina seit 1841. Ein Jahr später wurde Gustav Schultz Preußens Konsul in Jerusalem. Johann G. Wetzstein war sein Kollege in Damaskus seit 1848. Leipzigs Abgeordneter Robert Georgi half ab 1846 dem Projekt eines neuen Sueskanals in Ägypten und sorgte für die Finanzen für eine erste Studienmission.<sup>10</sup>

Wirtschaftlich gipfelt es zum Meilenstein, dass die Deutsche Bank 1888 die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Istanbul nach Bagdad erhielt. Vier Jahre darauf reichte sie nach Ankara und wurde dann mehrfach verlängert: 1896 nach Konya, 1914 nach Samara und 1940 nach Bagdad.<sup>11</sup> Als Ägypten die Eröffnung des Sueskanals feierte, weilte aus diesem Anlass Preußens Kronprinz Friedrich Wilhelm, Vater des späteren Kaisers Wil-

9 Muslime unter Deutschen in Mittel-Afrika: C. H. Becker, Ist der Islam eine Gefahr für unsere Kolonien?, in: Ders., Islamstudien, Hildesheim 1967, S. 156-186.

10 O. R. Georgi/A. Dufour-Feronce, Urkunden zur Geschichte des Suezkanals, Leipzig 1913.

11 M. Pohl, Von Stambul nach Bagdad, München 1999.

helm II., am neuen Wasserweg zwischen Afrika und Asien.<sup>12</sup> Von Marokko nach Iran, von Groß-Syrien nach Arabien und Mittelasien, deutsches Kapital investierte in Eisenbahnen, Rohstoffverarbeitung, Finanzunternehmen, Automobile und Flugzeuge. In Berlin und Hamburg entstand 1906 die *al-Bank ash-Sharqi al-Almani*, die Deutsche Orientbank, unter Führung der Dresdner Bank. Unter den acht regional spezialisierten Kolonial- und Überseebanken nahm sie bald den ersten Platz ein.<sup>13</sup> Die Deutsche Bank eröffnete 1909 eine Filiale am Bosphorus. Geschäfte im Nahen Orient florierten. Bis zum Ersten Weltkrieg rangierte Deutschland zumeist an der dritten Stelle (nach Großbritannien und Frankreich) im Außenhandel mit dem Osmanischen Reich. Das Grundmuster des Warenaustauschs war Fertigprodukte gegen Rohstoffe.

Eine Säule des kulturellen Austauschs erwuchs aus Wissenschaft und Forschung. Obwohl sich die Deutschen in der Region bei weitem nicht solcher Möglichkeiten erfreuten wie die Franzosen nachdem Napoleon 1798 Ägypten besetzt hatte, profitierten sie doch an den Werken der anderen Europäer. Die „Description de l’Égypte, publiée par les ordres de Napoleon Bonaparte“ beflügelte die Ägyptologie, Archäologie<sup>14</sup> und das Studium des Islams, die alle schon auf eigenen Traditionen beruhten.<sup>15</sup>

Heidelberg hatte eine Professur für Arabisch 1609 eingerichtet. Johann Jacob Reiske begründete die Arabistik in Leipzig 1748. Dort, in Sachsen, bildete Heinrich Leberecht Fleischer die Deutsche Morgenländische Gesellschaft 1845 mit.<sup>16</sup> In Berlin lehrte Eduard Sachau ab 1876 orientalische Sprachen, gefolgt von Eugen Mittwoch.<sup>17</sup> Anfang der Deutschen Orient-Gründerjahre verbreitete der Abgeordnete August Bebel in seinem Buch „Die Mohammedanisch-Arabische Kulturperiode“ die Resultate von Islamwissenschaftlern wie Alfred von Kremer, Gustav Weil und Aloys Sprenger. Seit 1887 bereiteten sich Anwärter des auswärtigen Dienstes im Berliner Seminar für Orientalische Sprachen auf ihre Laufbahn als Dragoman vor,

---

12 W. G. Schwanitz (Hrsg.), 125 Jahre Sueskanal. Hildesheim 1998.

13 Ders., Gold, Bankiers und Diplomaten: Zur Geschichte der Deutschen Orientbank 1906–1946, Berlin 2002.

14 Siehe Stefan R. Hausers Beitrag.

15 J. Fück, die arabischen Studien in Europa, Leipzig 1955; W. G. Schwanitz, Deutsche Orientalistik wohin? In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin 23 (1995) 1, S. 51-82.

16 H. Preissler, Die Anfänge der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, in: Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, Göttingen 145 (1995) 2, S. 1-92.

17 G. Höpp/N. Mattes (Hrsg.), Berlin für Orientalisten. Berlin 2001.

also als rechtsgelehrte Kundige solcher Sprachen.<sup>18</sup> Der Begründer der modernen Islamwissenschaft in Deutschland, Carl Heinrich Becker, begann ab 1908 orientalische Kultur in Hamburg zu lehren. In Berlin gab die Gesellschaft für Islamkunde vier Jahre darauf ihr Periodikum „Welt des Islams“ heraus. Mit Hilfe Kaiser Wilhelms II. entstand dort 1912 die Orientalische Kommission, aus der Institute hervorgingen und die in der Berliner Akademie der Wissenschaften die „Orientalistik samt Afrikanistik“ verankerte.<sup>19</sup> Für den Ägyptologen Adolf Erman, den Indogermanisten Wilhelm Schulze und den Althistoriker Eduard Meyer brach einst die „Epoche des Orients“ an.

Der Kulturaustausch mit dem Vorderen und Mittleren Orient geriet besonders breit in der Kunst, Architektur und Medizin.<sup>20</sup> Viele Entdecker Arabiens hielten ihre Eindrücke auch auf Bildern fest. Johann Ludwig Burckhardt lieferte frühe Zeichnungen über Mekka und Medina.<sup>21</sup> Ein gewisser Wettlauf zwischen Orient-Malern wie Wilhelm Gentz, der den „Einzug des Kronprinzen Friedrich Wilhelm in Jerusalem 1869“ malte, und Orient-Photographen wie Rudolf F. Lehnert und Ernst H. Landrock reizte die Phantasie des deutschen Publikums an. In Leipzigs Emilienstraße entstand der Orient Kunst Verlag Lehnert und Landrock. Das Orient-Fieber ließ manche Deutsche den Orient orientalisieren, darunter in der Architektur, wo nicht nur Kioske und Gebäude im maurischen Stil in Schlossparks oder Tiergärten einen Exotismus vorantrieben. Mehr noch, solche Bauten wurden in den Orient verkauft. Carl von Diebitsch lieferte Ägyptens Vizekönig das orientalische Gästehaus für die Eröffnung des Sueskanals. Der gussciserne Preußische Palast, al-Qasr al-Burusi, ist auf der Kairiner Nilinsel az-Zamalik noch die beste Hoteladresse.<sup>22</sup> Überdies legten Ärzte wie Maximilian Koch,

---

18 Zum Dragomanat: M. Keipert/P. Grupp (Hrsg.), *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945*, Paderborn 2000, Bd. I (A-F), XXXV–XXXVI; B. Lewis, *From Babel to Dragomans*, in: *Proceedings of the British Academy*, London 101 (1999), S. 37–54.

19 H. Grapow, *Die Begründung der Orientalischen Kommission von 1912*, Berlin 1950; W. G. Schwanitz: *Berlin: Forschungsschwerpunkt für Moderne Orientforschung*, in: *Initial*, Berlin 3 (1992) 3, S. 95–103.

20 G. Sievernich/H. Budde (Hrsg.): *Europa und der Orient 800–1900*, Berlin 1989.

21 U. Pfullmann, *Durch Wüste und Steppe*, *Entdeckerlexikon arabische Halbinsel*, Berlin 2001.

22 E. Pflugrad-Abdel Aziz: *Islamisierte Architektur in Kairo*, Carl von Diebitsch und der Hofarchitekt Julius Franz – Preußisches Unternehmertum im Ägypten des 19. Jahrhunderts, Bonn 2003; E. Wirt, *Die orientalische Stadt im islamischen Vorderasien und Nordafrika*, Mainz 2000, 2 Bde.; B. Stegemann, *Auf den Spuren des Orientalers Wilhelm Gentz*, Krefeld 1996, S. Koppelkamm, *Der imaginäre Orient*, Berlin 1987.

Theodor Bilharz, Robert Koch, Franz Pruner und Sebastian Fischer einige Grundlagen der Tropenmedizin.

Ähnliche Entwicklungen gab es in der Literatur. Johann Wolfgang von Goethe studierte intensiv das Leben Muhammads und den Koran. Friedrich Schiller fragte hypothetisch, wie wohl ein Türke Europa entdecken und beschreiben würde. Lieder des Orients sammelte Johann Gottfried Herder. Einige europäische Aufklärer versuchten, die drei großen monotheistischen Religionen miteinander zu versöhnen, wie es Gotthold E. Lessing in „Nathan, der Weise“ angeregt hat. Der Poet Friedrich Rückert lehrte nicht nur orientalische Sprachen, sondern auch Literatur des Orients. Gustav Weil übersetzte „Tausend und eine Nacht“. Wilhelm Spitta arbeitete als Direktor der Kairiner Khedivial-Bibliothek. Denker wie Karl Marx und Friedrich Engels erörterten orientalische Geschichte, Kunst und Literatur. Schriftsteller schwelgten in Abenteuern, wobei einige, etwa Karl May, gar ohne das riskante Reisen auskamen. Späterhin griffen dies Filme mit ihrer ebenso berühmten musikalischen Untermalung auf.

Deutsche entwickelten militärische Beziehungen auf zweierlei Art. Zum einen sandten sie die entsprechenden Delegationen in das Osmanische Reich und seine Provinzen. Sie umfassten auch Mediziner, die sich von den Osmanen einstellen ließen, etwa in der Armee Muhammad Alis. Die Hohe Pforte zog Berater heran wie Colmar von der Goltz. Sie entsandte gleichwohl Offiziere zur Ausbildung nach Berlin, Potsdam und Wien, darunter Muehtar Pascha und Izzat Pascha. Nachdem Wilhelm II. 1898 den osmanischen Sultan besuchte, intensivierte sich der Austausch von Personal. Shevket Pascha organisierte wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg die systematische Ausbildung osmanischer Truppen durch Deutsche. Enver Pascha diente ab 1911 drei Jahre als Militärattaché in Berlin.<sup>23</sup>

Vor dem Hintergrund entfalteten sich Deutsche Orient-Gründerjahre unter wachsamen Augen in London, Paris und Petersburg. Diese primäre Politik gegenüber solchen Machtzentren bildete den Rahmen, in dem sich die sekundäre Friedenspolitik Berlins gegenüber dem Vorderen und Mittleren Orient entwickelt hat. Es kam immer wieder der Wunsch nach einer Allianz mit London auf. Indes die Franzosen Berlin historisch etwas zu nahe und die Russen wirtschaftlich allzu fern lagen, sahen einige Deutsche die Briten als geeignet an. Abgesehen von deren Magna Charta, demokratischer Tradition und Kolonialreich, hatten die Meeresmacht und die Kontinentalmacht manches gemein. Konnten sich Deutsche und Briten wirklich in der Weltpolitik ergänzen und was bedeutete dies im Nahen und Mittleren Orient? Diese Fra-

---

23 W. Petter, Die deutsche Militärmission im Osmanischen Reich, in: K. Jaschinski/J. Waldschmidt (Hrsg.), Des Kaisers Reise in den Orient, Berlin 2002, S. 87-99.

gen sind immer wieder erörtert worden, auch als Otto von Bismarck das Staatsruder verließ und Wilhelm II. als der führende Außenpolitiker an dessen Stelle getreten war.<sup>24</sup> Aus Gründen, die nicht erhellt werden mögen, sollte die Wunschallianz ein Traum bleiben. Ihn träumten Politiker voriges Jahrhundert – und er lebt, um Amerika erweitert, im neuen Millennium auf.

Bei allem ist noch ein Hauptgedanke erwähnenswert, der die Berliner Politik im Vorderen und Mittleren Orient geprägt hat. Berlin war mit den Mittelmächten verbunden oder verfremdet, die im Orient ihre Kolonialpolitik betrieben. Wenn Österreich oder Italien auf dem osmanischen Balkan oder im libyschen Tripolitaniern verfehlten, so ging diese Überlegung ein, mochte dies an Europas Rändern eine Kettenreaktion auslösen, die Deutschland plötzlich im Zentrum feindlich gegen seine direkten Nachbarn mit ihren besonderen Orient-Besitzungen stellen könnte. Otto von Bismarck hat dieses Risiko stets beachtet. Der Reichsgründer vermied diesen Dominoeffekt, bei dem der Funke eines Waffenganges an der Peripherie den totalen Krieg im Zentrum entzünden konnte. Daher gab es eine tertiäre Ebene in der deutschen Politik im Vorderen und Mittleren Orient: Europas Lokal- und Mittelmächte vorbeugend zu beeinflussen, vor allem Wien, Madrid, Rom und Balkan-Länder. Jedoch des Kanzlers Vorsicht war nicht die Wilhelms II., zumal es dieser als seine Aufgabe ansah, nunmehr Deutschland vom Rang einer Mittelmacht in die anerkannte Stellung einer Weltmacht zu überführen.<sup>25</sup>

### Berlins primäre Orienpolitik des Krieges und der Jihad „made in Germany“

Berlin verfolgte in Friedenszeiten und in den drei Jahrzehnten der Deutschen Orient-Gründerjahre eine sekundäre Politik der friedlichen Durchdringung des Vorderen und Mittleren Orients mit den drei Merkmalen Bestandsachtung, Gebietsverzicht und Konfliktvermittlung. Dennoch riss der so befürchtete Sarajevo-Effekt Europa in einen verheerenden Krieg, dessen Zündfunke dem Balkan entsprang. Dabei übernahm Berlin eine hohe Verantwortung für den Verlauf des Krieges. Wer den Berliner Übergang von einer sekundären Politik des Friedens zu einer primären Politik des Krieges ebenso im Nahen und Mittleren Orient gegen Großbritannien, Frankreich und Russland betrachtet, stolpert am Kriegesbeginn über ein zu wenig erwähntes, aber herausragendes Merkmal: den Jihad „made in Germany“.

24 J. C. G. Röhl, *Wilhelm II. und die deutsche Politik*, München 2002.

25 E. Herner, *Kaiser Wilhelm II.*, in: P. Seidel (Hrsg.), *Hohenzollern Jahrbuch*, Berlin 1898, S. 1-17.

Dieser mag anhand eines Disputes im ersten Kriegsjahr erhellt werden, den zwei Gründungsväter der Islamstudien in Europa führten. Denn sie offenbarten die konträren Haltungen zum Krieg, der von vielen begeistert begrüßt und als kurz vorgestellt worden war. Hat Berlin etwa die Jungtürken noch dazu veranlasst, einen Heiligen Krieg gegen die Briten, Franzosen und Russen ausrufen zu lassen? Ja, dies war der Fall, behauptete der führende holländische Arabist C. Snouck Hurgronje. Und er hielt für dieses Jihad-Fieber seine deutschen Kollegen mit verantwortlich, besonders Carl Heinrich Becker, den Begründer der modernen Islamkunde in Deutschland. Der Holländer bestand darauf, dieser Jihad sei eine geistige Waffe „made in Germany“. Angenommen, dies wäre wahr, reagierte Becker. Hatten denn Berlin und Istanbul in ihrem Überlebenskampf nicht ein Recht dazu? Nein, antwortete Hurgronje, dieser überflüssige Jihad wende sich gegen den Humanismus und den Frieden unter den Religionen. Jedoch, wandte Becker ein, im Krieg gäbe es auch kein Tabu für die Religion.

Politiker, Pashas und Akademiker entwickelten diesen Jihad in einer konzertierten Aktion. Sie wies fünf Teile auf: Max von Oppenheims Denkschrift über die Revolutionierung des kolonialen Hinterlandes der Feinde; die Jihad-Agitation der dafür gegründeten Berliner Nachrichtenstelle für den Orient; der fünfteilige osmanische Rechtsbescheid (Jihad-Fatwa); Scheich Salih's Kommentar dazu für die Deutschen; sowie die Umsetzung und Ergebnisse dieses Heiligen Krieges. Während Hurgronjes Kritik ins Schwarze traf, hielt Becker an seiner rückwärts gewandten Ansicht fest. Um die Berliner Orientpolitik verstehen zu können, sollen die Teile dieses deutsch-osmanischen Jihads skizziert werden.<sup>26</sup>

Max von Oppenheim war als Archäologe und Diplomat der Chefarchitekt dieser muslimischen Revolutionierung. Dieser deutsche Abu Jihad hatte zwanzig Jahre Orientfahrung und der Kaiser kannte seine Berichte. Als der Krieg Mitte 1914 seinen Lauf nahm, forderte der Generalstabschef Hellmuth von Moltke Kriegsminister Enver Pascha auf, nun den Jihad ausrufen zu lassen, um den Feind von innen zu schwächen. Auch der Kaiser bat Enver, in den Krieg einzutreten: der Sultan möge den Jihad in Asien, Indien, Ägypten und Afrika beginnen und die Muslime für das Kalifat kämpfen lassen. Deutsche und Osmanen kooperierten zum Heiligen Krieg. Gelehrte wie Ernst Jäckh, „Jäckh Pascha“, hofften, „islamische Fanatiker“ würden für Berlin das Schwert führen, also Kreuz und Halbmond, *croix et croissant*, gingen zusammen.<sup>27</sup>

---

26 Ausf. vgl. W. G. Schwanitz, Djihad „Made in Germany“: Der Streit am den Heiligen Krieg 1914–1915, in: Sozial-Geschichte, Bremen 18 (2003) 2, S. 7-34.

27 E. Jäckh, Der aufsteigende Halbmond, Stuttgart 1915, S. 9, 237.

Der Jihad war die Idee Max von Oppenheims.<sup>28</sup> Ende Oktober 1914, also zu einer Zeit, in der das Osmanische Reich an der Seite der Mittelmächte in den Krieg eintrat, legte er streng geheime 136 Seiten zur Revolutionierung der islamischen Feindgebiete vor. Wilhelm II. hieß dessen Idee gut, den Jihad durch die intensive Mitwirkung der Osmanen unter der Fahne des Sultan-Kalifs in zielbewusster Organisation zu führen. Dies war ihr Plan: Der Sultan möge den Jihad ausrufen, aber nur gegen bestimmte Feinde, die Briten, Russen und Franzosen. Islamische Feindgebiete seien in Britisch-Indien, im französischen Nordafrika und im russischen Asien (Kaukasus) zu Aufständen zu bringen. Berlin gewähre dafür Personal (auch für Jihad-Expeditionen), Geld und Material. Die Orientalen sollten in ihren Sprachen und in ihrer Psyche zum Jihad motiviert werden. Der Feind müsse durch die Jihad-Aufbrüche im kolonialen Hinterland Kräfte binden, verunsichern oder in die Knie gezwungen werden. Eine Erhebung Indiens könne kriegsentscheidend sein. Der Islam sei zur Selbstverteidigung nach Kräften auszunutzen und zu stärken. Der Kaiser, so Max von Oppenheim, habe einst 300 Millionen Muslimen seine Freundschaft angeboten. Er habe erkannt, dass im Orient Absatzgebiete und Bodenschätze vorhanden seien und dass das Eingreifen des Islams im Krieg für England ein fürchterlicher Schlag werden würde. Man möge alles tun, damit derselbe als tödlicher ausfalle.<sup>29</sup>

Nachdem der Kaiser dies bestätigt hatte, bildete Max von Oppenheim die Nachrichtenstelle für den Orient. Sie war ein Übersetzungs- und Agitationsbüro mit Orientalen und Helfern im Nahen und Mittleren Orient. Der akademische Propagandendienst hatte in Berlin 15 Mitarbeiter, die das Auswärtigen Amt bezahlte. Daneben gab es eine Reihe von prominenten Orientalen, die für diese Kollegialbehörde in der Zentrale und im Orient arbeiteten, wo Kaiserliche Gesandtschaften und Konsulate einbezogen wurden. Orientalisten, Orientalen und Militärs wurden vor Ort und auch in Expeditionen von Palästina nach Afghanistan miteinander verknüpft, wo Werner Otto von Hentig und Oskar von Niedermeier den Jihad inszenieren und Indien durch solche Aufbrüche entflammen sollten.<sup>30</sup> Die Nachrichtenstelle gab neben

28 M. Kröger, Max von Oppenheim – mit Eifer im Auswärtigen Dienst, in: G. Teichmann/G. Völger (Hrsg.), *Faszination Orient. Max von Oppenheim, Forscher, Sammler, Diplomat*, Köln 2001.

29 Archiv Sal. Oppenheim jr. & Co., Oppenheim 25/I0, Max Freiherr von Oppenheim, *Denkschrift betreffend die Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde*, Berlin 1914; T. Epkenhans, *Geld darf keine Rolle spielen*, II. Teil, das Dokument. In: *Archivum Ottomanicum*, Wiesbaden 19 (2001), S. 121-163.

30 Zu Jihad-Expeditionen Iran, Afghanistan, Palästina siehe Th. L. Hughes, *The German Mission to Afghanistan 1914/15*, in: W. G. Schwanitz (Hrsg.), *Germany and*

vielsprachigen Flugschriften ein wöchentliches Jihad-Blatt heraus. Sie war ein Propagandastelle des Auswärtigen Amts für diesen Heiligen Krieg, aber kein Geheimdienst. Oppenheims Nachfolger an der Spitze waren Karl Emil Schabinger und Eugen Mittwoch.

Zwar wurde der Jihad-Plan viele Jahre geheim gehalten, doch erweckte die konzertierte deutsch-osmanische Aktion in der Öffentlichkeit Zweifel. Snouck Hurgronje brachte diese ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn in seinem Disput mit Becker auf den Punkt. Wurde der Kalif, der doch nur über einen kleinen Teil der Muslime regierte, von allen Rechtgläubigen anerkannt? Glaubten alle an das Kalifat? War es denn den Muslimen erlaubt, an der Seite von Ungläubigen gegen Ungläubige und deren Muslime zu kämpfen? Wie es Max von Oppenheim erwartete, erklärte dies eine fünfteilige Fatwa. Der Scheich des Islam meinte darin Anfang November 1914, alle Muslime müssten laut Anordnung des Padishah und gemäß des Korans den Jihad als individuelle Pflicht führen, auch jene unter den feindlichen Regierungen. Das Osmanische Reich sei zu schützen. Russland, England und Frankreich stünden feindlich gegen das Kalifat. Hingegen zählten Deutschland und Österreich zu den Alliierten.<sup>31</sup>

Ein tunesischer Scheich erhärtete diese Fatwa durch seinen Kommentar für Deutsche. Scheich Salih galt als Vertrauter Envers. In dieser Rolle reiste er nach Berlin und legte seine Gedanken dar, die sodann von der Deutschen Gesellschaft für Islamkunde Anfang 1915 als Broschüre verbreitet wurden. Seine Ideen beinhalteten zwei Thesen. Erstens sei der partielle Jihad von Rechtgläubigen an der Seite gewisser Ungläubiger gegen bestimmte Ungläubige rechtmäßig. Zweitens sei es denkbar, dass sowohl der Angriffs- als auch der Verteidigungs-Jihad als individuelle Pflicht eines Tages im Sinne des Friedens zwischen dem Islam und Europa eingestellt werden könnte, sofern die Heimat der Muslime nicht mehr besetzt oder bedroht sei. In beiden Punkten rüttelte der Scheich aus den antikolonialen und opportunistischen Forderungen des Moments heraus an Säulen der islamischen Lehre vom Heiligen Krieg.<sup>32</sup>

Am Ende waren die Ergebnisse dieses Jihads für die Deutschen enttäuschend. Die Mehrheit der Muslime ignorierte ihn, obwohl Deutsche und Osmanen viel Geld für panislamische Propaganda ausgaben. Sicher, hier und

---

the Middle East 1871–1945, Princeton 2004; H.-U. Seidt, Berlin, Kabul, Moskau, Oskar Ritter von Niedermayer und Deutschlands Geopolitik, München 2002.

31 Fatwa 11.11.1914 in: Rudolph Peters: Jihad in classical and modern Islam, Princeton 1996, S. 35-57.

32 Schaich Salih Aschsharif Attunisi, Haqiqat Aldschihad. Die Wahrheit über den Glaubenskrieg, Berlin 1915.

da liefen Muslime über. Briten, Franzosen und Russen konnten sich des Verhaltens von Muslimen nicht mehr so sicher sein. Es gab lokale Unruhen, aber nicht den Sturm des Aufbegehrens, den sich manche erträumt hatten. Der deutsche Generalstab folgerte, es sei eine Illusion gewesen, dass der Jihad den Krieg entscheiden würde. Er war auch kein Bindemittel mehr, denn der Nationalismus von Arabern und Türken war weit gediehen, die einst ihre eigenen Staaten anstrebten und denen dies ja gleichwohl durch europäische Vormächte in Aussicht gestellt worden war.<sup>33</sup>

Zwar haben weder die Deutschen noch Max von Oppenheim den Jihad erfunden, doch drängten sie die Osmanen dahin, den Jihad noch möglichst effektiv in Szene setzen zu lassen. So gesehen, war es nicht allein eine konzertierte deutsch-osmanische Aktion, sondern dieser Jihad mit diesem Generalplan, dieser zugeschnittenen Jihad-Fatwa, dieser Nachrichtenstelle für den Orient und diesem Kommentar Scheich Salih's als von Enver beauftragter Jihad-Prediger geriet sehr wohl als „made in Germany“. Nun fügt sich dies Bild nach dem heutigen Wissen, das viele der Beteiligten einst nicht hatten. Als Carl Heinrich Becker so sehr den Jihad verteidigte, konnte er kaum den geheimen Plan Max von Oppenheims kennen. Aber Becker war klar, dass der Jihad eine abgekartete Sache war. Denn er spekulierte, angenommen, es wäre so, und meinte, die Ausnutzung der Religion im Krieg wäre kein Tabu.

Kaum war die moderne Islamwissenschaft in Deutschland geboren, verlor sie mithin in diesem Krieg ihre Unschuld. Diese Ursünde hatte manche Wirkungen, die noch heute nicht hinreichend berücksichtigt werden.<sup>34</sup> Neben Becker stellten sich die erwähnten Kollegen hinter die Ausrufung des Jihads und dessen aktuelle Adaption. Der Krieg, der doch gar kein religiöser war, wurde damit religiös verbrämt und globalisiert. Die Kriegshetze geriet nicht nur islamisch, sondern islamistisch, also politisch konstruiert. Dies vor allem mit jenen beiden Thesen, die sowohl die Jihad-Fatwa und auch Scheich Salih's Kommentar ausdrückten. Beckers Argumente gegen Hurgronje liefen im Kern darauf hinaus: Inner-imperiale Zwiste heiligten islamistische Radikalisierungen. Doch wer mit der Religion anderer Völker derart spielte, dessen Glauben war gestört. Nur auf der Basis führte dies dazu, andere aus der vorgeblichen Not eines Überlebenskampfes zum Glaubenskrieg anzustacheln. Gelehrte und andere Experten, von denen man doch gerade auf Grund ihrer

33 Reichsarchiv (Hrsg.), „Jildirim“. Deutsche Streiter auf heiligem Boden, Berlin 1925, S. 65; J. M. Landau, *The Politics of Pan-Islam*, Oxford 1994; D. McKale, *War by Revolution*, Kent 1998; E. Karsh/I. Karsh, *Empires of the Sand*, London 1999.

34 L. Amman, *Islamwissenschaften*, in: K. E. Müller (Hrsg.), *Phänomen Kultur*, Bielefeld 2003, S. 71-96.

Kenntnisse des Islams einige Mäßigung hätte erwarten können, missachteten Hurgronjes Mahnungen zum Humanismus und Religionsfrieden. Was für ein Schlag in das Gesicht der Aufklärung und gegen Maßstäbe, die doch in der Tat die Religionskriege als überwunden und die religiöse Kriegshetze für Tabu erklärt hatten.

So bestand das herausragende Merkmal des Berliner Wechsels von einer sekundären Politik des Friedens zu einer primären Politik des Krieges im Nahen und Mittleren Orient nicht etwa in den 30.000 deutschen Asien-Kämpfern zum Teil unter osmanischem Befehl, in den beiden Versuchen, den Sueskanal zu erobern oder in der Person General Hans von Seeckts als letztem osmanischen Generalstabschef, sondern in der deutsch-osmanischen Aktion des Jihads „made in Germany“. Mit dem Ansatz eines Glaubenskriegs traten nicht wenige Experten auf die Seite der Gegenaufklärung. Die Wogen dieser Aktion, entstanden aus einem nichtreligiösen inhereuropäischen Konflikt, sollten sich im Nahen und Mittleren Orient nicht so schnell glätten und in mancher Weise auf ihre Urheber zurückschlagen.

### Die Weimarer Republik und ihre sekundäre Politik im Nahen und Mittleren Orient

Die Deutschen verloren den Krieg. Sie entledigten sich ihres Kaisers samt seiner Weltpolitik. Das Deutsche Reich war nicht länger mehr eine Monarchie. Aus ihm ging die Republik von Weimar hervor. Das um ein Drittel kleinere Deutschland hatte nun die Forderungen der Sieger zu erfüllen, Wiederaufbau und Reformen standen auf der Tagesordnung. Berlin kehrte zur sekundären Politik des Friedens gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient zurück, zumal es durch den Versailler Vertrag alle Kolonien in Mittel-Afrika und Übersee verloren hatte. Die neue Republik war damit noch freier, sich auf Handel, Kultur und Wissenschaft zu konzentrieren und die beiden Säulen der sekundären Orientpolitik wieder aufzurichten: Bestandsachtung und Gebietsverzicht. Die dritte freilich, die Vermittlung in den orientalischen Konflikten, wurde durch die Sieger ausgeschlossen, indem sie Deutschland sieben Jahre lang bis zur Konferenz von Locarno international zu isolieren suchten. Dies gelang nicht, aber es förderte auf der Berliner Seite manche Gelüste nach Rache und Revision.

Ein Dutzend Jahre nach dem Kriegsende errang Deutschland seine Position im Orient-Handel an dritter Stelle nach Großbritannien und Frankreich zurück. Neu stand die Frage in Berlin, ob man die regionalen Wünsche nach Industrialisierung fördern sollte oder nicht. Schließlich obsiegte der Gedanke, wenn man solchen Forderungen nicht nachkomme, so würde man nur die Märkte an die Konkurrenz verlieren. Auch aus dem Fakt heraus, gemeinsam

einmal im gleichen Graben gekämpft zu haben, blickten einst viele Nationalisten mit ihren Begehren nach industrieller Ausrüstung und intellektueller Anregung nach Berlin. Dort wiederum gab es die Tradition der Imperienkritik und Sympathie für den Islam. Zudem kamen viele Deutsche mit militärischer Fronterfahrung in Asien und Afrika in ihrer Karriere weiter. Zu ihren außereuropäischen Akteuren zählten Fritz Grobba, Otto W. von Hentig, Franz von Papen, Erwin Ettl, Günther Pawelke und Joachim von Ribbentrop. Sie alle waren dort durch den Schützengraben, das Flugzeug, das U-Boot oder den Kreuzer im Kampf mit den Feinden geprägt worden. So betrachtet, reifte eine besondere Kooperation zwischen den Deutschen und den Afghanen, Arabern, Türken, Iranern und den anderen Völkern heran. Dies begünstigte umgekehrt auch die Losung: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ oder *adu aduwi sahbi*.

Jenen Asien- und Afrika-Kämpfern fiel es leicht, an die bekannten Muster und Mentalitäten<sup>35</sup> anzuknüpfen. Berlin verfügte über keine Marine mehr und unterlag militärischen Restriktionen, die es freilich alsbald auch mit der Hilfe der UdSSR zu umgehen wusste. Insgesamt hegte es daher ein minderes Interesse am Nahen und Mittleren Orient, der sich im tiefen Wandel befand. Das Kalifat war abgeschafft. Länder erhielten ihre Staatlichkeit wie die Türkei, Ägypten, Saudi-Arabien und der Irak. Andere wurden geteilt wie Palästina, Transjordanien<sup>36</sup> und später Syrien.<sup>37</sup> Sie blieben unter einem stärkeren Einfluss der beiden Mandatsmächte Großbritannien und Frankreich. Um aber als Reparationen zahlender Verlierer Konflikte mit den Siegern auf Nebenschauplätzen zu vermeiden, hielt sich Berlin zurück. Jeder Schritt wie die Eröffnung eines Konsulats oder einer Gesandtschaft wurde vorführend mit London und Paris geprüft. Berlin knüpfte an seine Nebenrolle im Orient an.

Natürlich nahm man in Berlin alte und neue Konfliktlinien wahr. London sprach sich zugunsten einer nationalen Heimstätte für Juden in Palästina aus. Da weitere Wellen jüdischer Einwanderer, *olim chadashim*, in Palästina anlangten, gewann der Raum mit seinem arabisch-jüdischen Konflikt an Bedeutung. Berlin wollte sich aus dieser Ansiedlung heraushalten. Da aber die Judenfeindschaft im Deutschland der Inflation und Krisen um sich griff, sahen einige Politiker diese Emigration als Lösung ihrer heimischen Probleme an. Die fortgeschrittene jüdische Assimilation in Mitteleuropa und weitere

---

35 C. L. Brown (Hrsg.), *Imperial „Legacy“: The Ottoman Imprint on the Balkans and in the Middle East*, New York 1996.

36 Siehe Renate Dieterichs Beitrag.

37 Ausf. vgl. W. Schwanitz (Hrsg.), *Jenseits der Legenden: Araber, Juden, Deutsche*, Berlin 1994.

Resultate der Aufklärung gerieten in Gefahr. Ein spezieller deutscher Rassismus kam auf, wo die Menschheit systematisch in „höhere und niedere Rassen“ eingeteilt wurde. Von diesem biologistischen Denken waren auch nicht wenige Gelehrte des Islam und seiner Regionen befallen, darunter gleichwohl Carl Heinrich Becker, der bald dem Preußischen Kultusministerium vorstand. Daher gedieh das, was sich in ähnlichen Einrichtungen sowie im Auswärtigen Amt bereits zuvor an judenfeindlichen und rassistischen Tendenzen zeigte, zum Vorboten für das, was da noch kommen sollte. Die junge Weimarer Demokratie erschien in mancherlei Hinsicht zerbrechlich, vor allem von innen her.

### Die sekundäre Friedens- und die primäre Kriegspolitik der Nazis im Orient

Adolf Hitler kam legal durch einen Wahlsieg an die Macht, der auch der Republik von Weimar ein Ende setzte. Er errichtete sein Führerdiktat im Dritten Reich und verfolgte in den nächsten Jahren eine sekundäre Politik des Friedens gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient. Dort war diesem Kanzler an einer Arbeitsteilung mit London gelegen: Er würde das Britische Empire akzeptieren, umgekehrt sollte ihm Osteuropa für den „Lebensraum“ zugeteilt werden sollte. Gern gab er auch internationale Verantwortlichkeiten für den Nahen und Mittleren Orient an London und Rom ab.<sup>38</sup> Denn seinem Rassismus entsprang eine Geringschätzung für Farbige überhaupt. Daher entwarf er keine Pläne für deutsche Territorien oder Siedlungen in diesen Regionen. Also konnte bei ihm mit Blick etwa auf einstige deutsche Kolonien Mittel-Afrikas keinerlei Rede vom „expansionistischen Perspektivwechsel hin zu Osteuropa“ die Rede sein. Dem, wenn auch aus seinen zwei Jahre nach dem Ersten Weltkrieg weithin bekannt gemachten rassistischen Vorstellungen her, er behielt die Bismarcksche Tradition bei, in der eventuelle deutsche Kolonien in Afrika und Asien tunlichst zu vermeiden seien, denn aus solchen Ansiedlungen fernab der Heimat entsprängen nur Probleme für die Metropole.

Wer Hitlers Kurs im Nahen und Mittleren Orient untersucht, gelangt zu einer Schlussfolgerung: Für ihn gewann dieser Raum wenig Bedeutung. Er blieb völlig kontinental orientiert und setzte in orientalischen Belangen auf die Achse zwischen Berlin und Rom<sup>39</sup> mit einer klaren Vormachtrolle für

---

38 H. Tillmann, Deutschlands Araberpolitik im zweiten Weltkrieg, Berlin 1965; L. Hirsacowicz, The Third Reich and the Arab East, London 1966.

39 „Achse Berlin-Rom“ kam 1936 in Umlauf, geprägt von Minister Hans Frank. Er spielte auf das Auto Europa an, getrieben von der Achse des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus. Dann soll Benito Mussolini diesen Be-

Italien. Lange hoffte Hitler auf die erwähnte Verständigung mit London. Insofern zeigten sich arabische Nationalisten wie der Jerusalemer Großmufti Amin al-Husaini und der irakische Premier Rashid Ali al-Kailani stärker an den Nazis interessiert als umgekehrt. Hinzu kamen die limitierten Potenzen der Deutschen wegen der Aufrüstung und damit verbundenen auswärtigen Restriktionen wie des Mangels an Devisen. Diese Lage gebot, eine sekundäre Politik des Friedens gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient fortzuführen. All dies konnte nur durch drei Faktoren verändert werden.

Erstens, diese sekundäre Orientpolitik müsste verlassen werden, sollte es zum Konflikt mit den alten und neuen Orientmächten London, Paris und Moskau kommen. In dem Moment könnte der Nahe und Mittlere Orient zum Kriegsschauplatz werden. Für den Fall, so das Berliner Kalkül, sind schon in Friedenszeiten die strategisch wichtigen Länder wie britisch und französisch beeinflusste Länder und direkte Nachbarn der UdSSR wie die Türkei, Iran und Afghanistan<sup>40</sup> wichtig. Auch fiel für Berlin den wenigen Ländern eine Sonderrolle zu, die als relativ eigenständig galten: vor allem Saudi-Arabien<sup>41</sup>, weniger Ägypten, Syrien und der Irak. Dass Franz von Papen Hitlers Botschafter in der Türkei geworden war<sup>42</sup>, zeigte – neben dessen alter Bindung an Joachim von Ribbentrop aus ihrer gemeinsamen Zeit der Asien-Kämpfer her – für wie bedeutsam Hitler das Land am Bosphorus mit dem speziellen Einfluss in Arabien und auf dem Balkan hielt. Ähnlich stand es um Fritz Grobba in Bagdad und Riyad, Erwin Ettl in Teheran, Hans-Georg von Mackensen in Rom und Eugen Ott in Tokio.

Zweitens müsste der sekundären Orientpolitik des Friedens entsagt werden, wenn die Achsen-Partner Italien und Japan im Nahen und Mittleren Orient gefährdet würden. Daher kam hier mehr die tertiäre Ebene der Berliner Politik gegenüber diesen Regionen zum tragen, indem bereits in Friedenszeiten die verbündeten Groß- und Mittelmächte dahingehend zu beeinflussen waren, dass Risiken einer unvermeidlichen Konfrontation in einem Raum von sekundärer Bedeutung unbedingt vermieden werden sollten. Daher entstanden auch immer wieder neue Pläne für die Eventualfälle, die auch noch heute als das gesehen werden müssen, was sie waren: Entwürfe. Wenn es seitens der Admiralität Überlegungen gab, im Nahen und Mittleren Orient

---

griff 1936 verwandt haben. Ein Jahr später, mit dem Anti-Komintern-Pakt, wurde er im angelsächsischen Sprachgebrauch üblich, axis powers. Ende des ersten Kriegsjahres wurde die Achse Berlin-Rom um Tokio erweitert (Dreieckspakt), obwohl dies das frühe Bild auf „Achsen mit drei Rädern“ erweitert hat.

40 J. Glasneck, Inge Kircheisen, Türkei und Afghanistan, Brennpunkte der Orientpolitik im zweiten Weltkrieg, Berlin 1968.

41 Siehe Uwe Pfullmans Beitrag.

42 Siehe Karl Heinz Roths Beitrag.

Erdölfelder oder -leitungen zu sichern, so hieß das noch nicht, das dies ein mit der obersten Leitung abgestimmter Aktionsplan war. So tauchte das Missverständnis auf, die Deutschen hätten es nur auf Erdöl im Nahen Orient abgesehen. Das ist falsch. Im Frieden war dieser Raum nicht einmal für ihre Hochrüstung wichtig. Zudem konnte Berlin die gefragten Güter durch den Handel erwerben, ohne Länder zu besetzen. Denn die Nazis hätten es so eingerichtet, dass strategisch wichtige Waren aus Europa stammten. Wenn ihnen an Erdöl lag, dann an den Feldern Bakus unter der russischer Vormacht im Mittleren Orient.

Drittens wäre der sekundären Orientpolitik zu entsagen, wenn „Blitzkriege“ in Europa scheitern. Dann würde für Berlin der Nahe und Mittlere Orient wichtiger werden, zunächst als Gefechtsfeld. Denn dann müsste auf Pläne zurückgegriffen werden, auf Nebenschauplätzen so viele Gegner wie möglich zu binden und verfehlte Ziele in Europa auf nahöstlichen Umwegen zu erreichen, darunter Russland durch die Türkei, oder durch die Eroberung des Sueskanals das Britische Empire zu blockieren. Für diese Fälle fand in Berlin das alte Konzept des Jihad „made in Germany“ wieder Anklang. Doch Hitler rechnete natürlich nicht mit einem Scheitern seiner Pläne. So gesehen, blieb der Nahe und Mittlere Orient aus deutscher Sicht für die Italiener reserviert. Rom sollte dabei die Ordnungsmacht sein. Berlin und Tokio hegten dort lediglich wirtschaftliche, militärische und auch kulturelle Interessen. Dementsprechend regelte ein Jahr nach Kriegsbeginn der Dreimächtepakt die globalen Einflussphären.

Deutschland löste den Zweiten Weltkrieg im September 1939 aus. Danach, in dieser Kriegszeit, spielten alle drei hier erwähnten Szenarien des Berliner Wechsels von einer sekundären Politik des Friedens zu einer primären Politik des Krieges ihre Rolle. Erstens erlangte Hitler keinen Pakt mit London. Statt dessen folgte der Krieg, in dem die meisten britisch beeinflussten Länder im Nahen und Mittleren Orient wie Ägypten<sup>43</sup> sofort die diplomatischen Beziehungen zu Berlin abgebrochen hatten. Wenige Monate vor Kriegsende erklärten sie Deutschland noch den Krieg, was aber keine entscheidenden Folgen mehr hatte und wie im Fall der Türkei den Kalkülen für die Nachkriegszeit entsprang. Obwohl Berlin zu Kriegsbeginn die primäre Kriegspolitik auch im Nahen und Mittleren Orient einschlug, die gegen London, Paris, Moskau und Washington gerichtet war, hielt es sich in dem Raum aus den erwähnten Gründen zurück. Sogar nach dem Fall Frankreichs, als nun dessen Kolonien in greifbare Nähe rückten, zeigte Hitler daran kein

---

43 Zur Weimarer Periode davor: Mahmoud Kassim, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zu Ägypten 1919–1936, Münster 2000.

Interesse.<sup>44</sup> Stets blieb er auf Europa konzentriert. Oder wie Chantal Metzger meinte, koloniale Pläne der Nazis in Afrika waren für den Papierkorb bestimmt.

In der kritischsten Zeit des Zweiten Weltkrieges, in den beiden Jahren nach dem Fall von Paris, sah Hitler den Nahen und Mittleren Orient als Kampf- und Durchzugsgebiet an, aber nicht als ein Territorium eines größeren deutschen Engagements. Dies wäre nur der Fall gewesen, hätte er die UdSSR erobern können. In diesem Moment wären die hier fraglichen Räume für eine Fortsetzung des Kampfes gegen britische Stellungen bedeutsam gewesen, und zwar durch einen konzentrischen Angriff, der aus Libyen durch Ägypten, aus Bulgarien durch die Türkei und gegebenenfalls auch aus Transkaukasien durch den Iran vorgesehen war. So jedenfalls ordnete es Hitler ein Jahr nach dem Fall von Paris in seiner Weisung an, mit der die Zeit nach Barbarossa vorbereitet wurde, also nach einem Sieg über Moskau.<sup>45</sup> Dann, so sagte er dem Jerusalemer Großmufti Amin al-Husaini auch, würde er einen kompromisslosen Kampf gegen die Juden im Orient führen und mit ihnen so wie in Europa verfahren. Natürlich, so führte er aus, würde dies auch seine Gegnerschaft gegen eine Heimstätte der Juden in Palästina bedeuten. Der Kampf gegen das „jüdisch-kommunistische Reich in Europa“ entscheide auch das Schicksal der Araber. Noch im zweiten Kriegsjahr äußerte Hitler seine Hoffnung gegenüber dem Großmufti, würden Deutsche das kaukasische Tor in den Mittleren Orient aufstoßen.

Das zweite Szenario des Berliner Übergangs zur primären Kriegspolitik im Orient nahm seinen Lauf, als die Briten einige libysche Stellungen der Italiener gefährdeten. Daraufhin bat Benito Mussolini Hitler um Hilfe. Einen Monat darauf landeten dort die Truppen, einen weiteren Monat später folgte General Erwin Rommel als Befehlshaber des neuen Deutschen Afrikakorps. Durch seine Erfolge auf dem Marsch zum Sueskanal und dadurch, dass Deutsche Kreta eroberten, sah es so aus, als würde der Nahe Orient der nächste Hauptschauplatz des Krieges werden. Doch Hitler ordnete solche Einsätze und Ablenkungen dem Angriff auf die UdSSR unter, der bereits befohlen war.

Noch einen Grund gab in dem zweiten Szenario, als im Irak antibritische Offiziere um Rashid Ali al-Kailani im April 1941 an die Macht kamen. Drei Wochen später ordnete Hitler seinen Beistand an: eine Militärmission mit

---

44 Ch. Metzger, *L'Empire colonial français dans la stratégie du Troisième Reich (1936–1945)*, Bruxelles 2002, 2 Bde.

45 Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht, Chefsache, Weisung Nr. 32, Vorbereitungen für die Zeit nach Barbarossa, F.H.Qu. 11.06.1941, 9. Ausfertigung, 5 S., gez. General Jodl (Entwurf).

Beratern, Hilfe durch die Luftwaffe und Waffenlieferungen. Der dazu gebildete Sonderstab F (des Generals der Flieger Hellmuth Felmy) sollte nicht, wie oft behauptet, die Lage ändern. Sondern er hatte eine beratende Rolle. Er sollte der Wehrmacht Erfahrungen und Unterlagen aus diesem Raum liefern. Die Angehörigen galten als Freiwillige. Sie trugen Tropen-Uniformen mit irakischen Abzeichen. Auch das kleine Kontingent der seit Anfang Mai genutzten Flieger wies irakische Hoheitszeichen auf. Waffen sollten aus französischen Beständen in Syrien und aus Deutschland kommen. Die Propaganda lautete so: der Sieg der Achse bringe den Ländern des Mittleren Orients die Befreiung vom englischen Joch und damit das Selbstbestimmungsrecht; wer die Freiheit liebe, trete daher in die Front gegen England ein. Jedoch erkannte London diese Gefahr und schlug den Putsch noch im Mai nieder. Damit entfiel die Mission des Sonderstabes im Irak.<sup>46</sup>

Das dritte Szenario des Übergangs zu einer primären Kriegspolitik im Orient kam zum Tragen, als sich zwei Jahre nach Kriegsbeginn erwiesen hatte, dass der „Blitzkrieg“ gegen die UdSSR und Aktionen anderenorts gegen ihre Alliierten scheiterten. Schob bereits nach anderthalb Jahren die anglo-russische Besetzung des Irans einen Riegel vor bestimmte deutsche Vorstöße und sicherte sie den Briten den Zugang zu den dortigen Ölfeldern,<sup>47</sup> so wendeten das Blatt die Niederlagen bei Stalingrad, al-Alamain und die Landung der Alliierten in Marokko und Algerien Anfang des dritten Kriegsjahres.

Das Schicksal der Nazis war besiegelt. Um so mehr zogen diese Register der indirekten Führung des Krieges. Hitler empfing den Großmufti Amin al-Husaini, der ihm eine Arabische Legion anbot. Der Diktator verschob aber die Bitte nach einer Erklärung für die arabische Unabhängigkeit. Der Mufti hielt in seinem Berliner Exil Muslime in den für den Orient bestimmten Radiosendungen zum Jihad gegen die Alliierten an. Er rekrutierte Muslime unter das Hakenkreuz, auch auf dem Balkan. Dabei stützte er sich auf den Orientflügel in der Berliner Führung. Also auf jene, die im Nahen und Mittleren Orient große Chancen für den Sieg zu sehen glaubten, oder umgekehrt, sofern sie aktive Zweifler oder Widerständler waren, solche Chancen vor den Spitzen möglichst gut zu verschleiern suchten.

Anhänger oder Gegner solcher Orient-Chancen saßen in der Wehrmacht (Abwehr), der Marine, der SS, aber auch im Auswärtigen Amt. Für den Orient verwandte sich Max von Oppenheim, der gegen Ende des ersten Kriegsjahrs eine Neuauflage seines Jihad-Planes für die Revolutionierung des Na-

---

46 Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht, Geheime Kommandosache, Weisung Nr. 30, Mittlerer Orient, F.H.Qu. 23.05.1941, 2 S., gez. Adolf Hitler.

47 Siehe den Beitrag von Klaus Jaschinski.

hen Orients in Umlauf gebracht hatte. Er empfahl, den Sueskanal zu blockieren, der Navy den Ölhahn abzudrehen (auch über Haifa) und Indien<sup>48</sup> zu revolutionieren. Fritz Grobba möge die arabischen Nationalisten steuern, darunter Skakib Arslan aus Groß-Syrien. Entsprechend seien die britischen Stellungen in Ägypten und Indien zu schwächen.<sup>49</sup> Hitler empfing noch Rashid Ali al-Kailani Ende des zweiten Kriegsjahres, der gleichfalls aus dem Berliner Exil seine Fäden in den Mittleren Orient knüpfte.

Wie viele Deutsche auch, verkannten nicht wenige Orientalen den Charakter des Nazi-Regimes. Aber es gab unter den Denkern und Literaten in der Region gleichwohl Ausnahmen, darunter der Poet Ägyptens Taufiq al-Hakim.<sup>50</sup> Andererseits waren es vor allem junge Offiziere in den einstigen und nunmehr britisch, französisch und italienisch beherrschten Provinzen des Osmanischen Reichs, die in Mustafa Kemal (Atatürk), in Benito Mussolini und in Adolf Hitler ihre Idole einer nationalen Modernisierung sahen. Die Ägypter, die im Orientflügel als „heimliche Bundesgenossen“ galten,<sup>51</sup> hofften auf die Deutschen, um die Briten loszuwerden. Dafür standen die jungen Offiziere um Abd an-Nasir und Anwar as-Sadat. Aber es war nicht der deutsche Rassismus noch der Antisemitismus, der sie mit den Nazis kollaborieren ließ. Nein, es waren Ähnlichkeiten wie die junge Staatsbildung in einem Reich durch einen „starken Mann“, gemeinsame Schützengräben im Ersten Weltkrieg, die gleichen Gegner und Krisen, die Modernisierungen nach dem Führerprinzip und die höhere Einheit von Ländern. Insofern gab es die Kompatibilität von Nazis mit, aus deren Augen, ihren natürlichen Bündnispartnern im Orient. Dies konnte dort wachsame Intellektuelle nicht blenden. Diese Allianz stieß in der Bevölkerung nicht nur auf die Schranken der deutschen Rassen-Ideologie, sondern auf den sichtbaren Eigennutz dieser Berliner Orientpolitik. Wie im Ersten Weltkrieg gab sie das Mittel für inner-europäische Zwiste her. Als der Krieg verging, blieb der Wut gegen diesen

---

48 J. Kuhlmann, Subhas Chandra Bose und die Indienpolitik der Achsenmächte, Berlin 2003.

49 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Nachlass Otto Werner von Hentig, Bd. 84, An Uterstaatssekretär Habicht, Denkschrift Max von Oppenheims, Berlin 25.07.1940, 7 S.

50 I. Gershoni, Egyptian Liberalism in an age of „Crisis of Orientation“: Al-Risâla's Reaction to Fascism and Nazism, 1933–1939, in: International Journal of Middle East Studies, 31 (1999), S. 551-576; ders., Confronting Nazism in Egzpt – Tawfiq al-Hakim's Anti-Totalitarism 1938–1945, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, XXVI (1997), S. 121-150.

51 Ebd., S. 5; Anwar El-Sadat, Rommel at El-Alamain: An Egyptian view (1942), in: B. Lewis, A Middle East Mosaic, New York 2000, S. 314-316.

Westen übrig. Immerhin ersparten die Alliierten vielen Orientalen italienisch-deutsche Diktate und die Erfahrung des Holocausts.

### Paradigmen und Perspektiven der Berliner Orientpolitik

Otto von Bismarck gründete die Berliner Politik des Friedens im Nahen und Mittleren Orient auf drei Säulen: Bestandachtung, Gebietsverzicht und Konfliktvermittlung. Doch ihr erstes Paradigma bestand in der Unterordnung dieser sekundären Politik unter die primäre Politik gegenüber Europa und später Amerika. Obwohl Berlin diese Orientpolitik direkt und aktiv im Sinne des Handels, der Kultur und der Wissenschaft betrieb, gab sie vor allem orientalische Mittel für seine europäischen Zwecke ab.

Die sekundäre Politik des Friedens im Nahen und Mittleren Orient war noch kein gleichrangiger und bilateraler Selbstzweck. Ihr sekundärer Charakter entsprang auch nicht etwa aus der Tatsache, dass Deutschland der „ewig Zweite“ gewesen sei, der die anderen Kolonialmächte nur nachahmte, wobei nicht ökonomische oder missionarische Gründe den Antrieb bildeten, sondern die gesuchte Gleichstellung mit anderen Kolonialmächten. Nein, es gibt recht viele Belege, dass Berlin aus den kolonialpolitischen Fiaskos seiner Nachbarn gelernt und keine Kolonien in der Region angestrebt hat.

Der sekundäre Charakter der Berliner Orientpolitik resultierte wesentlich daraus, dass sie eine an den unmittelbaren Nachbarn in Europa orientierte Politik, mithin dieser primären Politik gegenüber Europa und Amerika untergeordnet war. Dies sollte sich mit einigen Veränderungen bis auf unsere Zeit erhalten. Nun verblasst sie, zumal mit der UdSSR auch das letzte für Berlin zu respektierende koloniale Großreich zerfiel. Umgekehrt kann Berlin heute eine in diesem Sinne unbegrenzte Politik verfolgen.

Nach regionalen Prioritäten stand einst das türkische Herzland des Osmanischen Reichs vornan, gefolgt von den Ländern unter dem britischen und französischen Einfluss und den Ländern unter sowjetrussischem Einfluss in Mittelasien. Das zweite Paradigma der Berliner Orientpolitik ergab sich aus der mehrfach erwähnten tertiären Ebene und geht ebenfalls auf den Reichsgründer zurück: Vorbeugend an Europas Rändern die Pflöcke in das Gewebe der Nationen einzuschlagen, die den Frieden in Mitteleuropa gegenüber den direkten Nachbarn sichern. Oder moderner formuliert: in den Friedenszeiten erforderte dieses Leitmotiv eine intensive Berliner Lobbyarbeit gegenüber den verbündeten oder verfremdeten Regional- und Lokalmächten, um deren Einbeziehung in all jene Allianzen zu verhüten oder abzuschwächen, die im Krieg mehrere oder weitere Fronten bedeuten würden.

Das dritte Paradigma war der zweimalige Wechsel von der sekundären Friedens- zur primären Kriegspolitik im Nahen und Mittleren Orient. Dieser

ließ diesen Raum für Deutsche zwangsläufig wichtiger werden, die ansonsten mit ihren primären Interessen in Europa und Amerika gebunden blieben. Doch selbst bei solchen Wechseln zogen Deutsche eine asymmetrische Kriegsführung vor, wie es zweimal die deutsche Islam- und Jihad-Politik zeigte. Imperien-Kritik und Islam-Sympathie befruchteten sich dabei. Dass Phantasien reiften, die eher dem Karl-May-Zauber der orientalischen Abenteuer entsprangen, hing mit der hohen Empfänglichkeit des deutschen Gemüts für solcherlei Exotismus zusammen.

Indes das erste Paradigma den sekundäreren Charakter einer friedlichen Orientpolitik im Lichte der Berliner Prioritäten gegenüber Großmächten in Europa und Amerika betont, unterstreichen die beiden anderen Paradigmen gegenläufige Tendenzen gegenüber den Mittel- und Lokalmächten: zum einen in Friedenszeiten vorausschauend ungünstige Allianzen eines Kriegsfalls zu verhüten und zum anderen den Wechsel zur primären Orientpolitik des Krieges gegen das koloniale und das abhängige Hinterland der deutschen Nachbarn in Europa vorzubereiten. Eine primäre Orientpolitik des Friedens, in der es erst- und gleichrangig um Beziehungen zum mehrseitigen Nutzen geht, war da erst noch zu erfinden.

Obwohl Berlin in beiden Weltkriegen zur primären Kriegspolitik wechselte, zog es insgesamt im Nahen und Mittleren Orient eine Kombination von symmetrischer und asymmetrischer Führung des Krieges vor: Eröffnung direkter Fronten sowie Feinde im kolonialen Hinterland durch Jihad-Aufruhr zu binden und zu schwächen. Im ersten Krieg halfen dabei der osmanische Sultan-Kalif, der Scheich des Islam, der osmanische Kriegsminister und ein tunesischer Mufti. Im zweiten Krieg erfüllten ähnliche Rollen zwei in Berlin exilierte Muslime, der ehemalige irakische Premier und der Jerusalemer Großmufti. Abgesehen davon, das Deutschland bekanntlich im Nahen und Mittleren Orient selbst kein koloniales oder abhängiges Hinterland hatte, verzichteten seine Gegner – trotz einer überlieferten Versuchung<sup>52</sup> – weitgehend auf diese islamistische Komponente: Sie hätten ja ihnen verbundene islamische Führer anhalten können, den Jihad gegen Deutsche und deren Partner zu führen.

In den Kriegen verfügte Berlin über keinen Umgestaltungsplan der Region. Es verfolgte da keine direkten Ziele, abgesehen von den beiden vergeblichen Versuchen, den Sueskanal einzunehmen: einmal mit den Osmanen vom Osten, das andere Mal mit den Italienern vom Westen. Doch diese direkten militärischen Verwicklungen entsprangen vorrangig der Forderung der Berliner Partner, der Osmanen und der Italiener. Ursprünglich versuchte Berlin, das Osmanische Reich zu erhalten. Als es zerbrach, war Berlin willens, die

52 Ausf. mein Beitrag zu Fritz Grobba.

Unabhängigkeit dessen ehemaliger Provinzen zu achten. Es favorisierte ein Großreich der Araber oder eine Föderation arabischer Länder, die sich mit einigen anderen Staaten wie Saudi-Arabien, Irak und Ägypten sowie mit den Achsenmächten verbünden sollten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben einstige Akteure wie Rudolf Rahn, aber auch Politiker und Akademiker die These unterstützt, Berlin habe die größte Chance zum Sieg im Zweiten Weltkrieg nach dem Fall von Paris verloren: Hätte Hitler den Nahen und Mittleren Orient als seinen nächsten Hauptschauplatz gewählt und nicht Sowjetrußland, so hätte er gegenüber London erfolgreich sein können. Obwohl Winston Churchill in seinen Memoiren dieser Spekulation Nahrung gab, darf diese Wendung der Ereignisse doch angesichts des Denkens Hitlers und der Natur seines Nazi-Regimes als sehr unwahrscheinlich gelten. Er blieb auf Europa fixiert und schloss den Nahen und Mittleren Orient vorläufig aus. Diese Räume sollten erst nach dem Sieg über Moskau wieder in das Blickfeld rücken.

Andererseits gab es einige, die gegen Hitler arbeiteten, darunter im Auswärtigen Amt. Folgt man den Gedanken Fritz Grobbas, dem deutschen Gesandten im Nahen und Mittleren Orient, hätten manche Beamte aktiv bestrebt, dass Hitler die vermeintliche Orientchance verkennen sollte, sofern sie überhaupt bei Rommels Feldzug in Nordafrika, bei Felmys Mission im Irak und im deutschen Vorstoß zum Kaukasus existiert hatte. Der Diktator jedenfalls räsonierte in seinen letzten Tagen, woran es lag. Er sprach in seinem Bunker über sein gescheitertes Bündnis mit London. Wäre es doch gekommen, dann hätte der sinnlose Krieg gegen die Briten verhindert werden können. Noch in den ersten anderthalb Kriegsjahren. Dann wäre Amerika doch von den europäischen Belangen fern gehalten, die „ihrer Schwäche überführten falschen Weltmächte Frankreich und Italien“ zum Verzicht auf ihre „unzeitgemäße Politik der Größe“ gezwungen und gleichzeitig eine „kühne Freundschaftspolitik mit dem Islam“ ermöglicht worden. England hätte sich dann dem Wohl seines Empires, und Deutschland, nunmehr im Rücken gesichert, seiner wahren Aufgabe widmen können, „meinem Lebensziel und dem Grund für die Entstehung des Nationalsozialismus: der Ausrottung des Bolschewismus“.<sup>53</sup>

Dies führt zu einer nächsten Schlussfolgerung über die Berliner Orientpolitik. Im Krieg wurde sie so ideologisch wie sie im Frieden sekundär, wirtschaftlich und kulturell orientiert war. Dann, im Krieg, sollte sie außerdem Ideologien exportieren, ja zu islamischen Revolutionen gegen die Fremden und ihre einheimischen Stützen führen. Subtiler war dies auch im zweiten Krieg der Fall, wobei die Nazis mit dem Großmufti dabei noch judenfeindli-

---

53 J. C. Fest, Hitler, Eine Biographie, Berlin 1997, S. 1011.

che Gefühle im Konflikt um Palästina zu entfachen suchten. Das große Projekt der jüdischen Assimilation verbrannte im Holocaust, die jüdische Frage stand neu in Palästina. Natürlich gab es auch arabische Opfer der Nazis, darunter Muslime in Konzentrationslagern. Andererseits sandten der Großmufti und der irakische Premier ihre Vertreter zur Besichtigung eines Konzentrationslagers nach Oranienburg bei Berlin, so dass bei diesen Führern ein entsprechendes Wissen um die Dimension der Massenvernichtung anzunehmen war.<sup>54</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg tauchte die These von einer „Inkompatibilität des Islams und der Nazi-Ideologie“ auf, die allgemein einiges für sich hatte. Doch bildete dies nur eine Facette im Mosaik, das konkret eher Kompatibilitäten im Bestreben der regionalen und der deutschen Führer erkennen lässt.<sup>55</sup>

Die deutsche Politik erfüllte im Nahen und Mittleren Orient von der Reichsgründung bis Ende des Zweiten Weltkriegs eine Hilfsrolle für die primäre Berliner Europa- und Amerika-Politik. Bald wurde sie nicht nur in zwei konträren Militärbündnissen gespalten, sondern als sekundäre Politik Bonns und Ostberlins einander entgegengesetzt. Noch offen ist, wie das eurozentrierte Ausfechten von Zwisten des Ost-West-Konflikts, so die deutsche Nationalfrage, die Belange der Region verzerrt, die Regelung des Nahostkonflikts verhindert und den dortigen Hass geschürt hat. Im Lichte der atomaren Bedrohung ordneten sich zweierlei Deutsche je den Westmächten oder der östlichen Vormacht unter. Aber es stand für sie oft nicht gut im Orient, wenn sie Washingtons NATO- und Moskaus WTO-Kurs übernahmen.<sup>56</sup> Der transatlantische Pakt überdauerte dann das Vergehen des Ostblocks und erfährt seine Neudefinition, zumal Radikale wie Islamisten Terror zu globalisieren suchen.

Seit dem Ende des Kalten Krieges und in einer Periode der interkulturellen Konflikte sind in der Berliner Nah- und Mittelostpolitik einige Rückgriffe auf die einstmals sekundäre, aber doch relativ eigenständige Orientpolitik der Orient-Gründerjahre zu beobachten. Jedoch haben sich heute viele der Koordinaten verändert. Die deutsche Identität ist eng mit der jüdischen und

---

54 G. Höpp, *In the shadow of the moon: Arab inmates in German concentration camps*, in: W. G. Schwanitz (Hrsg.), *Germany and the Middle East* (Anm. 30); G. Höpp, *Mufti-Papiere*, Berlin 2001.

55 J. C. Friedman, *The politics of collaboration: A historiography of Arab-German relations, 1933–1945*, in: S. S. Friedman (Hrsg.), *Holocaust Literature*. Westport 1993; U. Dann, *The Great Powers in the Middle East, 1919–1939*, New York 1988.

56 W. G. Schwanitz, *Deutsche in Nahost 1945–1965*, Frankfurt a. M. 1998, 2 Bde. (Mikrofiches); ders., „Gharbi, Sharqi, Ittihadî“: Zur Geschichte der deutsch-ägyptischen Beziehungen 1945–1995, in: G. Shanneik/K. Schliephake (Hrsg.), *Beziehungen zwischen der BRD und Ägypten*, Würzburg 2002, S. 43–54.

israelischen, sowie einen Schritt weiter, mit der palästinensischen verbunden. Gleichwohl gilt der Islam nicht mehr als sympathisches Phänomen der Ferne, sondern Muslime finden in Europa ihr zu Hause. Daraus folgt die sensible Mischung von inneren und äußeren Momenten der Berliner Nah- und Mittelostpolitik. Es gibt keine Rücksichtnahme mehr auf koloniale oder abhängige Gebiete deutscher Nachbarn. Bestandsachtung und Gebietsverzicht aus der Zeit der formellen Imperien und der Orientalischen Frage sind gegeben. Berlins Tradition der Vermittlung in Konflikten ist in der neuen Welt wieder gefragt.

Berlin gerät erstmals in die Lage, eine primäre Politik des Friedens und der friedenssichernden Intervention in Nah- und Mittelost zu betreiben. Darin besteht der Wechsel des Paradigmas: von der sekundären zu einer primären Friedenspolitik in der Region. Europa erfährt in Berlin Priorität, Amerika rückt dahinter. Die primäre Politik des Friedens, die sich nach eigenen Berliner Interessen im vereinten Europa richtet, ist noch nicht ausgereift. Doch ist die Kontur der Hierarchie von politischen Faktoren bereits zu erkennen: erstens die gleichrangige Konzentration auf zwei- und mehrseitige Fragen im gegenseitigen Interesse Europas sowie Nah- und Mittelosts; zweitens, deren Einbettung in breit gefasste transatlantischen Sicherheitsfragen; drittens die Probleme, die sich aus multiplen Identitäten in allen Regionen ergeben. Diese deutsche Nah- und Mittelostpolitik entfaltet sich dezentraler, mehr an den sich ausdifferenzierenden regionalen und lokalen Wünschen orientiert. Ob dieser nicht risikolose paradigmatische Wechsel in Berlin gelingt, das muss die Zeit zeigen.

---

Stefan R. Hauser

## **Deutsehe Forschungen zum Alten Orient und ihre Beziehungen zu politischen und ökonomischen Interessen vom Kaiserreich bis zum Zweiten Weltkrieg<sup>1</sup>**

### Einleitung

In den letzten Jahren ist die Bedeutung der Alten Geschichte und der Archäologie für die Konstruktion nationaler Identitäten wiederholt betont worden. Weniger offensichtlich ist die Rolle der Erforschung und Aneignung von Geschichte entfernter Territorien. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Bedeutung, die der Alte Orient und seine Erforschung zwischen 1870 und 1945 in Deutschland erhielten.

Dabei wird gezeigt, wie diese zunächst apolitisch erscheinende Forschung sich in oft unmittelbarem Verhältnis mit ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen des Wilhelminischen Kaiserreichs entwickelte. Nach dem ersten Weltkrieg hingegen läßt sich eine Rückbesinnung auf verschiedene ideengeschichtlichen und politischen Gründen auf die klassische, vor allem griechische Antike feststellen. Während des Dritten Reiches wandelten sich die Voraussetzungen für die Erforschung des Alten Orient erneut. Glorifizierung von Ariern trat in ihren Mittelpunkt. Doch welcher ideologische Standpunkt auch immer eingenommen wurde, die Erforschung des Alten Orients blieb ein wichtiges Vehikel der internationalen Beziehungen und des deutschen Einflusses im Nahen Osten.

### Das Wilhelminische Kaiserreich und der Aufstieg altorientalischer Forschungen

Die Proklamation des Deutschen Reichs im Jahre 1871 kann als logischer Schritt in der Entwicklung der Wirtschaft und in Preußens Hegemonialpoli-

---

1 Die folgenden Abkürzungen werden benutzt: Gunter und Hauser (im Druck) = A. C. Gunter/S. R. Hauser (Hrsg.), *Ernst Herzfeld and the Development of Near Eastern Studies, 1900–1950*. Leiden (im Druck); Hauser (im Druck) = S. R. Hauser, *Ernst Herzfeld and Eduard Meyer: Near Eastern Studies, Orientalism and Universal History*, in: Gunter und Hauser (im Druck); Mousavi (im Druck) = A. Mousavi, *Ernst Herzfeld, Politics, and Antiquities Legislation in Iran*, in: Gunter und Hauser (im Druck)

tik verstanden werden. Industrialisierung und Urbanisierung, verbunden mit einem starken Bevölkerungswachstum und sozialen Problemen, charakterisierten insbesondere das späte 19. Jahrhundert. Während der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. (1888–1918) wurde das Deutsche Reich eine der führenden Wirtschaftsnationen der Welt. Die Ausweitung deutscher Industrieexporte, nie vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts stark anstiegen, wurde von Diskussionen über Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik begleitet<sup>2</sup>. Da das Reich spät kam im Wettlauf um Kolonien, die als gesicherte Rohstofflager und Absatzmärkte dienen konnten, vor allem im Vergleich mit dem British Empire und Frankreich, wurde ein starkes Engagement im Nahen Osten erwogen. Während Bismarck einer aggressiveren Außenpolitik im Orient ablehnend gegenüberstand<sup>3</sup>, entwickelte das Deutsche Reich nach seinem Rücktritt 1890 starke Interessen im Nahen Osten.

Diese konzentrierten sich auf das geschwächte Osmanische Reich<sup>4</sup>. Verschiedene Faktoren sind dabei zu benennen: die relative Unabhängigkeit des Landes und seine geopolitisch-strategische Situation zwischen Russland, dem britisch dominierten Ägypten und Persien. Zudem war das Osmanische Reich nicht nur reich an Rohstoffen, vor allem Metallen und Öl, es war gleichzeitig auch mit seiner beginnenden Modernisierung ein vielversprechender Exportmarkt für deutsche Industrieprodukte. Im Zentrum deutscher Einflussnahme stand dabei der kreditfinanzierte Bau des Eisenbahnnetzes im Osmanischen Reich, vor allem die spektakuläre Bagdadbahn, eine Bahnstrecke, die in Konkurrenz zum Sues-Kanal Konstantinopel via Bagdad mit dem Persisch-Arabischen Golf verbinden sollte<sup>5</sup>.

- 
- 2 Vgl. Deutsche Politik im Zeitalter des Imperialismus: Ein Teufelskreis?, in: G. Schöllgen (Hrsg.), *Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland*. Darmstadt, 1991, 170-186; I. Geiss, „Weltpolitik“: Die deutsche Version des Imperialismus, in: G. Schöllgen (Hrsg.), *Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland*, Darmstadt 1991, 148-169.
  - 3 Vgl. u. a. O. Bast, *Germany I: German-Persian diplomatic relations*, in: *Encyclopedia Iranica* X, 2001, 506-519, hier 507f.; M. Reza Ghods, *Iran in the Twentieth Century*, Boulder/ London 1989, 24-5; J. S. Richter, *Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. 1898: Eine Studie zur deutschen Außenpolitik an der Wende zum 20. Jahrhundert*, Hamburg 1997, 17-19.
  - 4 Wiederholt versuchte die Persische Regierung vergeblich, die Beziehungen zum Deutschen Reich zu intensivieren. Bismarck und Wilhelm II. machten das fehlende Interesse von deutscher Seite deutlich, um Russland und Großbritannien nicht zu verärgern, vgl. Bast (Anm. 3).
  - 5 K. Grunwald, *Pénétration Pacifique – the Financial Vehicles of Germany's „Drang nach Osten“*, in: J. L. Wallach (Hrsg.), *Germany and the Middle East 1835–1939*, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte Beiheft 1*, Tel Aviv 1975, 85-101, hier 87.

Die wachsende weltwirtschaftliche Tätigkeit des Reiches wurde von einer einzigartigen Expansion deutscher ethnologischer und archäologischer Tätigkeit begleitet. Diese führte in den Jahren um 1900 zur Begründung diverser völkerkundlicher oder archäologischer Museen, die nicht-klassische Kulturen ausstellten. Vor allem innerhalb der Königlich Preußischen Museen in Berlin entstanden innerhalb weniger Jahre Abteilungen für afrikanische und ozeanische, indische, fernöstliche, sowie byzantinische, islamische und altorientalische Kunst.

Dies muss als Teil einer kulturellen Neuorientierung verstanden werden. Während das frühere 19. Jahrhundert das alte Griechenland idealisiert und romantisiert sowie die tiefe innere geistige Verbindung zwischen antiken Griechen und modernen Deutschen betont hatte, kam dieses neuhumanistische Ideal in der wilhelminischen Zeit unter Druck<sup>6</sup>. Die Forschung entwarf ein immer distanzierteres Bild der Antike. Klassische Bildung und die Vorstellung einer engen Beziehung zwischen dem klassischen Griechenland und den Deutschen wurden angesichts technischen Fortschrittes und industrieller Modernisierung zunehmend als irrelevant betrachtet. Wilhelm II. selbst verlangte nach Ingenieuren statt nach klassisch gebildeten Philologen.

In Fragen der Ästhetik blieb die vorbildhafte Überlegenheit griechischer Antike zunächst weitgehend unbestritten. Und trotz des Kaisers Interesse an einer Gleichstellung von technischen mit humanistischen Schulen und Studien blieb festzuhalten, dass „archaeologists [i.e., classical archaeologists, S.R.H.] held a prominent position at court as well as in German society at large“<sup>7</sup>. Allerdings war diese kulturelle Hegemonie nicht mehr uneingeschränkt. Steigender Lokalpatriotismus und die Bestärkung nationaler Gefühle förderten das Interesse an heimatlcher Vor- und Frühgeschichte und einer genuin deutschen Kultur unabhängig vom klassischen Griechenland. Gleichzeitig hielt mit der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Öffnung weiter Teile der Welt ein starkes Interesse am Exotischen Einzug. Innerhalb dieses Kontextes erhielt die Erforschung und das öffentliche Interesse am Alten Orient eine besondere Bedeutung.

### Die Entdeckung des Alten Orients

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war die Kenntnis der altorientalischen Geschichte und Kultur auf die diesbezüglichen Passagen griechischer und römischer Autoren sowie der Bibel beschränkt. In den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts begannen dann zunächst der französische Konsul

6 Vgl. zusammenfassend S. L. Marchand, *Down from Olympus: Archaeology and Philhellenism in Germany, 1750–1970*. Princeton 1996.

7 Ebenda, 243.

in Mossul, Paul Emile Botta, und der Engländer Henry Austin Layard mit großflächigen Ausgrabungen in den Palästen der assyrischen Könige des 9.-7. Jh. v. Chr. in Ninive, Nimrud und Khorsabad, im heutigen Nordinak. Diese Grabungen erregten international höchstes Interesse, vor allem nachdem unter großer öffentlicher Anteilnahme Reliefs nach Paris und London gebracht und dort ausgestellt wurden<sup>8</sup>.

Gleichzeitig mit den Reliefs wurden in verschiedenen Räumen der Paläste Zehntausende von Tontafeln gefunden, die in der damals Akkadisch benannten, kurz zuvor entzifferten Keilschriftsprache beschrieben waren<sup>9</sup>. Das mit diesen Forschungen verbundene Prestige ließ Franzosen und Briten bald in einen heftigen Wettstreit um antike Stätten und Grabungslizenzen in Mesopotamien eintreten. In Persien konnten die Franzosen 1895 sogar ein Monopol für die archäologische Erforschung erringen, das der persischen Regierung parallel mit Handelsmonopolen und Monopolen zur Ausbeutung von natürlichen Bodenschätzen abgerungen wurde<sup>10</sup>.

Der Erkenntnisgewinn aus archäologischer und philologischer Forschung sowie die Kunstwerke, die den Louvre und das British Museum zu füllen begannen, erregten auch in Berlin, wo 1855 mehrere Reliefs aus Layards Grabungen angekauft und ausgestellt worden waren, großes Aufsehen. Diese Anteilnahme wurde bestärkt durch die allgemeine Ansicht, dass mesopotamische Texte und Artefakte den Hintergrund für die Bibel erhellten, die neben der griechischen Philosophie und Kunst als der andere Eckpfeiler westlicher Kultur betrachtet wurde. Dies führte 1875 in Berlin zur Etablierung einer Professur für Assyriologie (Keilschriftkunde)<sup>11</sup>. Hinzu trat, dass es ge-

8 Vgl. F. N. Bohrer, Layard and Botta: Archaeology, Imperialism, and Aesthetics, in: T. Abush et al. (Hrsg.), *Historiography in the Cuneiform World, Part I, Proceedings of the XLV<sup>e</sup> Rencontre Assyriologique Internationale*, Bethesda, MD, 2001, 55-64.

9 Die ersten Keilschriftzeichen wurden von Georg Grotefend 1802 entziffert. Ein grundlegendes Verständnis der Zeichen und Sprachen entwickelte in dreissiger Jahren des 19. Jhs. vor allem Henry C. Rawlinson. Seine Arbeiten basierten vor allem auf der dreisprachigen (neubabylonischen, altpersischen und elamischen) Inschrift des Achaemeniden Dareios I. (521-484 v. Chr.) in Bisutun, die Rawlinson 1846 vollständig vorlegen konnte. 1857 erklärte die British Academy offiziell Keilschrift für entziffert. Für eine detaillierte Darstellung vgl. M. Trolle Larsen, *The Conquest of Assyria: Excavations in an Antique Land, 1840-1860*, New York 1996.

10 Vgl. F. Tissot, *La Délégation Archéologique Française en Iran*, in: *Encyclopaedia Iranica* vol. 7, 1996, 238-240.

11 Vgl. J. Renger, Die Geschichte der Altorientalistik und der vorderasiatischen Archäologie in Berlin von 1875 bis 1945, in: W. Arenhövel/Ch. Schreiber (Hrsg.), *Berlin und die Antike*. Berlin 1979, 151-192, hier 153. Schon 1874 hatte sich Friedrich Delitzsch in Leipzig als weltweit erster Wissenschaftler für Assyriologie habilitiert, vgl. M. Müller, Die Keilschriftwissenschaften an der Leipziger Universität bis zur Vertreibung Landsbergers im Jahre 1935, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-*

nerell akzeptiert, ja erwünscht war, dass sich der neue ökonomische und politische Status des Deutschen Reichs als Rivale Frankreichs und Großbritanniens auch in den nationalen Museumskollektionen zeigen sollte. Die international anerkannte Überlegenheit Deutschlands in der wissenschaftlichen Erforschung der alten Welt sollte sich auch in der öffentlichen Zurschaustellung archäologischer Artefakte manifestieren.

Das Berliner Museum begann 1878 sein erstes archäologisches Projekt im Osmanischen Reich, die Ausgrabungen am Pergamonaltar. Nach der erfolgreichen Freilegung und Verschiffung der Skulpturen nach Berlin und im Zusammenhang mit dem steigenden Einfluss des Deutschen Reichs und seiner Gelder im Osmanischen Reich begann das Museum zwischen 1895 und 1899 mehrere langfristige Ausgrabungsunternehmungen unter der Leitung von Theodor Wiegand an der Westküste der Türkei in Priene, Milet und Didyma. Diese Grabungen, die noch heute vom Deutschen Archäologischen Institut (im folgenden: DAI) fortgeführt werden, wurden bekannt wegen ihrer Ausmaße, vor allem aber wegen ihrer inhaltlichen Ausrichtung und einer herausragenden Grabungstechnik, -dokumentation und -analyse.

Die deutsche Forschung in Mesopotamien hingegen nahm einen anderen Weg. Nicht staatliche Institutionen, sondern eine von Privatleuten 1887 gegründete Gesellschaft, das Orient-Comité, finanzierte die ersten kleineren Unternehmungen in Nord- und Südmesopotamien. Diese ersten Kampagnen, eine Grabung in Sendcirli und Reisen, halfen das Interesse des Staates zu wecken. Im Februar 1897 erklärte offiziell eine Kommission der Preussischen Akademie der Wissenschaften auf eine Anfrage des Kulturministeriums, dass Forschungen in Mesopotamien „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ sei. Es sei der kulturellen Bedeutung des Deutschen Reiches angemessen, „wenn Deutsche Arbeit in Zukunft nicht mehr unvertreten blieb, wo es gilt eine im Gedächtnis der Menschheit verloren gegangene Welt wieder auferstehen zu lassen und Jahrtausende menschlicher Geschichte aus Bildwerken und Inschriften wiederzugewinnen.“ Vor allem, da die „Ergebnisse der von Engländern, Franzosen und Amerikanern ... ausgeführten Grabungen [...] eine vollständige Revolution großer Gebiete der Altertumswissenschaft, ... nicht nur dieser oder jener Disciplin, sondern der Kenntniß von der Genesis unserer Kultur“ bedeuteten<sup>12</sup>.

---

Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 28,1 (1979), 67-86. Die erste Professur für Assyriologie wurde 1869 in Paris am Collège de France für den gebürtigen Hamburger Jules (Julius) Oppert eingerichtet.

12 Zitiert nach O. Matthes/J. Althoff: Die „Königliche Kommission zur Erforschung der Euphrat- und Tigrisländer“, in: Mitteilungen der Deutschen Orient-Gesellschaft 130 (1998), 241-254, S. 243. Es ist hervorzuheben, dass hier Mesopotamien Ägypten

Wenige Monate später wurde nach einer Vorexpedition eine Grabung in Babylon beschlossen. Die Ausgrabung selbst jedoch wurde nicht von der Akademie, sondern von der Deutschen Orient-Gesellschaft (im folgenden: DOG) durchgeführt. Diese Gesellschaft war 1898 gegründet worden und inkorporierte das ältere Orient-Comité. Dass die DOG nicht nur aus philanthropischen Gründen entstand, kann aufgrund der Liste der Gründungsmitglieder und des Vorstandes vermutet werden. Hier finden sich die meisten Vorstände der deutschen Banken mit Interessen im Osmanischen Reich, beginnend mit von Siemens, Rothschild und Delbrück, sowie Industrielle wie Krupp, Rathenau oder Borsig. Diese trafen sich hier mit führenden Politikern und Wissenschaftlern, die sich mit dem Orient beschäftigten. Die DOG wurde enthusiastisch unterstützt von Kaiser Wilhelm II., der 1898 und 1900 zweimal nach Jerusalem und Damaskus reiste und sich dabei selbst zum Protektor der Christen und Freund der Islamischen Länder erklärte<sup>13</sup>. Im Jahr darauf wurde Wilhelm II. Schirmherr der DOG und versäumte laut seinen Memoiren keinen ihrer öffentlichen Vorträge. Als 1899 in Babylon und 1903 in Assur die deutschen Großgrabungen in Mesopotamien begannen, wurde sie entsprechend freudig vom Kaiser begrüßt und finanziell unterstützt<sup>14</sup>. Diese Ausgrabungen brachten viele der im Mittelmeerraum und vor allem in Nordeuropa schon länger angewandten sorgfältigen Ausgrabungs- und Dokumentationstechniken erstmals im Orient zur Anwendung und revolutionierten dadurch die archäologischen Methoden in der Region<sup>15</sup>. Von Beginn an dienten die Grabungen gleichzeitig den deutschen Ambitionen Objekte für die Berliner Museen zu gewinnen, die diese als Nationalmuseum in eine Reihe mit dem British Museum und dem Louvre stellen sollten. Zusammen mit den Ausgrabungen in der westlichen Türkei machten die Grabungen in Babylon und Assur die deutsche Bedeutung für die archäologische Erforschung des Osmanischen Reiches überragend.

---

ten vorgezogen wurde, wo dennoch 1899 ein archäologisches „Generalkonsulat“ eröffnet wurde, das 1928 dem DAI angegliedert wurde.

- 13 Vgl. J. S. Richter, *Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. 1898: Eine Studie zur deutschen Außenpolitik an der Wende zum 20. Jahrhundert*, Hamburg 1997.
- 14 Die stärkste Förderung erhielt die DOG durch den Mäzen James Simon. Er finanzierte u. a. die Grabungen der DOG in Amarna und stellte die Funde, u. a. die Büste der Nofretete den Berliner Museen zur Verfügung, s. O. Matthes, *James Simon: Mäzen im Wilhelminischen Zeitalter*, Berlin 2000.
- 15 Vgl. u. a. S. Lloyd, *Die Archäologie Mesopotamiens*, München 1981, 10, der in seinem Vorwort betont, daß die Ausgräber Robert Koldewey (Babylon) und Walter Andrae (Assur) mit ihrer Ausgrabungstechnik die Grundlage für alle späteren Entdeckungen gelegt hätten.

Die breitere Öffentlichkeit verfolgte die altorientalischen Forschungen mit großer Aufmerksamkeit. Vor allem der sogenannte „Babel-Bibel-Streit“ über das Verhältnis des Alten Testaments zu den Schriften Mesopotamiens, der sich 1902 an Vorträgen von Friedrich Delitzsch entzündete, bewegte die Bevölkerung, in einem heutzutage unvorstellbaren Maße, weit über akademisch gebildete Kreise hinaus<sup>16</sup>. Der kontinuierliche Strom neuer Entdeckungen traf den Nerv der Zeit. Die deutschen Grabungen übten eine große Anziehungskraft aus und bedienten in ihrer Mischung aus Disziplin in der Arbeit und deutscher Präsenz im Ausland nationale Gefühle ebenso wie durch die Faszination von Abenteuer und exotischer Kultur Gefühle der Weltoffenheit. Dazu trat mit dem Interesse an den Ursprüngen und dem Umfeld der Bibel eine theologisch-religiöse Komponente. Unterstützt durch die große Popularität, angetrieben durch politische und ökonomische Interessen und patronisiert durch Kaiser Wilhelm II. wurden altorientalische Forschungen „the perfect field for non-classical, in the sense of open-minded, modern investment in culture, by the state as by private philanthropists“<sup>17</sup>.

### Deutschland Rückkehr in den Nahen Osten nach dem Ersten Weltkrieg

Die deutschen Ambitionen, im Konzert der imperialen Mächte eine führende Rolle zu spielen, waren mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zerstört. Deutschland war international isoliert, hatte Teile seines Reichsgebietes und seine Kolonien abgeben müssen. Mit der Niederlage und dem Ende des vom Deutschen Reich intensiv militärisch unterstützten Osmanischen Reiches war auch die bedeutende deutsche Rolle im Nahen Osten beendet. Es ist daher keine Überraschung, dass auch die Vorderasiatische Archäologie, eines der ideologischen Flaggschiffe des deutschen Kulturimperialismus, starke Einschränkungen erfuhr. Zwei Faktoren jedoch sicherten dem Fach das Überleben, die persönlichen Verdienste und Beziehungen einzelner Forscher im Nahen Osten und die finanzielle Förderung durch die 1920 gegründete Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

Die Wiederaufnahme offizieller archäologischer Aktivitäten hatte jedoch drei entscheidende politische Vorbedingungen. Die erste war die Überwin-

16 Siehe dazu ausführlich: R. G. Lehmann, *Friedrich Delitzsch und der Babel-Bibel-Streit*, Fribourg/Göttingen 1994; ders., *Der Babel-Bibel-Streit. Ein kulturpolitisches Wetterleuchten*, in: J. Renger (Hrsg.), *Babylon: Focus mesopotamischer Geschichte, Wiege früher Gelehrsamkeit, Mythos in der Moderne*, Saarbrücken 1999, 505-521.

17 S. R. Hauser, *Not out of Babylon? The Development of Ancient Near Eastern Studies and Its Current Significance*, in: T. Abush u. a. (Hrsg.), *Historiography in the Cuneiform World, Part I, Proceedings of the XLV<sup>e</sup> Rencontre Assyriologique Internationale*. Bethesda, MD, 2001, 211-237, hier 218.

dung der tiefsten ökonomischen Krise in Deutschland selbst. Die zweite war die Wiederbelebung oder Aufnahme von politischen Kontakten mit den neuen Regierungen in den weitgehend neuentstandenen Ländern der Forschungsregion. Die dritte Bedingung war die Wiedereingliederung Deutschlands in die Staatengemeinschaft. Erst die Verträge von Rapallo, 1922, und Locarno, 1925, sowie Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund, 1926, bereiteten den Weg für die Fortsetzung deutscher Forschung in Persien, der Türkei und dem Irak.

### *Persien*

Der erste deutsche Archäologe, der nach dem Ersten Weltkrieg 1923 in den Nahen Osten zurückkehrte, war Ernst Herzfeld, der 1920 in Berlin die weltweit erste Professur für Vorderasiatische Archäologie erhalten hatte. Herzfeld spielte in vielfältiger Hinsicht eine entscheidende Rolle in der Entwicklung orientalistischer Studien, wobei eine seiner wichtigsten Leistungen war, die Archäologie und Geschichte Persiens/Irans in das internationale Bewusstsein zu bringen<sup>18</sup>.

Persien, obwohl nominell unabhängig, war nach dem Ersten Weltkrieg unter noch stärkeren britischen Einfluss geraten als zuvor<sup>19</sup>. Dies führte zusammen mit Deutschlands ökonomischen Schwierigkeiten zu einem erneuten Tiefpunkt deutsch-persischer Wirtschaftsbeziehungen. Schon bald jedoch wurde eine Verstärkung des Austausches von persischer und auch russischer Seite erwünscht, um so den Einfluss Großbritanniens zu schwächen. Im Januar 1923 traf der erste deutsche Gesandte nach dem Krieg, von Schulenburg, in Teheran ein, bezeichnenderweise via Moskau<sup>20</sup>. Insofern scheint Herzfelds Ankunft in Persien mit dieser deutsch-persischen Annäherung verbunden. Jedoch war Herzfeld nicht in offizieller Mission, sondern mit privaten Finanzmitteln, vor allem der Familie Stinnes unterwegs<sup>21</sup>.

Mit seiner 1923 begonnenen zweijährigen Forschungsreise in Persien durchbrach Herzfeld in gewisser Weise das seit 1895 bestehende Monopol der Franzosen. 1926 wurde Herzfeld, der einziges nicht-persisches Mitglied

---

18 Herzfeld war seit 1917 „Extra-Ordinarius“ für dieses Fach, das als Historische Geographie und Kunstgeschichte des Alten Orients bezeichnet wurde. Zu Herzfelds Leben und einer Zusammenfassung seiner Arbeiten, vgl. S. R. Hauser, Ernst Herzfeld: Life and Work, in: *Encyclopedia Iranica* (im Druck).

19 Y. Hirschfeld, *Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte: internationale Beziehungen unter Reza Schah 1921–1941*, Düsseldorf 1980, 17.

20 Ebenda, 32.

21 J. Kröger, Ernst Herzfeld and Friedrich Sarre, in: A. C. Gunter/S. R. Hauser (Hrsg.), *Ernst Herzfeld and the Development of Near Eastern Studies, 1900–1950*, Leiden (im Druck).

des *Anjuman Athar-i Milli* (Nationaler Denkmalrat) war<sup>22</sup>, Berater der persischen Regierung für die Einführung eines Antikengesetzes und sollte Direktor des Antikendienstes werden. Doch musste die persische Regierung dem französischen Druck nachgeben und im Gegenzug gegen den Verzicht auf das Monopol, einen Franzosen zum ersten Direktor des persischen Antikendienstes und des zu erbauenden Nationalmuseums ernennen. Herzfeld blieb dennoch bis Ende 1934 fast konstant, von seiner Professur beurlaubt, in Persien. Ab 1927 bemühte er sich ein DAI in Teheran zu gründen, doch trafen die zugesagten Mittel des Außenministeriums nur teilweise ein. Das Interesse des deutschen Außenministeriums an Persien blieb während der gesamten Zeit der Weimarer Republik sehr eingeschränkt<sup>23</sup>. Und auch die Wirtschaftsbeziehungen stagnierten ungeachtet eines hohen persischen Interesses auf insignifikant niedrigem Niveau<sup>24</sup>.

Bei der geringen deutschen Unterstützung für Herzfeld in Persien spielte außer den fehlenden Wirtschaftsinteressen auch eine Rolle, dass die vorhandenen Finanzmittel durch die traditionellen, kaiserzeitlichen Großprojekte in der Türkei und dem Irak gebunden waren, die nach 1926 wieder aufgenommen worden waren. Persische Geschichte und Archäologie konnten von dem Einzelkämpfer Herzfeld vor dem Hintergrund fehlender wirtschaftlicher und politischer Interessen Deutschlands in Persien und angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der Weimarer Zeit, nicht zusätzlich etabliert werden. Für seine Arbeiten in Persepolis, der bekanntesten Ruine des Landes, suchte Herzfeld schließlich die finanzielle Hilfe des Oriental Institute of Chicago<sup>25</sup>.

---

22 Die *Anjuman Athar-i Milli* war eine private Gesellschaft, die 1922 gegründet wurde, und deren Ziel die Bewahrung des persischen kulturellen Erbes war. Ihr gehörten viele führende Politiker und Intellektuelle Persiens an. Zur Geschichte der Archäologie und ihrer sich wandelnden Rolle in Persien/Iran s. Kamyar Abdi, Nationalism, politics, and the development of archaeology in Iran, *American Journal of Archaeology* 105 (2000) 51-76.

23 Bast (Anm. 3), 511.

24 Während der weimarer Jahre machten die persischen Importe gerade einmal 0,1 bis 0,2 Prozent von Deutschlands Exporten aus. Die Produkte aus Persien, inklusive Öl, summierten sich auf 0,2 bis 0,6 Prozent der deutschen Importe, s. Hirschfeld (Anm. 19), 331.

25 Das Oriental Institute erhielt darüber die Grabungslizenz, was Herzfeld, den eigentlichen Initiator, zu einem Mitarbeiter des Instituts degradierte. 1934 wurde Herzfeld auf Wunsch persischer Behörden von seinem Posten als Grabungsdirektor entbunden und musste das Land verlassen. Die Gründe dafür sind nach wie vor unklar, s. Hauser (im Druck), ders. Ernst Herzfeld i: Life and Work, in: *Encyclopedia Iranica* (im Druck); Mousavi (im Druck).

*Türkei*

Deutschlands politische, ökonomische und archäologische Verbindungen mit dem Osmanischen Reich waren vor dem Ersten Weltkrieg sehr eng. Mit dessen Ende lagen die traditionellen Ausgrabungsstätten aber nun in den neu entstandenen Staaten Türkei und Irak, zu denen diplomatische, politische und ökonomische Beziehungen erst aufgebaut werden mussten. Erst nachdem Mustafa Kemal (Atatürk) das Kalifat abgeschafft und durch ein Präsidialsystem ersetzt hatte, wurden 1924 zwischen der Türkei und Deutschland diplomatische Beziehungen aufgenommen<sup>26</sup>. Dieser Schritt wurde fast unmittelbar begleitet von der Eröffnung einer Filiale der Deutschen Bank in Konstantinopel sowie Verträgen zwischen der Türkei und der Firma Junkers über eine Waffenfabrik, aber nicht von archäologischen Arbeiten.

Bald nachdem die deutsche Botschaft in Konstantinopel eröffnet worden war, begann das zum Auswärtigen Amt gehörende DAI, die Eröffnung einer Abteilung zu vorbereiten. Aus innenpolitisch-finanziellen wie diplomatischen Gründen dauerte es jedoch bis 1929 ehe das Institut eröffnet werden konnte und die meisten Vorkriegsaktivitäten wieder begannen<sup>27</sup>. Dabei spielte die große propagandistische Bedeutung der Grabungen im Kaiserreich und in ihrer Funktion als Ausdruck ungleicher Beziehungen eine wichtige Rolle. Eingebunden in die Disziplin der auswärtigen Politik, deren Einfluss auf die Türkei niemals den Vorkriegsstand erreichte, folgten die Archäologen nur langsam den intensivierten Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten. Eine Dominanz wie vor dem Krieg erreichten auch sie nicht mehr.

*Irak*

Während Persien vor dem Ersten Weltkrieg kaum archäologisches und historisches Interesse gefunden hatte, und die deutsche Archäologie sich in der Türkei auf klassische Perioden konzentriert hatte, lag das Herz der Vorderasiatischen Studien und die Szene der intensiven und höchst populären Ausgrabungen der Kaiserzeit in Mesopotamien. Mesopotamien bildete nach dem Krieg das Britische Mandat des Königreichs Irak. Von deutscher Seite gab es keine offiziellen Verbindungen zu der neuen Regierung und sehr wenig Wirtschaftsinteressen. Schwerwiegender für die Archäologen war, dass die starke Unterstützung durch den Kaiser und sein Kabinett mit deren Ablösung endete. Auch die Mitgliederzahl der DOG fiel beträchtlich.

---

26 Im April 1924 wurde der erste deutsche Botschafter, Nadojny, entsandt, vgl. Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Serie A Band IX. Göttingen 1991, Nr. 18, 88 und 241. Dieser Amtsantritt koinzierte mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung in der Türkei.

27 Marchand (Anm. 6), 283f.

In dieser Situation bewahrte die neu gegründete *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft* das Fach vor einem Rückfall in die Bedeutungslosigkeit. Im inneren Kreis der Notgemeinschaft saßen einige wichtige Unterstützer altorientalischer Studien. Unter ihnen sind vor allem der Historiker Eduard Meyer und Theodor Wiegand, Ausgräber von Milet und Priene, als Vorsitzende der betroffenen Fachausschüsse, sowie der Präsident der Notgemeinschaft, Friedrich Schmidt-Ott, der über lange Jahre Vorstandsmitglied der DOG gewesen war, zu nennen<sup>28</sup>. So verwundert es weniger, dass die DOG eine vergleichsweise hohe Anzahl von Archäologen aus Mitteln der Notgemeinschaft für die Publikation der Endberichte über die Grabungen und zusammen mit den Berliner Museen für die Bearbeitung von Objekten für das projektierte neue *Vorderasiatische Museum* innerhalb des Pergamonmuseums in Berlin erhielt<sup>29</sup>.

Die Unterstützungssummen wurden sogar in Verbindung mit der Wiederaufnahme archäologischer Tätigkeit im Irak nach 1926 stark aufgestockt. Altertumswissenschaft und Orientalistik waren zwei der am meisten durch die Notgemeinschaft geförderten Forschungsbereiche, noch vor zum Beispiel „biology, agricultural studies, and the remaining humanities, social sciences, and engineering fields“<sup>30</sup>. Obgleich die Klassischen Altertumswissenschaften den weitaus größeren Anteil erhielten, wurden auch altorientalische Studien stark unterstützt.

Nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund konnten 1926 die Funde aus Assur, die während des Krieges in Portugal festgehalten worden waren, und aus Babylon vom Irak aus nach Berlin gebracht werden<sup>31</sup>. 1928 wurden dann Grabungen in Uruk/Warka, der größten Ruine des Landes, und in Ktesiphon, der ehemaligen parthischen und sassanidischen Hauptstadt südlich von Bagdad, zwei höchst prestigeträchtigen und wissenschaftlich herausragenden Unternehmungen, begonnen. Julius Jordan, Freund und Mit-

---

28 Ausführlich dazu Hauser (im Druck). Die Rolle der Notgemeinschaft, die später in Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) umbenannt wurde, in der Förderung der Erforschung des Alten Orients, sowie die Rolle der Förderung solcher Forschung innerhalb der Notgemeinschaft/DFG ist Teil eines Projektes des Autors.

29 Der Grundstein für das Pergamonmuseum wurde 1910 gelegt. Das Museum eröffnete im Oktober 1930, 1936 dann das Vorderasiatische Museum, vgl. N. Crüsemann, Vom Zweistromland zum Kupfergraben: Vorgeschichte und Entstehungsjahre (1899-1918) der Vorderasiatischen Abteilung der Berliner Museen vor fach- und kulturpolitischen Hintergründen, in: Jahrbuch der Berliner Museen N.F., Beihefte Bd. 42, Berlin, 2001.

30 Marchand (Anm. 6), 295.

31 W. Andrae, Der Rückerwerb der Assur-Funde aus Portugal, Mitteilungen der Deutschen Orient-Gesellschaft 65 (1927), 1-6; ders., Reise nach Babylon zur Teilung der Babylon-Funde, Mitteilungen der Deutschen Orient-Gesellschaft 65 (1927), 7-27.

arbeiter Andraes in Assur und Leiter der Urukunternehmung, wurde 1931 sogar zum Direktor des irakischen Antikendienstes. Der erste deutsche Gesandte, Fritz Grobba, kam hingegen erst 1932 in den Irak, was als Ausdruck der geringen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen gelten kann. Der Irak ist damit ein weiteres Beispiel, wo die persönlich guten Beziehungen mit den internationalen Kollegen und die finanzielle Unterstützung der Notgemeinschaft den deutschen Archäologen erlaubten, ihre wichtige Rolle wieder einzunehmen, ohne dass offizielle Stellen politische Unterstützung geleistet hätten.

Die Entwicklung der deutschen Vorderasiatischen Archäologie während der Weimarer Republik zeigt, wie sehr sich trotz aller politischen Änderungen eine gewisse Kontinuität ergab. Mit der Professur für Herzfeld wurde das Fach 1920 akademisch anerkannt. Andererseits wurden die Forschungen nun fast ausschließlich von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft finanziert. Mit der großzügigen Förderung aber betrieb die Notgemeinschaft eine Art eigener Außenpolitik. Zusammen mit der Etablierung von Herzfeld in Persien und Jordan im Irak aufgrund persönlicher Verdienste, wurde die deutsche Vorderasiatische Archäologie dadurch jenseits der Einflussnahme des Auswärtigen Amtes zu einem wichtigen außenpolitischen Boten der Weimarer Republik.

### Die Rezeption altorientalischer Kulturen in der Weimarer Republik

Interessanterweise kontrastierte die steigende Förderung altorientalischer Studien durch öffentliche Mittel während der Weimarer Republik mit einer stark reduzierten Wahrnehmung und Begeisterung für diese Studien in der breiten Öffentlichkeit wie unter Wissenschaftlern angrenzender akademischer Disziplinen. Schon 1908 hatte Eduard Meyer seine Kollegen gescholten, den meisten fehle die „intellektuelle Elastizität“ um zu verstehen und nachzuvollziehen, welche enormen Änderungen im Geschichtsverlauf und mehr noch Geschichtsverständnis die assyrischen Texte bedingten<sup>32</sup>. Allerdings schufen die ständig wachsenden Kenntnisse über die altorientalischen Kulturen und die Vielzahl neuer Sprachen und Dialekte das Problem, dass es für Nicht-Spezialisten immer schwieriger wurde, den Diskussionen zu folgen. Die Althistoriker zogen sich bis auf wenige Ausnahmen wieder ganz auf ihren Kernbereich, die griechische und römische Geschichte zurück. Und obwohl diverse Lehrstühle für Assyriologie (Berlin, Leipzig, München, Würzburg, Heidelberg, Marburg, Göttingen, Breslau, Königsberg, Gießen, Jena und Münster) bestanden, erlangten diese nur eine geringe Außenwir-

---

32 Renger (Anm. 11), 155.

kung. Statt selber als Historiker die von den Althistorikern verlassenen Gebiete offensiv zu vertreten, konzentrierten sie sich weitgehend auf philologische Diskussionen, an denen weder die Öffentlichkeit noch Kollegen angrenzender historischer Disziplinen Anteil nahmen. Der einzige Professor für Vorderasiatische Archäologie wiederum, Herzfeld, war konstant beurlaubt. Viel Energie floss in die Vorbereitung des Museumsneubaus und die Grabungsberichte der DOG, ohne dass dies von außen immer entsprechend wahrgenommen worden wäre.

Die öffentliche Rezeption litt unter vergleichbaren Schwierigkeiten. Während die Großgrabungen und der Babel-Babel-Streit vor dem Ersten Weltkrieg den altorientalischen Studien eine hohe Aufmerksamkeit gesichert hatte, war der Neuigkeitswert der altorientalischen Kulturen verblasst. Ohne neue spektakuläre Entdeckungen, wie das Grab Tut-anch-amuns, das eine neue Ägyptenbegeisterung hervorrief<sup>33</sup>, war daran wenig zu ändern. Im Wettbewerb um Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung mit anderen Disziplinen fochten Altorientalisten eine verlorene Schlacht gegen die deutsche Vorgeschichtsforschung und das Klassische Altertum, das in den zwanziger Jahren ein erstaunliches Comeback feierte.

Auf den ersten Blick erscheint die Rückwendung zur Klassik im Widerspruch zu den vielen Modernisierungstendenzen in Gesellschaft, Politik und Kultur der Weimarer Zeit zu stehen. Doch füllte dieser wesentliche Aspekt des intellektuellen Lebens in zunehmendem Maße ein Sinnvakuum für eine Gesellschaftsschicht, die frustriert war von Deutschlands Verlust an Status und Ressourcen durch die Niederlage des Ersten Weltkriegs. Der Orientalist Carl H. Becker, der 1921 Preußischer Kultusminister geworden war, propagierte zum Beispiel die Versöhnung von Körper und Geist, Kunst, Religion und Ingenieurwesen, etwas, das er „einen neuartigen, echten Humanismus“ nannte, der „nach dem Vorbild des antiken Vollmenschen den neuen deutschen Vollmenschen erziehen“ solle<sup>34</sup>. Die klassische Antike also nicht mehr als abstrakt-intellektueller Gegenstand der Beschäftigung, sondern als konkretes Vorbild eines ganzheitlichen, mit sich, seinem Volk und der Welt versöhnten Menschen.

Wie Becker fanden viele andere mit unterschiedlichem politischem Hintergrund, aber desillusioniert von der Gegenwart, ihr Ideal in der glorreichen Vergangenheit des antiken Griechenland. Besonders einflussreich wurde der klassische Philologe Werner Jaeger, der versuchte, die griechischen „zeitlo-

33 S. u. a. H. U. Gumbrecht, *In 1926: Living at the Edge of Time*, Cambridge 1997, 149-54.

34 C. H. Becker, *Die pädagogische Akademie im Aufbau unseres nationalen Bildungswesens*. Leipzig 1926, 52-56.

sen Werte der Menschheit“ wieder zum Leben zu erwecken als paradigmatisches Ideal für gegenwärtige Kultur und Charakter<sup>35</sup>. Eine wachsende Zahl einflussreicher Klassizisten und gebildeter Laien folgten seinen Ideen eines „Dritten Humanismus“<sup>36</sup>. Die Klassische Archäologie, die nun vielfach der Verehrung großer Meister huldigte, wurde ein wichtigerer Faktor im kulturellen Leben als jemals zuvor oder seither<sup>37</sup>. Mit der Wiedereinführung des klassischen Griechenland als Ideal und Modell für einen neuen Humanismus kam die Faszination für ältere Kulturen in Deutschland wieder an ihren Ausgangspunkt. In Verbindung mit dieser neuerlichen Umbewertung und Besinnung auf westliche Kulturtraditionen wurde der Orient aber nach einer Phase erhöhter Anerkennung wieder in der Tradition des deutschen Idealismus der negative Gegenpol, der Antagonist westlicher, freiheitlicher, ganzheitlicher Tradition.

### Das „Dritte Reich“: Arier im Nahen Osten

So war der Boden bereitet, als im Jahre 1935 der Althistoriker Helmut Berve die altorientalischen Studien heftig attackierte:

„Die Wissenschaft vom Alten Orient, soweit sie fremdrassige, uns wesensfremde und darum in ihrer tiefen Eigenart nicht zu begreifende Völker betrifft, ist in dem Augenblick, da die Problemstellung über das rational Feststellbare hinausgeht, zur Resignation verdammt. Sie versagt damit vor der neuen Wertforderung und verliert infolgedessen ihr Lebensrecht.“<sup>38</sup>

Geschichte sei bewusst vom Standpunkt der Gegenwart zu schreiben und habe „völkisch“ und „rassisch“ und daher deutsche und arische Geschichte zu sein.

Dementsprechend erfreute sich insbesondere die mitteleuropäische Prähistorie der unmittelbaren Unterstützung mehrerer Staatsinstitutionen wie das Amt Rosenberg mit dem *Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte* und das *SS-Ahnenerbe*<sup>39</sup>. Andererseits blieb die hohe Wertschätzung für das klassi-

35 W. Jäger, Einführung, *Die Antike* 1 (1925), 1-4.

36 A. Henrichs, Philologie und Wissenschaftsgeschichte: Zur Krise eines Selbstverständnisses, in: H. Flashar (Hrsg.), *Altertumswissenschaft in den 20er Jahren: Neue Fragen und Impulse*, Stuttgart 1995, 423-457, hier S. 454f.

37 A. H. Borbein, Die Klassik-Diskussion in der Klassischen Archäologie, in: Hellmut Flashar (Ed.), *Altertumswissenschaft in den 20er Jahren: Neue Fragen und Impulse*. Stuttgart, 1995, 205-245, hier S. 244.

38 H. Berve, Zur Kulturgeschichte des Alten Orients, *Archiv für Kulturgeschichte* 25 (1935), 216-230, hier S. 229-30.

39 Diese waren allerdings untereinander heftig zerstritten. In den letzten Jahren sind mehrere Studien zur deutschen Vorgeschichtsforschung im „Dritten Reich“ erschienen, vgl. u. a. H. Haßmann, *Archaeology in the Third Reich*, in: H. Härke (Hrsg.),

sche Altertum, vor allem griechische Kultur bestehen<sup>40</sup>. Sie litt aber unter ideologischem Missbrauch durch verschiedene Forscher. War die ältere Generation der Historiker zumeist konservativ, „deutsch-national“ gewesen, so waren viele der jüngeren Generation schon zu Beginn des „Dritten Reiches“ aktive Unterstützer des Nationalsozialismus. Ihre Interpretation alter Geschichte und die nunmehr gewählten Forschungsthemen änderten sich im Laufe der dreißiger und vierziger Jahre. Aufbauend auf der Verehrung großer Männer (Künstler, Politiker, etc.), die schon während der zwanziger Jahre einen starken Aufschwung genommen hatte, wurde nun Augustus als „Führer“ gehuldigt. Sparta als Militärmacht erhielt eine nie da gewesene Zuwendung<sup>41</sup>.

Der Orient hingegen wurde über zwei Argumentationslinien als minderwertig herabgesetzt. Die eine entsprach dem eher traditionellen Ansatz, Veränderungen und Errungenschaften des Ostens zu negieren und westliche kulturelle Überlegenheit zu betonen. Eine Sicht, die heute üblicherweise als „Orientalismus“ bezeichnet wird<sup>42</sup>. Aber während früher die vermeintliche Rückständigkeit des Orients auf seine politische Organisation („Orientalischer Despotismus“), Klima und Kultur zurückgeführt wurde, wurden Unterschiede nun zunehmend auf rassische Minderwertigkeit zurückgeführt.

Eine Anzahl von Altorientalisten hatte Deutschland schon in den zwanziger Jahren zugunsten von Stellen in den USA verlassen, nun waren weitere

Archaeology, Ideology and Society: The German Experience. Frankfurt a. M. u. a. 2000, 65-139 mit weiterer Literatur.

- 40 Entgegen der Betonung des Aufstiegs der Prähistorie zur überragenden Wissenschaft in manchen Studien (u. a. bei Haßmann) zeigen die Listen in Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender, daß die Zahl der Klassischen Archäologen, vor allem an Universitäten, konstant weit höher blieb als die der Prähistoriker.
- 41 V. Losemann, Nationalsozialismus und Antike: Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945, Hamburg 1977; B. Näf, Von Perikles zu Hitler? Die athenische Demokratie und die deutsche Althistorie bis 1945, Bern/New York 1986; I. Stahlmann, Imperator Caesar Augustus: Studien zur Geschichte des Principatsverständnisses in der deutschen Altertumswissenschaft bis 1945, Darmstadt 1988. Vgl. nun auch B. Näf (Hrsg.), Antike und Altertumswissenschaft in der Zeit von Faschismus und Nationalsozialismus. Kolloquium Universität Zürich 14.-17. Oktober 1998, Mandelbachtal/Cambridge 2001.
- 42 E. W. Said, Orientalism, New York 1995. Für eine Diskussion des Orientalismus und seine Bedeutung in der Interpretation des Alten Orient und dessen Geschichte s. S. R. Hauser, Orientalismus, in: Der Neue Pauly: Rezeptions- und Wissenschaftsgeschichte Bd. 15/1, Stuttgart/Weimar 2001, 1233-1243. Beispiele für die verschiedenen Arten vorurteilsbehafteter Interpretationen zeigt S. R. Hauser, „Greek in subject and style, but a little distorted“: Zum Verhältnis von Orient und Okzident in der Altertumswissenschaft, in: S. Altekamp/M. Hofter/M. Krumme (Hrsg.), Posthumanistische Klassische Archäologie, München 2001, 83-104.

gezwungen auszuwandern<sup>43</sup>. Unter ihnen waren Benno Landsberger, einer der einflussreichsten Assyriologen seiner Zeit, der zunächst Professor in Ankara wurde und dann nach Chicago ging<sup>44</sup>, und Ernst Herzfeld. Beide waren aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, das auch dazu diente, jüdische Wissenschaftler an den Universitäten zu entlassen, gezwungen, neue Stellen im Ausland zu suchen<sup>45</sup>.

Die Aktivitäten, die die Orientforschung am Leben erhielten, waren Forschungen zu Indogermanen und Ariern. Selbst das Ahnenerbe schuf eine „Abteilung für den Vorderen Orient“ unter Leitung des Wiener Professors Victor Christian, deren Ziel es war die arisch-indogermanischen Einflüsse auf den Fortschritt im Orient zu untersuchen<sup>46</sup>. Hethiter und Hurriter gewannen eine große Popularität und die Erforschung ihrer indo-europäischen („arischen“) Sprachen und materiellen Hinterlassenschaften, die in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren international Aufschwung erlebte, wurde stark gefördert<sup>47</sup>. Der neue Forschungsschwerpunkt verschob schließlich den Fokus von Mesopotamien zum Iran. Während es für Herzfeld wenige Jahre zuvor unmöglich war, in Deutschland Forschungsgelder für Persepolis zu akquirieren, gewann nunmehr persische als arische Geschichte

---

43 Vgl. Renger (Anm. 11); ders., *Altorientalistik und jüdische Gelehrte in Deutschland – Deutsche und österreichische Altorientalisten im Exil*, in: W. Barner/Ch. König (Hrsg.), *Jüdische Intellektuelle und die Philologien in Deutschland: 1871–1933*, Göttingen 2001, 247–261.

44 Renger, *Altorientalistik* (Anm. 43).

45 Beide waren im Ersten Weltkrieg hoch dekoriert worden, weshalb sie ihrer Stellen erst 1935 verlustig gingen. Wie viele deutsche Wissenschaftler wurde Landsberger von der türkischen Regierung als Professor für die neu gegründete Universität in Ankara umworben. Herzfeld, dessen Eltern schon zum Protestantismus konvertiert waren, ging zunächst nach London und wurde dann 1936 zusammen mit Albert Einstein und John von Neumann Member des Institute for Advanced Study in Princeton.

46 M. H. Kater, *Das „Ahnenerbe“ der SS: 1935–1945, ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches*, Heidelberg 1974, 111.

47 Es muß betont werden, daß die meisten Wissenschaftler nicht willens oder fähig waren altorientalische Studien umzudefinieren. Es gibt z.B. keine Indizien, daß Kurt Bittel, der Ausgräber von Boghazköy und spätere Präsident des DAI, in irgendeiner Weise seine wissenschaftliche Integrität beschmutzt hätte. Seine im „Dritten Reich“ so willkommenen Forschungen in der Hauptstadt der Hethiter begannen 1931 und änderten ihren Charakter in keiner Weise. Auch Walter Andrae, Direktor des Vorderasiatischen Museum in Berlin, der zudem Vorsitzender der DOG geworden war, machte in seinen Schriften und Funktionen kaum Konzessionen an den „Zeitgeist“. Die DOG war eine der Gesellschaften, die erst unter Androhung der Auflösung der Verordnung, Juden auszuschließen, Folge leistete.

beispiellose Bedeutung und Zuwendung. Und so wie Historiker den arischen Charakter der alten Perser betonten<sup>48</sup>, so waren moderne Iraner ausdrücklich von den Nürnberger Rassegesetzen als „reinrassig“ ausgenommen<sup>49</sup>.

Die neue deutsche Vorliebe für arische Geschichte traf sich mit dem Interesse des Schah von Persien an einer Ideologie, die sein Regime stützen konnte. Die 1934 gestartete „vahdat-i melli“ (Kampagne zur nationalen Einheit) beinhaltete eine „Reinigung“ der persischen Sprache von Lehnwörtern aus anderen Sprachen, die Schaffung eines Nationalgefühls durch Massenmedien und die Berufung auf Irans glorifizierte Vergangenheit<sup>50</sup>. Angeblich auf Rat von Diplomaten in Berlin ordnete Reza Shah an, dass das Land in Zukunft nicht mehr Persien, sondern Iran heißen sollte. Die ideologische Nähe zwischen Iran und Deutschland bereitete den Weg für weit reichende Handels-, Militär- und andere Abkommen zwischen den beiden Regierungen<sup>51</sup>. Zunehmend hing der Iran in den späteren dreißiger Jahren von deutschen Maschinen und dem Handel mit dem Deutschen Reich ab. Auf dem Höhepunkt des Handelsaufkommens, im Jahre 1940/41 stammten 47,2 Prozent aller Importe des Iran aus Deutschland, und gingen 42,9 Prozent aller Exporte dorthin<sup>52</sup>. In einer Atmosphäre wachsenden Austausches und Vertrauens wurde Wilhelm Eilers 1938 nach Isfahan gesandt, um ein deutsches Institut aufzubauen, das historische und archäologische, aber auch zeitgenössische Sprach- und Landesforschung betreiben sollte<sup>53</sup>. Trotz des großen

---

48 Für einige Autoren wurde die „arische Rasse“ der Perser bald zum Problem. Wie konnte man erklären und begrüßen, daß diese gegen die Griechen im Kampf verloren hatten? Die Erklärung wurde darin gesehen, daß die Perser zu lange engen Kontakt mit den von ihnen beherrschten nicht-arischen, semitischen Völkern Mesopotamiens gehabt hatten, der durch „Rassenmischung“ zum Verlust der Stärke geführt habe, vgl. F. Schachermeyr, *Indogermanen und Orient*, Stuttgart 1944, 171. Zur Interpretation des Achaimeniden- (Perser-)reiches im „Dritten Reich“, vgl. J. Wiesehöfer, *Das Bild der Achaimeniden in der Zeit des Nationalsozialismus*, in: H. Sancisi-Weerdenburg/A. Kuhrt (Hrsg.), *Achaemenid History III: Method and Theory*, Leiden 1998, 1-14.

49 M. Rezun, *The Iranian Crisis of 1941: the Actors Britain, Germany and the Soviet Union*, Köln 1982, 29.

50 M. Reza Ghods, *Iran in the Twentieth Century: A Political History*, Boulder 1989, 106-8.

51 Y. Hirschfeld, *German Policy Towards Iran: Continuity and Change from Weimar to Hitler, 1919–39*, in: J. L. Wallach (Hrsg.), *Germany and the Middle East 1835–1939*, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte Beiheft 1*, Tel Aviv 1975, 117-141, hier S.127-8.

52 Hirschfeld (Anm. 19), 330.

53 D. Huff, *Germany ii. Archaeological Explorations and Excavations*, *Encyclopaedia Iranica* vol. 10, 2001, 519-530, hier S. 525. Der dortige Beitrag von W. Kleiss,

deutschen Wirtschaftseinflusses und der starken Sympathien blieb der Iran während der ersten Jahre des Zweiten Weltkriegs neutral. Im August 1941 besetzen britische und sowjetische Truppen in einem Präventivschlag den Iran, um zu verhindern, dass der Iran als Basis für Aktionen gegen Indien genutzt wurde. Das Institut in Isfahan wurde geschlossen. Der Schah wurde genötigt, alle deutschen Staatsbürger auszuweisen, bevor er selbst zur Abdankung gezwungen wurde<sup>54</sup>. Dieser Schritt Großbritanniens und der UdSSR reduzierte Deutschlands Fusshalte im Nahen Osten dramatisch, nachdem zuvor schon das deutschenfreundliche Putschregime al-Kailanis in Bagdad von den Briten gestürzt worden war.

Es mögen diese Ereignisse, die Ausweitung der Kriegsperspektive auf den Vorderen Orient gewesen sein, die dazu führten, dass die Regierung schließlich den deutschen Orientalisten, die zuvor während des „Dritten Reiches“ stark von Stellenkürzungen und Vertreibungen betroffen worden waren, ihre Aufmerksamkeit widmete. Im Herbst 1942 lud die Regierung zur „Ersten Arbeitstagung deutscher Orientalisten und orientalischer Archäologen im Kriegseinsatz der Deutschen Geisteswissenschaft“. Die Konferenz, eine in einer ganzen Serie, die von Paul Ritterbusch organisiert wurde<sup>55</sup>, wurde veranstaltet von Walther Wüst, der gleichzeitig Kurator beim Ahnenerbe und Rektor der Münchener Universität war<sup>56</sup>.

Wenn es das Ziel der Regierung war, die eingeladenen Orientalisten für eine stärkere ideologische und politische Unterstützung zu gewinnen, so war die Konferenz offenbar ein Fehlschlag. Nur wenige Referenten machten Referenzen an den Zeitgeist<sup>57</sup>. Die meisten Wissenschaftler listeten die früheren Erfolge ihrer Disziplinen auf und versuchten die Gelegenheit zu nutzen darzulegen, dass es nötig sein würde, mehr Stellen zu schaffen, um daran anknüpfen zu können. Nur der zeitgemäß schwülstige Ton in dem die

---

„Deutsches Archäologisches Institut“, *Encyclopaedia Iranica* vol. 7, 1996, 331-333, weist leider zahlreiche gravierende Irrtümer auf.

54 Bast (Anm. 3), 506-519; Rezun (Anm. 49).

55 F.-R. Hausmann, „Deutsche Geisteswissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg: Die „Aktion Ritterbusch“ (1940–1945), in: *Schriften zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte* 1, Dresden 1998. Hausmann beschreibt diese Konferenzen als „wissenschaftliche Leistungsschauen“.

56 Wüst war 1932 zum Professor für „Indo-Germanische Studien“ berufen worden. Als Rektor der Universität München spielte er 1943 eine entscheidende Rolle bei der Verfolgung und Hinrichtung der oppositionellen Studentengruppe „Weiße Rose“ um die Geschwister Scholl.

57 Die Beiträge wurden in zwei Büchern publiziert: H. H. Schaeder (Hrsg.), *Der Orient in deutscher Forschung: Vorträge der Berliner Orientalistentagung, Herbst 1942*, Leipzig 1944; und R. Hartmann, *Beiträge zur Arabistik, Semitistik und Islamwissenschaft*, Leipzig 1944.

Schlussworte Walther Wüsts gehalten sind, erinnert an die Regime konformeren Althistoriker, allen voran Helmut Berve.

In der Einführung zu dem zweibändigen, von ihm herausgegebenen Buch „Das neue Bild der Antike“ beschrieb Berve 1942 die neue enge Verbindung zwischen Nazi-Deutschland und den alten Griechen und Römern. Dabei erinnert seine Wortwahl und die Betonung der Versöhnung von Körper und Geist durchaus manchmal an Jaegers Dritten Humanismus oder sogar Beckers „Vollmenschen“. Doch für Berve war das Ideal in Nazi-Deutschland Wirklichkeit geworden. Die „Wesensverwandtschaft“ mit den alten Griechen und Römern sah er als tief empfunden an, da sie auf wiederbelebten Rasseinstinkten beruhten, die moderne Deutsche dazu führten, unmittelbar die Verbindung mit ihrer großartigen Geschichte zu erkennen<sup>58</sup>. Während also Ritterbusch versuchte, Berves wissenschaftliche Opfer für den Kriegseinsatz zu gewinnen, zelebrierte dieser seinen Erfolg, der darin bestand, wieder Ordnung in die Alte Geschichte eingeführt zu haben. Für den Alten Orient war dabei nur Platz als Gegner oder als begünstigter Teilhaber an arischer, indo-germanischer Geschichte.

### Schlussbemerkungen

Die Bedeutung, die die Antike generell und altorientalische Geschichte und Kultur im speziellen über viele Jahre in Deutschland gewinnen konnte, war ein sehr spezifisches Kulturphänomen. Die enge Verbindung zwischen Politik, Kultur und Antike, wie oben beschrieben, entwickelte sich in Deutschland seit dem frühen 19. Jahrhundert als postulierte und romantisch gefühlte innere Beziehung zwischen antiken Griechen und Deutschen. Die Auflösung dieses Konsenses einer ideellen Hegemonie der klassischen Antike verband sich im Kaiserreich mit Forschungsinteressen in Bezug auf die neuentdeckten altorientalischen Kulturen und wirtschaftlichen und machtpolitischen Ansprüchen gegenüber dem Osmanischen Reich. Die altorientalischen Forschungen blühten auf und etablierten sich unterstützt von einem breiten Interesse in der Öffentlichkeit und mit Unterstützung des Kaisers. In der Weimarer Republik gewann das klassische Ideal wieder an Bedeutung. Die altorientalischen Forschungen überlebten aufgrund der finanziellen Unterstützung durch alte Freunde, die nun innerhalb der Notgemeinschaft der

---

58 H. Berve (Hrsg.), *Das neue Bild der Antike*, Leipzig 1942, 7. Nach dem Krieg wurde Berve, zunächst mit Lehrverbot belegt, 1949 wieder Professor, 1960–1967 dann Direktor der „Kommission für Alte Geschichte und Epigraphik“, die er zu einer Abteilung des DAI machte. Zu Berve vgl. K. Christ, *Neue Profile der Alten Geschichte*. Darmstadt, 1990, 125–187, und neuerdings S. Rebenich, *Alte Geschichte in Demokratie und Diktatur: Der Fall Helmut Berve*, in: *Chiron* 31 (2001), 457–496.

Deutschen Wissenschaft für die Mittelvergabe zuständig waren, und durch persönliche Verdienste einzelner Wissenschaftler in den Antikendiensten der Länder des Nahen Ostens. Durch diese Kontakte und die Wiederaufnahme von Grabungen mit Hilfe der Notgemeinschaft halfen Archäologen bilaterale Beziehungen zum Irak und Persien aufzubauen. Während des „Dritten Reichs“ wurden diese zum, nunmehr Iran genannten Staat, immer enger. Dies wurde begleitet von einer zunehmenden Zahl von Studien zu dessen „arischer“ Vergangenheit. Als „lebensunwert“ angegriffen überlebten altorientalischen Studien nicht zuletzt durch eine Ausrichtung auf indogermanischen und arischen Einfluss im Orient. Die Bedeutung, die diesen Forschungen im „Dritten Reich“ beigemessen wurde, ist ein letztes Beispiel für die Kontinuität der Rolle des Altertums in der ideologischen Selbstbestimmung.

Heute sind altorientalische Forschungen, Assyriologie und/oder Vorderasiatische Archäologie an dreizehn deutschen Universitäten vertreten. Dennoch wird – im Gegensatz zu den USA – weder die Kunst des Alten Orient noch seine Geschichte in Deutschland im Rahmen der Kunstgeschichte oder der allgemeinen Geschichte gelehrt. In deutschen Schulbüchern taucht der Alte Orient fast nicht auf und wenn, dann als oft auf die Funktion des Gegners griechischer Zivilisation, der beschworenen Grundlage europäischer Kultur, reduziert<sup>59</sup>. Wie vorurteilsverhaftet das Bild vom Alten Orient daher außerhalb der Wissenschaft geblieben ist, zeigt beispielhaft eine Titelgeschichte, die das Magazin „Stern“ im Vorfeld des amerikanisch-britischen Angriffs auf den Irak im Jahr 2003 abdruckte. In einem ebenso uninformativen wie lebensprallen Parforceritt durch die Geschichte Mesopotamiens unter dem Titel „Von Babylon bis Bagdad“ tauchten hier alle Stereotypen wie orientalische Despotie und Stagnation, Haremsintrigen und Verweichlichung wieder auf<sup>60</sup>. Der ablehnenden Haltung gegenüber diesem Krieg in der deutschen Bevölkerung hat dies keinen Abbruch getan. Die Plünderungen im Nationalmuseum in Bagdad und die fortdauernden Raubgrabungen in antiken Stätten haben in Deutschland große Empörung hervorgerufen. Seit dem Ende der Grabungen in Babylon und Assur war die Archäologie der Region nicht mehr so präsent in der Öffentlichkeit. Assyriologen und Archäologen sollten die Gelegenheit nutzen, die herausragende Bedeutung orientalischer Geschichte im Rahmen des Weltkulturerbes herauszustreichen, und der orientalischen Geschichte ihren Platz im Kanon der Bildung zu sichern.

---

59 Siehe dazu S. R. Hauser, *Der hellenisierte Orient: Bemerkungen zum Verhältnis von Alter Geschichte, Klassischer und Vorderasiatischer Archäologie*, in: H. Kühne, R. Bernbeck, K. Bartl (Hrsg.), *Fluchtpunkt Uruk, Archäologische Einheit aus methodischer Vielfalt: Schriften für Hans Jörg Nissen*, Rahden 1999, 316-341.

60 Vgl. Stern 8, 2003, vom 13.2.2003 Titelgeschichte: *Von Babylon bis Bagdad*.

---

Renate Dieterich

## „... in der warmen Jahreszeit ist ein Lagern im Freien überall möglich.“ Die deutsch-transjordanischen Beziehungen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Das deutsche Engagement und die Interessen der deutschen Politik im Nahen Osten in der Zwischenkriegszeit und den folgenden Jahren bis 1945 sowie die Hoffnungen arabischer Nationalisten, sich die deutsche Seite für die eigenen Ziele nutzbar zu machen, sind in zahlreichen Standardwerken bereits seit den sechziger Jahren aufgearbeitet worden.<sup>1</sup> Das Verhältnis zu Transjordanien ist dagegen bislang nur unzureichend berücksichtigt worden, obwohl das Emirat als Ergebnis der Mandatspolitik englisches Einflussgebiet und damit auf das Engste mit den Interessen Deutschlands gegenüber Großbritannien verwoben war. Für eine Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Transjordanien in der Zeit von den zwanziger Jahren bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ist zunächst ein Rekurs auf die deutschen Interessen in Palästina unerlässlich, da Palästina und Transjordanien Teil desselben britischen Mandats waren. Durch die zunehmenden Spannungen im benachbarten Palästina wuchs in den dreißiger Jahren auch für Transjordanien die Bedeutung des Konflikts um das *Heilige Land*. Diese beiden Pole – nämlich die Position Großbritanniens in der europäischen Politik einerseits und der sich stetig verschärfende Konflikt um Palästina mit dem wachsenden Einfluss der palästinensischen Nationalbewegung und der erstarkenden zionistischen Bewegung andererseits – waren aneh die bestimmenden Faktoren für das deutsch-transjordanische Verhältnis.

Anhand der verfügbaren deutschen und britischen Dokumente soll hier nun zum einen dargestellt werden, wie sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Transjordanien im Zeitraum zwischen der Eröffnung des *Deutschen Generalkonsulats* in Jerusalem im Jahre 1925 und dem Kriegsende 1945 gestalteten; zum anderen dienen die

---

1 Vgl. dazu die Literaturübersicht von J. C. Friedman: The politics of collaboration: A historiography of Arab-German relations, 1933–1945, in: S. S. Friedman (Hrsg.): Holocaust literature. A handbook of critical, historical, and literary writings, Westport/London 1993, S. 459-469. Zur Politik Weimars siehe F. R. Nicosia, Weimar Germany and the Palestine question, Leo Baeck Institute Year Book 24, Tübingen 1979, S. 321-345.

deutschen Akten dazu, das bislang bekannte Bild der politischen Situation im Transjordanien vor allem der dreißiger Jahre zu ergänzen und dem der britischen Quellen gegenüberzustellen. Zudem soll nachgezeichnet werden, ob und in welchem Maße die Entwicklungen in Europa und die Ausbreitung von Faschismus und Nationalsozialismus Spuren in der politischen Entwicklung des Emirats hinterließen und inwieweit Transjordanien in die Expansionspläne des NS-Regimes mit einbezogen war.

### Die deutsche Nahost-Politik von Weimar bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Die deutsche Nahost-Politik von Weimar bis in die Zeit des Nationalsozialismus zeichnete sich bis zum Kriegsbeginn durch eine Kontinuität aus, die vor allem von den Positionen und Zielen im europäischen Kontext bestimmt war.<sup>2</sup> Das deutsche Engagement im Vorderen Orient war zurückhaltend und in erster Linie auf wirtschaftliche Interessen, weniger auf politische Ambitionen ausgerichtet. Das Anwachsen der zionistischen Bewegung in Palästina wurde dabei unter dem Aspekt steigender Exportchancen für Maschinen, Produkte der Schwerindustrie und Baumaterialien durchaus begrüßt und die Emigration deutscher und anderer europäischer Juden nach Palästina als Chance für die ökonomische Entwicklung in Deutschland begriffen.<sup>3</sup>

German policy was double edged; economic and cultural interests were best served by supporting the Zionist movement and the implementation of the Balfour Declaration, while overall political interests in Europe and the Middle East were served by supporting the British Mandate in Palestine.<sup>4</sup>

Obwohl also die Weimarer Republik durch diese Politik die zionistische Bewegung durchaus förderte, wähten arabische Nationalisten, die sich von der britischen und französischen Mandatspolitik in ihren Aspirationen auf ein arabisches Großreich getäuscht sahen, in Deutschland durchaus einen möglichen Bündnispartner für ihre politischen Absichten. Diese Haltung hatte sich bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg herausgebildet.<sup>5</sup>

---

2 Vgl. F. R. Nicosia, *The Third Reich and the Palestine Question*, London 1985, S. 67ff.; Sohröder, Josef: *Die Beziehungen der Achsenmächte zur arabischen Welt*, S. 367f., in: M. Funke (Hrsg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reichs*, Düsseldorf 1978, S. 365-382; und C. G. Segré, *Liberal and Fascist Italy in the Middle East, 1919-1939: The elusive White Stallion*, in: U. Dann (Hrsg.), *The Great Powers in the Middle East, 1919-1939*, New York/London 1988, S. 199-212.

3 F. R. Nicosia, *The Third Reich* (Anm. 2), S. 8.

4 Ders., *Weimar Germany*, S. 344.

Diese grundsätzlich deutschlandfreundliche Haltung in den Kreisen der arabischen Nationalisten setzte sich nach 1933 ebenso fort wie die Förderung der jüdischen Emigration aus Deutschland, die unter dem Vorzeichen der rassistischen antijüdischen NS-Politik beibehalten und weiter verstärkt wurde. Hinzu kamen Hitlers Bestrebungen in den dreißiger Jahren, eine Allianz mit Großbritannien herbeizuführen, die zu einem wesentlichen Antriebsmoment für die deutsche Nahostpolitik wurden. Dies veränderte sich tendenziell erst mit dem Kriegsausbruch und den deutschen Expansionsplänen sowie mit der Umsetzung der Pläne zur „Endlösung der Judenfrage“, die zur weitgehenden physischen Vernichtung des europäischen Judentums führen sollte.

Durch die Bildung der Achse Berlin-Rom 1936 wurde der Mittelmeerraum und im Folgenden das weitere Gebiet des Nahen Ostens zur italienischen Einflussosphäre erklärt. Die deutsche answärtige Politik verhielt sich also entsprechend zurückhaltend in Bezug auf diese Region. Dennoch genossen vor allem die unter britischem Mandat stehenden Gebiete eine gewisse Aufmerksamkeit von deutscher Seite, und die Entwicklung der jüdischen Einwanderung in Palästina in Folge der massiven Ausgrenzungspolitik gegenüber den deutschen Juden wurde in Berlin ebenfalls aufmerksam verfolgt. Nach dem Kriegsausbruch änderte sich die deutsche Strategie gegenüber dem Nahen Osten insofern, als es nun Überlegungen gab, militärisch in die Region vorzudringen, um sich der dort befindlichen Rohstoffe bemächtigen zu können. Flankierend arbeitete eine Propagandamaschinerie daran, unter Ausnutzung der antibritischen und antifranzösischen Tendenzen in den Mandatsgebieten die arabische Welt für die Ziele Hitlers zu gewinnen.

### Zur Quellenlage

Die Quellenlage zum Themenbereich der deutsch-transjordanischen Beziehungen ist recht ungleich: während die britischen Dokumente aus dieser Zeit weitgehend erhalten und leicht zugänglich sind, da ein großer Teil mittlerweile sogar in veröffentlichter Form vorliegt<sup>6</sup>, sind die deutschen Quellen

- 
- 5 F. R. Nicosia, Für den status quo: Deutschland und die Palästinafrage in der Zwischenkriegszeit, in: L. Schatkowski Schilcher/C. Scharf (Hrsg.), *Der Nahe Osten in der Zwischenkriegszeit 1919–1939. Die Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Ideologie*, Stuttgart 1989, S. 90–108, hier S. 98.
  - 6 Vgl. für den hier untersuchten Zeitraum: R. L. Jarman, *Palestine and Transjordan Administration reports, 1918–1948*, Slough 1995, Bd. 2-7; ders.: *Political diaries of the Arab World: Palestine and Jordan 1920–1965*, Bd. 2-7, Slough 2001; Priestland, Jane: *Records of Jordan*, Bd. 4-5, Slough 1995, und A. Rush, *Records of the Hashimite Dynasties. A twentieth century documentary history*, Bd. 6-7, Slough 1995.

aus dem *Auswärtigen Amt* in Berlin und dem zuständigen *Deutschen Generalkonsulat* nur in Teilen erhalten.

Da Transjordanien Teil des britischen Mandats über Palästina war, war das *Deutsche Generalkonsulat* in Jerusalem zuständig für die Verbindungen in die Hauptstadt Amman. In der Zeit bis zum Jahr 1939 amtierten vier deutsche Konsuln in Jerusalem: Karl Kapp 1924–1926, Erich Nord 1926–1932, Heinrich Wolff 1933–1935 und Walter Döhle 1936–1939.<sup>7</sup> Von den beiden während des Nationalsozialismus entsandten Konsuln kann nur Döhle als überzeugter Befürworter des neuen Regimes bezeichnet werden, während dies auf Wolff aufgrund seiner Verwurzelung in der Weimarer Tradition einerseits und aufgrund seiner persönlichen Lebensumstände andererseits nicht zutraf.

Die deutschen Akten aus diesen Jahren, die uns Auskunft über die Beziehungen geben können, sind bedauerlicherweise nur fragmentarisch erhalten. Das gilt sowohl für die Akten des *Auswärtigen Amtes* in Berlin als auch für die des *Deutschen Generalkonsulats* in Palästina. So ist es nur einem Zufall zu verdanken, dass wir heute überhaupt Zugang zum Aktenbestand des Generalkonsulats haben. Im Jahr 1955 wurde in Nazareth ein mit Papier beladener LKW von der Polizei gestoppt. Bei der Überprüfung der Ladung kamen den Polizisten Zweifel, ob es sich hierbei tatsächlich wie angegeben um „Altpapier“ handele. Der LKW-Fahrer erklärte, er habe das Material von einem Kloster in Jerusalem erworben und sei nun im Begriff, es zu einem Hersteller für Pappe zu bringen. Es stellte sich in der Folge heraus, dass es sich bei der Ladung des LKWs um einen respektablen, wenn auch nicht vollständigen Teil der deutschen Konsularakten handelte. Das israelische Staatsarchiv kaufte das Material an, das später noch durch einige weitere Funde ergänzt werden konnte. So sind wir heute in der Lage, zumindest einen Teil der Konsulararbeit rekonstruieren zu können, während andere Teile wohl für immer im Dunkeln bleiben müssen.<sup>8</sup> Auch die Akten aus dem *Auswärtigen Amt* in Berlin sind lückenhaft, helfen aber, jenes Bild zu ergänzen, das sich aufgrund des Studiums der Akten des Konsulats zeichnen lässt. Insgesamt verfügen wir über sieben ausführliche Berichte aus dem Konsulat über Rei-

---

7 Vgl. zu den beiden letztgenannten: A. Blumberg, *Nazi Germany's Consuls in Jerusalem, 1933–1939*, in: *Simon Wiesenthal Center Annual* 4/1987, S. 125–137. Vgl. zur Person Wolffs die differenziertere Darstellung bei F. R. Nicosia, *The Third Reich*, S. 36ff.

8 Die Informationen zur Wiederentdeckung des Aktenmaterials entstammen der Einleitung im Findebuch zu den Dokumenten: *Prime Minister's Office. State Archive. The German Consulates in Palestine, 1842–1939*, Jerusalem 1976. Kopien der vom israelischen Staatsarchiv verfilmten Akten sind im Bundesarchiv, Berlin, einzusehen.

sen nach und Einschätzungen über die Lage in Transjordanien, festgehalten in den Jahren 1927–1935.

### Besuche des Konsuls in Transjordanien 1933–1934

Im Jahr 1928 bewilligte das *Auswärtige Amt* dem damaligen Konsul Erich Nord vier Dienstreisen, nachdem dieser auf die Notwendigkeit solcher Reisen hingewiesen hatte.<sup>9</sup> Nord schrieb:

„(...) wenn es auch zur Zeit wenig Deutsche in Transjordanien gibt, erfordert doch die politische Berichterstattung von Zeit zu Zeit persönliche Informierung, die nur an Ort und Stelle zu erlangen ist.“<sup>10</sup>

Transjordanien als erst jüngst von englischen Gnaden gegründetes Emirat verfügte in jenen Jahren nur über eine bescheiden ausgeprägte politische Szene. Dennoch meldeten sich seit den zwanziger Jahren immer wieder verschiedene nationalistisch gesonnene Oppositionelle zu Wort, die die haschemitische Herrschaft und den britischen Einfluss scharf kritisierten.<sup>11</sup> Diese Vorgänge interessierten auch den Nachfolger Nordts, Heinrich Wolff, wie ein Bericht aus dem Sommer 1933 zeigt. Über diese nationalistische Opposition im Lande, die sich regelmäßig in Amman gemeinsam mit Delegierten anderer arabischer Länder zu „Nationalkongressen“ versammelte, äußerte sich Wolff recht sarkastisch. Er sah in den Erklärungen und Forderungen der Delegierten kaum mehr als Sprechblasen und leere Phrasen, die sich in der Realität nie und nimmer würden umsetzen lassen:

Man wird sich immer klar vor Augen halten müssen, welche unendliche Weite zwischen den tatsächlichen Verhältnissen in ihrer allerbescheidensten Einfachheit und den großsprecherischen Wortprogrammen liegt, die mit westlichen Begriffen aufgeputzt sind. Dass alle diese schönen Ideen sich nicht ohne Geld verwirklichen lassen, wird mehr oder weniger verkannt (...). Da dem Traumbild einer panarabischen Vereinigung mit nebel- oder märchenhaften Auswirkungsmöglichkeiten nachgejagt wird, dürfen die Juden beileibe nicht zu Hilfe gerufen werden, um mit ihrer Hilfe das Land zu entwickeln (...).<sup>12</sup>

9 BArch R 157 III F, 14682, Nord an AA, 6.11.1928 und BArch R 157 III F, 14682, AA an Nord, 24.11.1928.

10 BArch R 157 III F, 14682, Nord an AA, 6.11.1928.

11 Vgl. R. Dieterich, *The weakness of the ruled is the strength of the ruler – The role of the opposition in contemporary Jordan*, S. 128ff., in: G. Joffé (Hrsg.): *Jordan in transition 1990–2000*, London 2002, S. 127–148.

12 BArch R 157 III F, 14730, Internationale Abkommen, Generalkonsulat Jerusalem an AA, 13.6.1933.

Ganz im Gegensatz zur öffentlichen Meinung in Transjordanien wertete Wolff, der mit der zionistischen Bewegung sympathisierte, eine jüdische Siedlungstätigkeit in Transjordanien als einen möglichen Antriebsmotor für eine bislang fehlende ökonomische Entwicklung des Landes. Damit stand er ganz im Einklang mit der Politik in der Wilhelmstraße. Wenngleich eine staatliche Lösung für die Juden Palästinas aufgrund der rassistischen Grundhaltung des nationalsozialistischen Regimes nicht favorisiert wurde, wurde doch die Grundaussage der Balfour-Erklärung nicht in Frage gestellt. Vielmehr wurde eine massenhafte Emigration jüdischer Bürger als Teil der „Lösung der Judenfrage“ gesehen und folgerichtig die Auswanderung nach Palästina gefördert. Durch das Transfer-Abkommen (Haavara-Abkommen), das 1933 zwischen Vertretern der *Jewish Agency* und dem Reichswirtschaftsministerium in Berlin geschlossen wurde, bestand für die jüdischen Emigranten die Möglichkeit, Vermögenswerte über den Umweg eigens gegründeter Treuhandgesellschaften nach Palästina zu transferieren.<sup>13</sup> Auch Wolff, der seinen Posten als Konsul 1935 verlor, war ein Befürworter des Abkommens.

Trotz seiner oben geschilderten abschätzigen Meinung über die transjordanische Opposition nahm der Konsul bei seinen Besuchen Gespräche nicht nur mit dem Emir auf, sondern auch mit dessen Gegnern. Es darf bezweifelt werden, ob dies den britischen Vertretern im Lande bekannt war, denn es finden sich in den zahlreichen britischen Berichten, die aus diesen Jahren vorliegen, keinerlei Hinweise darauf. Im November 1933, als die öffentliche Meinung in Transjordanien wegen des vom Emir Abdallah geplanten Pachtvertrages mit einer Gruppe jüdischer Siedler im Ghor al-Kibd auf das Höchste erregt war, nahm einer der einflussreichsten Vertreter der transjordanischen Opposition, Tarawna Pascha, Kontakt mit Wolff in Jerusalem auf. Wolff berichtete dem *Auswärtigen Amt* vor allem unter dem Gesichtspunkt der zukünftigen englischen Politik in Palästina, die er zu der Zeit unter massivem Druck der arabischen Öffentlichkeit sah. Dass eine solche gespannte Lage nicht nur in Palästina, sondern auch in Transjordanien anzutreffen war, zeigten seine Pläne, das Land zu bereisen, um sich erneut mit Tarawna zu treffen:

Die Vorgänge in Transjordanien scheinen mir immerhin so wichtig zu sein, daß ich beabsichtige in ungefähr einer Woche auf 2-3 Tage nach Transjordanien zu fahren, um zu versuchen, dort weitere Feststellungen zu treffen. Bei dieser Gele-

---

13 Vgl. W. Feilchenfeld/D. Michaelis/L. Pinner, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 26, Tübingen 1972; und F. R. Nicosia, *The Third Reich*, S. 29-49.

genheit ist eine möglichst unauffällige Zusammenkunft mit Tarwne Pascha außerhalb Ammans geplant, bei der er mir noch manches über die Zustände im Lande des Emirs mitteilen will.<sup>14</sup>

Die hier angekündigte Reise führte Wolff tatsächlich durch, und zwar unter recht konspirativen Begleitumständen. Getarnt als Besichtigungsfahrt der Ausgrabungen in Jarash und der Kreuzfahrerruine in Karak hatte Wolff in Wahrheit vor, Kontakt zu Tarawna aufzunehmen. Dies stellte sich als nicht ganz einfach heraus, allerdings weniger aufgrund der politischen Implikationen als vielmehr wegen der Regeln der traditionellen arabischen Gastfreundschaft, von denen Wolff mit kaum verhohlener Gereiztheit berichtet:

In Dscherasch bin ich (...) so eingetroffen, daß ich mich nach Besichtigung der Ruinen bei der Kürze der Dezernbertage leicht von der heraufziehenden Dunkelheit „überraschen“ lassen konnte. Da jeder einsehen musste, daß es für einen Fremden unzulässig ist, in der Dunkelheit durch das nicht ganz sichere Gebirge nach Amman zu fahren, ist mein Bemühen, in Dscherasch eine Art Herberge zu finden, nicht aufgefallen. Daß es eine solche nicht gibt, war mir zwar bekannt, aber das Suchen nach einer solchen war das verabredete Zeichen für den, wir würden sagen „Friedensrichter“, der „zufällig“ auf der Straße promenierte, uns sein Haus für die Nacht anzubieten. Ganz überrascht über die glückliche Rettung aus peinlicher Verlegenheit nahm ich dankend an. Unser Erscheinen in Dscherasch hatte sich gleich herumgesprochen und alsbald erschienen die Honoratioren des Ortes, unter ihnen der unsympathisch wirkende Polizeikommandant, um mir durch stundenlanges Herumsitzen ihre Hochachtung zu bezeugen. Da keiner Miene machte, sich zu entfernen, lud der Hausherr auch sie schließlich alle zu Tisch und erst nach 5stündiger zereemonieller Unterhaltung über arabische Vergangenheit und Gegenwart, über die edle arabische Seele, ihren Kriegsmut usw. entschloß sich die Gesellschaft, wieder zu verschwinden. Inzwischen hatte Tarawne Pascha, der besonders von Amman herübergekommen war, 3mal versucht, zu mir zu kommen, hatte aber immer wieder unverrichteter Dinge abziehen müssen, da er das Haus besetzt fand. Auch im weiteren Verlauf der Nacht war eine Zusammenkunft nicht mehr zu Stande zu bringen, da der Polizeikommandant, natürlich nur zu unserem „Schutze“, Wachen aufgestellt hatte, die jede unbeobachtete Annäherung unmöglich machten.<sup>15</sup>

Auf seiner Weiterfahrt nach Karak wäre der Konsul dann beinahe selbst zum Opfer der antizionistischen Stimmung im Lande geworden, die durch den bereits erwähnten Pachtvertrag des Emir im Ghor Al-Kibd angeheizt war. Sein Wagen hatte aufgrund der Windverhältnisse seinen Wimpel verloren und war somit nicht mehr als Fahrzeug des deutschen Konsuls erkenntlich.

14 Politisches Archiv Auswärtiges Amt (PA AA), R 97229, Länderakten Transjordanien, Wolff an AA, 29.11.1933.

15 PA AA, R 97229, Länderakten Transjordanien, Wolff an AA, 20.12.1933.

Aufgeregt, misstrauisch und judenfeindlich, wie die Araber jedenfalls außerhalb Ammans sind, glaubten sie uns für Juden halten zu müssen und es hat mehrerer heiliger Eide des Privatsekretärs und seines Schwagers, unseres Gastgebers in Kerak bedurft, um die wirklich aufgeregten Leute zu beruhigen. Ich möchte keinem Juden raten, sich bis nach Kerak vorzuwagen, denn er käme kaum lebend aus dem Ort...<sup>16</sup>

In Amman endlich traf Wolff dann doch noch zu einem ausführlichen Gespräch mit Tarawna zusammen, von dem er sich seine Sicht der Lage in Transjordanien und die Kritik der Opposition an der Regierung des Emir schildern ließ. Zum Abschluss seines Aufenthalts suchte der deutsche Konsul auch den Emir selbst noch auf, denn

(...) es war dies unbedingt nötig, um durch offen zur Schau getragene Harmlosigkeit keinen Anlaß zu Mißtrauen aufkommen zu lassen. Ich hoffte mit einem kurzen Besuch davon zu kommen, wurde aber zum Essen gebeten und habe mich mit ihm 2 Stunden lang über mancherlei, besonders über das Judenproblem in Deutschland, in Palästina und Transjordanien unterhalten können. Der Emir (...) war sehr liebenswürdig, ja herzlich, und ich habe ihm versprechen müssen, nie nach Amman zu kommen, ohne ihn aufzusuchen.<sup>17</sup>

Die Wahrscheinlichkeit einer raschen Änderung der Situation im Lande hielt Wolff jedoch trotz der von antizionistischen Tendenzen geprägten öffentlichen Meinung und im Widerspruch zu Tarawnas Einschätzungen für unwahrscheinlich und so heißt es dazu in seinem Bericht:

Nach dem Vorstehenden wird – was nicht neu ist – Unruhe, Gärung und ein gewisses gemeinschaftliches Wollen als vorhanden nicht zu bestreiten sein. Eine andere Frage ist, wie weit ein ernster Wille das Wollen zur Tat werden lassen wird und in dieser Beziehung habe ich zunächst noch starke Bedenken. Gewiß habe ich ja nur einen kleinen Ausschnitt gesehen, wenn ich aber an den Verlauf der Unterredungen zurückdenke, so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß es doch mehr Menschen des Wortes als Menschen der Tat sind... Bis auf weiteres möchte ich nicht annehmen, daß die Dinge in Transjordanien mit einem Sprunge vorwärtskommen.<sup>18</sup>

Wolff beschreibt hier sehr zutreffend einerseits die deutliche antizionistische und antijüdische Stimmung in Transjordanien in dieser Zeit. Gleichzeitig behält der Konsul auch die Position Großbritanniens im Blick, das ja gleichzeitig Rivale Deutschlands und begehrter Bündnispartner war. Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen in Palästina lag es im besonderen

---

16 Ebenda.

17 Ebenda.

18 Ebenda.

britischen Interesse, es nicht in weiteren Mandatsgebieten zu aufkeimenden Unruheherden kommen zu lassen. So kommentiert Wolff die Lage abschließend: „Knallt es in Transjordanien, so kann dies ein weithin hallendes Echo geben, das in englischen Ohren schlecht klingen dürfte.“<sup>19</sup>

### Wirtschaftliche Interessen

Transjordanien als rohstoffarmes und beduinisch bzw. durch ländliche Wirtschaftsformen geprägtes Gebiet war als Handelspartner nur von untergeordneter Bedeutung. Obwohl die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Nahen Osten in der Zeit des Nationalsozialismus stark zunahmen<sup>20</sup>, änderte sich an der marginalen Rolle Transjordaniens nur wenig. Dies war darauf zurückzuführen, dass das „Dritte Reich“ vor allem an für die Schwerindustrie relevanten Bereichen interessiert war, und im Hinblick auf die Kriegswirtschaft war es vor allem das Erdöl, das die deutschen Begehrlichkeiten in der Region anregte. Dies jedoch war in Transjordanien nicht zu finden und somit konnte dem Land höchstens eine Rolle als Transitstaat für den Transport von Waren und Personen zukommen. In einem Schreiben des Generalkonsulats an die Zentralstelle für Außenhandel aus dem Jahr 1931 heißt es:

(...) ein unmittelbarer Handelsverkehr [besteht] zwischen Deutschland und Transjordanien so gut wie überhaupt nicht (...) und [ist] mit Rücksicht auf die Mentalität der transjordanischen Kaufmannschaft sowie den Stand des transjordanischen Gerichtswesens auch im deutschen Interesse nicht erwünscht.<sup>21</sup>

Dies hinderte jedoch deutsche Unternehmer nicht daran, individuelle Anfragen zu stellen. Da das Land als Erzeuger von Industrieprodukten nicht in Frage kam, schien vor allem der Vertrieb landwirtschaftlicher Gerätschaften und kleinerer Maschinen für deutsche Exporteure interessant, davon zeugen zumindest die erhaltenen Schreiben. In der Regel wurden die Interessenten jedoch vom Konsulat eher entmutigt, da man aufgrund der wirtschaftlich insgesamt unterentwickelten Lage in Transjordanien kaum Chancen für profitable Geschäftsbeziehungen sah. Gelegentlich bemühte sich der deutsche Ingenieur Otto Palmer, der im Dienste der Stadtverwaltung Ammans stand, für deutsche Geschäftsleute zu vermitteln. Palmer agierte als Vertrauens-

<sup>19</sup> Ebenda.

<sup>20</sup> Vgl. H. Tillmann, Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg, Berlin/DDR 1965, S. 16ff.

<sup>21</sup> BAArch R 157 III F, 14767 Transjordanien: Gesetzentwürfe, Bekanntmachungen, Presse-Auszüge etc. b) Zeitungsausschnitte aus der arabischen Presse, Generalkonsulat Jerusalem an Zentralstelle für Außenhandel, Berlin, 6.8.1931.

mann der Jerusalemer Gesandtschaft in Amman. Auf eine entsprechende Anfrage schrieb er an das Konsulat:

... [ich ] möchte (...) Ihnen höflichst mitteilen, daß ich versuchte den Verkauf der Fabrikate der Firma Gebrüder Eberhardt selbst zu betreiben, aber sehr wenig Verständnis bei den Eingeborenen für moderne Pflüge fand, augenblicklich wohl wegen der großen Krise [gemeint ist die Dürre; d. Verf.]. Auch fehlte mir die Zeit für eine sehr rege Tätigkeit in dieser Sache. Ich versuchte dann mein Glück bei einigen größeren Agenten in Amman, und hatten auch diese kein Interesse für Pflüge. Zuletzt fand ich einen Schmiedemeister, Michael Kubeisy, Amman, der bereit ist die Sache zu übernehmen.<sup>22</sup>

Trotz des mangelnden wirtschaftlichen Interesses an Transjordanien kam dem Land dennoch mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland und der Ausbreitung faschistischer Bewegungen in Europa eine neue Rolle als Objekt gezielter Propagandatätigkeit zu.

### Deutsche Propagandatätigkeit

Über die Propagandatätigkeit der Achsenmächte in Transjordanien geben die britischen Dokumente beredtes Zeugnis. Zunächst war es vor allem die italienische Propaganda, die London Sorge bereitete. Deutsche und italienische Radiostationen versuchten durch ein arabischsprachiges Programm aktiv Einfluss auf die Meinungsbildung im Nahen Osten zu nehmen. Radio Bari sendete in diesem Sinne ab 1934, Radio Berlin ab 1939. Die Briten hatten früh erkannt, welchen Einfluss diese Radiosendungen haben konnten. Cox als Vertreter der Mandatsbehörde in Amman notierte:

I was recently informed by a local official that three broadcasting stations in Italy now include news and addresses in Arabic in their programme; (...) England seems to miss many opportunities for propaganda both by wireless and by allowing all the new[s] items which are shown on the films to be anything but English.<sup>23</sup>

Im Gegenzug versuchte daher auch Großbritannien, ab 1938 über arabischsprachige Radioprogramme Einfluss zu nehmen, wie man meinte mit Erfolg: „The inaugural transmission of the Arabic programme from Daventry was well received in Trans-Jordan.“<sup>24</sup>

22 BArch, R 157 III F, 14751, Palmier an Generalkonsulat Jemsalem, 12.4.1932.

23 Report on the political situation for the month of May, 1934, in: Jarman, Political diaries, Bd. 2.

24 Report on the political situation for the month of January, 1938, in: R. L. Jarman, Political diaries, Bd. 3.

Ein wesentliches Ziel des Radioprogramms aus Berlin war es, Stimmung gegen die Briten zu machen, nachdem sich Hitlers Wunschvorstellungen einer Allianz Großbritanniens mit NS-Deutschland als unerfüllbar erwiesen hatten. Der Verbreitung der massiven antisemitischen Propaganda war die antizionistische Stimmung im Vorderen Orient dabei durchaus dienlich.<sup>25</sup> Zur Eindämmung dieses Einflusses wurde die Ausstrahlung des arabischen Programms von den Radiosendern in Bari und Berlin im August 1939 auf allen öffentlichen Plätzen in Transjordanien verboten.<sup>26</sup>

Zudem fürchtete man auf britischer Seite, dass sich Parteien und Organisationen, die mit den Nationalsozialisten sympathisierten, auch in Transjordanien herausbilden könnten. So schrieb der britische Repräsentant in Amman im Frühjahr 1936: „Although officially dissolved, the *Partie Populaire* is, according to Fuad Mufarriji, flourishing in secret. The formation of branches in Trans-Jordan and Palestine is probable.“<sup>27</sup> Die Existenz von arabischen Jugendorganisationen, die in Anlehnung an die deutsche Hitlerjugend und die faschistische Jugendorganisation Mussolinis farbige Hemden trugen und paramilitärische Übungen absolvierten, drohte sich nach Auffassung der Mandatsbehörden ebenfalls auf Transjordanien auszudehnen, denn wenige Monate später wurde berichtet:

“(…) there is likely to be trouble from a youth club, which has recently been formed, whose members dress themselves in black shirts with green neck cloths.”<sup>28</sup>

Diese Organisationen wurden wenig später aufgelöst, nicht zuletzt deswegen, weil sie mit verschiedenen Sabotageakten an Telegrafienlinien und der Ölpipeline vom Irak an die Küste des Mittelmeers in Zusammenhang gebracht wurden.

Die Briten waren jedoch der Auffassung, dass es sich bei Transjordanien prinzipiell um einen loyalen Partner für ihre politische Linie handele, und auch die öffentliche Meinung in Transjordanien war trotz aller Kritik an der

25 Vgl. dazu S. Arsenian, *Wartime propaganda in the Middle East*, S. 421 in: MEJ 2/1948, S. 417-429; und L. Hirszowicz, *The Third Reich and the Arab East*, London/Toronto 1966, S. 129ff.

26 Public Record Office (PO), Colonial Office (CO) 831/51/8, Report on the political situation for the month of August, 1939.

27 Report on the political situation for the month of March, 1936, in: Jarman, *Political diaries*, Bd. 2. Die *Partie Populaire Syrienne* war eine syrische nationalistische Organisation, die deutlich von den nationalsozialistischen und faschistischen Bewegungen Europas inspiriert war.

28 Report on the political situation for the month of June, 1936, in: Jarman, *Political diaries*, Bd. 2.

britischen Mandatspolitik in Palästina weitgehend englandfreundlich. Die klare pro-englische Haltung der Führung des Landes machte der Emir Abdallah auch Walter Döhle klar, der ihn am 19. August 1939, wohl auf einem seiner letzten Amtsbesuche als deutscher Konsul in Palästina überhaupt, aufsuchte. In den britischen Akten heißt es hierzu:

Since the prospects of war in Europe became imminent, His Highness has protested his loyalty to his allies the British at every opportunity. ... He was visited on the 19<sup>th</sup> of August by the German Consul general in Jerusalem and, in the course of what must have been an uncomfortable interview for the Consul, expressed his disapproval of Germany and Italy in no uncertain terms.<sup>29</sup>

Dennoch zeigt das Studium der Akten, dass sich in diese Gewissheit allmählich die Furcht schlich, das Blatt könne sich zu Gunsten der Achsenmächte wenden.

Some persons, who have had friction with the British in recent years, cannot resist ill natured satisfaction at seeing [the British] in difficulties. But experience has shown that this politically minded class in Amman, while fluent with their tongues, are unable to turn their words into action as long as the tribes and the fe-laheen are loyal to the government.<sup>30</sup>

Diese Besorgnis nahm weiter zu, je näher der Kriegsausbruch rückte. Es zeichnete sich ab, dass Teile der politischen Elite die englandfreundliche Haltung der Regierung nicht immer teilten.

### Transjordanien während des Zweiten Weltkriegs

Mit dem deutschen Überfall auf Polen und dem Ausbruch des Krieges wurde Deutschland von Transjordanien zum Feindstaat erklärt und alle deutschen Staatsbürger nach Palästina deportiert.<sup>31</sup> Der Emir sicherte in einem Telegramm Großbritannien jegliche Unterstützung Transjordaniens im Kriege zu.<sup>32</sup> In innenpolitischer Hinsicht hatte der Kriegsausbruch durchaus negative Auswirkungen für die Transjordanier: in Übereinstimmung mit dem *Defence Law (qanun ad-difa')* wurde eine umfassende Zensur für die Post und

29 Report on the political situation for the month of August, 1939, in: R. L. Jarman, Political diaries, Bd. 4.

30 PRO, FO 371/23246, A monthly Report on Transjordan, August 1939.

31 PRO, CO 831/51/8, Report on the political situation for the month of September, 1939. Der langjährige Kommandant der *Arab Legion*, John B. Glubb, berichtet sogar davon, dass Transjordanien Deutschland den Krieg erklärt habe, vgl. J. B. Glubb, The changing scenes of life. An autobiography, London u. a. 1983, S. 121.

32 Vgl. M. Madi/S. Musa, Ta'rih al-urdunn fi-l-qarn al-'ishrin, 1900–1959, Amman 19882, S. 372f.

für Presseerzeugnisse verhängt. Das Verbot des Abhörens anderer Radiostationen als der Sender aus Jerusalem, Kairo und London an öffentlichen Plätzen war natürlich vor allem gegen die Radiosender in Berlin und Bari gerichtet, die mit ihren arabischen Programmen versuchten, den Nahen Osten propagandistisch für die Achsenmächte einzunehmen.<sup>33</sup> Hajj Amin al-Husaini, Mufti von Jerusalem und erbitterter Gegner Abdallahs, war ein gern gesehener Gast des Senders in Berlin, nachdem er ab 1941 dort seinen Wohnsitz im Exil nahm. Im Sommer 1940 wurde das Abhören dieser feindlichen Programme daher von den Briten für ganz Transjordanien und auch in Privatwohnungen untersagt.<sup>34</sup>

Die wirtschaftliche Situation wurde vor allem durch den Verfall des britischen Pfundes, die eingeschränkten Export- und Importbedingungen sowie durch eine Tendenz zum Horten von Lebensmittelvorräten beeinflusst. Doch die Einrichtung des *Middle East Supply Centers* 1941 in Kairo führte zu einer völlig gegenläufigen Entwicklung: das Quotensystem, durch das der Import, der Export und die Verteilung von Lebensmitteln kontrolliert wurde, erlaubte es transjordanischen Händlern, in kurzer Zeit rasante Gewinne zu machen. Die Kriegsjahre wurden damit zum Ausgangspunkt für die Entwicklung einer nationalen, ökonomisch und politisch potenten Händler-schicht in Transjordanien.<sup>35</sup>

Die Propagandaaktivitäten aus Berlin gingen derweil unvermindert weiter und stießen zumindest in den Kreisen unzufriedener Nationalisten durchaus auf Gehör.<sup>36</sup> Das arabischsprachige Programm des Senders in Berlin höhnte derweil über den Emir:

Wie wir hören, hat der augenblickliche Kommandierende der englische Luftwaffe in Palästina an Emir Abdullah von Transjordanien ein Telegramm gerichtet, in dem er mitteilt, dass er zum Brigadegeneral der britischen Luftwaffe ernannt worden ist (...) Hoffentlich haben wir bald die Möglichkeit, Emir Abdullah zum Luftmarschall zu gratulieren. Ob England ihm dann allerdings noch höhere Beste-

33 Vgl. zur Propagandatätigkeit der Achsenmächte im Nahen Osten: S. Arsenian, *War-time propaganda*; C. MacDonald, *Radio Bari: Italian wireless propaganda in the Middle East and British countermeasures 1934–1938*, in: MES 13/1977, S. 195–207; R. Schnabel: *Mißbrauchte Mikrofone. Deutsche Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg*, Wien 1967, S. 258ff.

34 Report on the political situation for the month of June, 1940, in: R. L. Jarman, *Political diaries*, Bd. 5.

35 Vgl. A. Amawi, *The consolidation of the merchant class in Transjordan during the Second World War*, in: E. Rogan/T. Tell (Hrsg.): *Village, steppe and state*, London/New York 1994, S. 162–186.

36 Report on the political situation for the month of November, 1939, in: R. L. Jarman, *Political diaries*, Bd. 5.

chungsgelder zahlen kann als jetzt, ist sehr fraglich, denn die finanzielle Lage Englands ist ja schon im Augenblick nicht mehr die beste!<sup>37</sup>

Die Befürchtung, dass sich diese Art der Propaganda auf die mit der gegenwärtigen Regierung unzufriedenen politischen Kreise auswirken könnte, schien sich zu bestätigen, jedenfalls schrieb Kirkbride in seinem Bericht vom Februar 1941: „There has been a certain amount of pro-Nazi talk present principally in quarters in opposition to the present Council of Ministers.“<sup>38</sup>

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion vom Juni 1941 rechnete man auf deutscher Seite mit einer raschen Unterwerfung des Landes, an welche sich dann die Eroberung der übrigen Regionen des Nahen Ostens anschließen sollte. In einer Zangenbewegung sollte das Gebiet zum einen vom Kaukasus her durch Iran und Irak marschierend, zum anderen durch einen Vorstoß vom Balkan durch Bulgarien, die Türkei und Syrien bis nach Palästina und durch einen Angriff auf den Suezkanal von Libyen kommend eingenommen werden.<sup>39</sup> Fritz Grobba, ehemals deutscher Gesandter in Bagdad und eine der wichtigsten Figuren der deutsch-arabischen Beziehungen der Nazizeit, entwickelte einen entsprechenden Plan zum „Vordringen Deutschlands über den Kaukasus nach dem arabischen Raum“, in dem er seine politischen Vorstellungen detailliert ausbreitete. Transjordanien sollte nach diesen Überlegungen neben Palästina, Syrien und dem Libanon Teil eines „Großsyrischen Reichs“ werden.<sup>40</sup> Die bereits vorhandene englandfeindliche Stimmung innerhalb der arabischen Bevölkerungen sollte nach Grobbas Vorstellungen durch gezielte Propagandamaßnahmen weiter befördert werden.

Weiteren Aufschluss über die strategischen Pläne der *Deutschen Wehrmacht* für das Gebiet Transjordanien/Palästina gibt eine Broschüre des Generalstabs des Heeres aus dem Jahr 1941 mit militärgeographischen Angaben.<sup>41</sup> Der Bericht, dem ergänzendes Kartenmaterial beilag, untersucht die

37 Kult. R., Ref. VII (Orient), Mu/B. 11. Dezember 1940: Zur Beförderung Emir Abdullahs von Transjordanien, in: Reimund Schnabel: *Missbrauchte Mikrofone*, S. 298.

38 PRO, CO 831/58/2, Report on the political situation for the month of February, 1941.

39 Vgl. A. Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941*, Frankfurt a. M. 1965, S. 381f. und 388.

40 Dokument 113, Pol. VII g Rs, Aufzeichnung des Gesandten Grobba über das Vordringen Deutschlands über den Kaukasus nach dem arabischen Raum, 5. Februar 1942, in: Reimund Schnabel: *Missbrauchte Mikrofone*, S. 277ff.

41 Militärgeographische Angaben über Palästina und Transjordanien, Textheft, abgeschlossen am 15. Oktober 1941. Generalstab des Heeres, Abteilung für Kriegskarten

für eine mögliche militärische Besetzung wesentlichen infrastrukturellen Bedingungen, sodass man hier durchaus von einer Vorbereitung für eine militärische Aktion in der Region sprechen kann. Dort heißt es einleitend: „Die englandfeindliche Haltung der arabischen Bevölkerung [Transjordaniens] lässt Unterstützung durch die Landesbewohner möglich erscheinen.“<sup>42</sup>

Der Bericht nimmt Stellung zu den verschiedenen Fragen, die im Zusammenhang mit einer möglichen militärischen Besetzung der Region von Interesse wären, so zum Verkehrsnetz, den naturräumlichen Gegebenheiten, der Versorgung mit Rohstoffen und den Optionen für die Reparatur von Fahrzeugen und anderen Maschinenteilen sowie zur Frage der Unterbringung und Versorgung der Truppen. Während die Versorgungslage des vor allem landwirtschaftlich geprägten Transjordaniens als recht günstig beurteilt wurde, sah man in Palästina größere Schwierigkeiten, da das Land weitgehend auf Importe angewiesen war.<sup>43</sup> Bei der Unterbringung der Truppen fürchtete man in den ländlichen Gebieten gesundheitliche Probleme, die in Transjordanien auf die deutschen Soldaten zukommen könnten, doch bezüglich der Unterkunftsmöglichkeiten hieß es zuversichtlich: „(...) in der warmen Jahreszeit [ist] (...) ein Lagern im Freien überall möglich.“<sup>44</sup> Welchen Zweck eine Besetzung Transjordaniens trotz aller Widrigkeiten hätte haben können, offenbart der Bericht deutlich:

Palästina-Transjordanien ist Durchgangsraum vom östlichen Mittelmeer zu den Ölgeländen Iraks und Irans und zum Suezkanal ... Der Schlüsselpunkt ist Haifa, weil es der einzig brauchbare Hafen ist und gute Verbindungen zum Hinterland hat. Außerdem ist es als Endpunkt der Ölleitung wichtig.<sup>45</sup>

Die politischen Kräfte der arabischen Welt, die auf eine Unabhängigkeit vom europäischen Mandatssystem hinarbeiteten, spielten jedoch keine Rolle bei diesen Überlegungen, und wie wenig ernst die deutsche Seite die nationalistischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit nahm, zeigt ein Blick auf die Ereignisse vom Frühjahr 1941 im Irak, in die auch Transjordanien verwickelt wurde. Ein anti-britischer Coup unter der Führung des Nationalisten Rashid 'Ali al-Kailani setzte dort auf deutsche militärische Unterstützung. Die auf die britische Niederschlagung des Aufstandes und die Flucht al-Kailanis aus Bagdad folgenden Monate waren gekennzeichnet von der Sorge

---

und Vermessungswesen, Berlin 1941. Mein Dank gilt Stefan Reichmuth, Bochum, für die freundliche Überlassung zur Einsichtnahme.

42 Militärgeographische Angaben, S. 67.

43 Ebd., S. 38f.

44 Ebd., S. 39.

45 Ebd., S. 38.

der Engländer, dass der scheinbar unaufhaltsame Vormarsch der *Wehrmacht* auch die Situation im Nahen Osten zum Kippen bringen könnte, fielen doch im Frühjahr 1942 erstmalig auch deutsche Bomben auf transjordanisches Gebiet.<sup>46</sup> Die britischen Unternehmungen, die angesichts eines möglichen deutschen Einfalls in der Region nun auf eine Abschottung der eigenen Einflussphäre sowohl nach Norden als auch nach Osten hin zielten, waren vor allem auf den Erhalt des Anspruchs auf Palästina gerichtet und weniger auf die Sicherung der transjordanischen Verhältnisse:

...it is obvious for everyone that the works now in construction in the north of the country are not for the defence of Trans-Jordan at all. It is apparent, indeed, that the main fortifications are on the approaches to Palestine, Trans-Jordan being left on the wrong side of the front line – a prey to any enemy established in Syria.<sup>47</sup>

Im Juli 1942, also noch auf dem Höhepunkt der militärischen Eroberungen der *Wehrmacht* und vor der entscheidenden Wende des Krieges durch die Schlacht von Stalingrad, forderte der Sonderstab F. (benannt nach dem verantwortlichen General der Flieger Hellmuth Felmy), der aus der gescheiterten deutschen Militärmission in den Irak entstanden war, das Amt Ausland/Abwehr auf, Propagandamaterial für die arabischen Staaten zur Verfügung zu stellen und die Rundfunksendungen in arabischer Sprache zu verstärken.<sup>48</sup> Das daraufhin erstellte Propagandamaterial, das sich auch an die Bevölkerung Transjordanien richtete, rief zur Opposition gegen die englische Regierung auf und bemühte sich vor allem, arabische Freiwillige davon abzuhalten, an der Seite der Engländer zu kämpfen:

Lasst Euch nicht anwerben, denn England will euch an vorderster Front einsetzen, um Euch zu opfern, wie es bereits mit den Palästinensern getan hat, die es nach Griechenland schickte und welches seine Soldaten auf ihrer Flucht im Stich ließen. (...) Arbeitet nicht für Englands Kolonialpolitik und opfert Euch nicht für eine bereits verlorene Sache, deren Verbündete nur die Bolschewiken sind, welche Eure iranischen Brüder misshandeln, und die Juden, die soviel arabisches Blut in Palästina vergossen haben. Die Stunde der Befreiung naht.<sup>49</sup>

Der Mufti von Jerusalem, Hajj Amin al-Husaini, der im Berliner Exil aktiv an der Propaganda für den arabischen Raum beteiligt war, schlug in einem

46 PRO, FO 371/31383, A periodic report on Trans-Jordan (1st Feb. to 31 May).

47 PRO, FO 371/31382, Report on the political situation for the month of March, 1942.

48 PA AA, R 60649, Deutsche Flugblätter. Geheim 1939–1943; Amt Ausland/Abwehr, Abt. Ausl. An W Pr IV, Ausw. Amt, Herrn Fritz Grobba, 2.7.1942.

49 PA AA, R 60650, Deutsche Flugblätter 1939–1943: Informations-Abteilung Generalkonsul Wüster an U.St. S. Luther und Herrn Dr. Megerle, 12.8.1942.

Memorandum an den Generalkonsul in der Informationsabteilung, Karl Kapp, vor, Flugschriften des folgenden Inhalts zu entwerfen:

Flugschriften, die arabische Reden großer Männer illustriert mit Bildern, sowie Reden solcher Agenten, die im Dienste der Briten stehen und von den Arabern gehaßt werden, wie der Emir 'Abdullah, enthalten. Die Engländer haben außer diesem keinen gefunden, der ihnen entspricht und von dem sie behaupten, dass er ein Nachkomme des Gottesgesandten ist. Diese Behauptung soll entkräftet werden durch ein Bild, das den Emir in der Uniform eines britischen Marschalls zeigt. Es muß schildern, wie er den Briten und Juden gegen Araber und Mohammedaner, die die Herren des Landes sind, unterstützt. Er und seinesgleichen ist von Gott und seinem Propheten und den Gläubigen verworfen.<sup>50</sup>

Durch die Wende des Kriegsverlaufs ab 1943 nahm jedoch auch die potenzielle Bedrohung für den Nahen Osten und damit die Gefahr, dass Transjordanien zu Gunsten Palästinas aufgegeben würde, zusehends ab. Zur Umsetzung der militärischen Pläne der *Wehrmacht* für den Nahen Osten sollte es nie kommen. Der Sieg der Alliierten, der sich seit dem Debakel in al-'Alamain 1942 abzeichnete und mit der deutschen Niederlage vor Stalingrad und der Landung der Alliierten auf Sizilien 1943 seinen Fortgang nahm, führte auf Seiten der britischen Vertreter in Transjordanien zu großer Erleichterung. So kommentierte Kirkbride die Auswirkungen der Ereignisse im Sommer 1943: "The fall of Mussolini had a tremendous effect locally and convinced many who had still been doubtful, that the Axis powers were losing the fight."<sup>51</sup> Fortan sollte der Nahe Osten in der deutschen Kriegs- und Propagandastrategie keine nennenswerte Rolle mehr spielen und die Gefahr, dass Transjordanien in die Kriegshandlungen mit einbezogen werden könnte, war damit abgewandt. Das Kriegsende im Mai 1945 wurde in Transjordanien mit Begeisterung aufgenommen wurde.

The news of the cessation of hostilities was known in Amman on the evening of the 7th of May, 1945, and Amman town indulged in a spontaneous and unofficial celebration which was more impressive, on that account, than the subsequent official ceremonies during the following days.<sup>52</sup>

Spontane Feierlichkeiten sowie Gottesdienste und Gebete in Moscheen und Kirchen dokumentierten mehr als deutlich, wie stark sich die transjordani-

50 Memorandum an Kapp, November 1942, Abdruck in Gerhard Höpp (Hrsg.): *Multipapier. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe aus dem Exil, 1940-1945*, Berlin 2001, S. 93-97.

51 Situation report on Trans-Jordan for the month of July, 1943, in: Jarman, Robert L.: *Political diaries*, Bd.7.

52 PRO, CO 831/60/3, Situation report on Trans-Jordan for the month of May, 1945.

sche Führung, aber auch die Bevölkerung mit der Sache der Alliierten identifiziert hatte.

### Fazit

Das Studium der britischen und deutschen Akten hilft uns, die innenpolitische Entwicklung des Emirats der dreißiger Jahre, die bislang wenig untersucht worden ist, besser einschätzen zu können. Neben der Konzentration auf lokale Entwicklungen bildete sich in dieser Zeit allmählich auch ein regionales, vor allem auf die Palästinafrage ausgerichtetes Bewusstsein heraus, sowie darüber hinaus eben auch ein wachsendes Verständnis für die größeren politischen, den Nahen Osten und Europa betreffenden Entwicklungen. Die besorgten Berichte der britischen Mandatsvertreter in Amman über wechselnde Stimmungen, Protestaktionen und die im Zuge der Radikalisierung der Positionen im benachbarten Palästina von transjordanischem Boden aus verübten Sabotageakte, sind beredtes Zeugnis für diese Entwicklungen. Zwar war man sich in London der Unterstützung des Emirs wohl weitgehend sicher, doch fürchtete man, dass sich die Stimmungslage in der Bevölkerung zu Gunsten der Deutschen hätte verschieben können.

Obwohl Transjordanien aus deutscher Sicht für die auswärtige Politik nur eine bescheidene Rolle spielte, zeugen die Berichte der wechselnden deutschen Generalkonsule davon, dass die Entwicklungen in Transjordanien sehr wohl wahrgenommen, kommentiert und eingeordnet wurden. Im Einklang mit der Araberpolitik jener Jahre hielt man sich aber in Bezug auf eine Unterstützung jeglicher nationaler Bestrebungen zurück. Sorgsam beobachteten die deutschen Diplomaten zudem das Terrain, um zu einer Einschätzung der englischen Position und des Rückhalts, den Großbritannien in der Region hatte, zu gelangen. Da Transjordanien jedoch wirtschaftlich unbedeutend und politisch wenig einflussreich war, konzentrierte sich die deutsche Seite bei ihren Kontakten mit arabischen Persönlichkeiten vor allem auf die benachbarten Staaten der Levante.

Die transjordanische Opposition auf der anderen Seite suchte das Gespräch mit den deutschen Vertretern in Jerusalem sehr wohl, um mögliche Verbündete für den Fall eines Machtwechsels zu gewinnen. Jedoch war diese nationalistische Oppositionsbewegung, die ein potenzielles Forum für eine deutsche Agitation hätte sein können, letztlich zu schwach, um politische Veränderungen herbeizuführen. Dies wurde auf deutscher Seite klar erkannt und so hielt man sich hier im Hinblick auf eine mögliche Unterstützung zurück. Im Zuge der nationalsozialistischen Außenpolitik wurde das Gebiet dann vor allem unter Berücksichtigung der deutsch-englischen Rivalitäten bzw. des deutschen Bestrebens einer Allianz mit Großbritannien gesehen.

Der Kriegsbeginn 1939 und das klare transjordanische Loyalitätsbekenntnis zu Großbritannien bereitete allen offiziellen Kontakten mit der deutschen Seite ein Ende. Transjordanien galt nun nur noch als Agitationsfeld für die deutsche Propaganda oder als Durchmarschgebiet im Fall einer deutschen Einnahme des Nahen Ostens. Die Tatsache, dass Abdallahs Erzrivale Hajj Amin al-Husaini im Berliner Exil weilte, dürfte weiter dazu beigetragen haben, dass Deutschland von Seiten der transjordanischen Führung mehr als Gegner denn als möglicher Bündnispartner betrachtet wurde. Der Kriegsausbruch und der Verlauf der deutschen Expansion führte sodann zu einer Verschiebung der Interessenlage: nun setzte man darauf, dass der Nahe Osten als Erdöllieferant die deutsche Kriegswirtschaft stützen sollte. Transjordanien nahm in diesen Plänen seine traditionelle Rolle als Durchzugs- und Aufmarschgebiet ein, dessen politische Zukunft man – wenn überhaupt – dann als Teil eines größeren arabischen Reiches sah. Die *Deutsche Wehrmacht* jedenfalls hatte sich 1941 bereits mit den für sie wesentlichen Informationen versorgt, um für einen möglichen Truppenaufmarsch gerüstet zu sein.

Die transjordanische Führung unter dem Emir Abdallah stand aufgrund ihrer politischen und ökonomischen Abhängigkeit unverbrüchlich zu Großbritannien. Von Deutschland hätte der Haschemit wenig Unterstützung für seine Pläne eines Großsyrischen Reichs oder wenigstens eines Staates, der Transjordanien und Palästina umfassen hätte, zu erwarten gehabt. Für die Bevölkerung dagegen trifft eine solche ungeteilte Parteinahme nur bedingt zu, wie die Aktenlage dokumentiert. In den dreißiger Jahren gab es ganz ähnlich wie in anderen Staaten der Region auch eine Bewunderung für das „neue Deutschland“. Diese wohl eher unscharfe Schwärmerei, angeregt vom nationalsozialistischen Großmanntum, löste aber keine breite prodeutsche Bewegung aus, denn auch die transjordanische Öffentlichkeit war sich darüber im Klaren, dass das Wohl und Wehe des Landes sehr direkt von der britischen Herrschaft abhing. Der relativen Sicherheit des von London abhängigen Mandatssystems gab man daher gegenüber den eher nebulösen Vorstellungen eines unabhängigen arabischen Großreiches den Vorzug. Hinzu kam, dass sich in Amman in den vierziger Jahren eine einflussreiche und wirtschaftlich potente Händlerschicht herausbildete, deren Wohlstand unmittelbar auf die Einrichtung des britischen Quotensystems zurückging und die daher keinerlei Interesse an einer Abkehr von der englandfreundlichen Haltung hatte. Die letzten Kriegsjahre waren in Transjordanien von den wachsenden Bestrebungen nach vollständiger nationaler Unabhängigkeit bestimmt, die sich nur in Kooperation und durch Verhandlung mit der britischen Mandatsmacht würde verwirklichen lassen. Dass diese Aspiratio-

nen 1946 durch die Gründung des Haschemitischen Königreichs erfüllt werden konnten, wurde trotz aller weiterhin bestehenden Abhängigkeiten von Großbritannien auf jordanischer Seite als großer Erfolg gewertet. Deutschland als Kriegsverlierer spielte nun auch in den Kreisen der Opposition überhaupt keine Rolle mehr.

---

Uwe Pfullmann

## Die deutsch-saudischen Beziehungen und die Akteure auf der Arabischen Halbinsel von 1924 bis 1939

### Allgemeine Rahmenbedingungen

Deutschland kann nicht zu den Staaten Europas mit einem ausgeprägten Interesse am Nahen Osten gezählt werden. Im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich etablierte Deutschland aufgrund seiner späten Staatsgründung 1871 erst Ende des 19. Jahrhunderts seinen Einfluss in der Region. Dabei konzentrierten sich die deutschen Wirtschaftskreise auf das Osmanische Reich, dessen Besitzstandswahrung in Asien für eine Ausweitung deutschen Einflusses für unabdingbar gehalten wurde. Ein Höhepunkt war der Bau der Hedschas- und Bagdadbahn. Die Parteinahme des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg für die Mittelmächte Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und zunächst auch Italien war zwar nicht zwangsläufig, ergab sich aber vor allem aufgrund der jahrzehntelangen Kontakte zwischen Offizieren Preußens und Deutschlands und dem Osmanischen Reich.

Diese Politik der wirtschaftlichen Durchdringung und politischen Einflussnahme endete mit der deutschen Kapitulation am Ende des Ersten Weltkrieges 1918. Von einer Kontinuität deutscher Arabienpolitik vom wilhelmschen Kaiserreich über die Weimarer Republik zum Dritten Reich kann indes keine Rede sein, nicht zuletzt auch wegen des späten Erwachens des arabischen Nationalismus.

Die deutsch-saudischen Beziehungen lassen sich für die Zeit 1924 bis 1939 in vier Abschnitte einteilen. Die erste Phase umfasst die inoffizielle Kontaktabahnung von 1924 bis 1929. Die zweite Periode erstreckt sich vom Abschluss des deutsch-saudischen Freundschaftsvertrages 1929 über die Eröffnung des deutschen Konsulats in Djidda 1931 bis zu dessen Auflösung im Jahr 1934. Die dritte Phase, von 1934 bis 1937, war von der Wiederanbahnung inoffizieller Kontakte geprägt. Der vierte Abschnitt schließlich, von 1937 bis 1939, umfasst die mit der wiedergewonnenen Weltmachtposition Nazideutschlands einhergehende Erhöhung des deutschen Stellenwerts in der Region.

Die Machtübernahme von König Abd al-Aziz II. im Hedschas stellte den Beginn der deutsch-saudischen Beziehungen dar. Abd al-Aziz hatte im Ersten Weltkrieg keine so aktive Rolle wie Großscherif Husain und seine Söhne ge-

spielt, was der deutschen Regierung entgegenkam. Die Hoffnung, dass eine stabile Herrschaft im Hedschas und beträchtliche Einnahmen aus der Pilgerfahrt die Nachfrage nach Industriewaren erhöhen würden, bereitete den Boden für wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Saudi-Arabien.

Die deutsche Außenpolitik war durch die Rücksichtnahme auf britische Interessen charakterisiert und hatte die Befürchtung, durch eine Beeinträchtigung der britischen Hegemonie im Nahen Osten den maßgebenden Einfluss Großbritanniens auf die Reparationsforderungen Frankreichs und Belgiens zu verlieren. Diese Grundausrichtung deutscher Politik dauerte bis 1937 an. Aus diesem Grund handelte das Auswärtige Amt mit klarer politischer Einschränkung im Nahen und Mittleren Osten.

Die Zahlungsunfähigkeit der saudischen Regierung im Gefolge der Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre verursachte den vollständigen Zusammenbruch der deutsch-saudischen Beziehungen. Das deutsche Konsulat in Djidda wurde 1934 geschlossen. Ihren wirtschaftlichen Interessen waren durch die politischen Rahmenbedingungen enge Grenzen gesetzt. Trotzdem versuchten sich deutsche Akteure darüber hinwegzusetzen, um den einstigen Weltkriegsgegnern wo immer möglich zu schaden. Deutschlands Interesse blieb trotz angebotener Ölkonzessionen auf Kontinentaleuropa beschränkt.

Im genannten Zeitraum entschieden sich auch die haschimitisch-saudischen Auseinandersetzungen zugunsten des wahhabitischen Herrschers Abd al-Aziz, der mit der Eroberung des Hedschas seine Vormachtstellung auf der Halbinsel ausbauen konnte. Den arabischen Akteuren ging es vor allem darum, Waffen und Technik aus Deutschland zu beziehen sowie die Anerkennung der von ihnen vertretenen Staaten zu erreichen. Abd al-Aziz ging es vor allem um die internationale Anerkennung seiner Herrschaft über den Hedschas.

### Erste deutsche Kontakte zu Abd al-Aziz

Erste Anfragen nach Zolltarifen beim Auswärtigen Amt zeigten das Dilemma, dass südlich des Jordan kein einziger offizieller deutscher Vertreter etabliert war. Auch saudische inoffizielle Repräsentanten streckten ihre Fühler nach Deutschland aus, von dem man zu Recht annahm, dass es zu diesem Zeitpunkt keine politischen Ziele in der Region verfolgte. Schakib Arslan<sup>1</sup>,

---

<sup>1</sup> Schakib Arslan (1869–1946), Drusenemir und panislamischer Politiker, hatte gute Kontakte zu einflussreichen Persönlichkeiten wie Max von Oppenheim. Im Zweiten

ein Vertrauter von Abd al-Aziz, brachte über den ehemaligen deutschen Ministerresidenten in Istanbul, Max Freiherr von Oppenheim, die saudische Anregung in den offiziellen Behördengang des Auswärtigen Amtes, da Oppenheim dem Amt den Brief Arslans zur Kenntnis gab. Die Antwort macht das Dilemma deutscher Außenpolitik in den zwanziger Jahren deutlich: Die Befürchtung, durch politische oder wirtschaftliche Aktivitäten das Wohlwollen Großbritanniens in der Gestaltung europäischer Politik und bei der Ausöhnung des Versailler Vertrages zu verlieren.

So schrieb Herbert v. Richthofen an Max v. Oppenheim:

„Anbei mit bestem Dank den Brief von Chékib Arslan zurück. Die Entsendung eines Bakteriologen nach Djidda würde meinen Wünschen außerordentlich entgegenkommen; ich würde von hier alles versuchen, um den Betreffenden, der dahin geht, auch von uns aus die Sache so angenehm wie möglich zu gestalten. Es ist mir sehr viel lieber, wir fangen mit einem Bakteriologen bei IBN SAUD (Abd al-Aziz – U. P.) an, als mit einem Konsul. Der Betreffende müßte nur wirklich gut ausgesucht sein.“<sup>2</sup>

Dennoch zögerten die Beamten im Auswärtigen Amt eine Anerkennung von Abd al-Aziz mit der Begründung hinaus, dass kein offizieller Vertreter an das Auswärtige Amt herangetreten ist. Deshalb wurde Deutschland auch bei der Europareise Emir Faisals im Oktober/Anfang November 1926 ausgespart.

Bei befreundeten Regierungen versuchte man, Möglichkeiten der Herstellung offizieller Kontakte zu saudischen Stellen zu sondieren. Die Anerkennung von Abd al-Aziz als Herrscher des Königreiches Hedschas und Sultan des Nadschd durch die Schweizer Regierung war Anlass genug, bei den schweizerischen Ämtern nähere Informationen einzuziehen, und die Orientabteilung des Auswärtigen Amtes beauftragte seine Diplomaten, vor allem Erkundigungen einzuziehen, ob der schweizerische Bundesrat zuvor Fühlungnahme mit anderen Mächten, insbesondere England, aufgenommen hat. Dass deutsche amtliche Stellen so viel Interesse an den Tag legten, war vor allem durch die Exportwirtschaft bedingt, die in wachsendem Maße Aufträge erhielt und auf diesem expandierenden Markt vertreten sein wollte.

Erschwerend für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen kam hinzu, dass die saudischen Behörden keinerlei Erfahrungen auf dem Gebiet der Di-

---

Weltkrieg arbeitete Arslan an einer vom Auswärtigen Amt und dem Reichspropagandaministerium initiierten arabischen Übersetzung von Hitlers „Mein Kampf“.

2 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im folgenden: PA des AA), Bonn, Nr. R 78 384, Bl. L 323 212, Herbert v. Richthofen an Max v. Oppenheim, Berlin, 8. Juli 1926.

plomatic und im internationalen Recht hatten. So schrieb der Gesandte Friedrich Max Weiss in einem Privatbrief an Herbert von Richthofen, dass die „Tätigkeit der Konsuln und Diplomaten in Djedda (...) sich daher durchaus eines Rechtsbodens ermangelnd ab(spielt), man ist geduldet, die Sowjets (Gelder wegen) beliebt...“<sup>3</sup> Die Antwort der Schweiz auf das Ersuchen des Auswärtigen Amtes verdeutlichte die Vorbehalte der in diplomatischen Angelegenheiten eine lange Rechtstradition besitzenden Europäer auf das Erscheinen eines neuen Staates. Der Bundesrat antwortete, dass die Anerkennung der hedschasischen Regierung durch die Schweiz in der Tat durch den Beitritt des Hedschas zum Weltpostverein veranlasst wurde. Zudem hatte der schweizerische Bundesrat in London Erkundigungen eingezogen und nachgefragt, ob die Ausweispapiere des Hedschas-Vertreters echt seien.<sup>4</sup>

Am 22. Februar 1927 berichtete der aus Syrien stammende Hajj Muhammad Nafi Schalabi, ein Student an der Technischen Hochschule in Berlin, in einem Vortragssaal der Deutschen Gesellschaft für Islamkunde über seine Wallfahrt nach Mekka und die Opferfeier am Berg 'Arafat. Bei diesem Vortrag war Fritz Grobba, der Gesandte Deutschlands im Irak, anwesend. Aus Grobbas Bericht geht hervor, dass nach Ansicht Schalabis „Ibn Saud nicht ein grosses arabisches Reich auf nationaler Basis schaffen will, sondern panislamische Tendenzen verfolgt. Diesem Zweck soll auch das Angebot seines Sohnes für den syrischen Königsthron dienen.“

Mit großer Aufmerksamkeit wurde von Grobba die Aufnahme der aus Deutschland stammenden Gäste registriert.

„Er und sein angeblich deutscher (...) Reisebegleiter seien von Ibn Saud sehr freundlich aufgenommen und als Gäste behandelt worden. ... Angeblich seien sie häufig gefragt worden, warum Deutschland Ibn Saud noch nicht anerkannt habe. Der Vortragende sagte, er habe die Absicht, an der diesjährigen Pilgerfahrt wieder teilzunehmen und hoffe, Ibn Saud dann irgendeine Botschaft von amtlicher Stelle mitbringen zu können. Es ist daher damit zu rechnen, dass er mit einem solchen Anliegen an das Auswärtige Amt herantreten wird.“<sup>5</sup>

Die zum Teil umfangreichen Berichte<sup>6</sup> des in Addis Abeba akkreditierten Gesandten Weiss bezüglich des Bedarfs an Autos, Reifen u. a. wurden auszugsweise an die deutsche Automobil- und Reifenindustrie weitergeleitet, wo sie mit großem Interesse aufgenommen wurden.<sup>7</sup> Das Fehlen einer di-

3 Ebenda, Bl. L 323 238, Friedrich Weiss an Herbert v. Richthofen, Addis Abeba, 10. Oktober 1926.

4 Ebenda, Bl. L 323 243, Müller an AA, Bern, 11. Februar 1927.

5 Ebenda, Bl. L 323 256 u. 257, Fritz Grobba an AA, Berlin, 23. Februar 1927.

6 Vgl. ebenda, Bl. L 323 321-333, Friedrich Weiss an AA, Addis Abeba, 10. April 1927.

7 Vgl. ebenda, Bl. L 323 290-293.

plomatischen Vertretung in Djidda führte dazu, dass sich das Auswärtige Amt bei anderen Regierungen nach Zolltarifen, Handelspraktiken und Referenzen erkundigen musste.<sup>8</sup> Eine Besonderheit der deutsch-saudischen Beziehungen war zunächst das geringe politische Interesse Deutschlands am Königreich Hedschas/Nadschd. Die hohe politische Wertschätzung von Abd al-Aziz und seine relative Eigenständigkeit führten im Laufe der Zeit zu einem Umdenken im Auswärtigen Amt. Auslösendes Moment war die Unterzeichnung des britisch-deutschen Vertrages von 20. Mai 1927, der Abd al-Aziz als Herrscher des Hedschas anerkannte. Diese Aufwertung hatte Auswirkungen auf die deutsch-saudischen Beziehungen. Eine Beeinträchtigung der wohlwollenden Haltung Großbritanniens durch die Anerkennung von Abd al-Aziz deutscherseits war nach diesem Vertrag nicht mehr zu befürchten.

### Leopold Weiß alias Muhammad Asad betritt die nahöstliche Bühne

Ein weiterer deutschsprachiger Akteur im Arabien der Zwischenkriegszeit war der aus Lemberg stammende Leopold Weiß. Weiß wurde im Jahr 1900 in einem jüdischen Elternhaus geboren. 1926 trat er zum Islam über und gelangte als Muhammad Asad nach Mekka und Medina. Von dort durfte er auch nach Riyad weiterreisen, wo ihn Abd al-Aziz empfing. Weiß berichtete 1927 über seine Pilgerfahrt zum Berg 'Arafat. Die Pilgerzahl erreichte nach seinen Schätzungen rund 100.000 Ausländer.<sup>9</sup> An der handelspolitischen Abhängigkeit von der Pilgerfahrt hatte sich zu diesem Zeitpunkt noch nichts geändert. Weiß schrieb hierzu einen ausführlichen Bericht an das Auswärtige Amt.<sup>10</sup> Er verband seinen Bericht mit der Aufforderung an die deutsche Exportwirtschaft, dem Hedschas/Nadschd größere Aufmerksamkeit zu widmen. Von 1927 bis 1932 pilgerte er fünfmal nach Mekka. Weiß alias Muhammad Asad ging 1932 nach Indien und erlangte nach der Abspaltung Pakistans in der neuen pakistanischen Regierung eine Vertrauensstellung.

Die Anstrengungen des Königs wurden 1929 in einem saudisch-deutschen Freundschaftsvertrag besiegelt. Etwa zur gleichen Zeit unterbreitete Hafiz Wahba, außenpolitischer Berater von Abd al-Aziz, in der ägyptischen Presse eine Einladung an deutsche Geschäftsleute, sich im Hedschas zu engagieren. Die forcierte Modernisierung des Staates stieß zudem bei den Ulama' auf Widerstand. Kurz zuvor war eine größere Zahl britischer Autos

8 Vgl. ebenda, Bl. L 323 297, Min. van Buitenlandsche Zaken an AA, Haag, 29. März 1927.

9 Ebenda, Bl. L 323 291.

10 Vgl. ebenda, Bl. L 323 321 u. 322, Friedrich Weiss an AA, Addis Abeba, 10. April 1927.

bei König Abd al-Aziz eingetroffen. Mit dem enorm expandierenden Automarkt beschäftigte sich auch Harry Philby.

### Waffenlieferungen für den Drusen-Aufstand in Syrien

Im Frühjahr 1926 nahm Emir Chékib Arslan, Vertreter der syrischen Interessen beim Völkerbund, Kontakt mit Hans Steffen auf und bat um Waffenlieferungen, um

„den fast niedergeschlagenen Aufstand der Drusen neu zu beleben. Die Idee der Araber, Waffen und Munition durch Palästina, Syrien oder die Türkei zum Djebel Drus zu bringen, lehnte ich als indiskutabel ab und machte den Gegenvorschlag, im Hafen Rabigh auszuladen und dann mit Hilfe von Kamelkarawanen Ibn Saouds und unter seinem Schutz das Material von Süden quer durch die Wüste den Drusen zuzuführen. Der Vorschlag wurde akzeptiert und dann von mir durchgeführt. Wenige Wochen später ging ein besonders ausgesuchtes Material nach Rabigh, wurde dort bei Morgengrauen ausgeladen und in mehreren Karawanen von insgesamt etwa 1.400 Kamelen, die Ibn Saoud programmgemäß bereit gestellt hatte, 1000 km durch die Wüste zum Djebel Drus transportiert. Dieser Marsch wurde in 4 Wochen durchgeführt. Die Drusen erhoben sich erneut, und Frankreich war genötigt, beschleunigt erhebliche Kräfte aus Marokko zu detachieren, um diesen zweiten Aufstand niederzuschlagen.“<sup>11</sup>

Die Unterstützung der Drusen war nicht uneigennützig. Sie besaßen die Schlüsselposition bei der Getreideproduktion Syriens. König Abd al-Aziz fühlte sich von den haschimitischen Mandatsgebieten Transjordanien und Irak eingeschnürt und wollte mit einer ihm ergebener Volksgruppe Einfluss in Syrien gewinnen. Sein durch massive französische Truppenkontingente besiegt Verbündeter erlebte jedoch nicht die viel gerühmte Gastfreundschaft des Herrschers Abd al-Aziz. Sultan al-Atrasch war nach der Niederschlagung des Aufstandes gezwungen, ins saudische Exil zu gehen. Der britische Reisende Eldon C. Rutter schilderte sein Schicksal:

„Nachdem wir das Wadi's-Sirhan verlassen hatten, passierten wir an-Nabaq und al-Haditha, zwei kleine Siedlungen, die von drusischen Flüchtlingen bewohnt waren. In al-Haditha traf ich das drusische Oberhaupt, Sultan Pascha al-Atrasch, der in einem zerlumpten Zelt in allertiefster Armut lebte. Wir bahnten uns unseren Weg durch die grünen Hügel der Balqa, und am 5. Februar 1930 erreichten wir Amman, wo ich mich vom letzten meiner Führer trennte.“<sup>12</sup>

---

11 BArch, Nr. NS 10/394, Bl. 182, Steffen: Notizen über Arabien..

12 Rutter, Eldon: A journey to Hail, in: Geographical Journal, London 80 (Oktober 1932), 331.

Im Jahr 1927 wurde der bereits erwähnte Steffen eingeladen, Ibn Saud in Djidda zu besuchen. Im Frühjahr 1928 traf sich Steffen mit Ibn Saud. Thema der Verhandlungen von Steffen mit Abd al-Aziz waren die Reorganisation der Pilgerfahrt (zur Hebung seiner Finanzen) und Aufrüstungsfragen.<sup>13</sup> Abd al-Aziz verdankte seine Machtergreifung im Hedschas zu Teilen auch der Tatsache, dass die hedschasischen Nomadenstämme den Weiterbetrieb der Hedschas-Bahn ablehnten, beeinträchtigte doch diese ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage. Zwar wurde die Bahn nicht wieder in Betrieb genommen, doch der Pilgertransport mit Kraftfahrzeugen brach den Stämmen das Rückgrat und löste die Ikhwan-Aufstände aus, die 1929 in der Schlacht von Sabila niedergeschlagen wurden.

Diese Ikhwan-Opposition wurde auch von seinem Bruder Muhammad unterstützt, der seinen Sohn Khalid als Thronfolger lancieren wollte. Diese Verbindung eines Thronprätenden aus der eigenen Familie mit dem tribalen Widerstand gegen die Modernisierungsbestrebungen des Königs verliehen den Ikhwan-Aufständen eine gefährliche Dynamik. 1928 beteiligte sich Steffen bei der Ausrüstung der saudischen Armee. Beim Auswärtigen Amt häuften sich Anfragen deutscher Firmen, darunter der Arbeitsgemeinschaft des Waffen- und Munitionsgewerbes nach Anschriften von Großkaufleuten im Hedschas.

### Der deutsch-saudische Freundschaftsvertrag 1929

Währenddessen versuchte der Ingenieur Kurt Krokowski mittels Eingaben das Answärtige Amt zur Eröffnung einer diplomatischen Vertretung in Djidda zu bewegen. Krokowski selbst versuchte, die Stelle eines Konsularagenten in Djidda zu bekommen.<sup>14</sup> Die Antwort des Auswärtigen Amtes auf diesen Vorstoß an die Gesandtschaft Kairo fiel sehr knapp aus. Der Gesandtschaft wurde mitgeteilt, dass die Eröffnung eines Berufskonsulats oder einer Konsularagentur im Hedschas vorläufig nicht beabsichtigt sei.<sup>15</sup>

Die in der Zwischenzeit an den Hedschas angeknüpften politischen Kontakte führten zum Umdenken der Berufsdiplomaten vor Ort. Die Errichtung einer deutschen Auslandsvertretung in Hedschas wurde für wichtig genug gehalten, um sie dem Auswärtigen Amt noch einmal zu unterbreiten. Als Argument wurde angeführt, dass der Mangel einer deutschen Vertretung im Hedschas allmählich dazu führen könnte, dort in wirtschaftlicher Beziehung ins Hintertreffen zu gelangen und die deutschen wirtschaftlichen Interessen

13 Vgl. PA des AA Bonn, Nr. R 78 384, Bl. 181 ff.

14 Vgl. ebenda, Nr. R 78384, Dt. Gesandtschaft Kairo an AA, 27. März 1929 (Nr. 222).

15 Ebenda, AA an Dt. Gesandtschaft Kairo, Berlin, 26. September 1929.

nur unzureichend wahrnehmen zu können.<sup>16</sup> Der Haushaltskommission des Auswärtigen Amtes wurde empfohlen, die Möglichkeit einer Berufsvertretung in Djidda nochmals zu prüfen, da man bisher auf die „subjektiv gefärbten Berichte“<sup>17</sup> Krokowskis angewiesen sei.

Die ersten offiziellen diplomatischen Kontakte zum Königreich Hedschas, Nadsänd und den zugehörigen Gebieten begannen mit einem Schreiben Fu'ad Hamzas an das Auswärtige Amt vom 29. September 1928.<sup>18</sup> Im März 1929 begannen das Deutsche Reich und das Doppelkönigreich Hedschas/Nadschd Verhandlungen über einen Freundschaftsvertrag, der in Artikel zwei zu gegebener Zeit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorsah. Bevollmächtigte von saudischer Seite waren Hafiz Wahba und Scheich Fauzan as-Sabiq, von deutscher Seite der Gesandte in Ägypten, Dr. Eberhard von Stohrer. Kurz vor Ende der Verhandlungen telegraphierte Herbert von Richthofen an die Deutsche Gesandtschaft und gab folgende Weisungen: „Zu Artikel zwei: Von Hedschas-Vertreter geforderte Streichungen hier nicht erwünscht, insbesondere nachdem erst kürzlich Persien sämtlichen europäischen Staaten, deren bisherige Verträge es gekündigt hat, und auch uns in neuen Verträgen Meistbegünstigung ausdrücklich zugestanden hat. ... Bitte aber Vertrag nicht daran scheitern lassen.“<sup>19</sup>

Am 26. April 1929 wurde der Freundschaftsvertrag von Stohrer, Wahba und as-Sabiq unterzeichnet. Dem Abschluss des Freundschaftsvertrages mit dem Königreich Hedschas waren vorsichtige Sondierungen in London vorausgegangen.

„Ich bitte von Vorstehenden im Foreign Office in geeignet scheinender Weise mündlich Kenntnis zu geben und dabei folgendes zum Ausdruck zu bringen: Wir hätten bei dem überwiegenden Interesse, das England am Hedschas habe, nicht verfehlen wollen, die Englische Regierung vertraulich über diese Angelegenheit zu verständigen. Die logische Folge unseres Schriftwechsels würde ja voraussichtlich der Abschluss eines ganz allgemein gehaltenen Freundschaftsvertrages mit dem Hijaz sein.“<sup>20</sup>

Die Antwort des deutschen Botschafters ließ nicht lange auf sich warten:

---

16 Vgl. ebenda, Nr. R 78 386, Bl. 2 und 2 Rs, Dt. Gesandtschaft Kairo an AA, Ramleh, 18. Oktober 1929.

17 Vgl. ebenda, Bl. 3.

18 Vgl. ebenda, Nr. R 78 387, Fu'ad Hamza an AA, Mekka, 29. September 1928.

19 Ebenda, Bl. L 323 554, Herbert v. Richthofen an Dt. Gesandtschaft Kairo, Telegramm Nr. 39 und 40, Berlin, 24. April 1929.

20 Ebenda, Bl. L 323 522-523, AA an Dt. Botschaft in London, Berlin, 19. November 1928.

„Ich machte heute Sir Ronald Lindsay Mitteilung von der Korrespondenz, betreffend Anerkennung des Königreiches Hedschas und Abschlusses eines Handelsvertrages mit ihm. Lindsay war von der Mitteilung sehr angenehm berührt und bedankte sich wiederholt mit warmen Worten für sie. Sachlich erklärte er, dass er nicht die geringsten Bedenken gegen die mitgeteilten Pläne habe. Er schien das Ergebnis eines Handelsvertrages aber nicht hoch zu werten, weil die Zustände im Hedschas noch sehr ungeordnet seien.“<sup>21</sup>

Der Vertragstext wurde im Juni 1929 erstmals im „Islam-Echo“ der Islamischen Presseagentur von Hajj Muhammad Nafi Schalabi veröffentlicht, allerdings mit einigen Unkorrektheiten.<sup>22</sup> Wenig später wurden in Jidda zwei Schiffe, die „Falkenfels“ und die „Weissenfels“, entladen, die 3000 Gewehre und drei Millionen Schuss Munition für Ibn Saud an Bord hatten und durch die Firma Steffen & Heymann teils über Hamburg, teils über Antwerpen verschifft worden waren. Hierzu schrieb der „Mann vor Ort“, Krokowski: „Die Entladung habe man am Tage derart vorgenommen, dass die Waren mit Zuckersäcken bedeckt worden seien, während des Nachts ohne besondere Maßnahmen ausgeladen worden sei. Ein Tag vor Ankunft des Schiffes ‚Falkenfels‘ sei ein englisches Kriegsschiff angekommen, um die Entladung zu beobachten. Die Engländer hätten des Nachts jedes der Segelboote, in denen die Gewehre und die Munition ausgeschifft wurden, durch Vorbeifahren in Motorbooten beobachtet.“<sup>23</sup>

Die Firma Sulaiman A. Gabil in Djidda suchte aus diesem Waffenhandel Nutzen zu ziehen, indem sie die Ausladung der Waffenlieferung dem britischen Konsulat mitteilte. In einem Schreiben an das Auswärtige Amt teilte Hans Steffen, Mitinhaber der Firma Steffen & Heymann, mit, dass die Ware „Neufabrikation aus einer polnischen Gewehrfabrik in Warschau (war). Der Transport ging nicht über Deutschland...“<sup>24</sup> Das Auswärtige Amt informierte daraufhin die Gesandtschaft in Kairo, dass die Versicherung der Sendung durch Lloyds in England mit Einverständnis des Foreign Office erfolgt ist. Irgendeinen Anlass, die Entladung der Sendung vor den Engländern geheim zu halten, bestand daher nicht. Herr Steffen hatte in Kairo noch vertraulich mitgeteilt, dass er nicht die Absicht habe, sich bei etwaigen zukünftigen ähnlichen Lieferungen der Mithilfe von Kurt Krokowski zu bedienen, da dieser

21 Ebenda, Bl. L 323 534, Sthamer an AA (Telegramm), London, 23. November 1928.

22 Vgl. ebenda, Bl. L 323 603, Muhammad Nafi Schalabi an AA, Berlin, 5. Juli 1929.

23 Ebenda, Bl. L 323 614, Schaefer-Rümelin an AA, Kairo, 29. August 1929.

24 Ebenda, Bl. L 323 620, Hans Steffen an AA (Grobba), Berlin, 20. September 1929.

wegen unerlaubten Alkoholhandels bei der Hedschas-Regierung in schlechtem Ruf stehe.<sup>25</sup>

Im August 1930 wurde der Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und dem Doppelkönigreich Hedschas/Nadschd im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und der Vertrag wie folgt gewürdigt:

„Dadurch wurde der größte Teil der Halbinsel Arabien in einer Hand vereinigt und zugleich an eine der Welthandelsstraßen, nämlich das Rote Meer, herangerückt. Auch für uns gewann das Land dadurch Bedeutung. ... Der Vertrag ist absichtlich kurz gehalten und enthält mehr programmatische Vereinbarungen über die Behandlung der etwaigen zukünftigen diplomatischen und konsularischen Vertreter auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und nach den Grundsätzen des Völkerrechts, er enthält ferner eine Regelung der Niederlassung der beiderseitigen Staatsangehörigen und des Warenverkehrs auf der Grundlage der Meistbegünstigung. Der Vertrag enthält gemäß seinem Charakter als Freundschaftsvertrag keine Begrenzung der Dauer.“<sup>26</sup>

Am 6. November 1930 wurden die Ratifizierungsurkunden in Kairo ausgetauscht und im Reichsgesetzblatt bekannt gegeben.

### Die Errichtung eines deutschen Konsulats in Djidda und Faisals Deutschland-Besuch

Inwieweit die fortgesetzte Diskussion um das Kalifat die Anerkennung von Abd al-Aziz als Herrscher des Hedschas beschleunigt hat, ist aus den deutschen Akten nicht ersichtlich. Sicher ist, auch gerade wegen des Beispiels von König Husain, dass die Berater von Abd al-Aziz ihm von diesem Schritt dringend abgeraten haben. Im Gefolge des Vertragsabschlusses zwischen Deutschland und dem Hedschas wurde 1931 in Djidda ein deutsches Wahlkonsulat unter dem Kaufmann Heinrich de Haas eingerichtet, dessen politische Aktivitäten indes gering waren. Politische Bedeutung besaß das Konsulat nur bei der von Emir Faisal 1932 vorgesehenen Europareise, bei der Faisal auch Deutschland besuchen wollte. De Haas telegraphierte Ende März folgendes nach Berlin: „Mission unter Führung Vizekönig Faisals beabsichtigt etwa Mai dort offiziellen Besuch zu erstatten. Er bittet telegraphisch evt. Einverständnis bzw. Einladung zu Weitergabe. Ferner Instruktionen für mich.“<sup>27</sup> Das Auswärtige Amt wies die Diplomaten in Kairo an, sich bei dem Hedschas-Vertreter nach dem Reisezweck zu erkundigen. Weiter führte

25 Vgl. ebenda, Bl. L 323 623, AA (Grobba) an Gesandtschaft Kairo, 25. September 1929.

26 Ebenda, Bl. L 323 671-672, Aufzeichnung Nr. 30, 13. August 1930.

27 PA des AA Bonn, Nr. R 78 398, Bl. L 324 199, Dieckhoff an Dt. Gesandtschaft Kairo, Berlin, 1. April 1932.

Dieckhoff aus: „Da Besuch vielleicht auch Betreuung finanzieller Wünsche bezweckt, wäre er uns bei augenblicklicher Finanzlage unbequem.“<sup>28</sup>

Etwa gleichzeitig ersuchte der Vertreter König Abd al-Aziz in Kairo die deutsche Gesandtschaft um die Vermittlung von deutschen Fliegern und Mechanikern. Die deutsche Seite war anfangs durchaus gewillt, den Wünschen Abd al-Aziz entgegenzukommen:

„Die betroffenen Piloten müßten sich jedoch bereit erklären, nicht nur für die Zwecke des Verkehrs, sondern im Kriegsfall auch als Militärflieger zu dienen. Ich erwiderte dem Agenten (Fauzan as-Sabiq), dass es an sich wohl möglich sei, deutsche Flieger zu finden, die sich gegen entsprechendes Entgelt bereit erklären würden, nach dem Hedschas zu gehen. Erste Voraussetzung aber sei natürlich, dass die eventuellen Bewerber wüssten, um welche Flugzeugtypen es sich handelt. Eine Verpflichtung für Kriegszwecke erklärte ich für nicht angängig; jedenfalls könne für einen solchen Fall die Deutsche Regierung keinerlei Vermittlung übernehmen. Der weitere Verlauf des Gesprächs schien mir ziemlich deutlich zu zeigen, dass es dem Agenten beziehungsweise seiner Regierung in erster Linie darauf ankommt, für Kriegszwecke geeignete Flieger zu finden.“<sup>29</sup>

Die im April 1932 von Vizekönig Faisal unternommene Europareise wurde von den Botschaften Deutschlands mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet. Inzwischen bereitete das Auswärtige Amt den Besuch Faisals in Deutschland vor. In einer Aufzeichnung für den Empfang Faisals wurden folgende Gesprächspunkte in Erwägung gezogen:

„Von deutschen Gelehrten, die Arabien bereist haben, wäre insbesondere Professor Euting von der Universität Straßburg zu erwähnen, der aufgrund seiner 1884 ausgeführten Reise die gelehrte Welt über die interessanten vorislamischen Inschriften in Hedschas und Najd unterrichtet hat. Es wäre zu wünschen, dass die weitere Erforschung dieser Denkmale deutschen Gelehrten vorbehalten bliebe.“<sup>30</sup>

Eine Ergänzung dieser Aufzeichnung beinhaltete wirtschaftliche Projekte, in denen auch die Interessen der deutschen Industrie zum Ausdruck kamen.

„1) Notwendigkeit des Ausbaus des Hafens von Jidda; ... offene Reede, von Korallenbänken durchsetzt; 2) Bahnbau Jidda-Mekka; 3) Pilgerverkehr, Automobilverkehr sehr teuer; 4) Bau von Stauwerken? zum Auffangen des Winterregens; 5) Goldbergwerke, Aufbau einer Teppichindustrie, arabische Provinz Asir wegen ihrer Baumwollindustrie berühmt.“<sup>31</sup>

28 Ebenda.

29 Ebenda, Nr. R 78 398, Bl. L 324 212, Eberhard v. Stohrer an AA, Kairo, 5. April 1932.

30 Ebenda, Nr. R 78 398, Bl. L 324 256, Aufzeichnung für den Empfang des Emir Feissal, Vizekönig von Mekka, o. D.

31 Ebenda, Bl. L 324 265, Ergänzung der Aufzeichnung für den Empfang des Emirs Feissal, Vizekönig von Mekka, o. D.

Am 20. Mai 1932 traf Faisal, von Den Haag kommend, auf dem Tempelhofer Flugplatz ein. Zu seinem Empfang hatte sich im Auftrag des Reichspräsidenten Ministerialrat Baron von Hoyningen-Huene eingefunden. Ferner waren der Chef des Protokolls, Gesandter Graf Tattenbach, und andere Herrn des Auswärtigen Amtes anwesend.<sup>32</sup> Fu'ad Hamza Bey ersuchte die deutsche Regierung um einen Kredit von 300 000 bis 400 000 Pfund Sterling und bot an, bei grundsätzlicher Zustimmung zu den Anleihewünschen als besondere Garantien Konzessionen für Goldminen und Erdölquellen, die kürzlich von einem amerikanischen Sachverständigen<sup>33</sup> sowohl am Persischen Golf wie am Roten Meer entdeckt worden seien, in deutsche Hände zu geben.<sup>34</sup> Indes sah sich das Deutsche Reich aufgrund der eigenen schwierigen finanziellen Situation und der zu leistenden Reparationen außerstande, die saudischen Kreditwünsche zu befriedigen.<sup>35</sup> Ein finanzielles Engagement der Reichsregierung in Arabien hätte Frankreich und Belgien Vorwände gegeben, die Eintreibung von Reparationsleistungen noch energischer zu fordern und ggf. die Durchsetzung von Zwangsmitteln erleichtert.

Am 24. Mai 1932 reiste Faisal vormittags in einem Salonwagen der Deutschen Reichsbahn nach Warschau weiter.<sup>36</sup> Zwei Tage später stattete der stellvertretende saudische Außenminister Yusuf Yasin im Auftrag von Abd al-Aziz dem deutschen Konsul in Djidda einen Besuch ab, wo er der deutschen Regierung den Dank für die überaus freundliche Aufnahme seines Sohnes aussprach.<sup>37</sup> Dabei wurden neben der Stellung einer Hermes-Bürgschaft für deutsche Warenlieferungen auch die Frage der Empfehlung geeigneter Flieger erörtert.

„Was letztere Frage angeht, so bitte ich dringend in der eventuellen Auswahl recht vorsichtig zu sein. Ich bitte ferner ergebenst, falls möglich keine Leute nach hier zu lassen, ehe ich nicht Gelegenheit gehabt habe, sie selbst in Deutschland zu sehen und sie genau über die hiesigen Verhältnisse zu orientieren. Meiner Ansicht nach wäre es mit Rücksicht auf die Engländer überhaupt verkehrt, deutsche Flieger nach hier zu schicken.“<sup>38</sup>

32 Vgl. BArch Berlin, Nr. 17 530, Bl. L 324 258, Aktennotiz, 20. Mai 1932.

33 Der amerikanische Ingenieur Karl Saben Twitchell soll im Oktober 1931 von Abd al-Aziz mit der Untersuchung der Öl- und Erzvorkommen beauftragt worden sein. Vgl. ebenda, Nr. R 92 148, Heinrich de Haas an AA, Djidda, 30. März 1932.

34 Vgl. BArch Berlin, Nr. 17 530, Bl. L 324 268, Prüfer an AA, 21. Mai 1932.

35 Vgl. ebenda, Bl. L 324 273-277, AA an Deutsches Konsulat in Djidda, 31. Mai 1932.

36 Vgl. PA des AA, Bonn, Nr. R 78 398.

37 Vgl. ebenda, Bl. L 324 282, Dt. Konsulat Djidda an AA, 27. Mai 1932 (Nr. 22/32).

38 Ebenda.

Etwa zur gleichen Zeit befand sich Harry Philby nach seiner Durchquerung der Rub al-Khali auf einer Vortragsreise in London, wo der Repräsentant der Ölgesellschaft Social mit dem Vorschlag an ihn herantrat, bei König Abd al-Aziz um eine Ölkonzession nachzusuchen. Dazu erklärte sich Philby bereit. Im Mai 1933 wurde dann ein entsprechendes Abkommen zwischen der Social und Abd al-Aziz geschlossen. Die im Nahen Osten als imperiale Kolonialmacht wenig verdächtigen USA erhielten aus politischen Gründen den Zuschlag. Die Aussicht auf die Lösung der gravierenden Zahlungsschwierigkeiten und die Aussicht auf einen potenten Geldgeber ließen die saudisch-deutschen Wirtschaftskontakte bald abkühlen. Bald darauf wurden die deutschen Gläubiger auf rüde Art ausgeschaltet.

### Die Kurt Krokowski-Affäre

Ein Grund für diese Zurückhaltung von Heinrich de Haas in der Fliegerfrage war ein folgenschwerer Zwischenfall, der sich drei Wochen zuvor zugetragen hatte und der zum Fall Krokowski wurde. Kurt Krokowski wurde beschuldigt, versucht zu haben, auf dem Flugplatz von Djidda eine Bombe zu werfen.

„Am 2. ds. wurde von Frau Krokowski mitgeteilt, dass ihr Mann am Abend vorher in Gegenwart des Königs verprügelt worden wäre und im Gefängnis säße. ... Ich setzte mich sofort mit dem stellvertretenden Außenminister Exc. Jussuf Jassin in Verbindung und wurde sofort von ihm empfangen. Ich bat um Aufklärung über Herrn Krokowski.“<sup>39</sup>

Wenig später erhielt de Haas die Erlaubnis, Krokowski im Gefängnis zu besuchen. Krokowski, kaum vernehmungsfähig, beteuerte seine Unschuld. Zur gleichen Zeit erging der Befehl des Königs, Krokowski in ein Krankenhaus zu schaffen.

„Ich protestierte gegen die überaus rohe Behandlung, die man Herrn K. hatte zutell werden lassen und frug ob der König über den Vorfall orientiert wäre, worauf man mir versicherte, dass dem König alle Einzelheiten bekannt wären. Exc. J Jassin teilte mir ferner mit, dass der König beschlossen hätte Herrn K. auszuweisen.“<sup>40</sup>

Die saudische Regierung milderte in der Folge ihre Vorwürfe gegen Krokowski ab und erklärte sich bereit, die Kosten für seine Ausreise zu übernehmen.

---

39 Ebenda, Nr. R 78 402, Heinrich de Haas an AA, Djidda, 5. Mai 1932 (Nr. 17/32), S. 1 des Berichts).

40 Ebenda, S. 2 des Berichts.

„Über den unmittelbaren Grund zu dieser Massregelung kann ich keine Erklärung geben. Herr K. war von der hiesigen Regierung als Flieger angestellt und sollte im vorigen September nach Djizan fliegen, um dort gegen einen aufässigen Stamm Bomben zu werfen. Kurz nach seiner Abfahrt jedoeh kehrte er wieder und überschlug sich bei der Landung. Damals schon wurden die beiden Mechaniker der Flugstation schwer verprügelt und ausgewiesen, denn man war der Überzeugung, das Sabotage getrieben worden war und alle an dem Unglück Schuld waren. Es ist mir s.Zt. gelungen Herrn K. vor irgendeiner Bestrafung zu schützen, doeh vermute ich, dass der damalige Zwischenfall der Hauptgrund der jetzigen Massregelung ist. Herr K. ist seit fünf Jahren im Lande und hat es trotz seiner Kenntnis von Land und Leuten nicht verstanden sich die Sympathien der Leute zu gewinnen. Es ist ihnen gegenüber oft grob und beleidigend gewesen. ... Wenn die Rede vom König war oder von einem der Minister, ist er auch sehr unvorsichtig in der Wahl seiner Ausdrücke gewesen. ... Zusammenfassend bin ich der Ansicht, dass das Mass der Geduld der Regierung eben voll war und diese Massregelung die Strafe für eine Menge kleiner und grosser Vergehen war.“<sup>41</sup>

Fest steht, dass dieser Vorfall auf dem Flugplatz von Djidda von langer Hand vorbereitet worden war und ohne die Billigung des Königs nicht hätte stattfinden können. Krokowski, der in Djidda zugleich eine rege Handelstätigkeit mit der von ihm gegründeten Handelsgesellschaft DEHANI (Deutsche Handelsniederlassung) entfaltetete, und beträchtliche Geldforderungen an die Hedschas-Regierung hatte, schilderte die Hintergründe wie folgt:

„Er antwortete mir wörtlich, ..., dass man mich geschlagen hatte, weil in einem Rapport (Ich vermute Brief No. 572! v. 3. Februar 1932) an meine Regierung über die hiesigen Verhältnisse gemacht hatte, der sehr schlecht (für) die hiesige Hedschas-Regierung sei. Ich erwiderte ihm, das sei mein gutes Recht meine Landsleute und meine Regierung zu warnen. Es sei auch alles der Wahrheit entsprechend. ... Ich war bei Herrn Mohamed al-Faizal im Hause... Dieser fragte mich, ob ich einen Artikel geschrieben hätte, der besagte, dass der König 270 Frauen hätte. ... Der Grund unserer Ausweisung lag also klar zu Tage, es war dieser Brief, der selbstverständlich nichts Gutes mehr an der dortigen Regierung ließ, ... Betrug hier und dort, zweierlei Maß beim Geldzahlen, Nichteinhaltung der Verpflichtungen u.s.w. Wie nun der Brief in die Hände der dortigen Regierung gelangt sein soll, entzieht sich meiner Kenntnis, jedenfalls war ich sprachlos.“<sup>42</sup>

Es ist sicher abwegig, die Quelle der Indiskretion bei de Haas selbst zu suchen. Tatsache jedoch ist, dass Krokowski und de Haas sich als Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiet empfanden und Krokowski selbst gern

41 Ebenda, S. 3 u. 4 des Berichts.

42 Ebenda, Nr. R 78 402, Rapport über den Überfall aus dem Hinterhalt auf den Ingenieur und Piloten Kurt Krokowski, S. 9.

die Position eines Konsularagenten ausgeübt hätte, aber nicht den entsprechenden sozialen Hintergrund wie de Haas hatte. Heinrich de Haas war in der Beurteilung der Kreditfähigkeit der Hedschas-Regierung selbst 1932 noch sehr optimistisch, während Krokowski laufend Handelskammern und das Auswärtige Amt vor der schlechten Zahlungsmoral des Hedschas warnte.

Das am 9. November 1931 von Abd al-Aziz verkündete Zahlungsmoratorium sollte Krokowski Recht geben. In einem Schreiben seiner „Deutschen Handelsniederlassung“ kommentierte Krokowski ein Manifest der Hedschas-Regierung sarkastisch.<sup>43</sup> Interessant an Krokowskis Lageeinschätzung ist die von ihm registrierte Anwesenheit ausländischer Soldaten, die vermutlich zur Niederschlagung der Ikhwan-Aufstände beigetragen haben dürften. In Schreiben an die Handelskammer, die Zentrale für Außenhandel, die Hansa Dampfschiffahrtsgesellschaft, den Deutschen Wirtschaftsdienst Berlin, den Wirtschaftsverband Nürnberg und die Reichskanzlei warnte Krokowski eindringlich vor Geschäftsabschlüssen mit dem Königreich Hedschas.<sup>44</sup> Mit aller Deutlichkeit setzte sich Krokowski auch mit dem deutschen Konsul Heinrich de Haas auseinander:

„Mit allem Nachdruck habe ich damals versucht zu veranlassen ein Deutsches Konsulat hier zu errichten, um unsere Deutschen Interessen besser wahrnehmen zu können. ... Leider haben alle Hoffnungen einen starken Schlag ins Gesicht erhalten. Der Deutsche Konsul kam als Kaufmann hier her unter den optimistischsten Voraussetzungen, die bis heute stets Schiffbruch erlitten. Noch bis heute gehen die optimistischen Erwartungen dieses Herrn de Haas über alles Erwarten, ich glaube zum Schaden der Deutschen Firmen. ... Die Deutschen haben wieder am schlechtesten abgeschnitten, indem man Accepte anbot, die niemals zu kreditieren sind und nach den jetzigen Aussichten niemals beglichen werden. ... Der junge Kaufmann Herr Dietrich der Firma Job, Hansen, Hamburg tut als Vertreter des Konsuls sein Bestes, aber hier hört kein Schwanz auf die Ermahnungen eines Vertreters. ... der Italiener ist fast stets hien, der Deutsche ist stets änf Reisen.“<sup>45</sup>

Die Warnungen Krokowskis sollten sich indes bewahrheiten:

„Von den rückständigen Gehältern für fünf Monate an die Soldaten und Beamten ist kein einziger Pfennig gezahlt worden. Wie kann der Konsul behaupten, dass 40 Prozent gezahlt wurden. Das ist eine Unwahrheit, die dazu beiträgt, die Geschäftswelt zu täuschen. Die Soldaten hat man ohne Kleider laufenlassen, sie gehen nun teilweise um Backschisch betteln oder soweit sie vom Sudan waren, wur-

43 Ebenda, Nr. R 92 130, Kurt Krokowski an AA, Djidda, 28. Jamaca 1350. Posteingang beim AA: 20. Februar 1932.

44 Ebenda, Kurt Krokowski an AA, Djidda, 3. März 1932, S. 1 des Berichts.

45 Ebenda, S. 2 des Berichts; vgl. auch Nr. R 92 143 (Schwindelfirmen in Hedschas), Kurt Krokowski an AA, Djidda, 27. Juli 1930, Briefzeichen 4448.

den sie von der englischen Regierung (ALLE EHRE) kostenlos nach Sudan befördert: ...<sup>46</sup>

Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, dass es diese Berichte waren, die zum Anschlag auf Krokowski geführt haben. Kurt Krokowski bezifferte seine Ansprüche gegenüber der Hedschas-Regierung beim Auswärtigen Amt auf 303 Pfund Sterling (7 Schilling, 4 Pence) und forderte für die ihm zugefügte Körperverletzung 400 Pfund Sterling in Gold. In einem Schreiben an den saudischen Staatssekretär Fu'ad Hamza schrieb der Vortragende Legationsrat Prüfer:

„During your visit to Berlin I availed myself of the opportunity to inform Your Excellency of the intention of the German Government to accredit their Minister in Adis Abeba simultaneously to His Majesty King Ibn Saud. Before taking the necessary steps to this end, the Foreign Office would, however, highly appreciate it if the Krokowski case could in the meantime be settled in a manner acceptable to both sides, so that our Minister need not trouble the Hejaz Government with this invidious affair on assuming office.“<sup>47</sup>

Prüfer betonte in seinem Schreiben, dass die Behandlung Krokowskis mit den im Freundschaftsvertrag von 1929 niedergelegten Prinzipien nicht im Einklang stünde und dass die Vorwürfe gegen Krokowski auf einem Missverständnis beruhten. Die Regierung des Hedschas war indes nicht bereit, auf diese Vorbedingung des Auswärtigen Amtes einzugehen. Gleichzeitig versuchte die saudische Regierung, erneut deutsche Flieger für eine Fliegerschule im Hedschas anzuwerben.<sup>48</sup> In einem Vertragsentwurf, den das Auswärtige Amt für vier Flieger ausgearbeitet hatte, wurde die Bezahlung auf 1500 RM für Flieger und 1200 RM für Mechaniker/Flieger angesetzt, wofür entsprechende Zahlungsmodalitäten und Versicherungsleistungen vorgeschlagen wurden. Zugleich wurde Fu'ad Hamza der Ankauf von Schulflugzeugen von der Firma Junkers empfohlen.<sup>49</sup> Doch offensichtlich war die saudische Regierung nicht bereit, den hoch angesetzten vertraglichen Ansprüchen des Auswärtigen Amtes nachzukommen.

Die desolaten Finanzverhältnisse im Hedschas bewirkten, dass eine Vielzahl von deutschen Firmen ohne Bezahlung blieb. Offensichtlich ist bei der Krokowski-Affäre, dass die deutschen Beamten durch Herkunft, Bildung und Standesdünkel einen exklusiven Klub bildeten, der mitunter den Blick

---

46 Ebenda, S. 3 des Berichts.

47 Ebenda, Nr. R 78 402, Tgb.-Nr. III 02483, Prüfer an Fu'ad Hamza, Berlin, 4. August 1932.

48 Vgl. ebenda, Nr. R 78 383, Bl. L 323 191-196, Fu'ad Hamza an AA (Prüfer), 12. September 1932.

49 Vgl. ebenda, Bl. L 323 201-206, Vertragsentwurf.

auf reale Vorgänge erschwerte. So war es ausgesprochen kurzichtig, wie man Berichte eines Insiders wie Krokowski abqualifizierte. Bei etwas Weitblick hätte man in ihm eine unschätzbare Nachrichtenquelle aufbauen können. Die Krokowski-Affäre fiel mit der Weltwirtschaftskrise zusammen. Mit diesen rüden Methoden wurden lästige Gläubiger zur Ausreise aus Saudi-Arabien gezwungen. Körperlich zwar unbeschadet, musste bald darauf auch Heinrich de Haas das Handtuch werfen.

## Weltwirtschaftskrise und das Ende des Wahlkonsulats 1934

Heinrich de Haas gestand Ende 1932 ein:

„Die Gesamtforderungen deutscher Firmen beläuft sich auf etwa RM 150 000.--. Die in dem Memorandum enthaltenen Angaben bez. des Schuldentilgungsfonds stimmen m. E. nicht als ich annehme, dass Teile dieses Fonds zur Bestreitung der Unkosten für den Feldzug gegen den vom transjordanischen Emir Abdullah unterstützten Ibn Rifada sowie für die Unterdrückung des jetzigen Aufstandes in Asir benutzt worden sind. Ob die Regierung in der Lage sein wird die Schulden im nächsten Jahr abzutragen, hängt ganz von der Anzahl der Pilger, die am nächsten Pilgertag, etwa am 2. April 1933, nach hier kommen werden, ab.“<sup>50</sup>

So belief sich allein die Forderung der Büssing Vereinigte Nutzkraftwagen Aktiengesellschaft Braunschweig auf 1320 Goldpfund, wofür Büssing lediglich ungedeckte Schatzscheine bekommen hatte. Die Strategie der saudischen Geschäftsleute und der Regierung des Hedschas, dringend benötigte Güter auf Kreditbasis zu bekommen und die Forderungen dann durch monetäre Zwangsmaßnahmen zu entwerten, ging indes nur in begrenztem Maße auf. Die Zahlungsunfähigkeit und -unwilligkeit der saudischen Regierung führte schließlich zum fast vollständigen Abbruch der deutsch-saudischen Beziehungen. Die auf Zahlung der Verpflichtungen drängenden Gläubiger wurden immer wieder vertröstet, schließlich wurde sogar de Haas aus diesen Gründen ausgebootet. Er liquidierte per 31. Dezember 1933 seine Firma de Haas & Co. Als Gründe gab er an, dass der Finanzminister sich gegenüber seinem Geschäftspartner (Khalid al-Hud Al Qarqani – d. A.) sowie dem Geschäftsführer von de Haas gegenüber dahingehend geäußert hatte, dass es ihm auf Grund brieflicher Nachrichten aus „Bengali“ unmöglich sei, weiterhin mit ihm zu arbeiten.

„Ein weiterer Grund, der für mich massgebend ist, ist die Tatsache, dass trotz der Bemühungen meiner Geschäftsfreunde und von mir trotz meines bewiesenen Entgegenkommens der Regierung gegenüber es meiner nunmehr über dreijährigen

---

50 Ebenda, Nr. R 78 402, Heinrich de Haas an AA, Djidda, 27. November 1932.

Tätigkeit in Hedschas nicht gelungen ist, die Regierung zur Einhaltung ihrer Versprechungen und Erfüllung ihrer Verpflichtungen mir gegenüber zu veranlassen. ... Die angeblich über mich eingetroffenen Nachrichten sind meiner Ansicht nach nur ein weiterer Versuch, um sich den Verpflichtungen mir gegenüber zu entziehen.“<sup>51</sup>

Die Hoffnungen von de Haas, mit der Gründung einer saudischen Staatsbank und der Errichtung einer Eisenbahnlinie Djidda-Mekka am Aufschwung des Handels zu profitieren, erfüllten sich nicht, da beide Projekte nicht realisiert wurden. Zudem wurden die aufgrund des Zahlungsmoratoriums von 1931 ausgegebenen Schatzbriefen Ende 1933 nicht eingelöst. Somit entfiel der eigentliche wirtschaftspolitische Hintergrund für das Wahlkonsulat in Djidda. Zeitgleich mit diesem Schreiben teilte Heinrich de Haas dem Auswärtigen Amt mit, dass er sich nunmehr endgültig entschlossen habe, nicht nach Djidda zurückzukehren.<sup>52</sup> Unter dem Geschäftszeichen 116-385 4/11.II. wurde in einem internen Behördenumlauf am 9. Januar 1934 die Aufhebung des Konsulats bekannt gegeben und ein Schlusstrich unter die erste deutsche Vertretung in Saudi-Arabien gezogen.<sup>53</sup>

De Haas musste noch bis 1938 auf die Bezahlung seiner Außenstände warten. In einer Unterredung, die am 5. November 1938 in Bagdad stattfand, wies Fritz Grobba Scheich Yusuf Yasin, den Privatsekretär Abdul Aziz', auf diese Umstände hin:

„In dieser Unterredung hatte ich den Scheich daran erinnert, dass die Schuld der saudischen Regierung bei dem früheren deutschen Honorarkonsul in Djidda, Herrn Heinrich de Haas, noch immer nicht beglichen sei, und ihm erklärt, dass es die von König Ibn Saud gewünschten Aufnahme diplomatischer Beziehungen möglicherweise erleichtern würde, wenn diese Angelegenheit erledigt würde.“<sup>54</sup>

Yasin versicherte, dass 1938 und im folgenden Jahr die Ansprüche von de Haas in Höhe von 2000 Pfund Sterling beglichen werden würden. Fazit: Die deutsch-saudischen Beziehungen waren vor allem durch die Wirtschaftsbeziehungen geprägt. Die Weltwirtschaftskrise bedeutete das Aus für die deutsche Exportwirtschaft im Hedschas und bereitete vielen ehrgeizigen saudischen Projekten ein Ende. Das nur mit geringen finanziellen Mitteln (200.-

---

51 Ebenda, Heinrich de Haas an AA, Berlin, 4. November 1933, S. 1 und 2 des Schreibens.

52 Vgl. ebenda, Nr. R 78 397, Aufzeichnung von Schmidt-Rolke an Prüfer, Berlin, 4. November 1933.

53 Ebenda, interner Behördenumlauf, Poensgen, Berlin, 9. Januar 1934.

54 Ebenda, Nr. 104 795, Bl. L 385 474, Fritz Grobba an AA, Bagdad, 20. Januar 1938 (Nr. 142).

RM für die Anmietung eines Hauses) geförderte Wahlkonsulat wurde mit dem Ende der wirtschaftlichen Aktivitäten des Wahlkonsuls de Haas aufgegeben.

Von saudischer Seite war Deutschland als Wirtschaftspartner interessant, da Deutschland bis Ende der dreißiger Jahre in Saudi-Arabien keine politischen Ziele verfolgte und bis zur Auflösung des Wahlkonsulats im Gegensatz zu Großbritannien, Frankreich oder Italien auch keine Machtmittel (wie Kriegsschiffe) besaß, um rückständige Forderungen gegenüber Saudi-Arabien eintreiben zu können, wie dies zumindest Großbritannien zu tun pflegte. Der geplante deutsche Waffenhandel mit Saudi-Arabien am Vorabend des Zweiten Weltkrieges ist in der Literatur weitgehend aufgearbeitet.

Auch Hans Steffen war 1938 im Auftrag des deutschen Irak-Konsortiums (Rheinmetall, Krupp, BSW und Otto Wolff) im Irak unterwegs, die irakische Aufrüstung unter deutsche Kontrolle zu bekommen. Nach der Auflösung des Konsulats in Djidda 1934 und der nicht bezahlten deutschen Warenlieferungen blieben die deutsch-saudischen Beziehungen bis 1937 unterbrochen. Das Jahr 1937 bedeutete in geschichtlicher Hinsicht den Wiederaufstieg Deutschlands als Weltmacht und eine damit verbundenen Verschiebung des weltweiten Kräfteverhältnisses zugunsten der Achsenmächte Italien, Deutschland und Japan und zum Nachteil des britischen Empire.

Saudi-Arabiens Herrscher mit seinem Gespür für Machtverschiebungen sah hier eine Chance, die britische Eindämmungspolitik seines Staates im Norden, Osten und Westen Saudi-Arabiens aufzubrechen. Die Initiative ging dabei wie 1928 wieder von Abd al-Aziz aus, der mit Hilfe Deutschlands und dessen waffentechnischen know how im Nahen Osten den Status quo ante sprengen und seine Vormachtposition gegenüber den Herrschern am Golf, Nordjemen und den haschimitischen Machthabern ausbauen wollte. Mit großem Interesse und zweifellos auch mit Sympathie verfolgte Abd al-Aziz den Aufstieg Deutschlands in Europa und der Welt.

Bereits am 15. Juni 1937 berichtete der US-amerikanische Militärattaché in Berlin, Major Truman Smith, dass die Saudis sich für deutsche Waffen interessieren würden.<sup>55</sup> So ist es durchaus korrekt, von einer „Brautwerbung Saudi-Arabiens um Deutschland“ zu sprechen.<sup>56</sup> Im Januar 1939 ging auf

55 Vgl. M. Wolffsohn, *The German-Saudi Arabian Arms Deal 1936–1939*, in: *The Great Powers in the Middle East 1919–1939*, hrsg. von U. Dann, New York/London 1988, S. 283.

56 H. Mejcher, *Saudi-Arabiens Beziehungen zu Deutschland in der Zeit von König 'Abd al-'Aziz, Ibn Sa'ud*, in: L. Schatkowski-Schilcher/C. Scharf, *Der Nahe Osten in der Zwischenkriegszeit 1919–1939: die Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Ideologie*, Stuttgart 1989, S. 110; C. Leatherdale, *Britain and Saudi Arabia 1925–1939. The imperial oasis*, London, 1983, S. 300-306.

dem Pilgerhotel, dem provisorischen Sitz des Gesandten Grobba in Djidda, die Hakenkreuzfahne hoch. Grobba überreichte König Abd al-Aziz ein silbernes Modell der Junker 52. Anfang Februar 1939 wurden die Gegengeschenke (Kufiyas, Aqals etc.) überreicht.<sup>57</sup> Am 17. Juni 1939 empfing Hitler auf dem Berghof in Berchtesgaden den saudischen Sondergesandten Khalid Al Hud al-Qarqani (gemäß dem saudischen Beglaubigungsschreiben Khalid Abu al-Walid Al Hud), welcher sich bis zum 7. September in Deutschland aufhielt. Gegenstand der Gespräche mit Hitler waren vor allem neben dem Austausch von Höflichkeiten die von Saudi-Arabien gewünschten Waffenlieferungen.

„Nach den Wünschen des Königs Ibn Saud und nach einer internen vorbereitenden Rücksprache mit der Wirtschaftsabteilung wird es sich bei unserer Hilfeleistung zunächst um einen verhältnismäßig recht bescheidenen Kredit von etwa 1 1/2 Millionen Reichsmark handeln, der für den sofortigen Ankauf von 8000 Gewehren mit 8 Millionen Schuß und einer kleinen Munitionsfabrik, die im Innern des Landes errichtet werden soll, handeln. Hinzu kommen dann leichte Flugabwehrgeschütze und Panzerwagen.“<sup>58</sup>

Die Waffen sollten innerhalb von 14 bis 18 Monaten ausgeliefert werden.<sup>59</sup> Der Besuch fand großes Interesse bei der Weltöffentlichkeit. Zeitgleich mit dem Besuch Khalid Al Hud al-Qarqanis durch Hitler tauchten Gerüchte „eines Ultimatums Ibn Sauds an Großbritannien“ auf, die mit großer Wahrscheinlichkeit als gezielte Falschmeldung in Umlauf gesetzt wurde. Nach dieser Meldung habe Außenminister Faisal eine Reihe von Forderungen an die britische Regierung gestellt, u. a. auch hinsichtlich Palästinas. König Abd al-Aziz passte es offenbar überhaupt nicht, dass die Unterredungen seines Sondergesandten bei Hitler soviel Aufmerksamkeit erregten. Auch Fritz Grobba telegraphierte nach Berlin mit der Bitte, die Presse zu veranlassen, den Besuch Khalid Al Huds möglichst wenig Beachtung beizumessen, „da Ibn Saud auf Unauffälligkeit der Verhandlungen grössten Wert legt.“<sup>60</sup>

Die Verhandlungen um die Waffenlieferungen zogen sich indes weiter hin,

57 BAArch Berlin, R. 49.02. (Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut), Nr. 3496, Bl. 10.

58 Ebenda, Bl. 385 604 (Abschrift Pol. VII 1058), Aufzeichnung Werner v. Hentigs über den Empfang des Sondergesandten von König Abdul Aziz Ibn Saud, des Königlichen Rats Khalid Al Hud al-Qarqani, Berlin, 20. Juni 1939.

59 Vgl. ebenda, Bl. 385 640; M. Wolffsohn, *The German-Saudi Arabian Arms Deal* (Anm. 55), S. 295.

60 Ebenda, Bl. 385 602, Fritz Grobba an AA, Bagdad, 20. Juni 1939.

„denn sowohl die Angelegenheiten der Kreditgewährung als auch der Waffenlieferungen wurden von Hitlerdeutschland so saumselig weitergeführt, dass mit großer Wahrscheinlichkeit vor dem Kriegsausbruch keine Gewehre oder nur unwesentliche Mengen die arabische Halbinsel erreichten.“<sup>61</sup>

Die Hoffnungen Fritz Grobbas, in Djidda eine Ausweichstelle bei Beginn des Krieges errichten zu können, erfüllten sich nicht. Zwar ist es wenig wahrscheinlich, dass Ibn Saud bereits am 11. September 1939 die diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben soll, wie dies Josef Schröder behauptet<sup>62</sup>, unbestreitbar ist jedoch, dass die Anwesenheit Grobbas in Djidda nicht erwünscht war und er nach Berlin zurückkehren musste. Saudi-Arabien blieb bis zum 28. Februar 1945 (Kriegserklärung an das Deutsche Reich) formal neutral, stand aber de facto auf britischer Seite. Dennoch sind von deutschen Muslimen glaubhafte Fälle überliefert, wonach deutsche U-Boote während des Zweiten Weltkrieges saudische Häfen anliefen, um die übliche Frist von 24 Stunden zu Reparaturen zu nutzen.

---

61 H. Tillmann, Deutschlands Araberpolitik im zweiten Weltkrieg Berlin 1965, S. 72.

62 Vgl. J. Schröder, Die Beziehungen der Achsenmächte zur Arabischen Welt, in: M. Funke (Hrsg.) Hitler, Deutschland und die Mächte, Düsseldorf 1976, S. 373.

## Vorposten Nahost: Franz von Papen als deutscher Türkeibotschafter 1939–1944

Am 20. April 1939 ernannte Adolf Hitler seinen früheren Vizekanzler Franz von Papen zum deutschen Botschafter für die Türkei und sicherte ihm für diesen brisanten Posten seinen „besonderen Schutz zu.“<sup>1</sup> In dieser Funktion war Papen bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die türkische Regierung am 2. August 1944 tätig. Die meisten Biographen – nicht aber von Papen selbst<sup>2</sup> – haben dieser Phase seines politischen Wirkens nur geringe Bedeutung beigemessen. Sie betrachten seine Türkei-Mission als Schlusspunkt eines etappenweise verlaufenen Abstiegs von den Schalthebeln der politischen Macht, der ihnen eine genauere Analyse nicht mehr wichtig erscheinen ließ.<sup>3</sup> In vielen Studien über die deutsch-türkischen Beziehungen der dreißiger und vierziger Jahre wird Papen hingegen lediglich als typischer Repräsentant der Außenpolitik der NS-Diktatur wahrgenommen, der die Türkeipolitik des „Dritten Reichs“ exekutierte, ohne dass er den Verfassern durch bedeutsame Eigeninitiativen aufgefallen wäre.<sup>4</sup>

Schon ein orientierender Blick auf die Archivquellen läßt rasch erkennen, dass diese Einschätzungen unzutreffend sind. Aufgrund seiner bewegten politischen Vergangenheit war Papen auf seinem Posten in Ankara weder vollständig in die Routine und die Weisungshierarchie des Auswärtigen Amts

- 
- 1 Die Ernennungsurkunde war jahrzehntelang verschollen. Vor kurzem konnte ich sie endlich im „Fond Papen“ des Staatlichen Militärarchivs in Moskau (früher „Sonderarchiv“) lokalisieren: Staatliches Militärarchiv Moskau, Fond Papen, 703 – 1-49.
  - 2 Papen hat 1952 eine Autobiographie veröffentlicht, die trotz ihrer grundsätzlich apologetischen Anlage und der Ausblendung wichtiger, ihn belastender Zusammenhänge in vielen Details überraschend genau ist. Deshalb ist dieses viel gescholtene Werk auch für solche Studien, die sich weitgehend auf Primärquellen konzentrieren, bei kritischem Gebrauch in mancher Hinsicht hilfreich. Vgl. F. v. Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952.
  - 3 Vgl. beispielsweise J. Petzold, *Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis*, Berlin 1995, wo die Türkei-Mission auf knapp vier Seiten abgehandelt wird (S. 259-262).
  - 4 Vgl. vor allem L. Krecker, *Deutschland und die Türkei im zweiten Weltkrieg*, Frankfurt a. M. 1964; S. Deringil, *Turkish Foreign Policy during the Second World War: an ‚active‘ Neutrality*, Cambridge u. a. 1989. Dagegen hat Frank G. Weber als erster auf die Sonderrolle Papens hingewiesen: F. G. Weber, *The Evasive Neutral. Germany, Britain and the Quest for a Turkish Alliance in the Second World War*, Columbia/London 1979.

eingebunden, noch beschränkte er seine Aktivitäten auf die Türkei. Als ehemaliger Stabsoffizier des deutschen Orientkorps, der 1917/18 an mehreren Fronten des Osmanischen Reichs gekämpft hatte, war Papen ein hervorragender Kenner des arabischen Ostens und verfügte über ausgezeichnete Beziehungen zur militärisch-politischen Führungsschicht seines Gastlands. Er verfocht dabei eine spezifische Variante der Expansionspolitik, die den Satelliten und Unterworfenen unter dem Dach der deutschen Weltherrschaft gewisse Autonomierechte und Handlungsspielräume belassen wollte. Diese Vorgehensweise wurde von Berlin durchaus toleriert, solange mit ihrer Hilfe die Kollaborateure, insbesondere die autoritären Regimes Südosteuropas, unter Kontrolle gehalten werden konnten, und Papen nutzte diesen Tatbestand bewusst für Eigeninitiativen. Seine Handlungsspielräume waren weit aus größer, als in der bisherigen Forschung angenommen wurde, und er bereicherte die deutsche Außenpolitik während des Zweiten Weltkriegs um bemerkenswerte Varianten.

Hinzu kam die besonders exponierte Position des türkischen Botschafterpostens. Sie war der geostrategischen Lage der Türkei als Landbrücke zwischen Südosteuropa, dem Nahen Osten, der Kaukasusregion und Zentralasien geschuldet. Seit dem im Jahr 1934 geschlossenen Balkan-Pakt galt die Türkei als wichtigster regionaler Stabilitätsgarant der südosteuropäischen Nachkriegsordnung von 1918.<sup>5</sup> Zwei Jahre später hatte sie durch das Vertragswerk von Montreux auch die Souveränität über die Meerengen wiedererlangt und teilte sich seither mit der Sowjetunion die Kontrolle über die Schwarzmeerregion.<sup>6</sup> Im Rahmen des Konsultativpakts von Saadabad galt die Türkei aber auch als bedeutsamer Ordnungsfaktor des Mittleren Ostens, insbesondere gegenüber dem Iran und Afghanistan.<sup>7</sup> Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war schließlich ihr unterschwelliger Einfluss auf die vorderasiatische arabische Welt, die zwar im Ergebnis des ersten Weltkriegs

---

5 Der Balkan-Pakt war am 9. Februar 1934 zwischen Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und der Türkei geschlossen worden.

6 Das Montreux-Abkommen wurde am 20. Juli 1936 von den Signatarstaaten des Lausanner Vertrags von 1923 unterzeichnet. Es hob die Tätigkeit der internationalen Meerengen-Kommission auf und gab der Türkischen Republik die Souveränität über die Meerengen zurück, was das Recht zur Wiederbefestigung der Dardanellen einschloss. Aufgrund des Versailler Vertrags gehörte Deutschland nicht zu den Signatarstaaten des Vertrags von Lausanne und war deshalb auch am Abkommen von Montreux nicht beteiligt. Vgl. Ernst Woermann, Notiz zum Meerengen-Abkommen von Montreux, 20.7.1936, in: ADAP, Serie C, Bd. V. 1 und 2, Dokument Nr. 462, S. 734-737.

7 Der Konsultativpakt von Saadabad wurde am 8. Juli 1937 auf Schloss Saadabad bei Teheran zwischen Afghanistan, dem Irak, dem Iran und der Türkei geschlossen.

das osmanische Joch gegen die britisch-französische Mandats Herrschaft getauscht hatte, seither jedoch neidisch auf die aus den Ruinen der Hohen Pforte hervorgegangene Entwicklungsdiktatur der kemalistischen Militärs schaute.

Im folgenden werde ich die Nah- und Mittelostpolitik Franz von Papens in ihren Grundzügen rekonstruieren. Meine These ist, dass Papen versuchte, die Türkei in eine von Nazi-Deutschland gesteuerte Satelliten-Großmacht zu verwandeln, die als Gegenleistung für ihren Wiederaufstieg vitale Interessen der Deutschen im Nahen und Mittleren Osten bedienen sollte. Die Türkei sollte erstens als Bundesgenosse gewonnen werden, um es den Partnern der faschistischen Achse zu ermöglichen, das Britische Weltreich im Nahen Osten entscheidend zu schlagen. Danach sollte sie zweitens den deutschen Zugriff auf die Erdölquellen des Irak und auf die strategisch wichtigen Hafenstädte am Persischen Golf absichern sowie eine Ordnungsfunktion gegenüber dem gesamten Nahen Osten übernehmen, was zugleich eine erhebliche Einschränkung der italienischen Ambitionen im östlichen Mittelmeer zur Folge gehabt hätte. Drittens war der Türkei nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion die Aufgabe zgedacht, im Rahmen der Ausdehnung ihrer kulturellen und politischen Hegemonie auf die überwiegend von Mohammedanern und Turkvölkern besiedelte Kaukasusregion sowie Zentralasien den „kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraum“ an seiner südlichen Flanke weiträumig abzusichern.

### Papen als erste Adresse der arabischen Kollaborateure

Schon als junger Stabschef der Vierten Osmanischen Armee hatte Papen 1917/18 die Bedeutung des „arabischen Problems“ für die Kriegführung erkannt: Das Bündnis der Beduinenstämme und der in ihrem Hintergrund agierenden panarabischen Bewegung mit den Briten basierte auf Zusagen an ihre politische Unabhängigkeit nach dem Krieg. Da sie die strategischen Nachschublinien und die rechte Flanke der Palästina-Front bedrohten, konnte die von ihnen ausgehende Gefahr nur durch entsprechende Garantieerklärungen des Osmanischen Reichs an die Adresse der arabischen Nationalbewegung neutralisiert werden. Mit seinen diesbezüglichen Vorschlägen war Papen seinerzeit nicht durchgedrungen.<sup>8</sup> Gut zwanzig Jahre später war er erneut mit diesen Fragen konfrontiert, wobei sich jedoch die Rahmenbedingungen erheblich gewandelt hatten. Papen war jetzt nicht mehr Militärberater der Jungtürken, sondern Anlaufadresse des „Großdeutschen Reichs“, das im Juni

---

8 Vgl. D. M. McKale, *War by Revolution. Germany and Great Britain in the Middle East in the Era of World War I*, Kent (Ohio)/London 1998, S. 123, 125-126, 222 ff.

1940 mit Frankreich eine der beiden nächstlichen Mandatsmächte ausschaltete und seither die Kriegshandlungen gegen England, den neuesten Erbfeind der arabischen Nationalbewegung, ständig ausweitete. Da Deutschland im Nahen und Mittleren Osten jedoch seinem dort wenig geschätzten italienischen Achsenpartner den Vortritt überließ, war für die arabischen Nationalisten die Kontaktaufnahme mit seinen Repräsentanten schwierig.

Ihre Wahl fiel schließlich auf Franz von Papen, der seit seiner Übersiedlung nach Ankara Geheimkontakte mit dem ägyptischen Königshof unterhielt und aufgrund seiner politischen Vergangenheit beim Notabelnflügel der arabischen Nationalbewegung einen guten Namen hatte. Am 5. Juli suchte ihn Naji Shaukat, der Justizminister des Irak, auf. Er sprach im Namen einer englandfeindlichen Strömung seiner Regierung, aber auch des Mufti von Jerusalem Muhammad Amin al-Husaini, der ihm ein vom 21. Juni datiertes Schreiben mitgegeben hatte.<sup>9</sup> Shaukat informierte Papen über Bestrebungen, den im vergangenen September erfolgten Abbruch der diplomatischen Beziehungen des Irak zu Deutschland wieder rückgängig zu machen, den jetzigen Ministerpräsidenten Nuri as-Said zu stürzen, die im März 1939 von den Franzosen entmachtete syrische Regierung wieder einzusetzen und den Kampf gegen die englische Mandats Herrschaft in Palästina wieder aufzunehmen. Papen erwiderte zunächst, für die Erörterung dieser Fragen sei in erster Linie Italien zuständig; er könne deshalb „nur als Vermittler für Anregungen und Wünsche über die Reichsregierung an die italienische Adresse betrachtet werden“. Als Shaukat replizierte, die arabische Nationalbewegung bekämpfe den italienischen Imperialismus im Nahen Osten genau so wie den britischen und den französischen, und gerade deshalb müsse Deutschland im Interesse der Achsenmächte gegenüber Italien eine für die arabische Bewegung akzeptable Lösung durchsetzen, wurde Papen hellhörig. Er betonte, „daß alle Völker, die für ihre Freiheit kämpften, naturgemäß auch selbst einen Beitrag zu liefern hätten.“ Deutschland müsse „erwarten, daß jetzt, wo der Endkampf gegen England bevorstehe, die irakische Volksregierung auch militärisch alles tun werde, um den Kampf zu unterstützen.“ Shaukat stellte daraufhin die „Unterstützung der irakischen Armee gegen England“ in Aussicht, und Papen sagte die vertrauliche Unterrichtung seiner Regierung zu.

9 Franz von Papen an das Auswärtige Amt, Politischer Bericht, Inhalt: Unterhaltung mit dem irakischen Justizminister, 6.7.1940, mit Schreiben des Obersten Arabischen Komitees für Palästina vom 21.6.1940 als Anlage. PA AA, Botschaft Ankara, Nr. 555. Als Dokument Nr. 125 abgedruckt in: ADAP, Serie D. Bd. X, S. 117-119; die folgenden Zitate ebenda. Ein weiterer Abdruck der vom Mufti von Jerusalem verfassten Anlage zu Papens Bericht findet sich inzwischen auch bei G. Höpp (Hrsg.), Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940–1945, Berlin 2001, S. 15 f.

Damit war der Kontakt zwischen einer der einflussreichsten konservativen Spitzengruppe der arabischen Nationalbewegung und der NS-Diktatur hergestellt. Der von Papen eingeschlagene Kurs, trotz der „italienischen Vorhand“ wegen der eigenen militärischen und wirtschaftspolitischen Interessen auf ihr Kollaborationsangebot einzugehen, wurde noch im Juli 1940 bestätigt.<sup>10</sup> In den folgenden Monaten avancierte der deutsche Botschafter in Ankara zur ersten Adresse der arabischen Nationalisten. Schon am 22. Juli 1940 kündigte der Mufti von Jerusalem ihm den Besuch seines Sekretärs Uthman Kamal Haddad zur Fortsetzung des mit Shaukat begonnenen Gesprächs an, wobei al-Husaini auf den sofortigen Beginn der Kooperation der Achse Berlin-Rom mit den arabischen Ländern drängte.<sup>11</sup> Haddad suchte Papen am 6. August in der Sommerresidenz der Botschaft am Bosphorus auf und berichtete über eine inzwischen vorliegende italienische Unabhängigkeitsgarantie für alle unter Mandat stehenden arabischen Gebiete. Zusätzlich ersuchte er um Hilfe bei der Vorbereitung einer neuen Aufstandsbewegung in Palästina und verwies auf wachsende Konflikte zwischen England und der irakischen Regierung, die gerade den Durchmarsch britischer Commonwealth-Truppen verweigert habe. Auch politische Neuordnungspläne kamen erstmalig zur Sprache, und der Sekretär erbat eine Reiseerlaubnis, um darüber in Berlin und Rom verhandeln zu können.<sup>12</sup> Papen war sich nun endgültig sicher, dass hier interessante neue Interventionschancen auftauchten. Er war beeindruckt und drängte gegenüber Berlin zur Eile. Schließlich telegraphierte ihm Ernst Woermann, der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, am 15. August 1940, der Sekretär des Mufti habe eine Einreiseerlaubnis erhalten und werde von Fritz Grobba, dem ehemaligen deutschen Gesandten in Bagdad und Djidda, empfangen.<sup>13</sup>

Seither rissen die Beziehungen nicht mehr ab. Die deutsche Botschaft in Ankara fungierte als abgeschirmter Briefkasten für die Korrespondenz Haddads mit dem Mufti und dem von diesem inzwischen in Bagdad ins Leben gerufenen „Komitee für die Zusammenarbeit zwischen den arabischen Ländern“, dem prominente Notabeln und Regierungsvertreter aus den Ländern des arabischen Ostens sowie der Arabischen Halbinsel angehörten. Beim

---

10 Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Ernst Woermann, vom 21.7.1940, als Dokument Nr. 200 abgedruckt in: ADAP, Serie D, Bd. X, S. 215-216.

11 Le Grand Mufti de Palestine, Mohamed Amin El Husscini, Bagdad, an Papen, 22.7.1940. PA AA, Botschaft Ankara, Nr. 555. Abgedruckt als Dokument Nr. 209, ebenda, S. 227, sowie bei Höpp, Mufti-Papiere (Anm. 9), S. 16.

12 Papen, Telegramm Nr. 602 an das Auswärtige Amt, 6.8.1940. Als Dokument 289 abgedruckt in: ADAP, Serie D, Bd. X, S. 341.

13 Anmerkung 5 zu Dokument Nr. 289, ebenda.

Austausch der Korrespondenzen und Nachrichten kam es immer wieder zu Besprechungen zwischen Papen und Naji Shaukat sowie anderen Emissären des Komitees. Papen avancierte zur wichtigsten deutschen Verhandlungsadresse der arabischen Nationalisten vor Ort. Er besprach sich ausführlich mit ihnen und entwickelte im Kontext seiner diesbezüglichen Berichterstattung zunehmend eigene Vorstellungen, mit denen er sich immer wieder in die Berliner Verhandlungen einschaltete. Nach einem weiteren Treffen mit Shaukat Ende September 1940 in Istanbul untermauerte er beispielsweise in seinem Bericht nach Berlin die Vorbehalte der arabischen Nationalisten gegenüber dem italienischen Partner und bat um die Ermächtigung für eine mündliche Garantieerklärung zugunsten der arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen.<sup>14</sup> Daraufhin händigte Weizsäcker am 18. Oktober 1940 dem in Berlin weilenden Sekretär des Mufti von Jerusalem eine Sympathieerklärung der Reichsregierung aus, die einige Tage später veröffentlicht wurde und großes Aufsehen erregte.<sup>15</sup>

#### Die Koordination der deutschen Geheimdienste in Ankara und Istanbul durch Papen

Aus dieser Vermittlerfunktion entstand schließlich ein dichtes Kommunikationsnetz, das Papen im Lauf des Jahres 1941 nicht nur zu einem der bestinformierten Kenner der nahöstlichen Entwicklung machte, sondern auch zur Schlüsselfigur allfälliger Unterstützungsaktionen für die zunehmend in Bedrängnis geratende arabische Nationalbewegung avancieren ließ. Im Frühjahr 1941 dehnte die Wehrmacht-Abwehr ihre „Kriegs-Organisation“ (K.O.) auf den Vorderen Orient aus und installierte in der Botschaft in Ankara sowie im Generalkonsulat Istanbul die dafür zuständigen Dienststellen.<sup>16</sup> Abgesehen von den rein militärischen Nachrichten waren alle politisch relevanten Informationen Papen vorzulegen, der über ihre Verwertung und Weitergabe nach Berlin entschied. Dabei entwickelte sich mit Paul Leverkuehn, dem Leiter der Außenstelle Istanbul der Wehrmacht-Abwehr, eine enge Zusammenarbeit.<sup>17</sup> Sie bildete zugleich die Voraussetzung für die viel-

14 Papen, Politischer Bericht Nr. A 4828 an das Auswärtige Amt, Inhalt: Deutschland und die vorderarabische Frage, 3.10.1940. Abgedruckt als Dokument Nr. 146 in: ADAP, Serie D, Bd. XI. 1 und 2, S. 206-207.

15 Fritz Grobba, Aufzeichnung über ein Gespräch Weizsäckers mit dem Privatsekretär des Mufti von Palästina, 18.10.1940. Als Dokument Nr. 190 abgedruckt ebenda, S. 272-274.

16 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (im folgenden PA AA), R 101832, 101881, 101883.

17 Paul Leverkuehn, Orient 1940–1944, Hamburg, Oktober 1945, in: Bundesarchiv Koblenz (im folgenden BArchK), N 1146 / 13.

fältigen Hilfsaktionen, die nach der Besetzung des Irak, Syriens und Persiens im Sommer 1941 für die überwiegend in die Türkei geflohenen arabischen Nationalisten erforderlich wurden. Zusätzlich wurde in der deutschen Botschaft eine Orientabteilung eingerichtet, um die Aktivitäten der aus diesen Ländern ausgewiesenen deutschen diplomatischen Missionen zusammenzufassen.

Infolgedessen verfügte Papen bald über ein weit verzweigtes und qualifiziertes Informationssystem, das mit den Berliner Orientreferaten des Auswärtigen Amtes und der Wehrmacht-Abwehr loyal zusammenarbeitete, manchmal aber auch seine eigenen Wege ging. Da es Papen zusätzlich gelang, mit der von Ludwig Moyzisch geleiteten türkischen Residentur des Auslandsamts des Sicherheitsdiensts der SS eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit herzustellen,<sup>18</sup> avancierte er im Verlauf des Jahres 1941 zur informellen Schlüsselfigur der deutschen Spionagetätigkeit im Nahen und Mittleren Osten. Bis zum Debakel der türkischen Niederlassung der Wehrmacht-Abwehr im Februar/März 1944<sup>19</sup> hielt Papen die arbeitsteilig gesponnenen Fäden der deutschen Nachrichtendienste unangefochten in seiner Hand zusammen.

Im Vordergrund stand jedoch zunächst die Bewältigung akuter Notlagen. Als am 11. Juli 1941 350 arabische Freischärler, die beim britischen Angriff auf Syrien unter der Regie des Pariser Botschaftsangehörigen Rudolf Rahn auf der Seite der französischen Levante-Armee gekämpft hatten,<sup>20</sup> die türki-

---

18 Dies beweist vor allem die Tatsache, daß die Lageanalysen, die Moyzisch an das Reichssicherheitshauptamt schickte, vollständig mit der Einschätzung und den politischen Optionen Papens übereinstimmten. Vgl. beispielsweise Moyzisch, Bericht zur Lage. Beilage zu einem Schreiben Schellenbergs an Himmler vom 20.1.1943, in: BAArch, NS 19 / 2236, f. 2-16. Auf dieser Grundlage gelang Papen und Moyzisch im Herbst 1943 durch die Anwerbung des albanischen Hausdieners des britischen Botschafters in Ankara, Hughc Knatchbull-Hugessen, für den Auslandsnachrichtendienst der SS einer der spektakulärsten Erfolge der deutschen Geheimdienste während des Zweiten Weltkriegs (Fall „Cicero“).

19 In den ersten Monaten des Jahres 1944 liefen mehrere Mitarbeiter der türkischen Residenturen der Wehrmacht-Abwehr zum englischen Secret Service über. Dadurch wurde die deutsche nachrichtendienstliche Tätigkeit in Ankara beziehungsweise Istanbul weitgehend lahmgelegt, und Papen verlor seinen beherrschenden Einfluss auf die deutsche Nah- und Mittelostspionage. Vgl. die Dokumentation der Affäre und ihrer Auswirkungen in: PA AA, R 101881, 101882; Public Record Office (im folgenden PRO), FO 371 / 39132, KU 2 / 168; ergänzend Roth, Papens Raubgold (wie Anm. 16).

20 Vortragender Legationsrat Rudolf Rahn, Bericht über die deutsche Mission in Syrien vom 9.5.-11.7.1941. Abgedruckt als Dokument Nr. 165 in: ADAP, Serie D, Bd. XIII.1 und 2, S. 198-220.

sche Südgrenze überschritten, übernahm Paul Leverkuehn ihre Betreuung; die finanziellen Ressourcen dafür wurden von der Legationskasse des Auswärtigen Amtes über die Botschaftskasse von Ankara geschleust.<sup>21</sup> Nach der Schließung der deutschen Gesandtschaft in Teheran wurden geheime Sendeanlagen in der japanischen und der spanischen Botschaft aktiviert, für deren Installierung Papen vorbeugend gesorgt hatte.<sup>22</sup> Im November 1941 verhalfen Papen und Leverkuehn schließlich dem gestürzten irakischen Ministerpräsidenten Rashid Ali al-Kailani in einer abenteuerlichen Sonderaktion zur Flucht nach Deutschland.<sup>23</sup> Derartige Engagements verschafften Papen das Image eines freundlich gesonnenen Maklers, der für die arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen mehr als ein offenes Ohr hatte und vor riskanten Hilfsaktivitäten nicht zurückschreckte.

### Papens Arabien-Politik

Was bedeutete aber die arabische Welt für Papen wirklich? Wie die Analyse seiner diplomatischen Korrespondenz und seiner politischen Aufzeichnungen zeigt, hatte er seit Beginn seiner Türkei-Mission darüber sehr klare Vorstellungen. Er passte sie in den folgenden Jahren zwar der Entwicklung der militärisch-politischen Verhältnisse an, behielt sie jedoch im Prinzipiellen unverändert bei. Schon wenige Wochen nach der Aufnahme seiner neuen Tätigkeit in Ankara äußerte er in einer während seines ersten Berlinaufenthalts verfassten Denkschrift, England müsse im kommenden Krieg „an seinem vitalsten Punkte, in Indien“ getroffen werden, und deshalb müssten „die Achsenmächte die Landbrücke nach Indien (Syrien – Palästina – Zugang zu Mossul) besitzen.“<sup>24</sup> Die arabische Welt war für Papen somit vor allem des-

21 Die Unterlagen dazu befinden sich in: BArchB, R 901 / 61125.

22 Vgl. die Dokumentation darüber in: BArchB, R 901 / 61138.

23 Kailani war nach dem Zusammenbruch des irakischen Widerstands gegen das britische Expeditionskorps zusammen mit dem Mufti von Jerusalem nach Teheran geflohen. Während der Mufti im September 1941 nach dem britisch-sowjetischen Einmarsch zusammen mit dem italienischen diplomatischen Personal unerkannt nach Rom entkam, floh Kailani im Sommer 1941 über Anatolien nach Istanbul. Er erhielt dort politisches Asyl, durfte aber die Türkei nicht verlassen und wurde vom türkischen und den alliierten Geheimdiensten scharf überwacht. Es gelang Papen und Leverkuehn, ihn dieser Beobachtung zu entziehen und in der Tarnung eines schwer kranken deutschen Staatsbürgers nach Berlin auszufliegen. Vgl. Paul Leverkuehn, *Orient 1940–1944* (Anm. 17), Bl. 28, 38.

24 Franz von Papen, Memorandum. Die militärpolitische Lage der Türkei und die Achsenmächte, 20.5.1939; abgedruckt als Dokument Nr. 413 in: ADAP, Serie D, Bd. VI, S. 452–454, Zitat S. 452. Diese Denkschrift war von Papen als Grundlage für die Unterhaltung Ribbentrops mit dem italienischen Außenminister Graf Galeazzo Cia-

halb von Bedeutung, weil der Sieg der Achsenmächte die Vertreibung der Briten vom Sueskanal, von der palästinensisch-transjordanischen Landbrücke, vom Persischen Golf und schließlich aus Indien voraussetzte. Dabei gehörte Papen von Anfang an zu denjenigen, die sich hartnäckig dem immer wieder proklamierten Vorrang der italienischen Machtposition im Mittelmeerraum und in Vorderasien widersetzen. Da er diese strategische Grundsatzentscheidung der NS-Führung jedoch nicht einfach ungeschehen machen konnte, schrieb er knapp eineinhalb Jahre später in einer Aufzeichnung über „Deutschland und die vorderarabische Frage“, die „Hegemonie Italiens im Mittelmeer, d.h. die absolute Beherrschung des Seeweges (durch den Suezkanal) zu unseren wiederzugewinnenden mittelafrikanischen Besitzungen wie zu den Ölvorkommen im Nahen Orient“ lasse es „imperativ erscheinen, daß das Reich wenigstens eine von dieser maritimen Route unabhängige Landverbindung nach dem Persischen Golf für sich“ sicherstelle.<sup>25</sup> Entsprechend dieser Konzeption gehörten nur der Irak und der Persische Golf in den Bereich vitaler deutscher Herrschaftsinteressen. Aber der gesamte arabische Osten gewann dabei die Rolle eines strategischen Vorfelds, und die „Behandlung des vorderasiatischen Problems“ erwies sich infolgedessen für Papen als „eine Frage, der wir nicht ausweichen können.“

Diese militärstrategische Option wurde durch handfeste wirtschaftliche Interessen untermauert. Für Papen war die Beherrschung der irakischen Ölquellen eines der Hauptziele der deutschen Expansionspolitik überhaupt. Hierbei ging er mit Fritz Grobba, dem Arabien-Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes, konform, und ließ sich wie dieser auch unmittelbar in die Verfolgung der Erdölinteressen der Deutschen Bank einbinden.<sup>26</sup> Seit dem Sommer 1940 gruben die Fachleute der Berliner Zentrale der Deutschen Bank ihre untergegangenen Irak-Konzessionen aus den goldenen Zeiten der Bagdadbahn und der Turkish Petroleum Company wieder aus, um sich mit ihrer Hilfe eine Vorzugsbehandlung für den Fall des deutschen Vormarschs nach Mossul und Basra zu sichern. Die Begründungen dafür standen jedoch auf wackligen Füßen und stießen bei Grobba und dem in dieser Frage federführenden Staatssekretär Wilhelm Keppler keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Dies war wohl der Grund, weshalb die Deutsche Bank schließlich ihren altgedienten Lobbyisten Franz von Papen einschaltete. Im November

---

no anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-italienischen Bündnisvertrags gedacht und wurde von ihm am selben Tag an Staatssekretär Weizsäcker geschickt.

25 Papen, Politischer Bericht Nr. A 4828 an das Auswärtige Amt, Inhalt: Deutschland und die vorderarabische Frage, 3.10.1940. Abgedruckt als Dokument Nr. 146 in: ADAP, Serie D, Bd. XI.1 und 2, S. 206-207, Zitate S. 207.

26 Vgl. zum folgenden die umfassende Dokumentation in: BArchB, R 8119 F / P 3369.

1940 bat ihn der Deutsche Bank-Direktor Kurt Weigelt, Verhandlungen mit der irakischen Regierung über die Rückgabe der Erdölkonzessionen aufzunehmen.<sup>27</sup> Dabei empfahl er ihm vorsorglich zwei taktische Varianten, nämlich entweder den Weg über die alten Rechtsansprüche oder aber die direkte Vergabe von Neukonzessionen im Rahmen des künftigen Friedensvertrags. Papen erklärte sich einverstanden und kündigte an, er werde die Deutsche Bank von Ankara aus auf dem laufenden halten.

Darüber hinaus sollte auch die Dresdner Bank auf ihre Kosten kommen. Im Frühjahr 1941 ernannte Papen den Direktor der Dresdner Bank-Tochter Deutsche Orientbank, Curt Lebrecht, zum Wirtschaftsberater seiner Botschaft. In Ankara war Lebrecht vor allem für die wirtschafts- und finanzpolitischen Planungen der Orientabteilung der Botschaft zuständig. Einige Monate später wurde Lebrecht auch in den Stab des Arabien-Bevollmächtigten des Auswärtigen Amts kooptiert und war zusammen mit einem Direktor der Deutschen Reichsbank als Währungs- und Finanzberater des „befreiten“ Irak vorgesehen. Bis zum Sommer 1941 waren die Pläne zur ökonomischen Integration des Irak weit gediehen. Am 23. August wurden in einer abschließenden Ressortbesprechung die wirtschaftspolitischen Grundlagen eines Vertrags mit der künftigen Kollaborationsregierung Kailani verabschiedet, die die Neueinführung einer auf einem deutschen Goldkredit gegründeten Währung, die Einsetzung von Wirtschafts- und Finanzberatern sowie ein Verrechnungsabkommen für die Lieferung von Erdöl gegen deutsches Kriegsggerät vorsahen.<sup>28</sup>

Indessen gab sich Papen mit derartigen Denkschriften, Verhandlungszusagen und Absichtserklärungen keineswegs zufrieden. Er richtete auch seine gesamte diplomatisch-politische Tätigkeit in Ankara auf die Einbeziehung der vorderasiatischen Landbrücke zum Persischen Golf in den deutschen Herrschaftsbereich aus. Seit dem Sommer 1940 traktierte er das Auswärtige Amt und die Reichskanzlei mit Memoranden und Eingaben, in denen er vorschlug, die Achsenmächte sollten gemeinsam mit der – zu dieser Zeit mit Deutschland verbündeten – Sowjetunion gegen den Nahen und Mittleren Osten vorgehen, um hier das Britische Empire an seinem Lebensnerv zu treffen.<sup>29</sup> Am 30. September, wenige Tage nach der Unterzeichnung des Dreimächtepakts zwischen Deutschland, Italien und Japan, telegraphierte er

27 Weigelt an Papen, 11.11.1940, ebenda.

28 Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Davidsen von der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts über die Ressortbesprechung vom 23.8. betr. Irak, 25.8.1941. Abgedruckt als Dokument Nr. 253 in: ADAP, Serie D, Bd. XIII.1 und 2, S. 297-298.

29 Vgl. die Dokumentation in: PA AA, R 29776; ergänzend ADAP, Serie D, Bd. X, Dokument Nr. 96, S. 88-89; Nr. 196, S. 212-213; Nr. 272, S. 321-322.

schließlich nach Berlin, nun sollte endgültig versucht werden, die „Teilnahme Rußlands an endgültiger Regelung der Interessen, die es an Donau, Meerengenfrage, Ölvorkommen naher Osten besitzt, schon jetzt vertraglich festzustellen.“<sup>30</sup> Aufgrund dieser Anregungen bemühten sich dann Ribbentrop und Hitler in ihren berühmt-berüchtigten Berliner Geheimbesprechungen mit dem sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow am 12./13. November 1940, die Sowjetunion in den Dreimächtepakt einzubinden, sie dabei im Rahmen einer Absprache über die jeweiligen Interessensphären vom Balkan in Richtung Indien „abzulenken“, gemeinsam mit ihr die Türkei zu einem neuen Meerengenstatut zu zwingen und England aus dem Nahen und Mittleren Osten zu vertreiben.<sup>31</sup> Stalin und Molotow ließen sich jedoch nicht von ihrer Balkanstrategie und ihrer Forderung nach See- und Luftstützpunkten an den Dardanellen und am Bosphorus abbringen. Dies hätte eine den deutschen Interessen zuwiderlaufende erhebliche Einschränkung der türkischen Souveränität zur Folge gehabt.<sup>32</sup> Als sich die NS-Führung am 18. Dezember 1940 endgültig zum „Fall Barbarossa“, zur militärischen Vernichtung der Sowjetunion, entschied,<sup>33</sup> gehörten die gescheiterte Abgrenzung der Einflussphären auf dem Balkan und die Infragestellung ihrer Kontrolle über die strategische Route nach Ankara, Bagdad und Basra zu den Hauptgründen. Dabei gingen die deutschen Spitzenpolitiker und -militärs von einem etwa achtwöchigen „Blitzkrieg“ aus und erklärten die anschließende Intensivierung der Operationen in der Mittelmeerregion zum wichtigsten strategischen Etappenziel bei der Fortsetzung des Kampfs gegen das Britische Weltreich.<sup>34</sup>

---

30 Papien, Telegramm Nr. 792 vom 30.9.1940 an das Auswärtige Amt, in: IfZ-Archiv, Bestand Fd 42.

31 Die Protokolle der Besprechungen und die Entwürfe der dazu gehörenden Geheimabkommen sind abgedruckt in: ADAP, Serie D, Bd. XI.1 und 2, Dokumente Nr. 309, S. 428-430; Nr. 325, S. 448-455; Nr. 326, S. 455-461; Nr. 328, S. 462-472; Nr. 329, S. 472-478.

32 Der deutsche Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, telegraphierte die Antwortnote Molotows, die dieser ihm bei einer Besprechung am 25. November 1940 überreichte, noch am selben Tag nach Berlin. Vgl. ADAP, Serie D, Bd. XI.1 und 2, Dokument Nr. 404, S. 597-598.

33 Vgl. Hitlers Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa, 18.12.1940. Abgedruckt als Dokument Nr. 532 in: ADAP, Serie D, Bd. XI.1 und 2, S. 750-753. Die generalstabsmäßige Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion hatte schon im Sommer 1940 begonnen. Die endgültige politische Entscheidung fiel jedoch erst im Anschluss an die Besprechungen Hitlers und Ribbentrops mit Molotow am 12./13. November in Berlin.

34 Vgl. dazu Hitlers Weisung Nr. 32: Vorbereitungen für die Zeit nach „Barbarossa“, Entwurfsfassung vom 11.6.1941, sowie die daraus hervorgegangene Weisung des

Durch diese dramatische Umkehrung der von ihm ausgegangenen Handlungsoptionen ließ sich Papen in der Folgezeit keineswegs von seinen strategischen Vorstellungen abbringen. Er betrachtete den Krieg gegen die Sowjetunion jedoch als einen riskanten Umweg, der die Verwirklichung seiner wichtigsten strategischen Forderung, England vor allem im Nahen und Mittleren Osten zu schlagen, bedenklich hinauszögerte. Die deutsche Landbrücke nach Mossul und Basra blieb für ihn das entscheidende Kriegsziel, weil sie den unverrückbaren Angelpunkt seiner Weltmachtkonzeption bildete, und damit grenzte er sich auch gegenüber dem eigenwilligen Bundesgenossen Italien ab, dem er lediglich die Rolle eines Juniorpartners zuzugestehen bereit war. Nur sollte das Durchgangsland Türkei jetzt nicht mehr durch die Mächtephalanx des deutsch-italienisch-japanisch-russischen Viermächtepakts erpresst, sondern im Verlauf des „Kreuzzugs“ gegen die Sowjetunion zur Achse hinüber gezogen werden. Das nun einsetzende Werben wurde seit dem Frühjahr 1942 durch die Einschätzung der Militärs erleichtert, den Vormarsch nach Mossul und Basra auch vom Kaukasus allein aus beginnen und dabei die Türkei mit ihrem gefährlichen Rückzugsglaciis im Taurus-Gebirge umgehen zu können, so dass nur noch eine „wohlwollende Neutralität“ zum „Stillhalten“ ihrer 50 Divisionen erforderlich schien. An dieser Perspektive hielt Papen bis zum Spätherbst 1942 fest, als die Eroberung Transkaukasiens endgültig scheiterte. Unter dem Druck der nun einsetzenden strategischen Defensive musste er sich danach mit der Tatsache begnügen, dass eine neutral bleibende Türkei nicht nur die Südflanke der deutsch-sowjetischen Front schützte, sondern auch die Bildung einer alliierten Balkanfront verhinderte. Der Traum von der Inbesitznahme der Fördergebiete, Raffinerien und Pipelines der Iraq Petroleum Company sowie der Umschlaghäfen am Persischen Golf war freilich ausgeträumt.

Dies waren die politisch-strategischen Überlegungen, die Papen bewegten, als er den arabischen Nationalisten ihre Entreebillets in Richtung Berlin und Rom verschaffte. Der Form nach verhielt er sich ihren Exponenten gegenüber freundschaftlich, wie es sich künftigen Kollaborateuren gegenüber geziemte. Dahinter verbarg sich jedoch ein nüchtern berechneter Inhalt. Die Unabhängigkeitsbestrebungen Husainis, Haddads und Kailanis sollten nur insoweit bedient werden, als sie die Etappenschritte zur Realisierung des strategischen Ziels erleichterten. Dafür erschienen Papen Autonomiezusagen gegenüber den Repräsentanten der einzelnen Staaten des arabischen Ostens nützlich und sinnvoll, weil sie die reibungslose wirtschaftliche, militärische und verkehrspolitische Beherrschung des Irak absicherten. Hinzu kam die

---

OKW, Vorbereitungen für die Zeit nach „Barbarossa“ vom 30.6.1941. Abgedruckt als Dokument Nr. 617 in: ADAP, Serie D, Bd. XII.1 und 2, S. 842-846.

Einschätzung, dass unabhängig gewordene vorderasiatische Staaten der türkischen Regierung das beängstigende Gefühl nehmen würden, „von allen Seiten von der beherrschenden Mittelmeermacht Italien eingekreist zu sein“,<sup>35</sup> und damit ihre dauerhafte Annäherung an Deutschland erleichterten. Im Gegensatz zu Fritz Grobba und einigen anderen Orient-Experten des Auswärtigen Amts beurteilte Papen jedoch eine darüber hinausgehende Föderation sehr skeptisch. Denn mit den politisch souveränen Einzelnachbarn Syrien, Irak, Palästina und Transjordanien konnte die Türkei leben, jedoch nicht mit einer arabischen Föderation, die ihr über kurz oder lang ihre verschwiegene Vormachtstellung über den Vorderen Orient wieder streitig machen würde.

### Ein groß-türkisches Regime als südlicher Eckpfeiler der deutschen Weltmacht

Damit aber war klar: Papen betrachtete die Türkei als Eckpfeiler der künftigen deutschen Vormachtstellung im Vorderen Orient, und die Interessen der arabischen Nationalisten hatten sich der deutsch-türkischen Bündniskonstellation unterzuordnen. Jedoch verfügte das so sehnlich herbeigewünschte türkische Satelliten-Regime noch keineswegs über die entsprechenden Insignien einer soliden Mittelmacht. Auf militärischem Gebiet konnte durch Waffenlieferungen leicht nachgeholfen werden, und Papen avancierte zum ruhelosen Mentor jener berühmt gewordenen Rüstungskreditverhandlungen, in deren Ergebnis schließlich das vom Krupp-Konzern gesteuerte Chromerz-Kanonen-Konsortium aus der Taufe gehoben und ein 100-Millionen-Kredit paraphiert wurden.<sup>36</sup> Vor allem aber an ihren Grenzen war die Türkei leicht verwundbar. Beispielsweise überquerte die Bagdad-Bahn mehrfach die syrische Nordgrenze und konnte deshalb in ihrem mittleren Verlauf leicht lahmgelegt werden. Ähnlich ungesichert war die einzige türkische Eisenbahnverbindung mit Europa im thrasischen Grenzgebiet, denn die dort gelegene ehemalige ottomanische Festungsstadt Edime/Adrianopel hatte 1918 durch die neue Festlegung der bulgarisch-türkischen Grenze ihre Schutzfunktion verloren. Hinzu kamen die dem anatolischen Festland unmittelbar vorgelagerte Inselgruppe des Dodekanes, die Italien schon 1912 annektiert hatte, aber auch die wirtschaftlich nachteiligen Grenzziehungen zum Irak und zu

35 Papen, Deutschland und die vorderarabische Frage (wie Anm. 29), S. 207.

36 Vgl. die umfassende Dokumentation der Verhandlungen in: BArchB, R 901/68460 bis 68463 (Akten der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts über den Kriegsgerätehandel mit der Türkei 1939 bis 1943); ergänzend ADAP, Serie D, Bd. XIII.1 und 2, Dokumente Nr. 390, S. 511-513; Nr. 402, S. 527-529; Serie E, Bd. IV, Dokument Nr. 331, S. 605-609.

den kaukasischen Sowjetrepubliken, die nationalistisch gesonnene Politiker zu Revisionsansprüchen geradezu herausforderten.

Mit diesen Defiziten des türkischen Grenzregimes war Papen bestens vertraut. Er betrachtete sie als Faustpfänder, die es in einem Spiel zu nutzen galt, in dem die künftige deutsche Hegemonialmacht die Arrondierung der Grenzen zusicherte und sich als Gegenleistung weit reichende Konzessionen an ihre nah- und mittelöstlichen Interessen einhandelte. Die intime Kenntnis der Mentalitäten der türkischen Militärs und Politiker, die sich gerade vom kemalistischen Verzicht auf imperiale Ansprüche zu lösen begannen, gestattete es ihm immer wieder, diese besondere Schwäche des türkischen Nationalismus subtil auszunutzen.

Schon knapp einen Monat nach seinem Antrittsbesuch bei Staatspräsident Ismet İnönü empfahl Papen den Außenministern des Achsenbündnisses, zwei innerhalb der türkischen Dreimeilenzone gelegene Dodekanes-Inseln zurückzugeben, um zu demonstrieren, daß die Achsenmächte die europäischen Position der Türkei zu garantieren bereit wären, wenn sie zur Neutralitätspolitik zurückkehrte und damit den Flankenschutz der englischen Landbrücke nach Indien preisgab.<sup>37</sup> Im Juli 1940 ging er einen Schritt weiter und schlug vor, der türkischen Regierung die gesamte Inselgruppe als Sicherungsleistung anzubieten, sofern sie dazu gewonnen werden konnte, die von ihm zu dieser Zeit in die Debatte geworfene deutsch-italienisch-sowjetische Zangenoperation gegen die britischen Schlüsselstellungen im Nahen und Mittleren Osten zu unterstützen.<sup>38</sup> Während der Berlin-Moskauer Viermächtepaktgespräche hielt sich Papen schließlich für ermächtigt, den türkischen Spitzenpolitikern umfassende territoriale Sicherungen anzudienen, um sie in die heraufziehende europäische und nahöstliche „Nenordnung“ einzubinden.<sup>39</sup> Daraus wurde jedoch nichts, denn İnönü und Außenminister Şükrü Saracoglu waren vorsichtig genug, um erst einmal die Konsolidierung dieser heute weitgehend vergessenen Variante der deutschen Kriegszielplanung vom November 1940 abzuwarten.

Trotzdem rückte ein strategisches Arrangement zwischen den beiden Regimes noch einmal in nähere Reichweite, nachdem sich die NS-Führung nicht zuletzt auch wegen ihrer rivalisierenden Balkan- und Nahostinteressen

37 Papen, Die militärpolitische Lage in der Türkei und die Achsenmächte, Memorandum für die Besprechung Ribbentrops mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano, 20.5.1939 (wie Anm. 39).

38 Papen, Die Türkei und der Krieg gegen England, Politischer Bericht an das Auswärtige Amt, 20.7.1940, abgedruckt als Dokument Nr. 196 in: ADAP, Serie D, Bd. X, S. 212-213.

39 Papen, Telegramme Nr. 971 und 977 an das Auswärtige Amt, 29.11.1940. Abgedruckt in: ADAP, Serie D, Bd. XI.1 und 2, S. 619-621, 638-639.

auf einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion festgelegt hatte und zuvor im April 1941 über Jugoslawien und Griechenland hergefallen war. Auch jetzt eröffnete Papen die neue Spielrunde mit Lockangeboten zu Grenzkorrekturen. Im Mai 1941 offerierte er seinen türkischen Verhandlungspartnern Teile Nordsyriens und einen Gebietsstreifen bei Edirne/Adrianopel, um sie zur Tolerierung des Durchtransports von Kriegsmaterial und Nachschub aus Syrien in den aufständischen Irak zu bewegen. Aus diesen Sondierungen ging alsbald ein von Papen und dem türkischen Außenstaatssekretär Numan Menemencioglu ausgehandelter Vertragsentwurf hervor, der als Gegenleistung für die Erlaubnis umfangreicher Waffendurchföhren – die de facto-Preisgabe der türkischen Neutralität – für den Fall eines raschen Friedensschlusses umfassende Gebietszugeständnisse in Thrazien und im Inselarchipel des östlichen Mittelmeers sowie im Fall einer Ausweitung der Kriegsoperationen die „Interessenwahrung türkischer Wünsche in (der) südliche(n) und östliche(n) Nachbarzone“ vorsah.<sup>40</sup> Auch dieses Vorhaben zerschlug sich, weil die türkischen Spitzenpolitiker im letzten Augenblick vor dem massiven britischen Protest gegen die Annullierung der letzten Überbleibsel des erst im Oktober 1939 geschlossenen Bündnisvertrags zurückwichen, aber auch deshalb, weil die Führungsspitze der NS-Diktatur wegen ihrer „Barbarossa“-Prioritäten die sich aus den Kampfhandlungen im Irak und in Syrien ergebenden Interventionschancen vom Mai-Juni 1941 nicht wahrnahm und dem türkischen Waffentmsit nach den englischen Erfolgen keine aktuelle Bedeutung mehr beimaß. Die von Papen propagierte Variante der deutschen Expansionspolitik wurde erneut vertagt. Einmal mehr war es einer Kette von zufälligen Ad hoc-Entscheidungen der deutschen politisch-militärischen Führungsgruppe zu verdanken, dass Papens Vision, die Türkei als deutsche Satelliten-Vormacht des Nahen und Mittleren Ostens zu etablieren, letztlich nicht geschichtsmächtig werden konnte.

### Ausblicke

Franz von Papen war ein Politiker, der im Lauf seines Lebens mehrfach die Büchse der Pandora geöffnet hatte. Auch während des zweiten Weltkriegs war er dieser Rolle als deutscher Sonderbotschafter in der Türkei treu geblieben. Wie würden die alliierten Sieger über ihn urteilen? Als das Kriegsende näher rückte, dürfte sich der im August 1944 aus der Türkei zurückgekehrte und von Hitler mit den höchsten Auszeichnungen dekorierte Papen diese Frage immer wieder vorgelegt haben:

---

40 Papen an Ribbentrop, Telegramm Nr. 598, 23.5.1941. Als Dokument Nr. 545 abgedruckt in: ADAP, Serie D, Bd. XII.1 und 2, S. 721-722, Zitat S. 721.

Am 10. April 1945 wurde Papen von den Amerikanern in einer Jagdhütte in Westfalen aufgespürt und verhaftet. Es begann eine Serie endloser Verhöre. Von ihnen erlangten vor allem die Vernehmungen durch eine *Special Investigation Mission* des State Department Bedeutung, die Papen am 1. November 1945 in Wiesbaden ausführlich über die Hintergründe seiner Türkeipolitik befragte.<sup>41</sup> Danach wurde er ins Nürnberger Gerichtsgefängnis überführt und im Hauptkriegsverbrecherprozeß angeklagt. Die Anklagevertretung interessierte sich jedoch nur für den Steigbügelhalter Hitlers von 1932/33. Zusätzlich wollte sie Papen nachweisen, dass er bei der Vorbereitung der Annexion Österreichs eine bedeutende Rolle gespielt und sich dabei der Teilnahme an der nationalsozialistischen Verschwörung gegen den Frieden schuldig gemacht hatte.<sup>42</sup> Seine Aktivitäten in der Türkei blieben hingegen nachdrücklich ausgeklammert, und Papens Verteidiger nutzte diese Lücke, um dem Gericht Dutzende von Entlastungszeugen zu präsentieren, die alle beteuerten, wie sehr sich Papen während des Kriegs um die Neutralität der Türkei und die Wiedergewinnung des Friedens verdient gemacht hätte.<sup>43</sup> Das Ergebnis war ein Freispruch, gegen den der sowjetische Vertreter des Internationalen Militärgerichtshofs einen merkwürdig lustlosen Widerspruch einlegte.<sup>44</sup> Auch wenn sie in ihren Motivationen keineswegs übereinstimmten, hielten es die Verantwortlichen des Internationalen Militärgerichtshofs für ratsam, die Nahost-Aktivitäten des Angeklagten auszuklammern.

Der Freispruch erwies sich jedoch zunächst als Pyrrhussieg. Nach seiner Freilassung wurde Papen unter Polizeiaufsicht gestellt und im Frühjahr 1947 von einer bayerischen Spruchkammer wegen seiner verheerenden Rolle bei der Etablierung der Nazi-Diktatur zur Verantwortung gezogen. Das Urteil lautete auf acht Jahre Arbeitslager und weitgehende Konfiskation des Vermögens. Auch diesmal waren die Botschafterjahre in der Türkei unerörtert

---

41 State Department Special Investigation Mission, Vernehmung Franz von Papens durch Harry N. Howard in Wiesbaden, 1.11.1945. Enthalten in: NA II, RG 332, Box 104.

42 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946 (im folgenden IMG), Bd. VI, Nürnberg 1947, Vortrag der Anklagevertretung gegen Papen am 23.1.1946, S. 87-115.

43 IMG, Bd. XVI, Nürnberg 1948, Verhör Papens durch seinen Verteidiger Dr. Kubuschkok am 18.6.1946, S. 357 ff. Die auf die Türkei bezogenen Verteidigungsdokumente Papens befinden sich in: Staatsarchiv Nürnberg, Bestand KV Prozesse IMT, Papen Dokument 94, 95, 105, 107.

44 IMG, Bd. XXII, Nürnberg 1948, S. 651-654, 674; Das Urteil von Nürnberg. Mit einer Vorbemerkung von Lothar Gruchmann, München 1977.

geblieben. Zwei Jahre später wurde das Verdikt abgemildert, die Freiheitsstrafe galt jetzt durch die seit dem April 1945 andauernde Inhaftierung als abgegolten. Papen kam wieder frei. Nachdem er sich von den Haftfolgen erholt hatte, betrieb er in den folgenden Jahren mit aller Energie seine Rehabilitierung. Aber sie missglückte – trotz des sich verschärfenden Kalten Kriegs und der restaurativen Tendenzen in Westdeutschland. Auch die konservativen politischen Strömungen der Bonner Republik verziehen Papen die Rolle nicht, die er 1932/33 gespielt hatte. Dagegen interessierten die Dienste, die Papen der NS-Diktatur während des zweiten Weltkriegs erbracht hatte, niemanden: Die Bilanz dieser Jahre ist jedoch nicht minder gravierend.

Seit seiner Ernennung zum Sonderbotschafter im April 1939 versuchte Franz von Papen, die Türkei auf die Seite der Achse Berlin-Rom zu ziehen und in eine Satelliten-Großmacht zu verwandeln. Dadurch sollten die politischen Voraussetzungen geschaffen werden, um die englischen Positionen im arabischen Westen und Osten einem groß angelegten Zangenangriff auszusetzen und das Britische Empire in seinem wichtigsten territorialen Machtzentrum zu vernichten. Diesem operativen Ziel näherte sich Papen in zwei Varianten. Im Herbst 1940 empfahl er, den deutsch-italienisch-japanischen Dreimächtepakt auf die stalinistische Sowjetunion auszudehnen, um die mit England verbündete Türkei zu erpressen und den europäischen Krieg auf den Nahen und Mittleren Osten auszudehnen. Als diese Option scheiterte und Nazi-Deutschland statt dessen über die Sowjetunion herfiel, versuchte Papen, die Türkei mit Hilfe territorialer Angebote, großzügiger Waffenlieferungskredite und unter Ausnutzung ihrer neu erwachten imperialen Tendenzen auf die ihr zugedachte Satellitenrolle festzulegen. In beiden Fällen ging es Papen nicht um die Erhaltung der türkischen Neutralität, sondern er bemühte sich um die Einbeziehung der Türkei in den faschistischen Machtblock. Erst nach dem Übergang zur strategischen Defensive seit der Jahreswende 1942/43 gab sich Papen mit einer wohlwollend neutralen Orientierung seiner diplomatischen Verhandlungspartner zufrieden.

Dem neu gewonnenen und stabilisierten Satelliten der deutschen Vormacht am Nahen und Mittleren Osten gedachte Papen die Rolle eines politischen und kulturellen Ordnungsfaktors zu. Unter türkischer Supervision sollten die nationalistischen Aspirationen des östlich-arabischen Vorfelds befriedigt werden, jedoch unter Ausschluss einer arabischen Föderation. Zusätzlich sollte die türkische Einflussphäre nach der Zerschlagung der Sowjetunion auf die Kaukasusregion und nach Zentralasien ausgedehnt werden. In beiden Fällen aber sollte das zur Weltherrschaft angestiegene Deutschland die Rolle einer superimperialistischen Vormacht einnehmen, die im Hintergrund dieses Geschehens operierte und ihre vitalen strategi-

schen Interessen im Nahen und Mittleren Osten durchsetzte. Dazu gehörte der Zugriff auf die Erdölquellen der Kaukasusregion und des Irak sowie auf die strategisch wichtigen Hafenstädte am Persischen Golf. Das Konzept beinhaltete aber auch eine neue Abgrenzung der Einflusssphären mit dem bislang dominierenden italienischen Bündnispartner, dem durch die zusätzlich zur Achse Berlin – Rom gezogene Achse Berlin – Ankara – Bagdad – Basra die an das östliche Mittelmeer anschließende Landbrücke entzogen wurde. Es handelte sich um eine den aktuellen Bedingungen angepasste Neuauflage jenes Expansionsmodells, das den deutschen Imperialismus in der Wilhelminischen Ära und während des ersten Weltkriegs dominiert hatte.

Was wäre geschehen, wenn Papen sich mit seiner Vision durchgesetzt hätte? Diese Frage ist keineswegs müßig, denn dreimal, im Herbst 1940, im Mai/Juni 1941 und im Spätsommer 1942, wäre der Nahe und Mittlere Osten beinahe zum Hauptkriegsschauplatz des zweiten Weltkriegs geworden. In allen drei Fällen wäre die hier untersuchte Variante der deutschen Kriegspolitik mit großer Wahrscheinlichkeit geschichtsmächtig geworden. Hätten sich Nazi-Deutschland und die stalinistische Sowjetunion im November 1940, Papens Intentionen entsprechend, auf eine weltpolitisch erweiterte Neuauflage des Ribbentrop-Molotow-Pakts geeinigt, dann wären die Truppen des Britischen Empire aus dem Nahen und Mittleren Osten vertrieben worden und die von Hitler, Mussolini, dem Tenno und Stalin geführte Machtgruppe hätte den Krieg wahrscheinlich rasch gewonnen.

Diese Möglichkeit tauchte nochmals im Mai/Juni 1941 am Horizont auf, als sich der Irak und die französische Levante-Armee den britischen Expeditionskorps widersetzen. Die strategische Konstellation war ebenfalls günstig, denn die USA waren noch nicht in den Krieg eingetreten, die britischen Verbände im Nahen und Mittleren Osten noch ziemlich schwach, und die Wehrmacht hatte soeben die militärische Kontrolle über die mittlere Mittelmeerregion gewonnen. Jedoch ließen die Deutschen auch dieses *window of opportunity* wieder zugehen, weil sie inzwischen fast ihr gesamtes militärisches Potential für den Angriff gegen die Sowjetunion bereitgestellt hatten. Dagegen waren die deutschen Siegeschancen im Spätsommer 1942 nicht mehr so eindeutig – trotz der Panik der angloamerikanischen Stäbe in Kairo. Auch wenn die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt kapitulierte und das „deutsche Orientkorps“ den Kaukasus überschritten hätte, wäre es sofort auf eine massiv verstärkte angloamerikanische Militärmacht gestoßen, und es ist fraglich, ob sein Erscheinen in Transkaukasien und im Norden des Iran ausgereicht hätte, um das deutsche Afrikakorps zu entlasten und Rommel die Eroberung des Suezkanals zu ermöglichen. Auf jeden Fall aber wäre der gesamte Nahe und Mittlere Osten zum Kriegsschauplatz geworden und beson-

ders stark verwüstet worden. Der Ausgang des Ringens war jedoch wegen des inzwischen voll mobilisierten und fast unerschöpflichen US-amerikanischen Rüstungspotentials ziemlich offen.

Glücklicherweise blieb der Nahe und Mittlere Osten von derartigen Perspektiven verschont. Die faschistische Achse war nicht in der Lage, die sich in dieser Region wie nirgends sonst während des zweiten Weltkriegs öffnenden *windows of opportunity* zu nutzen. Aber erst das Durchdenken dieser nicht realisierten Varianten des Geschehens macht deutlich, welche diabolische Rolle Franz von Papen in der Türkei gespielt hat. Es waren viele Zufälle und nur wenige Zwangsläufigkeiten im Spiel, die verhinderten, dass das Pulverfass, an das er die Lunte gelegt hatte, in die Luft flog.

## „Der Geist aus der Lampe“: Fritz Grobba und Berlins Politik im Nahen und Mittleren Orient

Dieser Aufsatz erhellte die deutsche Orientpolitik von der Jahrhundertwende bis nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel des Lebens von Fritz Grobba. Es geht um neue Übersichten zu den beiden Traditionen, die den Gesandten geprägt haben, zu seinem Weg und zum Stand der Literatur über ihn. Mit einem jüngst entdeckten Text<sup>1</sup> von ihm wird aus seiner Rückschau die Politik des Dritten Reichs erkundet mit der Kernfrage, wie die Alliierten auf Dr. Grobbas Aktivitäten reagiert haben. Schließlich zeigt dieser Beitrag, dass es in Bonn nach dem Zweiten Weltkrieg keine Stunde Null gab, sondern Kontinuität<sup>2</sup> und Diskontinuität, womit sich der Forschung neue Aufgaben stellen, die hier am Ende umrissen werden.

Fritz Grobba, ein Dragoman und Anwalt, prägten zwei Traditionen. Die erste äußerte sich im Paradigma der sekundären deutschen Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient, die der primären Politik gegenüber Europa und Amerika stets untergeordnet war. Dabei ging es darum, durch diese Orientpolitik ungewünschte Allianzen unter den deutschen Nachbarn zu verhindern. Indem Berlin die Orientalische Frage offen hielt, suchte es von der Lage eines Vermittlers zu profitieren. Dr. Grobba betrieb diese Politik deutlich in Kabul, weniger in Bagdad und Riyad. Der Konflikt, der für ihn daraus folgte, dass die Orientpolitik als Mittel zum Zweck von Zielen außerhalb der Region betrieben wurde, verminderte sich, als Berlin beim Griff nach der Weltmacht im Zweiten Weltkrieg von der sekundären Politik des Friedens zur primären Politik des Kriegs im Nahen und Mittleren Orient übergang.

In der zweiten Tradition stand Dr. Grobba als „Bevollmächtigter des Auswärtigen Amtes für die Arabischen Staaten“ und als Leiter des „Arabien-Komitees“ im Auswärtigen Amt: Die politische Nutzung des Islams. Er steuerte dies in den wöchentlichen Sendungen, die in arabischer Sprache in den Nahen und Mittleren Orient übertragen worden sind, sowie durch die Hilfe des Jerusalemer Großmuftis Amin al-Husaini. So rief Grobba an der magi-

---

1 W. G. Schwanitz, Nahostpolitische Retrospektive Dr. Fritz Grobbas (1886–1973), in DAVO-Nachrichten, (2001) 14, S. 53–56.

2 Ders., Paradigmen der Nahostpolitik in Bonn und Ostberlin, in ebd., (2001) 13, S. 51–55; zum großen Bild: L. Carl Brown, International Politics and the Middle East, Princeton 1984.

schen Lampe und beschwor einen Geist herauf, der nichtreligiöse Kriegsziele religiös bemäntelte. Obwohl er sich nach dem Weltkrieg nicht prinzipiell von der Ideologie der Nazis distanziert hat, so kritisierte er doch deren Orientpolitik. Als er Mitte der 50er Jahre aus der Lagerhaft heimkam, fand er eine sich im Zuge des Kalten Krieges spaltende Welt vor. Der Westen versuchte, die Ausweitung totalitärer Ideologien einzudämmen. Da entschied sich Grobba, seine Einsichten aus einem Vierteljahrhundert im Orient den westlichen Alliierten darzutun. Wie zu zeigen ist, beteiligte er sich am Wissenstransfer nach Washington DC, das nach dem Sues-Krieg die westliche Führerschaft gleichwohl in Nah- und Mittelost übernahm. Wie kann dies in seinen Weg eingeordnet werden?

### Hauptereignisse im Lebensweg Dr. Fritz Grobbas

- |            |   |
|------------|---|
| 18.07.1886 | geboren Gartz an der Oder   |
| 1908–1913  | Studium Jura, Volkswissenschaft und orientalische Sprachen<br>Türkisch, Arabisch und Persisch   |
| 17.05.1913 | Gerichtsreferendar, Promotion zum Dr. jur.  |
| 04.12.1913 | als Dragomanatsaspirant dem Kaiserlichen Konsulat in Jerusalem zugeteilt  |
| 1914–1918  | Leutnant in Flandern und Palästina, Kommandeur eines Bataillons arabischer Kriegsgefangener aus Frankreich, auch Ordonanz des Generals Kress von Kressenstein   |
| Juli 1921  | zweites Staatsexamen, Gerichtsassessor und Vizekonsul der Passstelle in Köln  |
| 06.09.1922 | Einberufung in das Auswärtige Amt, dort zunächst in der Rechtsabteilung; seit demselben Jahr gehört Fritz Grobba der Freimaurer-Loge „Zur Beständigkeit“ an, in der er den 7. Grad erreicht und aus der er ein Dutzend Jahre darauf seinen Austritt erklärt |
| 29.01.1923 | Dr. Grobba ist in der Abteilung III, Referat Vorderer Orient  |
| 24.10.1923 | als Konsul mit der Errichtung der diplomatischen Vertretung in Kabul beauftragt   |
| 14.09.1924 | als Gesandtschaftsrat auch Geschäftsträger in Afghanistan bis 9. Juni 1926  |
| 01.10.1926 | im Auswärtigen Amt, Abteilung III, Referent für Persien, Afghanistan und Indien   |
| 29.02.1932 | kommissarische Leitung des Konsulats in Bagdad, zugleich dort Geschäftsträger   |
| 25.10.1932 | zum Gesandten in Bagdad ernannt, Geschäftsübernahme am 23. November 1932  |

- 30.01.1938 Ausdehnung von Fritz Grobbas Zuständigkeit auch auf das Königreich Saudi-Arabien
- 13.02.1939 Übergabe seines Beglaubigungsschreibens bei König Abd al-Aziz Al Saud in Jidda (Grobbas Reise 17.01.-25.02.1939)
- 17.06.1939 Hitler empfängt Khalid Al Hud: Ausbau der Beziehungen über Dr. Grobba in Jidda
- 06.09.1939 Grobbas Rückkehr nach Berlin nach dem Abbruch der Beziehungen durch Bagdad
- 18.10.1939 im Auswärtigen Amt – „Wilhelmstraße“, Staatssekretär Wilhelm Keppler zugeteilt
- 07.12.1939 Professor Beck bescheinigt Grobbas Persisch-Kenntnisse
- 21.03.1940 das Auswärtige Amt erteilt Genehmigung zur Übersiedelung Fritz Grobbas nach Berlin
- Mai 1941 Sonderbeauftragter im Irak, dort 6. Mai bis 6. Juni; Irak-Unternehmen „Sonderstab F“
- 28.11.1941 Hitler empfängt den Jerusalemer Großmufti Amin al-Husaini; Joachim von Ribbentrop und Fritz Grobba sind anwesend
- Febr. 1942 „Bevollmächtigter des Auswärtigen Amtes für die arabischen Länder“, Besprechungen mit dem Großmufti von Jerusalem und dem irakischen Expremier Rashid Ali al-Kailani in Rom; in Berlin sympathisiert Grobba mehr mit dem Iraker als dem Palästinenser (Grobbas Reise nach Rom 05.02.-07.03.1942)
- 17.07.1942 Grobba berichtet: Vier Begleiter Rashid Ali al-Kailanis und Muhammad Amin al-Husainis besichtigten in deren Auftrag das KZ in Oranienburg, wo sich die Araber insbesondere für die dortigen Juden interessiert hätten
- 06.09.1942 Martin Bormann, NSDAP-Parteikanzlei, an das Auswärtige Amt: es sei ausgeschlossen, dass sich Grobba von den Ideen der Freimaurerei gelöst habe, auch habe dieser mehrere Jahre nach 1933 reichsangehörige Juden in Bagdad zu Empfängen eingeladen; da „Juden und Freimaurer im Vorderen Orient eine entscheidende Rolle spielen“, möge Grobba nicht mehr Iraks Premier Rashid Ali al-Kailani betreuen, sondern dies soll ein „weltanschaulich besonders gefestigter Mann“ tun; zu Dr. Grobbas Gunsten lässt Bormann nur gelten, dass diesem Hitler „kürzlich das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse mit Schwertern verliehen“ habe
- 18.12.1942 Hans Schroeder, Personalchef des Auswärtigen Amtes, teilt Bormann mit: Dr. Grobba ist seines Amtes enthoben worden

- 24.12.1942 Zweigstelle der Deutschen Archiv-Kommission in Paris zuge-  
teilt, liest Orient-Akten
- 29.07.1943 Professor Jäschke bestätigt in einer ordentlichen Prüfung  
Grobbas türkische Sprachkenntnisse
- 03.04.1944 Rückkehr nach Deutschland ins Auswärtige Amt, im Archiv  
Glogau bei Hermsdorf
- 10.06.1944 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, noch bis Jahres-  
ende im Auswärtigen Amt
- 30.09.1944 freigegeben zum Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie im  
Zuge der durch Hitler angeordneten Aktion „Totaler Krieg“,  
Grobba kommt zur Landesregierung Dresdens, Wehrkreis IVa  
nach Kriegsende Oberstaatsanwalt in Meiningen, dort sowjeti-  
sche Verhaftung, Prozeß und zehn Jahre Gefangenschaft we-  
gen „Spionage“, Rückkehr aus der UdSSR 1955
- Mitte 1946 Fritz Grobba beendet sein Supplement zu Heelmuth Felmys  
und Walter Warlimonts Studie P-207
- Mitte 1956 Fritz Grobba reist erstmals wieder nach dem Weltkrieg unter  
anderem nach Bagdad
- 29.07.1957 Grobba ergänzt zwei Indien und Tibet betreffende Seiten zu  
seinem Supplement zu P-207 in Stuttgart
- 03.03.1958 zu Gast König bei Abd al-Aziz, Grobba strebt dort Deutsch-  
Arabische Gesellschaft an
- 10.10.1958 Deutsch-Arabische Gesellschaft in Ostberlin gegründet, ihr  
Präsident ist der Nahostbevollmächtigte Dr. Ernst Scholz
- 1959 Dr. Fritz Grobba zieht nach Bad Godesberg; er ist Berater  
beim Aufbau auswärtiger Gremien der Bonner Republik
- Sept. 1963 Fritz Grobbas letzte Reise nach Irak, Syrien und Libanon (mit  
seinem Sohn Udo Grobba)<sup>3</sup>
- 1967 Dr. Grobbas Memoiren „Männer und Mächte im Orient“ er-  
scheinen in Göttingen
- 02.09.1973 Dr. Fritz Grobba verstirbt in Bad Godesberg

### Lücken in der Literatur über Dr. Fritz Grobba

Wie steht es um die bisherige Forschung über Fritz Grobba? Abgesehen von seinen erwähnten Memoiren Ende der 60er Jahre, die sein längerjähriger Rivale Werner Otto von Hentig so ungünstig besprach<sup>4</sup>, sind über ihn nur wenige Beiträge hinzugekommen, wobei polemische Werke, die ihn falsch als den

3 Ich danke Herrn Udo Grobba für seine Auskünfte, 22.08.2002 und 03.10.2003, und für die Unterstützung.

„Nazi-Diplomaten“ im Nahen und Mittleren Orient einstuften, nicht einbezogen werden sollen.<sup>5</sup> Wie noch zu zeigen ist, konnte Fritz Grobba als Freimaurer nicht der NSDAP angehören, obgleich er gewiss die Interessen des Dritten Reichs in jenen Regionen vertreten hat. Zwar realisierte und konzipierte er diese Politik mit, jedoch war er kein verblendeter Ideologe der Nazis.

Wichtig ist das von Uriel Dann edierte Buch mit Aufsätzen, die Grobbas Mission in Afghanistan, Irak und Saudi-Arabien ausloten.<sup>6</sup> Den besten ausländischen Überblick über Fritz Grobba gibt Francis R. Nicosia.<sup>7</sup> Edgar Flacker trat in London durch seine solide Quellenarbeit<sup>8</sup> hervor, die freilich jüngst entdeckte Unterlagen nicht berücksichtigt. Eine französische Sicht auf Grobba bergen Chantal Metzgers Bände über das französische Kolonialreich und die Strategie des Dritten Reichs.<sup>9</sup> Einige jüngere Entdeckungen über das durch die Deutschen in der Türkei veräußerte Raubgold tangieren Grobbas Aktivitäten wie dies auch der Fall ist in manchen Beiträgen Gerhard Höpps.<sup>10</sup>

Allerdings sind mehrere Lücken zu beklagen. Nach wie vor fehlt ein synoptisches Werk über den Nahen und Mittleren Orient sowie Nazi-Deutschland, das sich sowohl auf deutsche als auch auf orientalische Quellen stützt, also auf arabische, hebräische, türkische und iranische. Eine solche

4 W. O. von Hentig, Ein Korb von Ibn Saud. Besprechung zu Fritz Grobba, Männer und Mächte im Orient, 25 Jahre diplomatischer Tätigkeit im Orient, Göttingen 1967, in: Die Zeit, 29.03.1968.

5 Ausf. vgl. W. G. Schwanitz, Gold, Bankiers und Diplomaten. Zur Geschichte der Deutschen Orientbank, Berlin 2002, S. 16–158; dazu zählt auch die Arbeit eines erklärten Grobba-Gegners, W. Kohlhaas, Hitler-Abenteuer Irak, Freiburg/Br. 1989.

6 Y. L. Wallach, The Weimar Republic and the Middle East: Salient Points, in: U. Dann (Hrsg.), The Great Powers in the Middle East 1919–1939, New York 1988, S. 271–273; A. Hillgruber, The Third Reich and the Near/Middle East, 1933–1939, ebd., S. 274–282; B. Lewis, Epilogue to a Period, ebd., S. 419–425.

7 F. R. Nicosia: Fritz Grobba and the Middle East Policy of the Third Reich, in Edward Ingram (Hrsg.), National and International Politics in the Middle East, London 1986, S. 206–228.

8 E. Flacker, Fritz Grobba and Nazi Germany's Middle Eastern Policy, 1933–1942, London 1998, Bibliographic S. 376–382.

9 Ch. Metzger, L'Empire colonial français dans la stratégie du Troisième Reich 1936–1945, Brüssel 2002, Bde. I, II.

10 G. Höpp, Der Koran als 'Geheime Reichssache', Bruchstücke deutscher Islampolitik zwischen 1938 und 1945, in: H. Preißler/H. Seiwert (Hrsg.), Gnosisforschung und Religionsgeschichte, Marburg 1994, S. 435–446; G. Höpp, Araber im Zweiten Weltkrieg – Kollaboration oder Patriotismus?, in: W. Schwanitz (Hrsg.), Jenseits der Legenden: Araber, Juden, Deutsche, Berlin 1994, S. 86–92; G. Höpp, Der Gefangene im Dreieck. Zum Bild Amin al-Husseini in Wissenschaft und Publizistik seit 1941, in: R. Zimmer-Winkel (Hrsg.), Eine umstrittene Figur, Hadj Amin al-Husseini, Mufti von Jerusalem, Trier 1999, S. 5–23; ders., Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940–1945, Berlin 2001.

Studie sollte gleichwohl die Berliner orient-politischen Paradigmen wie auch die Politik der jungen Großmacht im Orient berücksichtigen, die der USA.<sup>11</sup> Eine Hürde erwächst daraus, dass es zu wenige Quellenstudien aus dem Raum gibt, die auch Deutschland und Amerika gebührend erhellen. Arbeiten in dieser Richtung leisteten Israel Gershoni in Israel, Wagih Abd as-Sadiq Atiq in Ägypten und Fahd bin Abdallah as-Simmari in Saudi-Arabien während der 90er Jahre, obzwar dieses Feld noch nicht dicht genug bestellt ist.<sup>12</sup>

Sicher geht nun die Zeit ihrem Ende entgegen, in der es noch schlagende Entdeckungen zu Fritz Grobba in Europas Archiven gibt, von den privaten Sammlungen abgesehen. Hingegen kann Neues aus Archiven in Ägypten, Afghanistan, Irak, Saudi-Arabien, Syrien, der Türkei und Israel erwartet werden. Das trifft auch auf Archive in Amerika und Russland zu, dort Akten des beschlagnahmten deutschen Feindbesitzes in Nationalarchiven. Gewiss, der archivalische Zugang ist verschieden. Indes er in Washington und Jerusalem relativ einfach ist, sind in anderen Ländern nationale Archive noch im Aufbau oder viele Kollektionen gesperrt. So sehr also der Ruf nach multi-archivalischen Grundlagen berichtigt ist, so sehr stößt er weiterhin auf nationale Schranken.

### Die Berliner Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient um 1900

Bevor nun anhand eines jüngst entdeckten Textes von Grobba durch die Brille seiner Rückschau die Politik des Dritten Reichs mit der Kernfrage erkundet werden soll, wie denn die Alliierten auf dessen Aktivitäten reagiert haben, sei kurz an die Konstanten der Berliner Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Dritten Reich erinnert. Prägnant äußerte sich Otto von Bismarck darüber vor dem Reichstag. Der Kanzler sagte den Abgeordneten Anfang 1888 dies, hier verkürzt:

1. Gelegen mitten in Europa, ist Deutschland durch seine geographische Lage im Kriegsfall sehr verletzlich, kann es doch auf mindestens drei Fronten angegriffen werden.

---

11 W. G. Schwanitz: Die USA, das Dritte Reich und Nahost: Das Beispiel Ägypten, in DAVO-Nachrichten, 4 (9-1998) 8, S. 91-94.

12 I. Gershoni, Confronting Nazism in Egypt. Tawfiq al-Hakim's Anti-Totalitarianism 1938-1945, in Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Tel Aviv 1997, S. 121-150; Wagih Abd as-Sadiq Atiq, Al-Gaish al-Misri wa al-Alman fi athna al-Harb al-Alamiya ath-Thaniya [The Egyptian Army and the Germans during World War II]. Kairo 1993; Fahd Bin Abdallah As-Simmari, Al-Malik Abd al-Aziz wa Almaniya 1926-1939 (King Abd al-Aziz and Germany 1926-1939), Beirut 2001.

2. Eine besondere Bedrohung erwächst aus ungewünschten Koalitionen gegen die Deutschen durch Nachbarn wie Frankreich und Russland (sowie, kann hier noch ergänzt werden, durch Großbritannien).
3. Deutschland muss sich in der Mitte immer stark genug halten, um nicht Angriffe durch andere Seiten zu provozieren.<sup>13</sup>

Schon aus dieser Lage entsprang ein Problem. Einerseits musste Berlin eine Macht bewahren, die in der Lage war, drei mögliche Gegner abzuschrecken. Andererseits konnte jeder dieser Gegner für sich genommen diese Macht als zu bedrohlich für seine Kräfte allein empfinden. Daraus folgte nicht nur unweigerlich ein Wettrüsten, sondern auch ein System flankierender Pakte und anderer Bündnisse. In dieses dynamische Ungleichgewicht nationaler Kräfte in Mitteleuropa spielte die Orientalische Frage hinein. Erwuchs sie noch im Mittelalter aus der Stärke islamischer Imperien, so entsprang sie in der Ära europäischer Kolonialreiche aus deren Schwäche, namentlich aus dem sichtbaren Niedergang des Osmanischen Reichs. Bismarck betrachtete die Orientalische Frage, wer was aus der osmanischen Erbmasse erhalten werde, als willkommenes Mittel, um mögliche Allianzen seiner Nachbarn zu torpedieren.

Sucht man die Essenz von Bismarcks Ansichten und seiner Politik sowie die Wilhelm II., so zeigen sich um 1900 drei Leitmotive der Berliner Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient: Erstens werden Friedensnetze um das reichsdeutsche Zentrum schon an den Rändern Europas aufgespannt. Zweitens erwachsen aus der offen zu haltenden Orientalischen Frage die Sicherheitshebel für die Berliner Europa- und Amerika-Politik. Drittens bilden die Achtung des Status quo (Bestandsachtung), der Verzicht auf eigene Kolonien oder Territorien in dieser Region (Gebietsverzicht) und die diplomatische Vermittlung in orientalischen Krisen (Konfliktvermittlung) drei Säulen dieser Politik, die den nationalen Zusammenhalt der Deutschen bestärkt.<sup>14</sup>

Vor dem Hintergrund dieser sekundären und nicht-imperialen Berliner Friedenspolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient nahm Grobbs Werdegang seinen Lauf. Obwohl also dieser Kurs aktiv und direkt verfolgt wurde, hatte er gegenüber der vorrangigen Europa- und Amerika-Politik einen zweitrangigen Charakter. Für Berlin gab daher der Nahe und Mittlere Orient eine Projektionsfläche für das Manipulieren der Orientalischen Frage im Interesse der Deutschen in Mitteleuropa ab. Dies musste vor allem den deutschen Gesandten in dieser Region viel Frustration bereiten, denen es angelegen war, dass ihre Gastländer für Berlin zum bilateralen Selbstzweck aufrückten.

---

13 Otto von Bismarck im Reichstag, 06.02.1888, in: H. Wolter (Hrsg.): Otto von Bismarck. Dokumente seines Lebens 1815–1898, Leipzig 1989, S. 401-402.

14 Diktat Bismarcks, Kissingen 15.06.1877, ebd., S. 320-321.

## Berlins Politik im Nahen und Mittleren Orient in der Weimarer Republik und im Dritten Reich

Im Ersten Weltkrieg wechselte Berlin zur primären Kriegspolitik gegenüber Frankreich, Russland und Großbritannien über. Damals verbündet mit dem Osmanischen Reich, entwickelte die Wilhelmstraße – der einst übliche Begriff für das dortige Auswärtige Amt – eine Strategie der „islamischen Revolten“ im kolonialen Hinterland seiner Gegner. Vater dieses doppelten Konzepts des Krieges durch Truppen an der Front und durch Aufbegehren in der Tiefe war Max von Oppenheim.<sup>15</sup> Fritz Grobba, seiner ersten Ausbildung nach Gärtner und nun türkischer Offizier, erlebte dabei seine Feuertaufe als Leutnant und Kommandeur einer Einheit von arabischen Kriegsgefangenen in Flandern und Palästina.

Die Lage änderte sich freilich dramatisch durch die deutsch-osmanische Niederlage und durch die Folgen des Versailler Vertrags. Berlin hatte keine Kolonien und kein Wort mehr in internationalen Belangen mitzureden. Der Völkerbund versuchte, die Orientalische Frage zu regeln, freilich ohne die Berliner Weltpolitik. Die Weimarer Republik kehrte rasch zur sekundären Friedenspolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient mit ihren beiden Säulen zurück: Bestandachtung und Gebietsverzicht. Die dritte Säule, die Vermittlung in Konflikten, war von Berlin nicht mehr gefragt, das Auflagen der Sieger Folge leisten musste und daher tunlichst neue Konflikte mit den Mandatsmächten im Orient vermied. Dennoch wurde Berlin ein Faktor für die nach Unabhängigkeit strebenden Länder, denn es war für seine imperienkritische Linie und für seine Leistung in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft bekannt. Auf der Suche nach Alternativen gegenüber Fremdherrn wandten sich arabische und andere Nationalisten gern Deutschen zu, die ihrerseits so wieder Zugang zur Region fanden.

In diesen Jahren standen im Auswärtigen Amt Schülers Reformen auf der Tagesordnung, die dem Aufbau der Wirtschaft und dem Abschneiden alter Zöpfe galten. So sollte es möglich werden, Anwärter in den auswärtigen Dienst aus allen Sparten der Ausbildung zu erhalten und die „eurozentrierte Vormacht der juristischen Generalisten“ zugunsten von vielen regionalen Spezialisten abzubauen. Als Dragoman, ein rechtsgelehrter Experte für orientalische Sprachen, lag Fritz Grobba dabei genau richtig. Fünf Jahre nach Kriegsende erhielt er den Auftrag, die deutsche Gesandtschaft in Kabul zu errichten. Afghanistan war als Nachbar Sowjetrusslands von besonderem Gewicht und so übte sich der Diplomat mit Erfolg in den Regeln der sekundären

---

15 Ausf. mein Beitrag Djihad „made in Germany“: Der Streit um den Heiligen Krieg 1914–1915, in: Sozial.Geschichte, 18(2003)2, S. 7-34.

Politik im Mittleren Orient. Er gewann eine weite Weltsicht, denn dort ging es gleichwohl um das Schicksal Indiens und des Britischen Empires überhaupt.

An der Wende zu den 30er Jahren durchlief Deutschland das Auf und Ab der Weltkrise, die sich auch im Nahen und Mittlern Orient auswirkte. Dort traten neue Länder auf die Weltbühne wie Irak, Saud-Arabien und Syrien. Andere wie Ägypten und die Türkei wurden formell unabhängig. Aber sie entbehrten eines Schirmes, den das Osmanische Reich dargestellt hat. Doch das Kalifat wurde abgeschafft. In Palästina brauten sich neue Konflikte zusammen, die im Zusammenhang mit der Einwanderung von Juden standen. London hatte ihnen dort eine nationale Heimstatt versprochen, gegen die sich die Araber wehrten. Vor diesem Hintergrund wirkte Fritz Grobba als Gesandter in Bagdad. Sein Legationssekretär war Dr. Günther Pawelke, dessen Nachlass eine ergiebige Quelle bildet.<sup>16</sup> Für Grobba wurden es seine maßgebenden sieben, für Pawelke seine lehrreichen drei Jahre im Mittleren Orient.

Als Hitler an die Macht kam, änderte sich für Grobba zunächst wenig in den Richtlinien der Orientpolitik. Für den Diktator war dieser Raum wenig bedeutend und später eine Domäne Italiens. Dennoch resultierten aus dieser sekundären Politik für den Bagdader Gesandten nicht wertige Konflikte, wie zu zeigen ist. Zwar stieg Grobba dann in einer parallelen Akkreditierung zum Gesandten in Riyad und im zweiten Kriegsjahr zum „Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für die arabischen Länder“ auf, doch kam seine Karriere Ende 1942 im Gefolge einer Intrige zum Absehluss. Wie können vor diesem persönlichen Hintergrund die Leitmotive der Politik des Dritten Reichs gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient hier zusammengefasst werden?

Berlin verfolgte erstens wieder eine sekundäre Friedenspolitik im Nahen und Mittleren Orient in seinem Streben nach Weltherrschaft. Zwar stand es zunächst noch in der Kontinuität der Weimarer Republik, jedoch hätte es die Säulen dieser Politik bei Bedarf umgestoßen: die Bestandsachtung und der Gebietsverzicht. Das Dritte Reich wechselte dort im Bündnis mit Italien seit 1941 (bis 1943) zu einer primären Politik des Krieges, die sich gegen die Alliierten richtete. Berlin betrachtete die Region weiterhin als Kampf- und Durchzugsgebiet, nicht aber als einen Raum für deutsche Kolonien oder Siedlungen. Zunächst überließ Hitler dies gern Benito Mussolini. Im Falle des deutsch-italienischen Sieges hätte er auch dort die Bedingungen diktiert. Nach einem Sieg über Moskau plante Hitler den Kampf gegen das britische Weltreich wieder aufzunehmen. Dem hätte ein arabischer Staatenbund in Abhängigkeit von den Mächten der Achse gedient, wofür Amin al-Husaini und Rashid Ali al-Kailani bereitstanden. Wider, jedoch subtiler, schürte Berlin den Heiligen Jihadkrieg in den kolonialen Hinterländern seiner Gegner. Dabei halfen Ara-

<sup>16</sup> Ich danke Maria Pawelke für ihre Auskünfte.

ber, wobei der Großmufti auch muslimische Truppen unter dem Hakenkreuz rekrutierte. Fritz Grobba wiederum hoffte, beim Auftauchen des ersten deutschen Flugzeugs würde ganz Arabien aufstehen.<sup>17</sup>

Grobba spielte eine herausragende Rolle in Berlin und im Nahen und Mittleren Orient. Er, ein hoch gebildeter Beamter mit tiefer Zuneigung zu den dortigen Menschen und ihren Schicksalen, gewann Freunde speziell unter Arabern und Türken. Abgesehen davon, dass er ein Bewunderer ihrer Geschichte, Kultur und Zivilisation und ein eifriger Sammler von arabischen Antiquitäten war, übte er sich in den Regeln und Methoden des Auswärtigen Amts auf seinem Posten. Er war nicht nur ein gefragter Ansprechpartner für die deutschen Dienststellen, darunter das Außenpolitische Amt der NSDAP unter Alfred Rosenberg, sondern ihn konsultierten namhafte Orientalen aus Afghanistan, Irak, Saudi-Arabien, Ägypten und Palästina. Schon in den dreißiger Jahren gewann er eine legendäre Statur in der Region. Aber wie sah es intern aus?

Innerhalb des Auswärtigen Amts, in der Wehrmacht und der Luftwaffe hatten sich in der Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient bestimmte „Sympathieschaften“ herausgebildet. Ihre Beteiligten hingen taktisch mehr oder weniger voneinander ab, halfen sich und hegten gleiche oder ähnliche Antipathien, wobei sie bestimmte Pläne oder das berufliche Vorankommen ihrer Kollegen auf der anderen Seite zu torpedieren suchten. Dabei schälten sich zwei Netzwerke heraus, wobei hier anzumerken ist, dass der Sonderstab F (Hellmuth Felmy) dem Amt Ausland/Abwehr unterstanden hat.<sup>18</sup>

Auf der einen Seite waren Fritz Grobba, Hans-Ulrich Granow, Rudolf Rahn, Hellmuth Felmy, Franz von Papen, Theodor Habicht, Ernst Wilhelm Bohle, Wilhelm Keppler, Hans-Joachim von Ribbentrop und Hermann Göring. Diese „Linie Ribbentrop“ trat durch orient-politische Vorstöße für die Zertrümmerung des britischen Weltreichs<sup>19</sup> oder der Revolutionierung des kolonialen Hinterlandes der Gegner durch die Inszenierung von Jihad-Aufzügen auf. Sie lag personell und geistig in der Tradition der Ansinnen von Diplomaten, Akademikern und Generälen um Max von Oppenheim Anfang des Ersten Weltkriegs. Viele haben damals als „Asienkämpfer“ ihre Prägung erfahren.

Die andere Seite stellten Werner Otto von Hentig, Curt Prüfer, Erwin Ettel, Wilhelm Melchers, Wilhelm Kohlhaas, Ernst Woermann, Günther Pawelke,

17 ParchWGS, NL 1900, Brief an Junck, Ascona, 19.01.1964, gez. Pawelke: Aber Arabien stand auf, um das erste deutsche Flugzeug abzuschießen, schrieb Pawelke dazu mit Blick auf den Tod Major Axel von Blombergs 1941; W. Kohlhaas, a.a.O.

18 USArchII, R901, 61124ff., An Auswärtiges Amt, Sonderstab F, Berlin, 15.08.1942, gez. Canaris.

19 Diese Aufgabe erteilte Ribbentrop an Unterstaatssekretär Theodor Habicht laut Melchers Rückschau von 1947.

Werner Junck, Wilhelm Canaris, Hans Speidel, Albert Kesselring und Ernst von Weizsäcker. Diese „Linie Weizsäcker“ übte sich in „orient-politischer Obstruktion“, was entweder bedeutete, den abenteuerlichsten Plänen, den Nahen und Mittleren Orient zum nächsten Kriegsschauplatz zu machen, zu widerstehen, oder diese Region, besonders die Türkei, zum Feld für Widerständler gegen Hitler zu erheben. So wundert es nicht, dass auch Günther Pawelke Mitte 1941 eine Anzeige wegen Sabotage des Irak-Unternehmens<sup>20</sup> erhielt und dass Parteinstanzen ein Verfahren gegen ihn beantragten.<sup>21</sup> Gleichwohl setzte ihn die Münchner Parteikanzlei auf die sogenannte Abbauliste („Liste 3“) mit all den Namen der „politisch Unzuverlässigen“ im Auswärtigen Amt.<sup>22</sup> Sowohl Orient-Aktivisten als auch die Orient-Obstruktionisten und die Widerständler haben nicht nur Hitler beeinflusst, sondern auch nach 1945 fortgewirkt – bei der Entnazifizierung, bei Prozessen und Klagen, bei den Wiederverwendungen und beim Aufbau neuer Ämter sowie der Bundeswehr.

Sonderstellungen gegenüber den Seilschaften hatten zuvor Franz Halder, Oskar Ritter von Niedermayer<sup>23</sup>, Erwin Rommel und Walter Warlimont. In zwei Fällen, bei Günther Pawelke und Wilhelm Kohlhaas<sup>24</sup>, gab es eine frühe Bindung gegenüber Fritz Grobba, die in eine kritische Distanz mündete. Für Grobba trat Max von Oppenheim bei seinem neuerlichen Vorschlag zur Inszenierung eines Jihads 1940 ein, der freilich schon Pensionär war. Gegen Grobba war Martin Bormann, der zweimal dessen Abberufung verlangte, da er Freimaurer und nicht in der Partei war, „aber Ribbentrop hat mich als Sprachkenner und Orientexperten behalten“.<sup>25</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben vor allem Leute der Weizsäcker-Linie das „Irak-Abenteuer“ Fritz Grobba angelastet. Ihr Vorwurf war, dass Grobba in Verkennung der Realitäten zum einen die irakischen Nationalisten zum Putsch angestiftet habe und zum anderen falsche Angaben über die Ursachen des Scheiterns der dortigen Hilfsaktion gegenüber Berlin gemacht habe, die speziell Oberst Werner Junck als Jagdfliegerführer und Chef des „Sonderunternehmens Werner Junck“ trafen. Hermann Göring wies „auf Grund eines ihm zugeführten Berichtes des Gesandten Dr. Grobba“ am 1. Juli 1941 eine kriegsgerichtliche Untersuchung an. Dieses Verfahren wurde eingestellt, da

20 Zum Sonderstab Felmy siehe H.-U. Seidt, Berlin – Kabul – Moskau, Oskar Ritter von Niedermayer und Deutschlands Geopolitik, München 2002, S. 311-316.

21 PArchWGS, NL 1900, Erklärung, Bonn, 13.10.1950, gez. Haas.

22 Ebd., Erklärung, Frankfurt/Main, 14.10.1950, gez. Hans Schroeder.

23 Seidt (Anm. 20).

24 W. Kohlhaas, Hitler-Abenteurer im Irak. Ein Erlebnisbericht, Freiburg 1989.

25 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.03.1965, Leserschrift des Gesandten a. D. Dr. Fritz Grobba (auf Zeilen Dr. Arnshergs, ebd., 13.03.1965, und Botschafter a. D. Zavors, ebd., 16.03.1965).

„die erhobenen Vorwürfe gegen Werner Junck gegenstandslos waren und eine Pflichtverletzung im Felde, wie im Funkspruch Dr. Grobbas dargestellt, objektiv nicht vorgelegen“ habe.<sup>26</sup>

Werner Junck erinnerte sich und betonte, dass er seine Schuldigkeit als Kommandeur hervorragend getan habe und dass jenes Irak-Unternehmen an den unmöglichen Nachschubfragen scheiterte, für die sein Sonderkommando nicht verantwortlich gewesen sei.<sup>27</sup> Sogar er, der den Raum vom Ersten Weltkrieg her kannte, sah aber nicht Grobba, sondern die Wehrmacht als verantwortlich an.

Orientreferent Wilhelm Melchers beurteilte Fritz Grobba, den „deutschen Lawrence“, wie er es nannte, so:

„Grobba selbst war als hochgradiger Freimaurer im dritten Reich schwer belastet und nur seiner Orientierung wegen (er stammte aus der Dragomanlaufbahn) zu halten gewesen. Er hatte große Kenntnisse in personalibus orientalibus, die ihm den Ruf eines erstklassigen Orient-Fachmannes eintrugen. Er war fleißig, betriebsam und ehrgeizig.“<sup>28</sup>

#### Der Ursprung von Fritz Grobbas Supplement zur Studie P-207<sup>29</sup> nach dem Zweiten Weltkrieg

Melchers Zeilen sind zwei Jahre nach dem Krieg in Nürnberg entstanden. Zu dieser Zeit war Dr. Grobba noch in russischer Gefangenschaft. Als er dann nach zehn Jahren heimkehrte, hatte Franz Halder ehemalige Generäle und Diplomaten gefragt, für die „Historical Division, Headquarters, United States Army, Europe“ Studien über ihre Erfahrungen im Weltkrieg abzufassen. Die

26 Chef des Luftwaffenpersonalamts an Herrn Oberst Junck, Hauptquartier, 20.09.1941, Feststellungen zur Bekanntgabe an Generäle Felmy, Jeschonnek, Kortens, Admiral Canaris, Hauptmann Leythaeuser und Oberst Roediger von Manteuffel, gez. Kastner.

27 PAArchWGS, NL 1900, Brief an Günther Pawelke, zur Zeit München, 20.02.1954, gez. Junck.

28 Ursprung des Irakunternehmens, gez. Wilhelm Melchers, Nürnberg, 11.08.1947, S. 1.

29 U.S. National Archives II, MD (nachf. USArchII), Record Group (RG) 338, Historical Division, Headquarters, U.S. Army Europe, Record of the U.S. Army Commands, Foreign Military Studies, FMS, Mss. P-207, German exploitation of Arab nationalist movements in World War II by Franz Halder (introduction, 1955, 1957), Hellmuth Felmy (study 1955), Walter Warlimont (study, 1955), and Fritz Grobba (supplement, 1956), 300 pp. Englische und deutsche Versionen der Foreign Military Studies (FMS) Manuscripts der Ethint-, A-, B-, and C-Serien auf Mikrofiche; bei P- und T-Serie nur Englisch; die englische Version P-207 in USArchII, RG290, 35/34/02, Box 77, 117 pp. Indes es Warlimonts and Felmys Beitrag in Englisch und auf Mikrofiche gibt (dies sagt der Buchstabe P), ist Grobbas Supplement weder auf Englisch noch auf Mikrofiche vorhanden.

Amerikaner bezahlten dafür ein Honorar. Wie lässt sich nun der Text Dr. Grobbas einordnen?

Wie beim Stand der Literatur beschrieben, gibt es im Grunde nur zwei Gruppen von Quellen. Da sind einerseits die Akten aus den Ländern und Privatsammlungen bis 1945. Andererseits verfügen wir über publizierte und unpublizierte Quellen, die später durch Betroffene angefertigt worden sind. Viele davon entstanden mit einer klaren Zweckbindung, etwa in Nürnberg als Zeugnis der Tribunale. Andere sind Memoiren, die eine nicht minder zweifelhafte Quellengattung vorstellen. Sie unterliegen all den Regeln, wie das menschliche Gedächtnis wirkt: unangenehme Dinge werden gern verdrängt oder vergessen, erfreuliche Sachen leicht überhöht, zum Beispiel in Grobbas „Männer und Mächte im Orient“, die später, zwei Jahrzehnte nach Kriegsende entstanden.

Dies trifft kaum auf Grobbas Supplement zur Schrift „Die deutsche Ausnutzung der arabischen Eingeborenenbewegung im zweiten Weltkrieg“ zu. Denn sein Zusatz entstand elf Jahre nach dem Kriegsende, als der sog. Wilhelmstraßen-Prozess in Nürnberg längst vorbei war. Es gab also dafür keine unmittelbare juristische Zweckbindung. Gleichwohl war dieser Text nicht zur Publikation bestimmt, um die öffentliche Meinung wie bei den Memoiren zu beeinflussen. Ganz im Gegenteil, dieses Manuskript war für den internen Gebrauch durch die Siegermacht vorgesehen. Insofern handelt es sich hier um eine besondere Quelle, zumal Grobbas Gedächtnis da noch besser im Vergleich zu der Zeit war, in der seine Memoiren schrieb. Wie kam es also zu seiner Mitarbeit?

Fritz Grobba's Karriere stoppte im Auswärtigen Amt nach Intrigen Ende 1942. Hierbei trafen mehrerlei zusammen: Erstens die Zwiste zwischen Amin al-Husaini und Rashid Ali al-Kailani, die als Regierungsgäste in Berlin waren und die Grobba auftragsgemäß zu betreuen hatte. Dabei stand ihm der Iraker näher, der für ihn den höheren Rang und den Anspruch auf Vertretung der Araber hatte, indes der Mufti angab, seiner Versöhnung mit al-Kailani stehe nur Grobba im Wege. Dieser traf die beiden auch in Rom im Februar und März 1942. Danach beschwerte sich der Mufti gegenüber Graf Ciano, Grobba würde die Araber gegen die Italiener stellen,<sup>30</sup> was in Berlin die „Linie Weizsäcker“ vermerkte, so Erwin Ettl.<sup>31</sup> Zweitens gingen Querelen zwischen Grobba und Werner Otto von Hentig weiter, wobei Erwin Ettl im Juli 1942 Fritz Grobba als Betreuer des Muftis ablöste. Drittens kam es noch im Vorfeld

30 Ebd., TI20, R63, S71, F50682, An Ettl, Mufti und Grobba, geheim, Rom, 05.11.1942, gez. Mackensen.

31 USArchII, ebd., An Reichsaußenminister, Arabien und Beurteilung Grobbas, Berlin, 17.10.1942, gez. Ettl.

der Gründung des Islamischen Zentralinstituts am 18. Dezember 1942 in Berlin zu einigen Konflikten um Themen und Ränge.<sup>32</sup> Viertens geriet Dr. Grobbas Rolle in der Leitung des Auswärtigen Amts ins Zwielficht gegenüber einem Militärabkommen, das ehemals zwischen General Felmy und al-Kailani ohne Wissen des Auswärtigen Amts abgeschlossen worden sein soll.<sup>33</sup>

Zu Weihnachten 1942 folgte der Bruch: Grobba erhielt die Anweisung, sich „jeder Tätigkeit in arabischen Sachen zu enthalten“. Da er aber dennoch „arabische Politik“ betrieb, wurde er sechs Tage später der Deutschen Archivkommission in Paris zugeteilt, wo er seit Mitte Februar „Akten des Quai d'Orsay über den Orient“ auswertete. Dabei blieb er dennoch in arabischen Sachen aktiv. Er beriet speziell frankophone Araber, Komitees der Befreiung zu gründen und legte der Wilhelmstraße Vorschläge dar, wie die Arabien-Propaganda verstärkt und das Arabien-Komitee aktiviert werden könne. Sollte man ihn nicht wieder einsetzen, sei Dr. Granow dafür geeignet. Eigentlich gehe ihn dies ja nichts mehr an, „aber wes das Herz voll ist, des geht der Mund über“.<sup>34</sup> Am 10. Juni 1944 wurde Grobba in den zeitweiligen Ruhestand versetzt, wo er noch bis Jahresende im Auswärtigen Amt tätig war.

Berlin delegierte ihn zur Archivkommission des Auswärtigen Amts nach Hermsdorf bei Glogau, wo er wieder Araberpolitik betrieb. In Berlin notierte der Staatssekretär Ende Juli 1944, eine Beschwerde des Muftis veranlasse ihn, Grobba erneut darauf zu verwiesen, dass er sich künftig jedweder Einmischung in Angelegenheiten der deutschen Arabienpolitik zu enthalten habe. Ebenso habe er von Fühlungen mit arabischen Persönlichkeiten im Ausland Abstand zu nehmen, es sei denn er hole sich vorab eine Genehmigung des Auswärtigen Amts ein.<sup>35</sup> Zwei Monate darauf stellte ihn die Wilhelmstra-

32 USArchII, T120, R392, S930, F297916ff., An Ettel, Eröffnung des Islamischen Zentralinstituts, Berlin, 17.12.1942, gez. Dr. Tismer; ebd., An Dr. Megerle, Arabisches Propagandakomitee, Berlin, 16.12.1942, gez. Ettel; ebd., Aufzeichnung, Grobba, al-Kailani und Mufti; Berlin 14.12.1942, gez. Woemann; ebd., R901, 61125, An Reichsaußenminister, OKW, Gailani und DAL, 19.12.1942, gez. Grobba; ebd., An Weizsäcker, DAL-Abkommen, al-Kailani, Grobba, geheime Reichssache, Westfalen, 30.12.1942, gez. Rintelen; ebd., Aufzeichnung über al-Kailani, Grobba, geheime Reichssache, Berlin, 05.01.1943, gez. Prüfer.

33 USArchII, ebd., An Reichsaußenminister und Staatssekretär, Militärabkommen 12.09.1942 und Grobba, geheime Reichssache, Berlin, 13.01.1943, gez. Prüfer: Jemand notierte, dass Grobba doch darüber berichtete.

34 USArchII, T120, R63, S71, F50682ff., An Megerle, Arabien-Propaganda und -Komitee, Paris, 25.08.1943, gez. Grobba; An Megerle, Verrat Italiens befreit uns von Rücksichtnahme auf Rom, Paris, 11.09.1943, gez. Grobba; ebd., An Gesandten Bielfeld, Megerles Anmerkungen zu Grobbas Schreiben, Berlin 13.11.1943.

35 Ebd., Entwurf, An Gesandten Dr. Grobba in Glogau, Berlin, 18.07.1944, N.d.H.St.S. (Weizsäcker?).

ße für den Einsatz in der Rüstungsindustrie frei, wo er die letzten Kriegsmomente als Beauftragter der sächsischen Landesregierung in Dresden arbeitete.

Nach dem Krieg ergingen in den Zeitungen Aufrufe an Personen mit einem juristischen Studium, sich als Anwälte zu bewerben. Sie durften aber nicht in der NSDAP gewesen sein. Da auf Grobba beides zutraf, reichte er seine Unterlagen ein. Er wurde nun als Staatsanwalt in der Stadt Meinigen angestellt. Da es sich um ein Grenzgebiet handelte, hatte er viel mit den sowjetischen Behörden zu tun. Eines Tages ließen diese ihn plötzlich unter dem Verdacht, Spion zu sein, verhaften – Willkür ersten Ranges. Ungefähr zwei Monate blieb er in Dresdner inhaftiert, ehe er nach Moskau kam. Dort wurde er lange verhört, verurteilt und schließlich in ein „Straflager jenseits des Urals“ verbracht.

So verbüßte er zehn Jahre Lagerhaft im GULag der UdSSR. Nach seiner Rückkehr wandte sich Franz Halder mit der Bitte an ihn, die vorliegenden Texte Walter Warlimonts und Hellmuth Felmys über die deutsche Ausnutzung der arabischen Eingeborenenbewegung im Zweiten Weltkrieg aus seiner außenpolitischen Sicht zu kommentieren. Halder war ehemaliger Chef des Generalstabs, den Hitler Ende 1942 abgesetzt hatte. Überdies war er durch sein Buch „Hitler als General“ bekannt, das im Gründungsjahr der Bonner Republik herauskam. Zu dieser Zeit war er bereits in der Historischen Abteilung der US-Army mit der Zusammenstellung von Themen und Beiträgern für Berichte befasst. Auf Felmy kam er, denn dieser Flieger mit Orientfahrung war im Generalstab der Wehrmacht für den Nahen und Mittleren Orient sowie für den nach ihm benannten Sonderstab F zuständig.

Den Artilleriegeneral Walter Warlimont einzubeziehen, bot sich an, denn er war für die Planung zuständig. Beide beendeten ihre Teile mit insgesamt 208 Seiten, als Grobba noch nicht erreichbar war. Dann schloss dieser sein Supplement mit 82 Seiten Mitte 1956 ab.<sup>36</sup> Zusammen mit Halders Vorwort und Speidels Nachsatz hatte „MS P-207“ rund 300 Seiten, die Washington DC zuzugingen. Ihre Existenz ist bis heute nicht nur weithin unbekannt<sup>37</sup>, son-

36 Grobba muss das Supplement zwischen Frühjahr und Mitte 1956 angefertigt haben, denn es wurde Junkc bis 12.11.1956 übersandt. Grobba selbst datierte zwei Seiten mit Ausführungen über die „Schäfer-Expedition nach Tibet“ und „Unternehmen gegen Indien“ in Stuttgart mit dem 29.07.1957, die er damit also nachgereicht hatte.

37 Dass „MS # P-207“ („MS“ für „manuscript“) mit Grobbas Supplement unbekannt war, bestätigte das deutsch-amerikanische Pannell „Germany and the Middle East, 1919–1943“ in Washington, DC Ende 2001 [meir Bericht in Orient, 42 (2001)4, S. 585–590]. Auch Edgar Flackers Quellenstudie kennt P-207 nicht. Einen der wenigen Hinweise auf die Manuskripte in Halders „Historical Division“ gab Wilhelm von Schramm, *Der Geheimdienst in Europa 1937–1945*, München 1980, S. 29: Die Studien seien bisher nicht publiziert. Ich danke Dr. Tim Mulligan, National Archives II,

dem sie sind nicht gedruckt worden. Abgesehen von den erwähnten Haupttexten, enthält P-207: weiteres unterstützendes Material<sup>38</sup>; Briefe von Zeugen, darunter Soldaten nahöstlicher Herkunft im Dienst der Deutschen wie Fauzi Qawuqji; Hauptdokumente wie Befehle<sup>39</sup>, Karten<sup>40</sup> und Übersichten<sup>41</sup>; Überblicke zu den Quellen, Interviewten und Beiträgern, darunter Araber wie Mahmud Rifa'i aus Bagdad; Angehörige der Geheimdienste wie Hans Antonius, Leopold Bürkner, Hans Freund, Paul Leverkus<sup>42</sup>, Edgar Scholtz, Bern Schulze-Holthus; weitere Einschätzungen von Generälen wie Hasso von Wedel und von ehemaligen Diplomaten wie Joachim von Geldern, Günther Pawelke, Rudolf Rahn und Ernst Woermann.<sup>43</sup>

### Auf der Suche nach Wahrheit: Der frühe Streit um Aussagen in Dr. Grobbas Supplement

Aber nicht alle waren Franz Halder gegenüber aufgeschlossen. Es fragt sich, ob der Fliegergeneral Werner Junck aufgefordert wurde, seine Erkenntnisse darzulegen. In der Tat erhielt er 1956 einen Brief aus Karlsruhe, in dem er gebeten wurde, sich an der Studie über „Die Einschaltung der deutschen Wehrmacht im Weltkrieg in die arabische Freiheitsbewegung“ zu beteiligen.<sup>44</sup> Dieses leicht, hier indes interessant veränderte Thema, entsprang damals Juncks ungenauer Erinnerung<sup>45</sup>, denn das Thema von P-207 stammte sicher aus Hitlers Weisung 32, wo ein Punkt mit „Ausnutzung der arabischen Freiheitsbe-

---

und Dr. Hans-Ulrich Seidt, Deutsche Botschaft DC, für ihre Hilfe beim Finden dieser Texte. Martin Kröger verwies auf Grobbas Supplement in seinem Beitrag Max von Oppenheim: Mit Eifer ein Fremder im Auswärtigen Dienst, in G. Teichmann/G. Völger (Hrsg.), *Faszination Orient*, Köln 2001, S. 107-139.

- 38 Supportive documents: 1. X-411: Otto Werner von Hentig's Report on Syria (Top Secret: Greater Arabia and the Situation in Syria), February 26, 1941; 2. Rahn Report about the German Mission to Syria, 09.05.-11.07. 1941. C-043: Report Greiner about the Supreme Command; 4. C-043: Eastern nationals in the German Army.
- 39 Hitlers Befehle Naher und Mittlerer Orient: "Führer-Lagebesprechungen" 1942 (deutscher Zusammendruck); „Führerweisungen“, Weisung Nr. 30: Mittelmeerkrieg: Unterstützung des Irak und der Araber 1941 (Mittlerer Orient), 23.05.1941, Nr. 32, und Befehl Sonderstab F (Felmy), 11.06.1941.
- 40 Orientierungsmappe Mittlerer Osten, August 1941 (OKL/5).
- 41 Zeittafel 06.05.1941 bis Februar/Mai 1945, S. 101-106.
- 42 P. Leverkus, *Der geheime Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht im Krieg*, Frankfurt a. M. 1964.
- 43 Siehe P-207, Verzeichnis der Mitarbeiter, S. V-VII.
- 44 PAarchWGS, NL 1900, Brief an Günther Pawelke, hier „Aktentnotiz über den Wunsch der historical division betreffend Irak“, Duisburg, 05.10.1956, gez. Junck.
- 45 Ebd., Brief an Pawelke, korrektes Thema von P-207, Duisburg, 29.10.1956, gez. Junck.

wegung“ überschrieben war. Dies entsprach dem Motto seiner vorherigen Weisung 30: „Die arabische Freiheitsbewegung ist im Mittleren Osten unser natürlicher Bundesgenosse gegen England“. Sicher hatten die Amerikaner zugunsten der Briten aus „Freiheits-“ dann die „Eingeborenen-Bewegung“ gemacht.

Doch fand Werner Junck Probleme:

„Ich sehe gar nicht ein, dass sich solche Leute (Halder, Warlimont für die „Historical Division“ – WGS) nur aus hinterlassenen Befehlen oder Aufzeichnungen ihnen selbst geeignet scheinende Lösungen veröffentlichen.“

Man möge die Kriegstagebücher beschaffen und sich zusammensetzen. Andererseits sehien es ihm „die Gelegenheit zu sein, um falls da Mist geschrieben worden ist, dazwischen zu fahren.“ Er bat um Einsicht in die Texte. So erhielt er P-207 mit Nachsatz Hans Speidels. Junck fand Warlimonts und Felmys Arbeiten „relativ sachlich“. In Grobbas Schrift sah er „unglaubliche Lügen alter Art aufgewärmt“. Etwa, dass Major Axel von Blomberg, der Führer der beiden von Hitler als Hilfe für die neuen Machthaber im Irak entsandten Staffeln Mitte Mai 1941 aus der Luft getötet wurde, im Gegensatz zu dem, was aus der Sicht von Felmy und Junck allein richtig war: von Iraks Bodenabwehr oder durch Freudenfeuer. Rückblickend bestätigte dies der in dem Flugzeug anwesende Professor Krückmann.<sup>46</sup> Junck bemängelte bei Grobba die Schilderung des Abzugs aus Bagdad und dessen Berichte über das Sonderunternehmen, die schon Hermann Göring falsch gefunden habe. Speidels Nachsatz schließlich schätzte Junck als „sehr vernünftig“ ein.<sup>47</sup>

Junck schlug der „Historical Division“ vor, sein Kriegstagebuch zu beschaffen, zu Dr. Pawelke in die Schweiz zu reisen,<sup>48</sup> und eine umfangliche Schrift anzufertigen. Halder wandte darauf ein, dass Junck sich Unterlagen nur schriftlich besorgen und auch nur einen kurzen Bericht schreiben könne, da „nicht mehr so viele Mittel vorhanden“ seien. Junck sandte alles zurück und behielt sich vor, seiner Wege zu gehen, „um der Kriegsgeschichte und nicht der Geschichtsklitterung zu dienen“. Zwar schrieb er und Pawelke nochmals gemeinsam nach Karlsruhe zur „Erforschung der historischen

46 Ebd., Meine Erinnerungen an die Ereignisse des Tages unserer Ankunft in Bagdad, 20.11.1956, gez. O. Krückmann: verhängnisvoller Gewehrschuss eines arabischen Postens von unten; siehe auch Kohlhaas, Hitler-Abenteuer, a.a.O.

47 Ebd., Brief Pawelke, Karlsruhe-Studien, Duisburg, 12.11.1956, gez. Junck: Hans Speidel empfahl im Nachsatz, Junck als „den einzigen Truppenführer in der Einschaltung der arabischen Befreiungsbewegung“ zu befragen.

48 Oberleutnant Pawelke war in Oberst Juncks Sonderunternehmen (SOJU) der „Ic“, also der Quartiermeister. Ich danke Dr. Wilhelm Hendricks für seine Auskünfte, 25.09.2003, 06.10.2003.

Wahrheit“ durch die „Historical Division“. Jedoch stand dann für Junck fest, dass er „für diese Penner nichts schreibt“, indes Pawelke klarstellte, dass er für diese „saubere Clique“ nicht gearbeitet habe, obwohl doch sein Name unter den Beiträgern erschien. Das gleiche sei aus seiner Sicht bei Ernst Woermann so, der schon vor ein paar Jahren verstorben sei. Zwar traf dies nicht zu, denn dieser war noch zwanzig Jahre später aktiv, doch zeigt die Episode, wie umstritten bereits damals die erlebte Geschichte war und welche Probleme aufkamen, wenn sich Beteiligte äußerten.<sup>49</sup> Von Juck ist sein Entwurf zu P-207 überliefert.

Juncks Einlassung<sup>50</sup>, dass „solche Leute wie Grobba“, durch die das Auswärtige Amt des Dritten Reichs eine schlechte Beratung geleistet habe und die sich selbst „Arabomanen“ nannten (das traf nicht zu, dies war ein Zitat Woermanns über Grobba), nun vielleicht wieder eine Beratung für die USA ausführten, läßt nach dem Zeitgeist fragen, in denen die Gruppe ihre Erfahrungen als P-207 notiert hat. Denn es ging doch nicht nur um eine retrospektive Selbsteinordnung oder die Suche nach Wahrheit, sondern es waren neue Interessen im Spiele. Das wussten die Beteiligten sehr wohl. Abgesehen davon, ob noch die Geheimhaltung galt, fragte Junck zur Arbeit der „Historical Division“ und den frühen Versuch Halders, ihn damals dort mit einzubeziehen: „Ist etwa auch der Verfassungsschutz bei der Sache beteiligt?“<sup>51</sup>

Betroffene standen beim Abfassen ihrer Orient-Erfahrungen unter drei Eindrücken. Zunächst hatte sich die weltpolitische Lage durch den Kalten Krieg geändert, der in den Augen mancher Zeitgenossen überhaupt erst aus dem Mittleren Orient seinen Lauf genommen hatte.<sup>52</sup> In dieser Region begannen sich neue Weltmächte einzurichten, vor allem Amerika, die UdSSR und China. Zweitens hatten die Sueskrise und der Sueskrieg zum völligen Prestigeverlust für die beiden traditionellen Vormächte Frankreich und Großbritannien geführt. Nach dieser Konfrontation, in der Moskau erstmals Paris und London den Einsatz seiner nuklearen Raketen angedroht hat, ging die westliche Führungsrolle eindeutig an Washington über. Der Sueskonflikt<sup>53</sup> verdeutlichte, dass ein Dritter Weltkrieg aus der krisenhaften Region Nah- und Mit-

49 Ebd., Brief an Pawelke, gez. Junck, Duisburg 10.12.1956; Antwort, Ascona 11.12.1956, gez. Pawelke; Antwort, Duisburg, 23.12.1956, gez. Junck.

50 Ebd., 23.12.1956, gez. Junck: Er kritisierte Halders „warmes Vorwort“ für Grobbas Supplement und hoffte, dass Halder auch seine, Juncks Stellungnahme dazu, also seinen Brief an Mr. Gause in Karlsruhe, erreichen möge.

51 Ebd., Brief an Pawelke, Duisburg, 12.12.1960, gez. Junck.

52 F. Steppat, Regionale Sicherheitsbestrebungen im Mittleren Osten, in ders., Islam als Partner. Würzburg 2001, S. 15–54.

53 Ausf. vgl. Beiträge in: W. G. Schwanitz (Hrsg.), 125 Jahre Sueskanal. Hildesheim 1998.

telost heraus beginnen könnte. Und schließlich hatte Konrad Adenauer die Freisetzung der in der UdSSR gefangenen Deutschen und den Aufbau der Bundeswehr eingeleitet, womit nicht wenige eine neue berufliche Perspektive erhielten.

So gesehen, ist es gar nicht verwunderlich, dass ehemalige Generäle und Orient-Experten plötzlich zur einzigartigen Quelle insbesondere für die im Orient weitgehend unerfahrene Weltmacht USA aufgestiegen sind, ging es doch im die Politik der Eindämmung totalitärer Ordnungen auch in dieser Region. Ob freilich der Verfassungsschutz mit dabei war, ist nach wie vor offen, aber es gibt schon einige Hinweise, wonach Dr. Fritz Grobba den Bundesnachrichtendienst beim Aufbau auswärtiger Strukturen beraten haben soll. Auch dies muss die Forschung bestätigen oder widerlegen. Es wäre ja nicht unnormal gewesen, zumal er unter dem Pseudonym „Franz Gehrke“ ein Buch zum deutschen Geheimdienst im Orient 1943 publiziert und relativ häufig Wilhelm Canaris ausgeforscht hatte. Darüber sind Grobbas Berichte überliefert.

#### Fritz Grobbas Rückblick von 1956 und Reaktionen der Alliierten auf seine Aktivitäten im Krieg

Hier werden nur die eingangs erwähnten beiden Traditionen erhellet, wie sie sich in Fritz Grobbas Supplement aus seiner Rückschau darstellen. Die erste Tradition betrifft innere Momente der sekundären und primären Orientpolitik und die daraus resultierenden Konflikte für den Gesandten. Die zweite Tradition erhellet sodann, wie Grobbas Aktivitäten im Krieg auf die Alliierten gewirkt haben.

Fritz Grobba bilanzierte, dass arabische Nationalisten grundsätzlich deutschfreundlich waren. Als Araber nach dem Ersten Weltkrieg nicht die versprochene Unabhängigkeit erhielten, richteten sie ihre Hoffnungen auf Berlin. Diese Beziehung störten aus seiner Sicht Hitlers rassistische Doktrin und dessen Antisemitismus empfindlich. Allerdings kritisiert Grobba all dies mehr von der praktischen Seite seiner konkreten Politik vor Ort. Knapp ein Dutzend Jahre nach Kriegsende, als es viel mehr Wissen um den Holocaust gab, nutzte er aber nicht die Möglichkeit seiner Studie, sich prinzipieller von der Nazi-Ideologie zu distanzieren, die Menschen in „höher und niedriger stehende Rassen“ geteilt hatte.

In seiner Studie zeigte Grobba seine Kritik an der Berliner Politik auf. Er erklärte:

„Vor allem aber lag das ablehnende Verhalten dieser führenden Beamten des Auswärtigen Amtes (Staatssekretär Weizsäcker und Unterstaatssekretär Woermann –

WGS) gegenüber jeder deutschen Initiative im arabischen Raum daran, dass sie Gegner Hitlers und des Krieges sowie jeder Ausweitung des Kriegsschauplatzes waren.“

Um dieses Urteil zu erhärten, berief sich Dr. Grobba auf Weizsäckers Erinnerungen, der bestimmte Kombinationen im Nahen Orient (im Sinne der „verpassten Chance“) als gegenstandslos abwies. Nur „unsere Amateure der Politik und Strategie“ hätten so etwas ernst genommen. „Meine ständige Arbeit“, so zitierte Grobba aus Weizsäckers Memoiren, „lag in der außenpolitischen Obstruktion“. Da sei es nicht verwunderlich gewesen, bilanzierte der Gesandte, dass seitens des Auswärtigen Amtes keine Initiativen ergriffen worden seien, um sich der arabischen Bewegung zu bedienen und dass seine, Grobbas, und weitere Anregungen nicht beachtet worden seien.<sup>54</sup>

An anderer Stelle beschrieb Grobba noch deutlicher das Wirken dieser „Linie Weizsäcker“. Der Chef der Abteilung Ausland/Abwehr, Admiral Canaris, habe es „aus Gegnerschaft gegen Hitler“ unterlassen, „seine Kenntnis der Verhältnisse und Möglichkeiten im Mittleren Osten der deutschen Obersten Führung als Unterlage für strategische Planungen zur Verfügung zu stellen“. Deutlich umreißt Grobba auch den Konflikt, der sich für ihn lange aus dieser sekundären Berliner Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient ergab. Demnach waren die maßgebenden Personen „nur an europäischer und nordamerikanischer Politik interessiert, nicht aber am Mittleren Osten, geschweige denn an der arabischen Welt. „Zudem aber waren Staatssekretär von Weizsäcker, Unterstaatssekretär Woermann und Gesandter von Hentig als Gegner Hitlers und des Krieges gegen die Ausweitung des Kriegsschauplatzes nach dem arabischen Raum.“ Zum Teil hätten sie die Möglichkeiten nicht erkannt, zum Teil hätten sie diese obstruiert. Am Ende stellte Fritz Grobba seine eigenwillige Hauptthese auf: Im Zweiten Weltkrieg habe die arabische Bewegung mehr Deutschland ausgenutzt und auszunutzen versucht, als Deutschland die arabische Bewegung ausgenutzt hat.<sup>55</sup>

Hingegen habe er, Grobba, versucht, eine Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient zu finden, die durch gemeinsame und bilaterale Interessen Mitteleuropas und dieser Region geleitet worden wären. Zutreffend bemerkte daher Francis S. Nicosia, dass diese Region für Fritz Grobba ein Ziel an sich oder ein Selbstzweck gewesen sei, wo Deutschland seinen Außenhandel und seine Investitionen realisieren konnte, die britische Interessen respektieren würde, die zionistische Emigration von Deutschen nach Palästina bremsen, öffentlich mehr den arabischen Nationalismus unterstützen und weniger

---

54 USArchII, P 207, Fritz Grobba, Die deutsche Ausnutzung der arabischen Eingeborenenbewegung im zweiten Weltkrieg, Supplement, 1956, S. 37-38.

55 Ebd., S. 80-82.

Rücksicht auf die italienischen Ambitionen nehmen sollte. Die deutsche Regierung jedoch sah diese Region nur als bequemes Mittel an, um wichtigere Ziele in Europa zu erreichen.<sup>56</sup>

Schließlich beklagte Dr. Fritz Grobba noch Joachim von Ribbentrops Unverständnis für die arabische Region. Wie konnte er diesen Raum den Italienern im Dreierpakt Ende 1940 übereignen? Die Araber verachteten die Italiener, führte Grobba aus, die zum Beispiel im vornehmen Kairo häufig einfache Hausdiener waren. So erkannten die Araber die Italiener nicht als „Herrennation“ an und lehnten deren Anspruch auf Führung ab. Außerdem seien die Araber davon überzeugt, sobald die Italiener Meister der Region wären, würden sie ihre überschüssige Bevölkerung dahin lenken und die Araber verdrängen. Als er, Grobba, Ribbentrop darauf aufmerksam machte, hätte dieser ihm gesagt, der Pakt mit Rom sei nur vorläufig.<sup>57</sup> Dies zur ersten Tradition, in der Grobba stand, zum Verhältnis der primären und sekundären Politik.

Die zweite Tradition, also die politische Ausnutzung des Islams, wirkte stärker, als Dr. Grobba vor Ort nach dem Abbruch der Beziehungen kein Wirkungsfeld mehr fand. Das von ihm geleitete Arabien-Komitee regelte nunmehr in Berlin die Propaganda gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten vor allem durch die arabischen Radiosendungen. Die Alliierten ließen diese auch auswerten. Der amerikanische Koordinator für Informationen, ein Vorläufer des Geheimdienstes Office of Strategic Services, OSS, fasste dies im Dokument „Propaganda der Aehsenmächte in der muslimischen Welt“<sup>58</sup> an der Wende zu 1942 zusammen. Radio Zeesen<sup>59</sup>, hinter dem Grobbas Komitee stand und das nach der Siedlung mit einem Radiosender nahe Berlin benannt war, so hieß es im OSS, behaupte: Die Araber seien sich im Hauptziel einig, ihre Region von den britischen und französischen Herren zu befreien. So sehr wünschten sie sich dies, dass manche Araber blind gegenüber dem italienischen Imperialismus und der deutschen Beherrschung wären, die dann folgen würde. Naiv würden sie annehmen, ein jeder, der ein Feind ihrer Herren sei, wäre ein Freund der Muslime. Sie begriffen nicht, dass im Falle einer britischen Niederlage nur die Mächte der Achse an diese Stelle treten würden.

---

56 Nicosia, Fritz Gobba (Anm. 7) S. 224

57 USArchII, P 207, Gesandter a. D. Dr. Fritz Grobba, S. 38-39.

58 USArchII, RG165, B3061, Coordinator of Information, Axis Propaganda in the Muslim World, 23.12.1941.

59 Radio Zeesen: Kurzwellensender nahe Berlin-Königswusterhausen, seit April 1933 Propaganda-Ministerium, seit September 1939 Auswärtiges Amt, dort Ernst Wilhelm Bohle. Verstärker in Athen und Tunis 1940–1942. Ich danke Heinz Odermann für seine Auskünfte. Vgl. H. Odermann, Taktik gewinnt Schlachten – Strategie des Krieges. Zu einigen Aspekten der deutschen Nahost- und Nordafrikapolitik und –propaganda (1940–1942), in: Jenseits der Legenden (Anm. 10), S. 93-110.

Hinsichtlich der Ziele der deutschen Propaganda arbeitete der OSS auch Gefühle heraus. Da sei deren anti-britische Komponente, die durch die Londoner Hilfe für eine jüdische Heimstätte in Palästina und das zögern gespeist würde, Arabern wie versprochen die Unabhängigkeit zu geben. Dadurch hätten die Achsenmächte leichtes Spiel, entsprechende Gefühle der Araber anzuheizen. Dann folge die anti-amerikanische Komponente. Sie beruhe darauf, dass die Amerikaner ihre Sympathie für den politischen Zionismus in Palästina äußerten und in immer engerer Allianz mit den Briten auftreten. Schließlich komme die antisemitische Komponente, die eine steigende Wirkung zeitige. Fraglos habe die Lage, die durch das zionistische Programm der Besiedlung Palästinas geschaffen worden sei, die Position der Juden im arabischen Raum verschlechtert. Zu viele Juden der Welt würden dafür wirken und die Juden, die Palästina erreichten, würden Araber in die Wüste treiben, woher diese gekommen wären. In diesem Sinne habe Radio Zeesen antijüdische Verse aus dem Koran zitiert.

Hinzu kämen anti-französische und anti-bolschewistische Gefühle, die Radio Zeesen ausnutze. Für all das seien Muslime von Marokko bis Indien<sup>60</sup> empfänglich. Dafür stehe der Mufti Amin al-Husaini, ein Apostel der Gewalt gegen Briten. Welchen Erfolg die Achsenmächte mit ihm hätten, zeige, dass er gerade in Berlin weile. Radio Zeesen berichtete, islamische Minderheiten würden in der UdSSR unterdrückt. Dann wieder hieß es, Briten seien wie die Araber bevor ihnen der Islam gesandt worden sei, und damit wären diese Unwissenden die natürlichen Feinde des Islams. Radio Zeesen behauptete, Briten würden Einheimischen die Nahrung wegessen. So kam die Propaganda des Arabien-Komitees an.

Amerikaner und Briten zeigten sich vor allem über den Mufti beunruhigt, der dann auch in Radio Zeesen auftrat und unter anderem zum Heiligen Jihad aufrief. In der kritischen Zeit bis Mitte 1942 kapitulierten britische Einheiten bei al-Tubruq vor Erwin Rommels deutsch-italienischen Truppen. Das (anglo-amerikanische) Gemeinsame Komitee der Psychologischen Kriegsführung tagte in dieser harten Lage, als die Achsenmächte in Richtung Sueskanal vorstießen. Das Thema dieses vom OSS gelenkten Komitees war, wie man den Islam und seine Führer für den Krieg in Nordafrika nutzen könnte. Jemand schlug dabei vor, Abd al-Karim von Marokko und Idris as-Sanusi von Tripolitaniern zu gewinnen. Die Deutschen wären doch bereits im Ersten Weltkrieg mit ihrer Propaganda nicht ganz so erfolglos gewesen, islamische Berber-Stämme zum Aufbruch gegen die Spanier und Franzosen zu bringen. Die Sitzung des Komitees schloss mit der Ansicht, unter US-Führung könnten isla-

---

60 Zu Indien: J. Kuhlmann, Subhas Chandra Bose und die Indienpolitik der Achsenmächte, Berlin 2003.

mische Führer den Raum für die Alliierten sichern. Jene beiden Persönlichkeiten einzusetzen, setze ein Zeichen für die muslimische Welt: Von Indien bis zum Atlantik würde Allah und die Alliierten gepriesen werden.<sup>61</sup>

Der Chef des OSS, William J. Donovan, bat indessen um eine weitere Untersuchung des Projektes, während General Kroner vor weit reichenden Effekten warnte, die dera folgen könnten, speziell ein „allgemeiner Krieg zwischen Christen und Muslimen“. Daher zeigte sich General Wedemeyer, der Chef der Strategie- und Planungsgruppe im Pentagon, zurückhaltend, dies Projekt der Nutzung der beiden arabischen Führer General Dwight D. Eisenhower vorzulegen. Klar war, dass sowohl die Propaganda von Radio Zeesen als auch Geheimdienstberichte über den Mufti die Alliierten dazu veranlasst hatten, für den Mufti „ihre“ Gegenspieler zu finden. Der US-Militärattaché hatte aus Kairo berichtet, Amin al-Husaini würde als größter lebender Führer der arabischen Völker gelten. General Bonner F. Fellers, zugleich auch ein Berater des OSS, überprüfte zudem die Perspektiven, was denn wohl geschähe, wenn der Mufti für die Achsenmächte den Heiligen Krieg verkünde. Und Fellers schlussfolgerte: es würde ein anti-semitischer, aber nicht religiöser Krieg sein. Der Mufti sei eine religiöse Figur, die sich politisch entpuppt habe.<sup>62</sup>

In der Diskussion um dieses Projekt innerhalb des OSS und um die Persönlichkeit von Abd al-Karim tauchte die große Frage auf: „Wird er für unseren Krieg nützlich sein oder wird es sich wie die Entlassung des Geistes aus der Wunderlampe verhalten?“ Da man sich aber bei der Beantwortung unsicher war, ließ man das Projekt fallen, für die Alliierten nun Gegenspieler des Muftis zu finden. Zum Glück widerstand der OSS dieser Versuchung, von der Praktikabilität einmal abgesehen, denn die Franzosen hatten Abd al-Karim in Haft auf einer fernen Insel und man hätten den einst schon älteren, aber um so legendäreren Helden erst dort befreien und herbringen müssen. Jedoch zeigt die Episode auch die Wirkung der Propaganda, die Grobba in seinem Arabien-Komitee entfaltet hat.<sup>63</sup>

61 USArchII, RG 218, Box 59, Joint Psychological Warfare Committee, 'Abd al-Karim of the Rif, 03.08.1942, secret note, A. H. Othank, 01.08.1942, to Generals Handy and Smith, request OSS, Washington 04.08.1942.

62 USArchII, RG 165, Box 3055, To Secretary of War, Amin el Husseiny and a Muslim Holy War by Bonner F. Fellers, Cairo, 19.05.1941. Vgl. Grobba über Mufti für Hitler: ebd. T120, R63, S71, F50682ff., 28.11.1941.

63 USArchII, T120, R392, S930, F297916ff., Übersicht Ettel-Mufti, Arabien-Komitee, Grobba, 11/12-1942.

## Forschungsaufgaben

Das Bild über Fritz Grobba ist historisch kritisch darzustellen. Zudem sollten die Studien P-207 ediert werden. Schließlich mangelt es an einer Grobba-Biographie, die ebenso die beiden hier in den Mittelpunkt gerückten Traditionen der Berliner Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient sowie die neueren Quellen berücksichtigt. Wie gezeigt, frönte Fritz Grobba auch nach dem Ende des Weltkriegs seiner alten Leidenschaft, also der Araberpolitik.

Manche Fragen sind offen. Hat der Wissenstransfer P-207 Washingtons damalige Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten berührt? Wie nutzte Bonn Dr. Grobbas Erfahrungen? Welche Wirkungen hatte dies auf Ostberlin? Und wie sah man Grobbas neue Aktivitäten in Westjerusalem? Wie einflussreich war Grobbas Erbe vor, im und nach dem Zweiten Weltkrieg, darunter auf die Nahostpolitik der zweierlei Deutschen? Wie hat er danach auf seinen Reisen die Araber in Beirut, Bagdad, Kairo und Riyad beraten? Sicherlich, eine primäre Politik des Friedens hat Dr. Fritz Grobba stets gesucht, aber nur ganz am Anfang seines Weges erlebt. Sie war erst noch zu entwickeln.

Fritz Grobba führte die Berliner Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Orient getreulich aus, obzwar er in viele Konflikte geriet. Als Beamter mit Hingabe zu diesen Menschen und ihrer Kultur gewann er tiefe Einsichten auf der Suche nach einer echten Politik zum bilateralen Nutzen und für eine friedliche Entwicklung. Dies konnte er unter den gegebenen Umständen nicht nur nicht erreichen, sondern er wurde schließlich auch ein Teil im Räderwerk der Organisation des Dritten Reichs. Zwar bewahrte er seinen Abstand gegenüber der Rassen-Ideologie, jedoch distanzierte er sich auch nicht im Nachhinein so prinzipiell, dass man seine menschliche Sicht auf diese Periode nachvollziehen vermochte. Er spielte seine Rolle auch in der politischen Benutzung der Religion zur islamischen Revolutionierung des gegnerischen Hinterlands und stand somit in der Tradition des Kreises um Max von Oppenheim mit einem Aufruhr-Konzept, das in der Tat „made in Germany“ war. Damit setzte sich Fritz Grobba auch in den Widerspruch zur Aufklärung, die den Humanismus und den Religionsfrieden als Werte an sich hervorgebracht hat. Zumindest hielten die Alliierten diese Werte hoch, gleichwohl in dem sie der dargestellten Versuchung widerstanden, es ihm gleich zu tun.

Unverblümt notierte Franz Halder, dessen Rolle und Studien weiter zu ergründen sind, in seinem Vorwort für Washington DC, das sich als eine unerfahrene Nahostmacht erprobte: Ein effektiver Kurs gegenüber der Region verlange erfahrene Experten mit intimen Wissen der regionalen Probleme und mit regionalen Sprachkenntnissen, einen gut platzierten Geheimdienst und sofort verfügbare Mittel des Eingreifens. Ist es möglich, dass Fritz Grobba in

seinen zehn Jahren Haft auch der anderen Seite, also der UdSSR, eine ähnliche Studie angefertigt oder zumindest seine Erfahrungen an diese östliche Vormacht in der Region bei den Befragungen und Verhören weitergegeben hat? Dann wäre es aufschlussreich, seinen Text für Washington DC (P 207) mit seinen Texten oder Aussagen für Moskau zu vergleichen. Dies ist wichtig, zumal Berlin nach dem Mauerfall und erstmals seit 1871 überhaupt die Möglichkeit gewinnt, seine primäre Politik des Friedens im Nahen und Mittleren Osten zu entwickeln. Zwar haben sich die globalen Koordinaten verändert, jedoch bestehen viele der grundsätzlichen Konstellationen und Probleme in den beiden benachbarten Regionen nach wie vor.

---

Klaus Jaschinski

## Das deutsch-iranische Verhältnis im Lichte der alliierten Invasion in Iran 1941

„Sollte Persien in einen Streit mit einer anderen Macht verwickelt werden, so erklärt die Deutsche Regierung sich bereit, auf den Wunsch Seiner Kaiserlichen Majestät des Schah ihre guten Dienste zu leisten, um zur Beilegung des Streites mit beizutragen.“<sup>1</sup>

Ein löbliches Ansinnen, das im Artikel 18 des deutsch-persischen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 11. Juni 1873 niedergeschrieben stand und dem spürbar gewachsenen politischen Gewicht Deutschlands in internationalen Belangen nach dem Sieg über Frankreich (1871) Ausdruck verleihen sollte. Nur kam es kaum über den Ansatz hinaus. Denn jene Mächte (Großbritannien und Russland), die Persien, später Iran, primär bedrängten, bildeten zugleich auch zentrale Konkurrenten und Kontrahenten in Bezug auf die von Berlin aus verfolgten weltmachtpolitischen Ambitionen. Die Suche nach einem Interessenausgleich und tragfähigen Arrangements mit ihnen fiel hierbei von vornherein weit schwerer ins Gewicht als die vage Aussicht mit Iran eine Art Interessengemeinschaft eingehen zu können.

### Vom Schacherobjekt zur strategischen Achillesferse

Für Iran gewann das deutsch-britisch-russische Beziehungsgeflecht schon bald nach der Jahrhundertwende Konturen eines unheimlichen Dreigestirns, durch das und in dem das Land zunehmend zum bloßen Schacherobjekt verkam. Geradezu bezeichnend dafür waren der anglo-russische Vertrag vom 31. August 1907, der Iran in Einflussphären aufteilte, und das deutsch-russische Abkommen vom 19. August 1911, in dem Deutschland auch auf Konzessionen für Eisenbahn-, Straßen- und Telegraphenlinien in der von Russland beanspruchten Zone in Persien verzichtete und damit faktisch die dortige russische Vormachtstellung anerkannte.<sup>2</sup>

---

1 H. Ansari, *Deutsch-iranische Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg* (Diss.), München 1967, S. 8.

2 Vgl. ebenda, S. 13.

Irans herrschende Kreise bekamen auf diese Weise beizeiten drastisch vor Augen geführt, dass ihre Möglichkeiten, auf bestehende Gegensätze im deutsch-britisch-russischen Beziehungsgeflecht zu setzen und sie zum eigenen Vorteil zu nutzen, ziemlich begrenzt und dazu noch im Schwinden begriffen waren. Ebenso lag für sie nahe, zu erkennen, dass vor allem jähe Wendungen in diesem Beziehungsgeflecht, sei es nun hin zu „herzlichem Einvernehmen“ oder zu offener Feindschaft, für Iran auf jeden Fall nichts Gutes verhiessen.

Auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges reagierte die iranische Regierung am 1. November 1914 mit Abgabe einer Neutralitätserklärung.<sup>3</sup> Die daran geknüpfte Hoffnung, dem Land die Schrecken des Krieges zu ersparen, erfüllte sich jedoch nicht. Iran wurde zu einem peripheren Kriegsschauplatz, und das nicht zuletzt mit unmittelbarem deutschen Dazutun. Krieg und Nachkriegskrise bescherten dem Land neben verstärkter ausländischer Truppenpräsenz einen beachtlichen materiellen wie personellen Aderlass. Hunger und Seuchen grassierten, und in weiten Landesteilen kam es zu anarchischen Zuständen, derer Herr zu werden die Regierung in Teheran kaum noch vermochte.<sup>4</sup>

Und dennoch, im Gefolge von Krieg und Nachkriegskrise hatte Iran nicht nur seinen territorialen Bestand wahren können, sondern auch in puncto Eigenstaatlichkeit einiges an Boden gutgemacht. Ergeben hatte sich diese Besserung vor allem aus den gravierenden Veränderungen im deutsch-britisch-russischen Beziehungsgeflecht. Deutschland war durch die Versailler Friedensregelung in internationalen Belangen auf die Hinterbank verbannt worden, und das „herzliche Einvernehmen“ im britisch-russischen Verhältnis aus dem letzten Jahrzehnt der Zarenherrschaft, das Iran reichlich Ungemach beschert hatte, bestand auch nicht mehr. Im nunmehr britisch-sowjetischen Verhältnis ging es gleich mit Konfrontation hart zur Sache. Das angeblich durch den russischen Abzug aus Nordiran entstandene Machtvakuum mit eignen Kräfte aufzufüllen, gelang britischerselts jedoch eben so wenig wie Iran in ein Protektorat zu verwandeln; gleich gar nicht zu reden von Bestrebungen, den britischen Machtbereich gen Norden über Iran hinaus in den Kaukasus und weit nach Zentralasien hinein auszudehnen. Statt dessen hatte man bald die Rote Armee an den Person, deren Einheiten den zurückwei-

---

3 Ebenda, S. 14.

4 Zwei Millionen Iraner sollen durch Hunger und Seuchen zu Tode gekommen sein, und das bei einer Gesamtbevölkerung von zwölf Millionen. Vgl. H. Arfa, *Under five shahs*, Edinburgh 1964, S. 307.

chenden britischen Verbänden und Denikins Weißgardisten im Frühjahr 1920 sogar bis nach Iran hinein nachsetzen.<sup>5</sup>

Schon im Januar 1920 waren im britischen Generalstab Planungen zum Aufbau von Verteidigungslinien angelaufen, um dieser im Grunde selbst mit heraufbeschworenen Bedrohung Einhalt gebieten zu können. Näher in Betracht kamen dabei drei Linien:

- (a) Konstantinopel-Batumi-Baku-Krasnowodsk-Merv,
- (b) Konstantinopel-Batumi-Baku-Enzeli-Teheran-Maschad und
- (c) Nordpalästina-Mossul-Khaniaqin-Birjand.<sup>6</sup>

Die ersten beiden wurden gleich fallen gelassen, da es dafür an den nötigen materiellen wie personellen Ressourcen mangelte. Auch die dritte Variante, die primär „bloß“ die im britischen Besitz befindlichen nah- und mittelöstlichen Erdölförderstätten nach Norden hin abschirmen sollte, erforderte reichlich Aufwand und bot keine hundertprozentige Garantie. Mit der Sowjetführung auf dem Verhandlungsweg zu einem Modus vivendi zu finden, erschien dem britischen Kabinett dann doch allemal Erfolg versprechender, zumal man in Moskau Verhandlungsbereitschaft signalisierte und sogar der Regierung in Teheran entsprechende Avancen machte.

Im Ergebnis dessen kam es am 26. Februar 1921 zum Abschluss eines sowjetisch-persischen Freundschaftsvertrages, der alles in allem die herrschenden Kreise Irans unter anderem mit einer weit auslegbaren Interventionsoption zu einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis zum Nachbarn im Norden verpflichtete und zugleich jene Kräfte in ihren Reihen in Vordergrund brachte, die schon lange der britischen Bevormundung Leid waren und hier eine gewisse Distanz gewahrt wissen wollten, ohne dabei aber die Fortzahlung britischer Subsidien zu gefährden.

Die dabei nicht erwähnte, aber doch vermittelte britisch-sowjetische Kompromissformel besagte, dass man britischerseits von Gelüsten nach den Erdöllagerstätten in Aserbaidschan und im Kaukasus ablassen musste, um im Gegenzug in Südwestiran, wo die Anglo Persian Oil Company (APOC), an der die britische Regierung zu 56 Prozent beteiligt war, den Ton angab, ungestört mit der Ausbeutung der dortigen Erdölfelder fortfahren zu können.<sup>7</sup> Und darauf legte man in London besonderen Wert. Schließlich war Lord

---

5 Für Lord Curzon, der schon als Vizekönig von Indien (1899–1905) vehement für eine völlige koloniale Unterwerfung Irans plädiert hatte und 1919 zum britischen Außenminister avanciert war, stellte dieses sowjetische Vordringen gen Süden die schlimmste Bedrohung für das östliche Empire während seiner politischen Laufbahn überhaupt dar. Vgl. H. Sabahi, *British policy in Persia 1918–1925*, London 1990, S. 64.

6 Ebenda, S. 62.

Curzon der Ansicht, dass man auf einer „Woge von Öl“ zum Sieg über die Mittelmächte gelangt wäre.<sup>8</sup> Dass der Anteil an Öl, den Großbritannien in jenen Jahren zur Deckung seines Bedarfs aus Nah- und Mittelost bezog, nicht einmal zehn Prozent ausmachte, tat dem perspektivisch gedacht kaum Abbruch, vor allem weil zum Ausgang des Krieges Zweifel an der weiteren Zuverlässigkeit des Hauptlieferanten USA (1913: 62,3 Prozent) aufgekommen waren und ein anderer wichtiger Lieferant, Russland (1913: 7,7 Prozent), künftig kaum noch als solcher in Betracht kam.<sup>9</sup>

In Gestalt von Reza Khan, der sich am 21. Februar 1921 quasi an die Hebel der Macht geputscht hatte und im Dezember 1925 zum Schah erhob, betrat zudem ein neuer „starker Mann“ die politische Bühne Irans, der ähnlich wie Mustafa Kemal (Atatürk) ehrgeizige Modernisierungspläne verfolgte und sie mit „eiserner Hand“ zu verwirklichen gedachte. Seine Machtergreifung erfolgte zwar mit britischer Billigung und Rückendeckung, dennoch gab er keine willfährige Marionette ab. Die von ihm verfolgte nationale Politik lief nicht minder auf eine Begrenzung des britischen Einflusses hinaus, wenngleich nicht ohne einige Wenn und Aber. Im Unterschied zu Atatürk, der sich auf eine neue, patriotisch gesinnte Elite stützen konnte, kam Reza Khan jedoch nicht umhin, sich mit führenden Vertretern der alten Elite zu arrangieren, also mit Kräften, die sich auf dem Gebiet der politischen Intrige mit ausländischer Beteiligung bestens auskannten und auf jeden Fall ihren Besitzstand nebst Privilegien gewahrt wissen wollten. Um der eigenen Hausmacht willen neigten sie sehr dazu, sich alle Türen offen zuhalten, und das auch im Hinblick auf Avancen aus dem Ausland.

Der deutschen Generalität freilich, die sich mit dem Nimbus umgab, im Felde ungeschlagen geblieben zu sein, dürfte das britische Desaster in Iran während der Nachkriegskrise eine späte Genugtuung bereitet haben. Schließlich hatte sie zum Kriegsende einiges an Erwartung in die Bolschewiki gesetzt, und die bewiesen mit ihrem Zug nach Süden, dass sie sehr wohl imstande waren, das Empire an einer Lebensader zu bedrohen und dort beachtliche Kräfte zu binden. Auch wenn sich deutscherseits daraus kaum noch Nutzen ziehen ließ, für die künftige Ausrichtung dürfte dieser Umstand dennoch von Belang gewesen sein. Für den obersten Militär der jungen

7 Bis zur offiziellen Umbenennung Persiens in Iran 1935 hieß die Erdölgesellschaft Anglo Persian Oil Company (APOC). Danach wurde auch sie umbenannt in Anglo Iranian Oil Company (AIOC).

8 Vgl. M. MacMillan, *Peacemakers. The Paris Conference of 1919 and its attempt to end war*, London 2002, S. 406.

9 Vgl. H. Mejer, *Oil and British policy towards Mesopotamia, 1914–1918*, in: *Middle Eastern Studies*, Vol. 8 (10-1972)3, S. 384.

Weimarer Republik, General Hans von Seeckt, stand schon Anfang 1920 fest: „Nur im festen Anschluss an ein Großrussland hat Deutschland die Aussicht auf Wiedergewinnung seiner Weltmachtstellung.“<sup>10</sup>

Nach dem Abschluss des sowjetisch-persischen Freundschaftsvertrages von 1921 und dem Machtantritt Reza Schahs war Iran sicherlich kein Schacherobjekt mehr wie noch vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges. Die auf der „Woge von Öl“ erfolgte neue Transformation in eine strategische Achillesferse im britisch-sowjetischen Verhältnis beließ das Land jedoch in einem Spannungsverhältnis, das weder vor internationalen Turbulenzen gefeit noch mitnichten deutscher Einflussnahme entzogen war.

Gemessen an den Folgen von Krieg und Nachkriegskrise gab es für die iranische Führung sicherlich hinreichend Grund im Verhältnis zu Deutschland mit Bedacht zu agieren und auf Distanz zu bleiben. Auf britisches Drängen hin hatte die Regierung in Teheran 1919 sogar eine „schwarze Liste“ mit Namen von Deutschen veröffentlicht, denen die Einreise nach Iran für zehn Jahre untersagt war.<sup>11</sup>

Andererseits fühlte man sich in Iran durch die Versailler Nachkriegsordnung ebenfalls benachteiligt und konnte somit demnach Verständnis für die deutsche Verbitterung aufbringen. Was aber vor allem zählte und für eine rasche Normalisierung der Beziehungen sprach, war das beiderseitige Interesse, den Handelsaustausch zu fördern, um die Wirtschaft zu beleben und damit gleichsam eine politische Stabilisierung zu erreichen. Die ehrgeizigen Entwicklungsvorhaben, mit denen Irans Führung das Land aus orientalischer Rückständigkeit in „moderne Zeiten“ führen wollte, boten hier zusätzlichen Anreiz, vermittelten sie doch einen beachtlichen Bedarf an Industriewaren und Dienstleistungen, der neben größeren Aufträgen auch Folgegeschäfte erwarten ließ.

Nach längerer politisch-diplomatischer Abstinenz kehrte mit Rudolf Sommer im Juni 1920 wieder ein deutscher Botschafter nach Teheran zurück.<sup>12</sup> Ihm folgte im Januar 1923 Werner Friedrich Graf von der Schulenburg, der diesen Posten bis zum Juli 1931 bekleidete.<sup>13</sup> Durch ihre geschickte Vermittlung bekam das deutsche ökonomische Können und Wissen alsbald wieder Zugang zum iranischen Markt, wenn auch nicht zu allen Be-

---

10 H.-U. Seidt, Berlin, Kabul, Moskau. Oskar Ritter von Niedermayer und Deutschlands Geopolitik, München 2002, S. 133.

11 Ebenda, S. 142.

12 Heinrich Prinz von Reuss hatte seinen Botschafterposten in Iran im Juli 1916 notgedrungen räumen müssen. Vgl. Ansari (Anm. 1) S. 40.

13 1934 wurde Graf von der Schulenburg zum deutschen Botschafter in Moskau berufen, wo er bis zum Ausbruch des Krieges im Juni 1941 blieb.

reichen. Der Erdölsektor blieb verschlossen. Gegen die Allmacht der APOC, die sich wie ein Staat im Staate gebärdete, kam man nicht an.

Zu Domänen deutschen Wirtschaftsengagements wurden hier vor allem die verkehrstechnische Erschließung und der industrielle Aufbau. Selbst auf dem Gebiet der Finanzen kam man zum Zug. Mit Hilfe deutscher Bankiers rief Reza Schah 1928 die National-Bank Irans ins Leben und übertrug ihr anschließend das Recht zur Notenemission, das bis dahin die britisch beherrschte Imperial Bank of Persia besaß.<sup>14</sup> Im gleichen Jahr – die Weltwirtschaft war noch auf Konjunkturtief – verfügte Reza Schah die Aufhebung aller Verträge mit dem Ausland, in denen Kapitulationsrechte zur Anwendung gelangt und verbrieft worden waren. Der eingangs erwähnte deutsch-persische Vertrag vom 11. Juni 1873 fiel mit darunter. An seine Stelle trat am 17. Februar 1929 ein neues Vertragswerk.<sup>15</sup> Trotz einzelner beachtlicher Fortschritte machte Deutschland als Wirtschaftspartner Irans insgesamt gesehen aber nur allmählich Plätze gut. 1932/33 belief sich Deutschlands Anteil am iranischen Außenhandel auf lediglich acht Prozent. Deutlich davor rangierten die Sowjetunion (28), Großbritannien nebst Empire (23) und die USA (12 Prozent).<sup>16</sup>

Ein deutsches Engagement für iranische Belange im politischen Bereich gab es dagegen so gut wie nicht. In Berlin hielt man sich damit tunlichst zurück. Auf keinen Fall wollte man es sich mit der Regierung in London verderben. Irans primäre Sorgen – und damit auch der Bedarf an „guten Diensten“ – waren aber in Bereichen angesiedelt, wo der britische Einfluss dominierte. Ganz vorne an standen dabei die APOC<sup>17</sup>, Irak<sup>18</sup> und Bahrain<sup>19</sup>.

---

14 Vgl. Ansari (Anm. 1), S. 17.

15 Ebenda, S. 16.

16 Ebenda, S. 17-18.

17 Am 27. November 1932 verfügte die iranische Regierung einseitig die Aufkündigung der mit der APOC bestehenden Konzessionsvereinbarung, die bis 1961 Gültigkeit besitzen sollte. Britischerseits reagierte man prompt auf diese Entscheidung, indem man zum einen zusätzliche Kriegsschiffe in den Persischen Golf beorderte und zum anderen den entflammten Disput an den Völkerbund zur Klärung delegierte. Eduard Beneš, der spätere tschechoslowakische Präsident, damals als Vertreter seines Landes beim Völkerbund tätig, wurde beauftragt, in dem britisch-iranischen Disput als Vermittler zu wirken. Nach zähen Verhandlungen konnte am 29. April 1933 ein neuer Vertrag zwischen der Regierung in Teheran und der APOC geschlossen werden, der bis 1993 in Kraft bleiben sollte. Geeignet wurde sich auf eine Verkleinerung des Konzessionsgebietes und eine Erhöhung des iranischen Gewinnanteils. Außerdem versprach der Vorstand der APOC, das Personal der Gesellschaft stärker „iranisieren“ zu wollen. Vgl. A. Fredborg, Streit um Persiens Öl. In: Internationales Jahrbuch der Politik 1955, München 1 (1955), S. 37-39.

Die hier an den Tag gelegte deutsche Zurückhaltung wurde von iranischer Seite im Grunde erwidert. Eine Ausnahme gab es allerdings. Irans Vertreter beim Völkerbund, Prinz Arfa, legte Protest gegen den Locarno-Vertrag vom 16. Oktober 1925 ein; gegen jenen Vertrag, den Hitler dann am 7. März 1936 aufkündigte.<sup>20</sup>

### Iran im deutschen Kalkül nach der nationalsozialistischen Machtergreifung

Noch am Tag der nationalsozialistischen Machtergreifung, am 30. Januar 1933, versandte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard W. von

---

18 Erst nach langem Zögern und nachdem die Türkei 1927 Irak formal anerkannt hatte, rang man sich in Teheran am 20. April 1929 ebenfalls dazu durch, Irak offiziell anzuerkennen. Erster Botschafter Iraks in Teheran wurde Taufiq al-Suwaidi. Seinem Urteil zufolge waren die schlechtesten Beziehungen, die Irak in jenen Jahren zum Ausland unterhielt, jene zu Iran, auch wenn es an der Oberfläche so aussah, als wären sie herzlich und freundschaftlich. Belastet wurden die bilateralen Beziehungen in erster Linie durch die Grenzziehung und das gehandhabte Grenzregime in und zwischen den auf irakischem und iranischem Territorium gelegenen kurdischen Siedlungsgebieten, durch die Spannungen zwischen der Zentralregierung in Teheran und der vornehmlich in Khuzistan lebenden arabischen Minderheit (in Teheran war man der Auffassung, dass die Regierung in Bagdad die arabische Minderheit zur Rebellion anstiften würde) und durch die alleinige irakische Souveränität über den Grenzfluss Shatt al-Arab. Vgl. T. Y. Ismael, *Iraq and Iran, roots of conflict*, Syracuse 1982, S. 14.

19 In einem Schreiben an den britischen Botschafter in Teheran, Sir Robert Clive, stellte Irans amtierender Außenminister am 22. November 1927 klar, dass Bahrain eine iranische Besetzung darstellt. Zum Auslöser dieses Protestes war der Vertrag von Jeddah geworden, den Großbritannien mit den Sauds am 20. Mai 1927 geschlossen hatte. Im Artikel 6 des Vertrages hatte sich König Ibn Saud verpflichtet, freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu den Gebieten Kuwait und Bahrain sowie zu den Scheichs von Katar und Oman zu unterhalten, die besondere Vertragsbeziehungen mit Großbritannien hätten. Eine Kopie des Schreibens ging auch an den Generalsekretär des Völkerbundes, wo Iran seinen Anspruch auf Bahrain bekräftigte. Am 18. Januar 1928 übermittelte Großbritanniens Außenminister Sir Austen Chamberlain ein Antwortschreiben nach Teheran, in dem die von iranischer Seite erhobenen Behauptungen bezüglich Bahrains zurückgewiesen wurden. Über die britische Haltung, wonach Iran keinerlei Souveränitätsansprüche auf Bahrain besäße, wurde der Völkerbund ebenfalls informiert. Protest aus Iran kam auch 1930, als Meldungen über den Verkauf einer Erdölkonzession bezüglich Bahrains an die Standard Oil Company of California die Runde machten, und 1934, als man britischerseits daran ging, auf Bahrain (Muharraq) einen Marine- und Luftwaffenstützpunkt zu errichten. Vgl. F. Adamiyat, *Bahrain Islands, a legal and diplomatic study of British-Iranian controversy*, New York 1955, S. 194 ff.

20 Vgl. Arfa (Anm. 4), S. 199-200

Bülow, ein Rundschreiben an alle diplomatischen Vertretungen, in dem er die Missionschefs anwies, eventuellen Bedenken bezüglich künftiger deutscher Außenpolitik am besten mit dem Hinweis zu begegnen, dass der Reichsaußenminister bereits in den letzten beiden Kabinetten vertreten war und damit die „Gewähr kontinuierlicher Linie“ gegeben sei.<sup>21</sup> Am 7. April 1933 formulierte Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath im Beisein Hitlers die einzusehlagende Linie in der Außenpolitik wie folgt:

„Wir werden unsere politische Tätigkeit zunächst auf wirtschaftliche Fragen zu konzentrieren haben, um unter allen Umständen kriegerischen Verwicklungen zu entgehen, denen wir zur Zeit nicht gewachsen sind.“<sup>22</sup>

Folglich sei vorerst geboten, von jeglicher provokativen Stärkedemonstration abzusehen und nach enger Kooperation mit Großbritannien und Italien zu streben.<sup>23</sup> Hitler, dessen Haltung zu Großbritannien zwischen Abneigung und Bewunderung schwankte, glaubte anfangs offenbar fest daran, mit der Führung in London eine Art Partnerschaft eingehen und damit das bis dahin enge britisch-französische Verhältnis auflösen zu können.<sup>24</sup> Auch hielt er es für möglich, jene Streitpunkte, die seiner Meinung nach hauptsächlich das deutsch-britische Verhältnis getrübt hatten und in London Argwohn weckten, also die deutschen Seemacht- und Welthandelsambitionen, durch eine Art Selbstbeschränkung ausräumen zu können. Eine Kompensation dafür sollte schließlich die Expansion nach Osten bieten.<sup>25</sup> Abgesehen davon liebten sich die Bemühungen um Annäherung an Großbritannien bestens in die von Hitler bestimmte Friedenspropaganda einbinden, um die forcierten Rüstungsanstrengungen zu verschleiern und zu verharmlosen. Allerdings war man im Ausland nicht überall so naiv, um ihr zu verfallen. Atatürk prophezeigte 1934 in einer Unterredung mit dem amerikanischen General Douglas MacArthur, dass um 1940 in Europa ein großer Krieg ausbrechen werde, bei dem Deutschland fast den gesamten Kontinent mit Ausnahme Großbritanni-

---

21 Vgl. W. Schumann (Hrsg.), *Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im Zweiten Weltkrieg*, Berlin 1973, S. 21.

22 Ebenda, S. 21.

23 Vgl. H. Stoecker (Hrsg.), *German imperialism in Africa. From the beginnings until the Second World War*, Berlin 1986, S. 340.

24 Der britisch-französische Disput über die Ruhrbesetzung 1923 galt ihm dabei als verheißungsvolles Zeichen. Vgl. G. L. Weinberg, *Germany, Hitler, and World War II*, Cambridge u. a. 1995, S. 43.

25 Ebenda, S. 44.

ens und der Sowjetunion unter Kontrolle bekäme. Die „wirklichen Sieger“ würden dann letztlich aber doch die Sowjets sein.<sup>26</sup>

Das nationalsozialistische Buhien um die britische Gunst ließ anfangs kaum politische Konsequenzen für Iran erwarten. Hinzu kam, dass Hitler sich als „kontinentaler Denker“ betätigte und wenig Neigung verspürte, über den europäischen Tellerrand hinaus zu blicken, und wenn, dann meist in den engen Bahnen seines Rassenwahns und seiner „Lebensraum“-Philosophie, wo Iran, wenn überhaupt, nur „unter ferner liefen“ rangierte. Dennoch bekam das Land schon beizeiten einen Hauch von Veränderung zu spüren, der wenig Gutes verhiieß. Die Ernennung von Dr. Hans Smend zum neuen deutschen Botschafter, der ab Juni 1935 bis Oktober 1939 in Teheran residierte und Dr. Wipert von Blücher auf diesem Posten abgelöst hatte, war dabei das Geringste.<sup>27</sup>

Vor allem auf außenwirtschaftlichem Gebiet kam einiges in Bewegung. Nachdem am 2. August 1934 Hjalmar Schacht zum Chef des deutschen Wirtschaftsministeriums berufen worden war, folgte im Monat darauf der Übergang über zu einer Exportpolitik „um jeden Preis“, mit der vor allem die Passivsaldo abgebaut werden sollten.<sup>28</sup> Der Nah- und Mittelosthandel wurde bald primär über Tausch- und Kompensationsgeschäfte abgewickelt; im Austausch gegen agrarische Produkte, Erze und Mineralien lieferte Deutschland vorwiegend industriell gefertigte Waren und technisches Know-how.<sup>29</sup>

Deutschland stieg 1938/39 zum führenden Handelspartner Irans auf und konnte diese Position in den folgenden Jahren bis 1941 sogar noch ausbauen. Das deutsch-iranische Handelsvolumen erhöhte sich von 1932 bis 1941

---

26 Vgl. E. Weisband, *Turkish foreign policy 1943–1945. Small state diplomacy and great power politics*, Princeton 1973, S. 21.

27 Vgl. Ansari (Anm. 1), S. 40.

28 Da die Erzeugungskosten für Waren, einschließlich der für den Export bestimmten, in den meisten Ländern Südosteuropas und des Nahen und Mittleren Ostens damals über den Weltmarktpreisen lagen, zeigten sich nunmehr die deutschen Importeure bereit, auch höhere Preise zu zahlen; allerdings nicht in sogenannten Freidevisen, sondern in Verrechnungsmark, wodurch diese Länder wiederum gehalten waren, ihren Bedarf an Importen in Deutschland zu decken, und das natürlich ebenfalls zu höheren Preisen als auf dem Weltmarkt. Je mehr also diese Länder nach Deutschland lieferten und um so niedriger die Weltmarktpreise lagen, desto weniger Freidevisen bekamen sie, um auf dem Weltmarkt kaufen, was wiederum zu verstärkter Anbindung an die deutsche Wirtschaft verleitete. Vgl. Schumann (Anm. 21), S. 23.

29 Deutschlands Ein- und Ausfuhr 1929 bis 1938 vgl. H. Tillmann, *Deutschlands Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Berlin 1965, S. 18.

fast um das Sechsfache.<sup>30</sup> Mehr als zuvor strömten damit auch deutsche Fachkräfte nach Iran. Spektakuläre Entwicklungsvorhaben wie der Bau der transiranischen Eisenbahn, die vom Kaspischen Meer zum Persischen Golf führen sollte, wirkten hierbei als Magnet. Um von deutscher Mitwirkung zu künden, wurde sogar die Decke der großen Bahnhofshalle in Teheran mit großen, Hakenkreuzen ähnelnden Gebilden dekoriert.<sup>31</sup>

Selbst die Anregung, den alten offiziellen Landesnamen Persien in Iran zu ändern, soll von deutscher Seite gekommen sein.<sup>32</sup> Wirtschaftsstrategisch befand sich Iran am Ende einer Art Landbrücke, die von Deutschland über Südosteuropa bis nach Mittelasien hinein reichte, auf der nach Hitlers Vorstellung ein „Großwirtschaftsblock“ entstehen sollte, um letztlich Ausfälle kompensieren zu können, die durch Beeinträchtigung des Seehandels im Falle eines Krieges eintreten würden. Dabei galt aber eine Prioritätensetzung, bei der Iran, bedingt durch die geographische Entfernung und damit mangels militärischer Erreichbarkeit, an letzter Stelle stand.<sup>33</sup>

Dass Iran im Gefolge der nationalsozialistischen Machtergreifung gleichfalls eine Beeinträchtigung der Sicherheit drohte, bekam man in Teheran zunächst eher mittelbar zu spüren. Gerade der von den Nationalsozialisten anfangs offen zur Schau gestellte Antisowjetismus, mit dem man nicht zuletzt in London Eindruck schinden wollte, zeigte hierbei Wirkung. Am 2. September 1933 schloss die sowjetische Regierung mit dem faschistischen Italien einen Freundschaftsvertrag; ausgerechnet mit jenem Land, von dem nach Atatürks Meinung, die auch in Iran geschätzt wurde, die größte Bedrohung für die Sicherheit im Mittelmeerraum ausging.<sup>34</sup>

Überhaupt, nachdem sich Stalin 1929 faktisch zum Alleinherrscher profiliert hatte, machte sich bald eine Trübung in Verhältnis zu beiden Nachbarn im Süden, Türkei und Iran, bemerkbar. Erst recht dann im Gefolge der „Säuberungen“, die als Zeichen zunehmender Brutalisierung nach innen nicht nur in Ankara und Teheran wachsende Unberechenbarkeit nach außen erwarten ließen. Um sich davor zu wappnen, kamen am 8. Juli 1937 auf Initiative Reza Shahs Vertreter der Türkei, Iraks, Irans und Afghanistans in Saadabad zusammen und unterschrieben dort einen Freundschaftspakt (Saadabad-Pakt), der in starkem Maße sicherheitspolitische Belange tangierte,

---

30 Vgl. Ansari (Anm. 1), S. 18.

31 Vgl. H. Katouzian, *Musaddiq and the struggle for power in Iran*, London/New York 1990, S. 37.

32 Vgl. ebenda, S. 37.

33 Vgl. Schumann (Anm. 21), S. 28.

34 Vgl. R. Collier, *Mussolini. Aufstieg und Fall des Duce*, München 1995, S. 492.

aber dennoch nicht zur gegenseitigen militärischen Hilfeleistung im Falle der Aggression verpflichtet.<sup>35</sup>

Was die Führung in London im Zuge ihrer Appeasement-Politik beizusteuern wusste, taugte auch nicht sonderlich, um die wachsenden sicherheitspolitischen Bedenken und Befürchtungen zu zerstreuen. Für Furore sorgte dagegen Präsident Roosevelt, als er am 14. April 1939 eine Botschaft an Hitler und Mussolini richtete, in der er beide Staatsmänner aufforderte, eine zehnjährige Nichtangriffsgarantie für 31 namentlich genannte Staaten, darunter die Türkei und Iran, zu geben.<sup>36</sup>

Aber wie schon bei der im Jahr zuvor auf amerikanische Initiative hin veranstalteten Évian-Konferenz wurde auch hier das gut gemeinte Anliegen durch schlechte politisch-diplomatische Vorbereitung und Umsetzung nahezu ins Gegenteil verkehrt. Einmal mehr bekam das Hitler-Regime Gelegenheit, in puncto Friedenspropaganda alle Register zu ziehen und bei den Regierungen der genannten Länder direkt nachzufragen, ob man sich denn überhaupt von Deutschland bedroht fühle. Im Falle Irans dürfte diese Vorstellung damals sicher reichlich absurd angemutet haben.

Dass das deutsch-britisch-sowjetische Beziehungsgeflecht im Begriff stand, wenn auch mit veränderten Vorzeichen, quasi erneut Konturen eines unheimlichen Dreigestirns anzunehmen, bestätigte sich für Iran spätestens nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939 und dem sowjetischen Einmarsch im Polen am 17. September 1939.<sup>37</sup> Noch im Oktober und November 1939 von türkischer und iranischer Seite unternommene Vorstöße, aus Moskau ein eindeutiges und bestehende

---

35 Vor allem subversiven Aktivitäten und secessionistischen Umtrieben sollte ein Riegel vorgeschoben werden, zumal die sowjetische Führung verdächtigt wurde, gerade auf diesem Weg Einnischung betreiben zu wollen, auch wenn aus Moskau kein Einspruch gegen den Vertragsabschluss zu vernehmen war. Vgl. Arfa (Anm. 4), S. 266.

36 Vgl. Der II. Weltkrieg. Schritt über die Grenzen, Zeitgeschichte in Wort, Bild und Ton, 1938–1941, Hamburg 1989, S. 101.

37 Um den Rücken freizubekommen und militärisch losschlagen zu können, hatte Hitler Reichsaußenminister von Ribbentrop für seine Verhandlungen in Moskau weit reichende Vollmachten gewährt, um sowjetischen Forderungen bei entsprechendem Drängen nachzugeben. Die „Überlassung“ der türkischen Meerengen und weiterer Gegenden im Süden war da offenbar schon ernsthaft erwogen worden. Nur Stalin war nicht so vermessen, stärker nachzuhaken und dies bei den Verhandlungen gleich mit auf die Tagesordnung zu setzen. Er tat bei dieser Gelegenheit „bloß“ seinen Unmut über die bisherige wankelmütige Haltung der Türken kund. Vgl. Weinberg (Anm. 24), S. 169. Vgl. F. Marzari, Western-Soviet rivalry in Turkey, 1939–1942, in: Middle Eastern Studies, 7 (5-1971) 2, S. 208.

Abmachungen ergänzendes Nichtangriffsversprechen zu bekommen, liefen ins Leere.<sup>38</sup>

Außerdem wurde Erwin C. Ettel, seines Zeichens SS-Oberführer, am 16. Oktober 1939 zum Gesandten in Teheran ernannt. Er übernahm die Geschäfte am 20. Februar 1940. Dem neuen Botschafter in Teheran oblag es, ein Deutschland zu repräsentieren, das abermals einem militärischen Abenteuerum zu verfallen schien und das dazu einem extremen Nationalismus frönte, der Grundwerte zivilisatorischer Entwicklung zu negieren suchte.

Auf den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges reagierte die iranische Regierung am 4. September 1939 wiederum mit Abgabe einer Neutralitätserklärung.<sup>39</sup> Ungeachtet dessen erwuchsen dem iranischen Außenhandel schon gleich nach Kriegsausbruch ernste Probleme, da durch die Verhängung der britischen Seeblockade deutsche Güter, die im Gegenzug für bereits gelieferte iranische Waren verschifft werden sollten, Iran kaum noch erreichen konnten.<sup>40</sup> Die Erdölförderung geriet ebenfalls ins Stocken.<sup>41</sup> Zu diesen ökonomischen Nachteilen, die die Stabilität des Regimes Reza Schahs zu beeinträchtigen drohten, und zu dem Misstrauen und Unbehagen, das die deutsch-sowjetische Annäherung in Verbindung mit dem Kriegsausbruch in Teheran ausgelöst hatte, kam noch ein anderer Umstand erschwerend hinzu: Die Haltung der kriegführenden Parteien zur Neutralität.

Wenn und sobald es den eigenen Kriegsanstrengungen nutzte, zeigte man in Berlin und Rom keinerlei Skrupel, gegen neutrale Länder rigoros vorzugehen. Aber auch in London und Paris legte man ein nicht minder gestörtes Verhältnis zur Neutralität an den Tag und schreckte ebenfalls nicht davor zurück, mit massiver Druckausübung und arglistiger Täuschung zu operie-

---

38 Arfa (Anm. 4), S. 272.

39 Vgl. G. Kirk, *The Middle East in the war. Survey of international affairs 1939–1946*, London, 1953, S. 130.

40 Abhilfe brachte hier erst der Abschluss eines neuen Handelsabkommens mit der Sowjetunion am 25. März 1940, das den Transit von Gütern aus Deutschland durch sowjetisches Territorium nach Iran gestattete. Das bis dahin gültige sowjetisch-iranische Handelsabkommen war im Juni 1938 von sowjetischer Seite bis auf weiteres ausgesetzt worden, wahrscheinlich in Reaktion auf die Inhaftierung von 53 Personen, denen die iranischen Behörden u. a. kommunistische Betätigung zur Last gelegt hatten. Vgl. ebenda, S. 130.

41 Hatte die Fördermenge 1938 noch über zehn Mio. Tonnen gelegen, so fiel sie nach dem Kriegsausbruch merklich ab, 1940 auf 8,62 Mio. Tonnen und 1941 auf nur 6,60 Mio. Tonnen. Um neue Querelen mit der iranischen Regierung zu vermeiden, fand sich die AIOC beizeiten bereit, eine Gesamtsumme von 5,5 Mio. Pfund Sterling extra zu zahlen, damit man in Teheran weiter einen Mindestbetrag von vier Mio. Pfund Sterling jährlich erhielt. Vgl. Fredborg (Anm. 17), S. 38.

ren, um entsprechendes Wohlverhalten zu erzwingen. Überhaupt schien man dort zu glauben, durch Eröffnung neuer Fronten den Krieg fernab der eigenen Grenzen ausfechten und durch Aufspaltung der ohnehin begrenzten deutschen Ressourcen eine Lähmung gegnerischer Aktivität erreichen zu können.<sup>42</sup>

Die ersten, die das zu spüren bekommen sollten, waren die Nordeuropäer. Als nächstes geriet die Türkei (und in gewisser Weise auch Iran) ins Visier, als man in London und Paris im Frühjahr 1940 ernsthaft erwog, sowjetische Erdöllager- und -förderstätten im Kaukasus und in Aserbaidshan (Grosny/Maikop, Batumi, Baku) zu bombardieren.<sup>43</sup> Der deutsche Angriff auf Frankreich und die Benelux-Länder Anfang Mai 1940 verhinderte indes die Ausführung dieses Vorhabens. In Moskau gab man sich dennoch nach Bekanntwerden dieser Pläne ziemlich erbost und war schnell dabei, vor allem türkische Stellen der Mitwisserschaft zu verdächtigen.<sup>44</sup>

### Mittelmeerstrategie und „heroische Geste“

Der „Adlertag“ hatte noch nicht begonnen und die Vorbereitungen zum Unternehmen „Seelöwe“ liefen auf Hochtouren, als Hitler am 31. Juli 1940 seinen Generälen eröffnete, dass nunmehr als nächstes die Vernichtung der Sowjetunion anstünde. Seinen Vorstellungen zufolge war der Krieg im Westen ohnehin nur das schwierige, aber nötige Vorspiel für den folgenden einfachen und schnellen Krieg gegen die Sowjetunion, wo primär der „Lebensraum“ erobert werden sollte.<sup>45</sup> Außerdem war er der Ansicht, mit dem

42 Nach Hitlers Ansicht war man britischerseits ohnehin nur darauf aus, audere für sich kämpfen zu lassen. Sobald es diese Anderen aber nicht mehr gäbe, wäre man in London wohl oder übel gezwungen, klein beizugeben und einen „Siegfrieden“ zu akzeptieren. Vgl. Weinberg (Anm. 24), S. 159.

43 Vgl. Les Documents Secrets de l'Etat-Major Général Français (Weißbuch Nr. 6), Berlin 1941, S. 50-52, Bundesarchiv Berlin (nachf. BA), Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (nachf. PAAA), 1939/41 N° 6.

44 Am 7. Juli 1940 wurde der sowjetische Botschafter in der Türkei zurückbeordert, und Befürchtungen kamen auf, dass die Türkei ein ähnliches Ultimatum von der Sowjetunion erhalten könnte, wie es Ende Juni 1940 Rumänien zugegangen war. Selbst auf britischer Seite fürchtete man, dass die sowjetische Führung der Regierung in Ankara ein Ultimatum stellen könnte. Um dem vorzubeugen und etwaigen Schaden gering zu halten riet der britische Botschafter in Moskau, Sir Stafford Cripps, den zuständigen Stellen in London zweimal, am 2. August 1940 und am 30. Oktober 1940, sogar der türkischen Regierung zu empfehlen, von sich aus der Sowjetunion Konzessionen in der Meerengen-Frage zu offerieren. Vgl. S. Deringil, The preservation of Turkey's neutrality during the Second World War: 1940, in: Middle Eastern Studies, 18 (1-1982) 1, S. 33.

45 Weinberg (Anm. 24), S. 174.

Abschuss des „sowjetischen Geiers“ auch den „amerikanischen Adler“ gehörig ins Trudeln bringen zu können.<sup>46</sup>

Einige Tage zuvor, am 20. Juli 1940, hatte Botschafter Ettl einen Bericht zur Lage in Iran verfasst und nach Berlin gesandt, in dem er konstatierte:

„Wenn die Sowjetunion die iranische Regierung und das iranische Volk durch alle möglichen Mittel unter Druck setzte und damit einen Nervenkrieg gegen Iran öffnete, so geschah es weniger in der Absicht, den Boden für territoriale Forderungen oder wirtschaftliche Konzessionen vorzubereiten, als vielmehr aus dem Wunsch, die iranische Regierung zu entscheidenden Maßnahmen gegen England zu veranlassen. ... Da sie selbst es nicht zu einem offenen Konflikt mit England kommen lassen will, zieht sie es vor, durch starken Druck auf die iranische Regierung diese zu veranlassen, gegen England vorzugehen.“<sup>47</sup>

Während sich Botschafter Ettl und andere NS-Chargen auf den ultimativen Schlagabtausch mit Großbritannien einzustellen begannen, nahm Hitler einen Kurswechsel vor, der zwar ein stärkeres deutsches Agieren auf Nebenschauplätzen ermöglichte, aber auf keinen Fall den zunächst für das Frühjahr 1941 ins Auge gefassten Vorstoß gen Osten behindern sollte.<sup>48</sup> Erst nachdem sich die Voraussetzungen für eine Landung auf den britischen Inseln deutlich verschlechtert hatten, ließ sich Hitler Ende August 1940 für Überlegungen zugunsten eines militärischen Engagements im Mittelmeerraum erwärmen, aber längst nicht in dem Maße wie es vor allem der deutschen Marineführung vorschwebte.

Am 30. August 1940 vertrat Hitler die Ansicht, dass die Entsendung zweier Panzerdivisionen zur Unterstützung des italienischen Vorgehens in Nordafrika in Verbindung mit einem Schlag gegen Gibraltar geeignet sei, um Großbritanniens Machtstellung im Mittelmeerraum völlig auszuhebeln. In Rom sah man zu diesem Zeitpunkt jedoch keinerlei Veranlassung, auf ein solches Hilfsangebot einzugehen.<sup>49</sup> Nach den schweren militärischen Schlapen in Nordafrika und in Griechenland im Dezember 1940 änderte sich diese italienische Einstellung jedoch grundlegend. Die speziell von General Alfred Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, für den Mittelmeerraum konzipierte

46 Ebenda, S. 160.

47 Politischer Bericht aus deutscher Gesandtschaft Teheran vom 20.7.1940, BA, PAAA, R 28866 (Büro Reichsaußenminister), S. 18.

48 Am 26. August 1940 befahl Hitler bereits die erste Truppenverlegung nach Osten. Zehn Infanterie- und zwei Panzerdivisionen wurden daraufhin nach Polen verlegt. Vgl. Der zweite Weltkrieg, Balkan und Afrika, Von Kreta bis El-Alamein. Die umfassende Dokumentation in Wort und Bild, Rastatt 1994, S. 21.

49 Vgl. R. G. Reuth, Entscheidung im Mittelmeer. Die südliche Peripherie Europas in der deutschen Strategie des Zweiten Weltkrieges 1940–1942, Bonn 1986, S. 23.

„Peripherie-Strategie“ musste dadurch notgedrungen in eine „Aushilfsstrategie“ abgeändert werden, blieb aber den Angriffsvorbereitungen in Richtung Osten unter- und nachgeordnet.<sup>50</sup>

Wenn sich schon keine britische Friedensbereitschaft erzwingen ließ, so sollte nach Hitlers Auffassung zumindest eine „nachhaltige Bereinigung“ der europäischen Südflanke im Vorfeld des Unternehmens „Barbarossa“ erfolgen. Überlegungen, durch die Türkei einen Durchbruch in Richtung Nahost zu unternehmen, hatte er bereits Anfang November 1940 verworfen.<sup>51</sup>

Mit verlässlichen Informationen über nächste deutsche Schritte waren Premierminister Churchill und seine Anhänger bis zum Sommer 1940 sicher nicht gerade verwöhnt worden. Von Hitlers „Kurswechsel“ dürfte man in London aber beizeiten erfahren haben; auch, dass es sich dabei nicht um eine Finte handelte.

Neben dem Wissen darüber, dass Hitler inmer noch auf eine Verständigung mit London hoffte und entsprechend Fühlung zu halten versuchte, wurde die Kenntnis über den in Kürze bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion fortan zum Dreh- und Angelpunkt britischer Militärplanung. Die dadurch gewonnene Atempause sollte nach Churchills maßgeblicher Meinung vor allem auf dem Balkan zur Stärkung und zum Ausbau der eigenen Positionen genutzt werden. Außerdem war er entschlossen, sich unsicherer Kantonisten an strategisch wichtigen Stellen des Empires zu entledigen.

Die britische Bereitschaft, den in Nah- und Mittelost weit verbreiteten Wunsch nach Neutralität zu respektieren und zu tolerieren, lief damit gegen Null. Die Verlegung deutscher Kampfverbände nach Nordafrika im Januar 1941 ließ an Churchills fester Überzeugung, dass man deutscherseits durch den Aufmarsch im Osten vollends gebunden sei und folglich anderorts von größeren Aktivitäten absehen müsste, aber erste Zweifel aufkommen. Der deutsche Angriff auf Jugoslawien und Griechenland und erst recht das deutsche Eingreifen in die militärischen Auseinandersetzungen in Irak im Mai 1941 dürften diese Zweifel sicher noch beträchtlich verstärkt haben bis hin zur Vermutung, möglicherweise doch einem groß angelegten Täuschungsmanöver auf den Leim gegangen zu sein. Churchill allerdings ließ sich nicht beirren, denn bei allem Wenn und Aber seiner Militärs belegten eingehende Meldungen, dass der geplante Angriff auf die Sowjetunion zwar verschoben, aber keineswegs abgesagt worden war.<sup>52</sup>

---

50 Ebenda, S. 22.

51 Tillmann (Anm. 29), S. 153.

52 Ende April 1941 war schon aus dem Munde des britischen Botschafters in Moskau, Sir Stafford Cripps, zu vernehmen, dass der deutsche Angriff auf die Sowjetunion

Bei diesen Weichenstellungen boten die inner irakischen Querelen im März 1941, in deren Folge Rashid Ali al-Kailani mit reichlichem Dazutun des Militärs auf den Posten des Regierungschefs gelangte, der Führung in London einen geradezu willkommenen Anlass, ein Exempel zu statuieren. Es war gerichtet gegen all jene in der Region, die nicht willens waren, bedingungslos Gefolgschaft zu leisten. Als sich dann noch die irakische Führung am 30. April 1941 infolge massiver britischer Druckausübung und im Glauben auf umfassende Hilfe von seiten der Achsenmächte zu einer unbeachteten Drohgebärde hinreißen ließ, erging britischerseits umgehend die Order zum Waffengang. Obwohl hoffnungslos unterlegen, setzten sich Teile der irakischen Armee, unterstützt von einigen Stämmen, dennoch zu Wehr. Der britischen Siegeszuversicht tat das keinerlei Abbruch, Hitlers am 3. Mai 1941 bekundete „heroische Geste“ gegenüber den Irakern dagegen schon, zumindest zeitweilig.<sup>53</sup> Militärisch gesehen erwies sich Hitlers „heroische Geste“ fraglos als Mißerfolg. Dort zu siegen, war aber auch nicht vorgesehen. Vielmehr sollte das deutsche Engagement in Irak mithelfen, abzulenken von der beabsichtigten Landung auf Kreta und dem forcierten Truppenaufmarsch im Osten. Außerdem schien es geeignet, das Vichy-Regime in offene Konfrontation mit Großbritannien zu drängen und eine Art Stellvertreterkrieg führen zu lassen, der reichlich britische Truppen bindet. Eine Rechnung, die zweifellos aufging, wenn auch nicht in allen Belangen und in dem Maße, wie man es in Berlin gern gehabt hätte.

Mit den militärischen Auseinandersetzungen in Irak hatte das Kriegsgeschehen die Grenzen Irans erreicht. Ein erstes Achtungszeichen, dass Iran in Reichweite militärischer Aktivität der Achsenmächte gekommen war, hatte Mussolinis Regia Aeronautica bereits am 19. Oktober 1940 gesetzt mit vier Bombern (SM 82), die die Raffinerie und Öldepsots auf den Bahrain-Inseln angriffen.<sup>54</sup>

---

am 22. Juni erfolgen werde. Vgl. L. Deighton/D. Biskop, *Blood, tears and folly. An objective look at World War II*, New York 1999, S. 441.

53 Oberst Werner Junck wurde zum Fliegerführer Irak berufen. Ihm oblag die Aufgabe, mit Bombern und Kampfflugzeugen auf seiten der Iraker in die Kämpfe einzugreifen und Hitlers „heroische Geste“ in die Tat umzusetzen. Insgesamt wurden vom Sonderkommando Junck 52 Einsätze mit Me 110 und 20 Einsätze mit He 111 geflogen und 172 Bomben à 50 kg abgeworfen. Darüber hinaus transportierten Flugzeuge vom Typ Ju 52 und Ju 90 etwa 100 Tonnen an Nachschub nach Irak. Mehr als 10 Kampf- und Transportflugzeuge gingen dabei verloren. Nahezu die Hälfte der eingebüßten Maschinen war durch gegnerische Flugzeuge am Boden zerstört worden. Vgl. G. Ott, 1941: Als die Luftwaffe für den Irak flog. In: *Jet & Prop*, (1991)3, S. 23-24.

54 D. Mercer (Hrsg.), *Chronicle of the Second World War*, Farnborough 1994, S. 129.

### Diplomatischer Abgesang mit fadem Beigeschmack

Anfang 1941 befand sich Iran in einer prekären sicherheitspolitischen Situation, in der sich zunehmend die Gefahr, Opfer einer Invasion zu werden, abzeichnete, hervorgerufen vor allem durch wachsende Unberechenbarkeit auf seiten der Hauptakteure Großbritannien und Sowjetunion. Waren es britischerseits vornehmlich die erlittenen militärischen Schlappe, die hier zu Buche schlugen und dem Aufkommen von Unberechenbarkeit Vorschub leisteten, so war es auf sowjetischer Seite ein Erfolgsrausch, der die Sinne zu benebeln schien und von der Aussicht lebte, im Fahrwasser deutscher militärischer Erfolge weiter strategische Vorteilssicherung betreiben und territoriale Beute machen zu können.

Im Frühjahr 1941 herrschte in Iran weithin gedrückte Stimmung. Viele Iraner rechneten mit einem sowjetischen Einmarsch in die Nordprovinzen des Landes und glaubten, dass dieser mit deutscher Billigung erfolgen würde, zumal noch die deutsche Propaganda kräftig ins Horn stieß und Reza Schah nebst Regierung ob ihrer probritischen Haltung brandmarkte.<sup>55</sup>

Truppenverlegungen an die Grenze im Norden und in den Südwesten des Landes und markige Reden in der Öffentlichkeit konnten kaum darüber hinwegtäuschen, dass sich Reza Schah und andere führende Vertreter des Regimes darauf einzustellen begannen, im Falle einer Invasion – von welcher Seite auch immer – gelassen zu bleiben, keinen ernsthaften Widerstand zu leisten und nachgiebige Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, um zuerst die eigenen Pfunde zu sichern und später beim Sieger Entschädigung, vor allem aus der Konkursmasse des Besiegten, einfordern zu können. Waffen zu verteilen, um einen Volkswiderstand zu ermöglichen, kam für sie als Alternative ohnehin nicht in Betracht, da ihr diktatorisches Regime kaum auf Rückhalt in der eigenen Bevölkerung rechnen konnte. Für die in Iran weilenden Deutschen, die sich keiner diplomatischen Immunität erfreuten, resultierte aus diesem Dilemma, in einer Falle zu sitzen, sobald der deutsche Angriff auf die Sowjetunion beginnen würde.

---

55 Bereits Ende September 1939 machten Meldungen die Runde, dass es auf sowjetischer Seite entlang der Grenze zur Türkei und Iran verstärkte militärische Betriebsamkeit gäbe, was der britische Geheimdienst sogar bestätigte. In Anbetracht der polnischen Tragödie fürchtete man nicht von ungefähr, dass eine ähnliche deutsch-sowjetische Vereinbarung auch bezüglich Irans getroffen werden könnte. Vgl. R. A. Stewart, *Sunrise at Abadan. The British and Soviet invasion of Iran, 1941*, New York 1988, S. 16-17 und. Arfa (Anm. 4), S. 272.

Die Nachricht vom deutschen Einfall in die Sowjetunion nahmen viele Iraner mit Erleichterung auf und hielten mit Schadenfreude nicht hinterm Berg.<sup>56</sup> Prodeutsch war das aber mitnichten. Im Gegenteil, durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion kam schlagartig wieder jene Konstellation im deutsch-britisch-russischen (sowjetischen) Beziehungsgeflecht zustande, die in Verbindung mit dem ersten Weltkrieg Iran schon Unheil beschert hatte. Die Invasionsgefahr schwand nicht, sie wurde vielmehr akuter denn je. Die Würfel dazu waren ohnehin längst gefallen, und zwar auf britischer Seite, was Reza Schah als auch Botschafter Ettel wußten.<sup>57</sup>

Dass man britischerseits nicht sofort zur Tat schritt, sondern zögerte und erst nach einer Verständigung mit den Sowjets strebte, lag gewiss nicht am Respekt vor der Roten Armee.<sup>58</sup> Die schon im Januar 1920 vorgenommenen Planungen zum Aufbau von Verteidigungslinien über den Norden Irans hinaus dürften dabei mehr ins Gewicht gefallen sein. Denn was damals unmöglich erschien, ließ sich jetzt unter Zuhilfenahme von Rotarmisten offenbar verwirklichen. Außerdem war man britischerseits fest entschlossen, die sowjetischen Erdölfelder und -anlagen im Kaukasus und in Aserbaidschan zu zerstören, ob nun mit sowjetischer Billigung und Hilfe oder ohne, sobald deutsche Truppen in ihrer Nähe auftauchen würden. Entsprechend traf man auch Vorkehrungen zur Infiltration mit „Fachkräften“.<sup>59</sup> Um damit aber schnellstmöglich zu Rande zu kommen, denn wegen des deutschen Vormarschtempos schien Eile geboten, war völlige Bewegungsfreiheit auf iranischem Boden vonnöten.

Das gemeinsame Interesse an der Unterbindung subversiver Agenten-Aktivitäten auf iranischem Boden wurde schließlich zur offiziellen Formel britisch-sowjetischer Verständigung und Vorgehensweise mit Kurs auf Invasion. Die Anwesenheit zahlreicher Deutscher in Iran bildete so gesehen einen trefflichen Aufhänger, um Verdächtigungen bezüglich „fünfter Ko-

---

56 Arfa (Anm. 4), S. 272.

57 Sowohl von ägyptischer Seite als auch aus berufenem irakischem Munde gingen Reza Schah Ende Juni/Anfang Juli 1941 glaubhafte Informationen zu, denen zufolge ein britischer Vorstoß nach Iran, vornehmlich zur Besetzung der Erdölfördergebiete im Südwesten, inzwischen beschlossene Sache sei und in Bälde erfolgen würde. Vgl. Telegramm aus Teheran Nr. 565 vom 3.7.1941 und Telegramm aus Teheran Nr. 643 vom 17.7.1941, BA, PAAA, R 28866, S. 76-77, 82-83.

58 In London schätzte man nach dem deutschen Einfall, dass die Roten Armee vielleicht sechs Wochen bis maximal drei Monate durchhalten würde. Entsprechend hielt sich auch die britische Bereitschaft im Unterschlud zur amerikanischen, sie mit Kriegsmaterial zu unterstützen, eher in Grenzen. Stewart (Anm. 55), S. 58.

59 B. F. Smith, *Sharing secrets with Stalin. How the Allies traded intelligence, 1941-1945*, Kansas 1996, S. 18-19.

lonne“ zu lancieren und die Regierung in Teheran unter Zugzwang zu setzen.<sup>60</sup>

Nach vorherigen separaten Aktionen, bei denen auf Gefahren deutscher Umtriebe verwiesen wurde, gingen der iranischen Regierung am 19. Juli 1941 erstmals abgestimmte Noten aus London und Moskau zu, in denen auf Ausweisung der in Iran weilenden Deutschen gedrängt wurde. In dem anschließenden diplomatischen Tauziehen zeigte sich die Regierung in Teheran zwar zum Nachgeben bereit, aber nur zögerlich, zumal auch aus Berlin Druck kam und am 6. August 1941 sogar mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht wurde.<sup>61</sup> Der in dieser Zeit von Botschafter Ettel auf Geheiß aus Berlin verfolgte Stand- und Durchhaltekurs beeindruckte die Alliierten nicht im mindesten, behinderte aber durch Verhärtung der Fronten das iranische Vorhaben, ohne direkte Brückierung einer Seite Entscheidungen hinauszuzögern und Zeit zu gewinnen, erheblich.

Am 25. August 1941 begann schließlich die alliierte Invasion Irans. Morgens um vier Uhr stießen sowjetische Truppen unter dem Kommando von General Wassilij W. Nowikow mit einer Gesamtstärke von rund 40.000 Mann über Aserbaldshan (44. und 47. Armee) und östlich des Kaspischen Meeres über Tadschikistan (53. Armee) auf iranisches Gebiet vor. Gleichzeitig überschritten britische Truppen in einer Stärke von ca. 19.000 Mann (8. und 10. indische Division, 2. indische Panzerbrigade, 9. Panzerbrigade) unter Generalleutnant Sir Edward Quinar von Irak aus die Grenze zu Iran. Eine viertel Stunde später übermittelten die Botschafter Großbritanniens und Sowjetunion der Regierung in Teheran abermals gleichlautende Noten, in

---

60 Sowjetischen Angaben zufolge hätte es in Iran 5000 bis 7000 Deutsche gegeben, von denen 4000 Agenten der deutschen Geheimdienste, der Gestapo und des Propagandaapparates gewesen wären. Außerdem wären von Jahresbeginn 1941 an nahezu 11000 Tonnen verschiedenster Waffen und Munition als Industrieausrüstungen getarnt via Türkei nach Iran geschafft worden. Ab Juli 1941 hätten sich dazu noch zahlreiche deutsche Offiziere als „Touristen“ nach Iran begeben. Selbst Admiral Canaris, der Leiter der deutschen Abwehr, soll einen Abstecher dorthin unternommen haben. Britischerseits gab man die Zahl der Deutschen mit 2000 bis 3000 an. Nach deutschen Angaben hätten bis 1939 lediglich 1050 Deutsche in Iran gearbeitet. Nach dem Kriegsausbruch wäre ihre Zahl auf 750 gesunken; 369 Frauen und Kinder mitgerechnet. Die iranischen Behörden bestätigten dies weitgehend, als sie am 9. Juli 1941 die Zahl der im Land angestellten Deutschen offiziell mit 690 bezifferten. Vgl. Kirk (Anm. 39), S. 132; P. V. Milogradov, *Bor'ba narodov Irana za nezavisimost' i demokratiju 1941–1948*, (Diss.) Moskva 1949, S. 65; *Rossijskij centr chranenija i izucenija dokumentov novejšej istorii* (Moskau), Fond 17, Opis' 128, NoNo del 1188.

61 F. Eshraghi, *Anglo-Soviet occupation of Iran in August 1941*, in: *Middle Eastern Studies*, 20 (1-1984) 1, S. 44.

denen sie im Namen ihrer Regierungen die Gründe für das militärische Vorgehen darlegten, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Irans zu respektieren versprachen und die Absicht betonten, durch iranisches Territorium eine Versorgungsroute errichten zu wollen.<sup>62</sup> Abgesehen von sporadischen Aktionen, vor allem der Marine, leisteten die iranischen Streitkräfte, die über 125.000 Mann unter Waffen hatten, kaum nennenswerten Widerstand. Reza Schahs wechselnder Gemütszustand von Apathie zu wildem Aktionismus und zurück tat dabei noch ein übriges. Zwei Tage später, am 27. August, erteilte er schließlich Befehl, das Feuer einzustellen.<sup>63</sup>

Bis dahin hatten die Alliierten eigentlich „nur“ auf Ausweisung der Deutschen bestanden. Ab dem 5. September war davon nicht mehr die Rede. Neben dem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland und anderem mehr forderten sie nun von der iranischen Führung die Auslieferung von namentlich aufgeführten Deutschen, wohlwissend, dass sie danach in deutschen Augen restlos kompromittiert wäre und gänzlich verspielt hätte. Botschafter Ettl, der davon am 9. September offiziell erfuhr, konnte zwar noch eine Fristverlängerung erwirken, musste am Ende aber dennoch nachgeben. Am Morgen des 13. Septembers begann die Übersteilung.<sup>64</sup> Vier Tage später, nachdem noch ein letztes Telegramm<sup>65</sup> nach Berlin abgeschickt worden war, reiste er in Begleitung des schwedischen Konsuls und fünf Beamten des iranischen

---

62 B. R. Kuniholm, *The origins of the cold war in the Near East*, Princeton 1980, S. 140; F. Eshraghi, *The immediate aftermath of Anglo-Soviet occupation of Iran in August 1941*. In: *Middle Eastern Studies*, 20(7-1984)3, S. 350.

63 Botschafter Ettl zufolge lag die alleinige volle Verantwortung „für den in Geschichte einzigartigen und völligen Zusammenbruch eines Landes, dessen Wehrmacht noch völlig intakt war“, bei Reza Schah. Vgl. Telegramm aus Teheran Nr. 947 vom 4.9.1941, BA, PAAA, R 28866, S. 217-218.

64 Sowjetischerseits verlangte man zunächst die Überstellung von 50 Personen. Die erste britische Liste wies 221 Namen auf. Letztlich mußte man den iranischen Behörden aber 416 Deutsche überstellen, die vom Teheraner Bahnhof aus mit Zügen nach Ahwaz (380 Personen) zu den Briten und nach Qaswin (36 Personen) zum sowjetischen Militär weitergeleitet wurden. Vgl. Telegramm aus Teheran vom 13.9.1941 und Telegramm aus Teheran vom 16.9.1941, BA, PAAA, R 28866, S. 316, 383.

65 „Herr Reichsaußenminister! Ihre letzten Worte bei meiner Abmeldung in Berlin waren: ‘Halten Sie die Fahne hoch’. Ich melde Ihnen, daß die von einer Meute sadistischer, haßerfüllter Feinde eingekesselte Gesandtschaft durch schnöden Verrat einer feigen, erbärmlichen, iranischen Regierung heute geschlossen werden mußte. Wenn die Fahne des Reiches jetzt vorübergehend nicht über diesem Hause wehen kann, so versichere ich, daß jeder von uns die Fahne des Führers in seinem Herzen und in seinen Taten hochhält.“ Telegramm aus Teheran Nr. 53 vom 16.9.1941, BA, PAAA, R 28866, S. 382.

Außenministeriums mit rund 400 Frauen und Kindern und dem Botschaftspersonal im Gefolge aus Teheran in Richtung türkische Grenze ab. Das Gebäude der deutschen Botschaft hatte er zuvor in schwedische Obhut gegeben.<sup>66</sup>

Hitlers diesbezüglich geschworene Rache und die Rachegefühle anderer NS-Größen verliefen indes im Sande.<sup>67</sup> Die Kriegserklärung Irans am 9. September 1943 markierte zweifellos den Tiefpunkt in den deutsch-iranischen Beziehungen. Eindruck machte sie in Berlin jedoch nicht. Zum einen hielt man die neue iranische Führung, der Reza Shahs Sohn, Mohammad Reza, seit dem 17. September 1941 als neuer Monarch vorstand, ohnehin für eine willfährige Marionette der Alliierten, zum anderen hatte man die Kriegserklärung schon früher, unmittelbar nach dem Abschluss des sowjetisch-britisch-iranischen Bündnisabkommens vom 29. Januar 1942 erwartet. Damit, dass iranische Truppen auf Seiten der Alliierten an einer der Hauptfronten zum Einsatz kämen, brauchte man auch nicht rechnen. Außerdem konnte man, nachdem die Schlacht um den Kaukasus endgültig als verloren angesehen werden musste, zum Ende des Frühjahrs 1943 die bis dahin immer noch offen gehaltene „iranische Option“ gleichfalls getrost ad acta legen.

Obwohl die alliierte Propaganda im Nachhinein nichts unversucht ließ, die Invasion Irans als gerechtfertigt und rechtens erscheinen zu lassen, bekam man dennoch den Makel, sich übel gegen ein neutrales Land vergangen zu haben, nicht los. Wie auch? Alles, was sich als Hilfeleistung Irans für das Krieg führende Deutschland aufrechnen ließ, fiel verglichen mit dem, was man in London und Moskau diesbezüglich zu Buche stehen hatte, lächerlich gering aus. Iran und die Iraner wurden schließlich mit Gewalt für einen

---

66 Ph. W. Fabry, Entscheidung in Persien. Der britisch-sowjetische Einmarsch 1941 und das Schicksal der deutschen Kolonie, in: *Damals. Das Geschichtsmagazin*, (1986)1, S. 71.

67 Das Ansinnen, im Gegenzug in Deutschland lebende Iraner zu internieren, wurde gleich fallen gelassen, da die Mehrheit ohnehin in Opposition zum Regime in Teheran stand. Es hätte die Falschen getroffen: Auch Hitlers anfängliches Verlangen, für jeden von den Alliierten aus Iran deportierten Deutschen zehn ausgesuchte Briten von Jersey in die Pripijetsümpfe zu schicken, blieb ohne Wirkung, da zu fürchten war, dass Churchill es mit gleicher Münze heimzahlen könnte. Da sich mehr Deutsche im britischen Zugriff befanden als umgekehrt, hätte man dabei gewiss den Kürzeren gezogen. Auf Ablehnung stieß ebenfalls das mit Note über Bulgarien nach Moskau übermittelte Angebot, 194 bedeutende Sowjetbürger freilassen zu wollen, wenn man die in Iran gefangengenommenen Deutschen in die Türkei ausreisen lassen würde. Selbst der Wink mit Stalins Sohn Jakov, der am 16. Juli 1941 in deutsche Gefangenschaft geraten war, zog nicht. Stewart (Anm. 55), S. 206.

Krieg zur Kasse gebeten, den sie weder verschuldet hatten noch aus eigenen Kräften hätten abwenden können. Es brauchte sogar mehr als zehn Jahre, bis man sich in Moskau endlich bequemte, nach der Invasion „verlagerte“ iranische Gold- und Devisenbestände zurück zu erstatten.<sup>68</sup>

---

68 Im Ergebnis des am 2. Dezember 1954 geschlossenen sowjetisch-iranischen Grenz- und Finanzabkommens willigte die sowjetische Seite ein, Iran 11,5 Tonnen Gold sowie Waren im Wert von über 8,5 Mio. Dollar zu liefern. Damit wurden die iranischen Forderungen aus den Kriegsjahren als endgültig abgegolten erachtet. Vgl. Keesing's Archiv der Gegenwart, 25 (1955), S. 5034

---

## Tagungsbericht

Geschichte und Recht: gegenseitige Aneignungen.

Zum Dialog zwischen Rechtsgeschichte und Geschichtswissenschaft

Interdisziplinärer Workshop am Centre Marc Bloch am

24. Juni 2003 in Berlin

Hervorgegangen war die Idee zu einem Workshop über den Dialog zwischen Rechts- und Geschichtswissenschaft aus mehreren Veranstaltungen zur Geschichte der Humanwissenschaften am Centre Marc Bloch, in deren Verlauf zu Tage trat, dass historische Forschung oft auf rechtshistorische Fragestellungen stößt, aber nicht immer darauf genügend vorbereitet ist. Der daraus erwachsenden Idee, dem Aufeinandertreffen dieser beiden Disziplinen in einem interdisziplinären Workshop nachzugehen, widmete sich ein fünfköpfiges Organisationsteam aus JuristInnen und HistorikerInnen, die in drei Sektionen grundsätzliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Methodik, im Erkenntnisinteresse und den gegenseitigen Nutzen beider Disziplinen ergründen wollten.

*Catherine Colliot-Thélène*, die Direktorin des Centre Marc Bloch, eröffnete die Beiträge mit einem Vortrag über Recht zwischen Doktrin und Geschichte, in dem sie nach Anknüpfungspunkten für einen Dialog zwischen Recht und Geschichte suchte. Mit Hilfe der Weberschen Unterscheidung zwischen Recht als normativer Disziplin, die nach der inneren Kohärenz eines Systems von Regeln

fragt, und den historischen und soziologischen Disziplinen, die die praktische Wirkung dieser Regeln auf Verhalten und Wertbildung der Akteure analysieren, spannte sie einen Interpretationsrahmen auf, der, wie sich zeigte, für die weitere Diskussion maßgeblich sein sollte. Denn die Unterscheidung zwischen dem Recht als normativem Regelwerk und seiner Interpretation schlug anstelle einer an disziplinären Grenzen aufgehaltene Abgrenzung zwischen Geschichte und Recht (Gegenstand, Methodik, Ausbildung) eine Trennung zwischen der Rechtstheorie/ -doktrin einerseits und ihrer Auslegung und Interpretation andererseits vor, die Historiker, Soziologen, Rechtshistoriker und praktizierende Juristen gleichermaßen betreiben.

Diesen Gedanken nahm *Friese Ross* in der anschließenden Sektion *Historische Dimensionen des Arbeits- und Sozialrechts* mit seinem Beitrag zur Historiographie des Wirtschafts- und Arbeitsrechts während der Diktatur von Primo de Rivera in Spanien auf. Anhand eines Vergleichs der Gesetzgebung und Rechtsauslegung vor und während der Diktatur veranschaulichte er die Überlegung, dass das Recht kein selbstreferentielles

System von Doktrinen ist, sondern eine soziale Praxis. Nur entgehe das der Rechtswissenschaft leider zu oft mit der Wirkung, dass die historische Rechtswissenschaft zu wenig ihre impliziten Voraussetzungen und Vorannahmen reflektiere. Anhand des spanischen Beispiels nahm er die Spur genau dieser inhaltlichen und methodischen Vorannahmen auf: Erstens ist die Rechtsgeschichte oftmals ideengeschichtlich eingefärbt, weil sie der Rechtspraxis idealtypische Handlungsweisen untersfeldt, die aus den politischen Normen des jeweiligen Gesellschaftssystems hergeleitet werden ohne dabei auf die tatsächliche Rechtspraxis zu achten; so zeigt genaueres Hinsehen im spanischen Beispiel, dass das Wirtschafts- und Arbeitsrecht während der Diktatur nicht autoritär, sondern erstaunlich demokratisch verfasst war und ältere Rechtstraditionen weitgehend ungebrochen fortführte. Dies führte Ross zweitens auf Sprache und Sprachgebrauch im Recht zurück, der begrifflich standardisiert ist, so den jeweiligen Gegenstand massiv vorprägt und damit den Blick auf historische konkrete Ausformungen und Eigenheiten in der Rechtsauslegung verstellt. Drittens gibt sich die Rechtsgeschichte zumeist als eine Geschichte der Theorien, Doktrinen und Regelwerke, die anstelle sozialer Akteure (Gesetzgeber, Regierungen, Eliten, Juristen, Betroffene) die Kontinuität von Rechtsnormen und -traditionen des formalen Rechts setzt und so vor allem die eigene politische Verwicklung als „autoritäres Unrecht“ ausblendet.

Daran an schloss ein Beitrag der Historikerin *Anne-Sophie Beau* über Berufsklassifikationen in Frankreich zwischen 1939 und 1950, der unter der Frage stand, wie und warum die sozialgeschichtliche Problemstellung von Berufsklassifikationen sinnvoll mit einem Ausgriff in die Rechtsgeschichte beantwortet werden kann. Sie argumentierte, dass man mit Hilfe des Arbeitsrechts begreifen kann, wie verschiedene Berufsgruppen in dieser Zeit in Frankreich konstituiert, definiert und in eine Gehaltshierarchie gebracht wurden und entkräftete damit andere Erklärungsmodelle in der Arbeitsgeschichte, die die Innovationskraft politischer Ereignisse und die Unternehmen für die grundsätzliche Umstrukturierung der französischen Arbeitnehmerschaft in dieser Periode verantwortlich machen. So zeigte dieser Beitrag, wie konkurrierende Erklärungsansätze innerhalb einer Disziplin durch einen Blick in andere disziplinäre Klassifikations-schemata sinnvoll ergänzt und auch relativiert werden können.

Die Sektion *Strafrechtssprechung durch Laienrichter* übte den direkten Vergleich zwischen juristischer und historischer Forschung: Die Historikerin *Petra Overath* und der Jurist *Peter Collin* stellten an denselben Gegenstand, die Bedeutung von Laienrichtern im 19. Jahrhundert in Preußen und in Bayern, gleich formulierte Fragen mit dem Ziel, nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Erkenntnisgang historischer und juristischer Forschung zu suchen. Während beide zu dem Ergebnis kamen, dass die Stellung und Bedeutung der

Laienrichter in Preußen und Bayern mit strukturellen Entwicklungen im Justiz- und Rechtsapparat erklärbar sind, zeigte sich dennoch, dass der sozialhistorische Ansatz systematisch andere Erklärungsebenen bemühte als die rechtshistorische Argumentation, die viel stärker innerhalb rechtstheoretischer und -systematischer Ausführungen blieb. Stand bis dahin die Frage im Raum, ob und welche Unterschiede es zwischen historischer und rechtshistorischer Forschung noch gäbe, sobald sich beide der jeweils anderen Methodik und Perspektive ein wenig öffneten und scheinbar einander näher rückten, zeigte dieser direkte Vergleich, dass beide Disziplinen in ihrem Erkenntnisinteresse, ihrer Forschungskonzeption und im Umgang mit den Quellen auch bei gleicher Fragestellung grundsätzlich anderen Denkweisen verpflichtet sind: Sozialwissenschaftliche Fragestellungen benutzen das Recht als Instrument zur Beantwortung einer nicht originär rechtshistorischen Fragestellung, wie bei *Petra Overath* die übergeordnete Frage nach den Zusammenhängen von Gewalt und Recht. Der rechtshistorische Ansatz von *Peter Collin* kontextualisierte dagegen das rechtshistorische Erkenntnisinteresse durch Bezugnahme auf soziale und politische Faktoren, verblieb aber letztlich im Feld der Rechtswissenschaft, weil Laiengerichte im Rahmen rechtstheoretischer Streitigkeiten um Status und Relevanz von Richtertheorien betrachtet wurden.

Die dritte Sektion des Workshops *Staatskriminalität und Zeithorizonte* –

*Zwei tote Winkel der Rechts- und Geschichtswissenschaft?* vertiefte die politische Verwicklung des Rechts und seinen Beitrag bei der Aufarbeitung staatlicher Verbrechen des Nationalsozialismus und der DDR. Leitend war die Frage, inwieweit das Recht Möglichkeiten birgt diese Verbrechen zu ahnden, ohne dass ein besonderes sozial, politisch und moralisch angestoßenes Rechtswerk entworfen werden muss, das der Außerordentlichkeit der Verbrechen Rechnung trägt. *Thorsten Horstmann* sprach über die Auseinandersetzung mit bürokratischen NS-Verbrechen und dem Recht als Strategie zur Vergangenheitsbewältigung. Dazu gab er einen Rundblick über rechtswissenschaftliche Publikationen, die fragten, wie dem Recht seine Theorieimmanenz genommen und es nutzbar für außerjuristische Problembestände gemacht werden kann. Es zeigte sich, dass die dabei vorgestellten Ansätze schwer zu operationalisieren sind und sich am Rand rechtswissenschaftlichen Konsens bewegen. Der Beitrag von *Guillaume Mouralis* schloss den Workshop mit einer Reflexion über verschiedene Zeitebenen in den Strafverfahren gegen Parteifunktionäre der DDR seit 1990, um darauf hinzuweisen, dass auch Historiker bzw. Sozialwissenschaftler das Recht zu wenig als eine dem zeitlichen Wandel unterworfenen soziale Praxis wahrnehmen.

Mit der Kritik der disziplinären Selbstverständlichkeiten in Rechts- und Geschichtswissenschaft griffen beide Beiträge die eingangs formulierte Unterscheidung zwischen der

Rechtsdoktrin als Angelegenheit einer kleinen Gruppe von Rechtswissenschaftlern und ihrer Auslegung, die mehrheitlich in Wissenschaft und Praxis betrieben wird, auf. Zeigte sich wiederholt in den Vorträgen und Diskussionen, dass diese disziplinenübergreifende Unterscheidung zwischen Theorie und Auslegung auf Seiten der Rechtswissenschaftler umstritten ist, weil die Rechtsauslegung als doktrinäres Geschäft und nicht als sozial, politisch und kulturell bedingte Interpretationspraxis angesehen wird, stellte sich für die Seite der Historiker heraus, dass sie dem Recht als methodisches und systematisches Arbeitsfeld, das als ein Bündel von Rechten mit sozialer und symbolischer Definitionsmacht ausgestattet ist, zu wenig Beachtung schenken. Jedoch gelang es dem Workshop nicht, diese gegenseitigen disziplinären Vorbehalte wie auch die Möglichkeiten der Annäherung konzentriert in den Blick zu nehmen.

Vorträge und Diskussion bezogen sich nur allgemein auf das Thema der gegenseitigen Annäherung, ohne über eine grundsätzliche Verweisstruktur des Sinn und Nutzens einer Öffnung gegenüber der Nachbardisziplin hinaus Wege einer systematischen Operationalisierbarkeit hinsichtlich Methodik oder Thematik anzuzeigen. Eine Ausnahme war hier der direkte Vergleich von Vorgehen und Erkenntnisinteresse zwischen *Petra Overath* und *Peter Collin*, der anhand konkreter Ausgangsfragen Schnittflächen und definitive disziplinäre Grenzen aufzeigte. Dieses offene Konzept des Workshops, beide Disziplinen anhand von sehr unterschiedlichen Einzelarbeiten gegenüberzustellen, gab einen guten Einblick in das Themenfeld und seine Problematiken, wartet aber unbedingt auf Vertiefung und Systematisierung in einem folgenden Workshop, den die Veranstalter auch schon ankündigten.

Isabella Lühr

---

## Buchbesprechungen

**Uwe Pfullmann, Durch Wüste und Steppe. Entdeckerlexikon arabische Halbinsel – Biographien und Berichte, trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2001, 562 S.**

Von der arabischen Halbinsel wußte man in Europa schon seit der Antike in erster Linie dank der Weihrauchstraße. Auf diesem über 3000 Kilometer langen Handelsweg transportierten Kamelkarawanen seit mindestens 1000 v. Chr. bis 500 n. Chr. Gewürze und Wohlgerüche des Orients von Süd-arabien bis ans Mittelmeer. Mit diesem Fernhandel, der gleichsam als frühe Kulturbrücke zwischen Orient und Okzident fungierte, gelangte auch die Kunde von einem sagenhaft wohlhabenden Reich im Südosten der arabischen Halbinsel nach Europa, was nicht nur die Phantasie beflügelte, sondern auch allerlei Begehrlichkeiten weckte. Trotz diverser Einschränkungen und mancher Unterbrechungen infolge politischer Turbulenzen unternahmen in den folgenden Jahrhunderten Händler, Entdecker und Abenteurer immer wieder Vorstöße auf die arabische Halbinsel. Unzählige Berichte in den Bibliotheken und Archiven zeugen davon. Allerdings gerieten viele dieser Berichte rasch in Vergessenheit, und bis auf den heutigen Tag ist bei den meisten Europäern das Wissen über die arabische Halbinsel und die Entwicklung dort mit Klischees und Vorurteilen behaftet.

Dieser Urzustand und die Tatsache, daß es bis dato keine Übersicht über die Arabien-Reisenden und ihre Werke

gab, bewogen den Diplomarabisten, Historiker und ausgewiesenen Arabien-Spezialisten Pfullmann, sich dieses Themas anzunehmen. Das vorgelegte Lexikon läßt auf über 500 Seiten Erlebnisse und Erfahrungen von 277 Reisenden und Forschern, die biographisch vorgestellt und gewürdigt werden, Revue passieren. Mehr als 220 zeitgenössische Darstellungen und umfangreiches Kartenmaterial befördern zudem das Verständnis und runden das Bild trefflich ab.

Das Lexikon spricht aber nicht nur den Fachmann an. Es wendet sich ebenso an ein aufgeschlossenes, allgemein interessiertes Publikum, indem es nicht nur Einsichten in arabische Geschichte, Politik und Kultur vermittelt, sondern quasi in Interaktion zugleich auch Ereignisse und Vorgänge in der europäischen Kulturgeschichte reflektiert. Vorgestellt werden Personen, die vom 14. bis hinein ins 20. Jh. die arabische Halbinsel bereisten, die heiligen Städten Mekka und Medina besuchten, Maskat und Oman durchwanderten und den Norden wie Süden des Jemen erkundeten. Ungeachtet aller Subjektivität, die den Reiseberichten innewohnt, wird eingangs darauf verwiesen, daß die Reiseliteratur als Quelle für die Geschichte und Geographie der Region wichtig ist, zumal sie auch viele facettenreiche Informationen über soziale und Lebensaspekte und diesbezügliche Entwicklungen liefert; ein Themenbereich, der lange Zeit ob der Dominanz politischer und wirtschaftlicher Fragestellungen vernachlässigt wurde.

Unter den aufgelisteten und näher vorgestellten Personen findet man weithin bekannte Namen wie Ibn Battuta (1304–1377/78) und Marco Polo (1254–1324) sowie den berühmtesten der berüchtigtsten „Lawrence von Arabien“ (1888–1935), der als britischer Geheimdienstoffizier während des Ersten Weltkrieges sein Unwesen auf der arabischen Halbinsel trieb, und Lord Curzon (1859–1925), der als Vizekönig von Indien einiges an Anstrengungen unternahm, um die Golfregion dem britischen Herrschaftsbereich einzuverleiben. Die Mehrzahl der aufgeführten Personen dürfte aber in ihrer Eigenschaft als Arabien-Reisende selbst Kennern kaum oder gar nicht bekannt sein. Zu nennen wäre u. a. Charles Montague Doughty (1843–1926), der im Unterschied zu den meisten Forschungsreisenden jener Zeit allein und mit wenig Geld in der Tasche zu seinen Erkundungen auf der arabischen Halbinsel aufbrach. Bemerkenswert ist ebenso, daß er nicht unter der Maske eines Muslims reiste. Er verleugnete seine christlich-abendländische Herkunft nicht und scheute folglich auch nicht die offene Begegnung und Auseinandersetzung mit dem anderen Kulturkreis, zumal er noch die ganze „Macht und Herrlichkeit“ des britischen Weltreiches hinter sich zu haben glaubte.

Namentlich erwähnt werden mehr als 40 Deutsche, die vor allem in den letzten beiden Jahrhunderten ihren Fuß auf die arabische Halbinsel setzten. Die Palette ihrer Beweggründe ist ebenso breit gefächert wie die ihrer Profession. Sie reicht von Naturforschern und Archäologen über technische Fachkräfte bis hin zu Kolonialpolitikern und Geheimdienstlern. Selbst Baron Max von Oppenheim (1860–1946), der

anglo-amerikanischen Mutmaßungen zufolge der eigentliche deutsche Geheimdienstchef im Nahen Osten während des Ersten Weltkrieges gewesen sein soll, ist in dieser Auflistung vertreten.

Obgleich die männliche Dominanz in diesem Kontext allgegenwärtig ist, bleibt der Beitrag von Frauen mitnichten unberücksichtigt. Neben Gertrude L. Bell (1868–1926), die zu ihren Lebzeiten fast alle Länder des Nahen und Mittleren Ostens bereiste, und Lady Isabel Burton (1831–1896), die vornehmlich auf publizistischem Gebiet wirkte, ist es u. a. noch Freya Madeline Stark (1893–1993), die 1936 „The Southern Gates of Arabia“ veröffentlichte, die hier mit Ihrem Arabien-Bezug Eingang findet und näher vorgestellt wird.

Alles in allem bietet der Autor mit seinem Lexikon eine bemerkenswerte kulturhistorische Darstellung, aufbereitet als aufschluß- wie abwechslungsreiche Lektüre, die sich positiv abhebt von der gerade in jüngster Zeit wieder üppig wuchernden politologischen Kafeesatzleserei, was die arabische Halbinsel und die dortigen Entwicklungen betrifft.

Klaus Jaschinski

**Ulrich van der Heyden/Joachim Zeller (Hrsg.), Kolonialmetropole Berlin – Eine Spurensuche, Berlin Edition, Berlin 2002, 320 S.**

Von meinem Schreibtisch aus sehe ich die Basilika Sacré Cœur und frage mich, inwieweit sie noch für den katholischen Revanchismus nach der Kommune von 1871 steht. Für all die Touristen, die jeden Tag den Hügel hinaufpilgern, sind Montmartre und die

Basilika ein Ort Pariser Poesie, den sie mit ihren eigenen emotionalen Bedürfnissen füllen können, losgelöst von historischen Zusammenhängen; sie werden unablässig neu erschaffen als persönlicher Erinnerungsort, werden zum Auslöser individueller Verankerung. Eine verbürgte Interpretation dagegen läßt sich kaum mehr oktroyieren. Es ranken sich Geschichten um den Ort, aber er steht nicht mehr für staatlich oder konfessionell abgesicherte Geschichte, die ein vermeintlich zum Guten gewachsenes erklärt und rechtfertigt, wie nationale Geschichtsauslegung das gern hätte. Ich erinnere mich an die erste Besichtigung meiner Wohnung vor vielen Jahren: Als ich das häßliche Bauwerk unvermittelt vor mir sah, meinte ich, mit dem Mahnmahl an die Niederschlagung der Commune, in dem in ewiger Anbetung um Vergebung der Sünden der Franzosen gegen Gott und den Staat gerungen wird, nicht von Angesicht zu Angesicht leben zu können. Und nun? *Sacré Cœur* ist ein Teil des Intérieurs geworden, das meine Illusionen unterhält<sup>1</sup>, in denen sich Ferne und Vergangenheit versammeln. Die Präsenz der Basilika nährt die Melancholie der verlorenen Zeit, die das Herz zugunsten des Kopfes befreit.

Spuren, Objekte oder Orte werden zu Symbolen durch Interessen, Notwendigkeiten oder bewußtes Suchen. Nicht immer sind sie historisch unänderlich fixiert, sondern sie unterliegen den Zwecken und Deutungen der Zeitläufte. An die Stelle geschichtlichen Erinnerns tritt Mythisierung, die ständige Neu-Interpretation durch Einordnung in die Umstände von Einzelnen oder Gruppen. In Anlehnung an Maurice Halbwachs zeigt Paul Conner-ton, wie Individuen von (herrschenden)

Gruppen mit Perzeptions-Systemen versehen werden, mit deren Hilfe ihre Erinnerungen lokalisiert und gedeutet, ihnen folglich entfremdet werden. Und das bedeutet ein durch Staats- (oder Partei-) Apparate betriebenes, organisiertes Vergessen der Erinnerungen der Bürger.<sup>2</sup>

Unabhängig von zeitbedingten Verwertungen, Manipulationen oder individuellen Deutungen bleibt der historische Wahrheitsgehalt, der sich durch die Trennung von Tatsachen und Wertungen erschließt. Dies führt der Band über die Kolonialmetropole Berlin vor. Er behandelt ein Kapitel weitgehend verdrängter deutscher Geschichte – *Henning Melber* spricht von „kollektiver Amnäsie in puncto deutscher Kolonialgeschichte“ (S. 67) – die in Afrika oder im heutigen Neuguinea weit weniger vergessen sein dürfte, wenngleich dortige Erinnerungsformen ggfs. andere sind als die Europas. Doch auch in den ehemaligen Kolonien wird von politischen und wirtschaftlichen Eliten die koloniale Vergangenheit zur Absicherung ihres Hegemonialanspruchs genutzt. Vielleicht trägt der Band dazu bei, daß die Zeit von 1884 bis zum Ersten Weltkrieg als gemeinsame Geschichte der ehemals Kolonisierten und der Kolonisierenden angenommen wird und zum Dialog über den Kolonialismus beiträgt. Dazu wäre es jedoch zuerst erforderlich, die Texte ins Englische zu übersetzen, denn sonst bliebe auch das hier zusammengetragene Wissen weiterhin im ausschließenden Besitz der ehemigen Kolonialmacht.

Zu Recht sprechen die Herausgeber im Vorwort von *Spurensuche*, denn im Berlin von heute sind kaum architektonische Niederschläge der kolonialen Vergangenheit zurückgeblieben. Aber

es gelingt ihnen vorzuführen, wie man Gebäude und Denkmäler, Orts- und Straßennamen, Friedhofsgräber und Museumsexponate, Gemälde, persönliche Briefe und Archivalien, Fotos und Bücher der Zeit als Dokumente lesen und ihren geschichtlichen Kern erfragen kann. Reichstagsdebatten und Institutionen wie Lehr- und Forschungseinrichtungen, die Deutsche Kolonialgesellschaft und ihr Frauenbund werden unter die Lupe genommen. Sie zeigen, wie sich, durch Assoziation und geduldiges Nachbohren aus dem Wenigen, das übriggeblieben ist oder unter der Oberfläche weiterlebt, diese gemeinsame Geschichte erschließen läßt. Es ist eine solide, aufklärende Gegen-Geschichte über Rassismus und Kolonialherrschaft entstanden. Sie will die Mythisierung des kolonialen Projekts als ewige Wiederkehr von Kampf, Opfer, Sieg und Zivilisationsmission entlarven als „Kontinuum... totalitärer Strukturen“ (S. 68).

1871, nach dem Sieg Preußens über Frankreich, war das Deutsche Reich entstanden und damit die Aufgabe, die zentrifugal-lokalen Kräfte der Städte, Regionen und vielfachen lokalen Identitäten in eine Nation unter einem Staat zu integrieren. Es mußten nun nationale Identifikationspunkte gefunden werden. Koloniale Expansion konnte hierzu beitragen, denn Kolonialismus bedeutet Macht, Überlegenheit und Herrschaft über Andere. In einer Zeit des Übergangs in die Moderne der Industriegesellschaft mit ihren sozialen Umbruchprozessen und dem Verlust kultureller Partikularismen mußte ein übergreifendes Wir-Gefühl konstruiert werden. Die nationale Integration der Deutschen vollzog sich *auch* durch die Abgrenzung zu den Fremden, die man sich in den Kolo-

nisierten als Negativ des eigenen Bildes erschuf: „Die koloniale Erfahrung im ausgehenden 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jhs. beförderte, daß sich in Deutschland politische, juristische und intellektuelle Kriterien für eine Ordnung entwickelten, die ethnokulturelle Differenz als Rassenpolitik organisierte“, schreibt *Pascal Grosse* in seinem Beitrag über Koloniale Lebenswelten in Berlin 1885–1945 (S. 200). Von Norbert Elias wissen wir, daß sich das bürgerlich-industrielle Europa der Wende vom 19. zum 20. Jh. als *zivilisiert* betrachtete. Aber es blieb die Aufgabe, den Zivilisationsprozeß auf die *gefährlichen* Klassen – Proletarier und Bauern – sowie auf die bislang Europa nicht unterworfenen Gebiete auszudehnen. Ein solches Unternehmen verspricht nationale Größe, mit der sich auch die Gedemütigten identifizieren können. Vor allem die protestantischen Missionen zogen die Söhne aus halbproletarischen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten an; sie begaben sich zu den *Wilden* als die Vertreter der Spitze der Zivilisation. Die Daheimgebliebenen konnten den Kitzel des verführerisch Exotischen und der gottgewollten ewigen Andersartigkeit verspüren, wenn sie die Kolonial- oder Völkerschauen besuchten, ins Panoptikum gingen oder das Kolonialmuseum durchstreiften. Das auf diese Weise gefestigte Bild von den Anderen und die damit einhergehenden rassistischen Vorurteile wirken weiter im „Rassismus unserer Tage“ (S. 13).

Aber das gilt nicht uneingeschränkt. Denn bei der Durchsicht des Bandes und der abgebildeten Objekte oder Personen und den Kommentaren der Zeit fällt auf, daß sich unser Blick und unsere Einstellungen verändert haben.

Auf S. 167 ist die Porträtskizze eines kriegsgefangenen Afrikaners abgebildet, die der Maler Ernst Vollbehr im Oktober 1914 in Frankreich anfertigte. Sie ist betitelt *Ein gefangener Senegalschütze vor dem Abtransport zum Berliner Zoo*. Der Maler kommentiert, daß er „noch niemals so gemeine Negertypen gesehen habe“. Doeh sein Text steht in krassem Widerspruch zur Aussage des Bildes. Es zeigt nicht, wie der Künstler schrieb, eine *Bestie*, sondern einen hägeren, traurig-verlorenen Mann mit asketischen Gesichtszügen, der dem Betrachter eher spontane Sympathie als Furcht und Abscheu einflößt.<sup>3</sup>

Ein noch komplexerer Sicht- und Wertungswandel läßt sich an dem 1913/14 als Kolonialkriegerdenkmal und nationale Wallfahrtsstätte konzipierten Elefanten-Monument ablesen, das in Berlin aufgestellt werden sollte. Doch es wurde erst 1932 von der Deutschen Kolonialgesellschaft Abteilung Bremen gebaut und gegenüber dem Gebäude des Norddeutschen Lloyd hinter dem Hauptbahnhof errichtet, was zunächst nach einer simplen Symbiose kommerzieller und nationaler Interessen aussieht. Es erscheint dem heutigen Betrachter als Kuriosum, wengleich es 1990 zum *Anti-Kolonial-Denk-Mal* umgewidmet wurde. Die ursprüngliche Idee hingegen, daß es der „Memorierung der Gefallenen“ dienen solle, sei, wie Joachim Zeller (S. 171) sagt, nur ein Anlaß gewesen, „um koloniale Weltmachtambitionen zu demonstrieren“. Das wäre in der Tat ein mächtiges Symbol für die deutsche kollektive Psyche und den reichsweiten Geltungsanspruch des Monuments gewesen. Denn der *Mythos des Kriegserlebnisses*, dem George Mosse so eindring-

lich nachgeht, der den Opfertod der freudig für das Vaterland (bei Lange-marck) gefallenen patriotischen Jugend feiert, war konstitutiv für die Herausbildung des nationalen Gemeinschaftsmythos der Deutschen, ein heiliges Erinnern. Die Kriegstoten verpflichteter die Lebenden zum Aufbau eines starken Deutschland: „Youth and death were closely linked in that myth: youth as symbolic of manhood, virility, and energy, and death as not death at all but sacrifice and resurrection.“<sup>4</sup> Hätte man sich ein stärkeres Symbol für den deutschen Kolonial-Revisionismus ausdenken können?

Vergleichende kulturgeschichtliche Deutungen und Einordnungen sind nicht die Stärke des vorliegenden Bandes; wahrscheinlich lag dies auch nicht in der Absicht der Hrsg. Dennoch erschwert ihre Abwesenheit hier und da die Interpretation. Dies gilt etwa für das Verständnis der widersprüchlichen Rolle der Missionare,<sup>5</sup> die einerseits, wie gesagt, als arrogante Vorkämpfer der Moderne auftraten, als Repräsentanten einer aufgeklärten Welt und Erben der Achsenzeit (Karl Jaspers). Als solche brachten sie neue Kenntnisse, Verfahrensweisen, eine 'rationale' Religionsinterpretation, universelle, nicht-relativistische Werte, in deren Gefolge sie nicht selten zu Fürsprechern der lokalen Bevölkerungen gegenüber ausbeuterischen Praktiken von Wirtschafts- und Plantagensellschaften wurden. Andererseits zerstörten sie lokale Religionen, wirtschaftliche und kulturelle Praktiken und wiederholten damit das, was durch Kolonisierung und Missionierung West- und Nordeuropas vor sich gegangen war. Sie waren gleichermaßen Zerstörer und Anreger und überließen es letztlich den Koloni-

sierten, aus dem Angebot aus Neuem und Altem ihre Welt synkretistisch neu zu errichten. Das zeigte sich bereits 1886 in Berlin an dem eklektischen Modebewußtsein des Kameruner Prinzen Samson Dido, der mit seiner Kleidung aus europäischen und afrikanischen Elementen die eigenen Vorstellungen von Rang und Stil durchsetzte. (S. 149) Nicht immer blieb es bei solch friedlicher Demonstration; der Selbstbehauptungswille gegenüber den Unterdrückern manifestierte sich in nahezu allen Kolonien einschließlich des in diesem Band leider vernachlässigten Neu Guinea, in Aufständen und Kriegen.

Zeitlich erstrecken sich die Beiträge der 33. Autoren, unter denen sich kein Vertreter der ehemaligen Kolonialländer befindet, von der vorkolonialen Phase über die 'eigentliche' deutsche Kolonialzeit zwischen 1884 und 1914 bzw. 1919 bis in die Jahre der politischen Instrumentalisierung der Kolonialgeschichte zwischen den beiden Weltkriegen. Die Hrsg. wenden sich an ein weites Lesepublikum; es ist zu wünschen, daß der attraktiv mit vielen Fotos ausgestattete Band Eingang in die Schulen findet. Innerhalb der einzelnen Themenbereiche können die kurzen Beiträge unabhängig voneinander gelesen und erarbeitet werden; ihre Sprache ist klar und frei von Fachjargon. Bedauerlich ist nur, daß die Fußnoten nicht leserfreundlich am unteren Seitenrand erscheinen, sondern daß man das mühsame Umblättern auf sich nehmen muß, um sie am Ende des Bandes zu finden.

Heinz Schütte

1 W. Benjamin, *Das Passagen-Werk*, Frankfurt a. M. 1982, Bd. I, S. 52.

- 2 P. Connerton, *How Societies Remember*, Cambridge 1989.
- 3 Ein Vergleich von Emil Noldes 'Welt und Heimat. Die Südseereise 1913–1918, geschrieben 1936', Köln 1965 und seinen wunderbaren Südseebildern, Skizzen und Zeichnungen wäre aufschlußreich gewesen.
- 4 G. L. Mosse, *Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars*, Oxford 1990, S. 72-73
- 5 Vgl. hierzu den Beitrag von U. van der Heyden über Die Berliner Missionsgesellschaft, S. 63-66.
- 6 Bundesarchiv, R 9208/66, Deutsche Gesandtschaft China.
- 7 Oder ist es die Bemerkung des 'Kaiserlichen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Ministers, Herrn von Brandt' in Peking, dem der Konsul in Kanton zunächst Bericht erstattete?

**Emmanuel Todd, Weltmacht USA. Ein Nachruf, Piper Verlag, München 2003, 266 S.**

Die Irakpolitik der USA ziele darauf ab, die Welt in den Krieg zu stürzen, und noch vor einem Angriff auf den Irak könnte die Auflösung des amerikanischen Systems beginnen, unkt Emanuel Todd in seinem ein Jahr nach dem 11. September erschienenen Band. Der einstige Literaturkritiker bei *Le Monde*, der an das Nationale Institut für Demographische Studien überwechselte, läßt keine Zweifel aufkommen. Er notiert die „sichere Voraussage, daß es 2050 die Weltmacht Amerika nicht mehr geben wird“. Beeilt euch, Amerikaner, möchte man da rufen, denn in 47 Jahren ist alles vorbei. Dann jährt sich auch Todds 99. Geburtstag, fragt sich nur, ob er als großer Prophet gefeiert oder als Unkenrufer vergessen sein wird.

Heute jedenfalls macht er sich einen Namen. Sein Bestseller erscheint in elf

Sprachen. Ist dies nun Gütesiegel oder das Ergebnis einer Stimmung? Denn seine Aussagen sind oft sehr zwiespältig. Viele Unterstellungen fallen auf, noch mehr Gedanken sind unstimmig und schlecht recherchiert. Man überdenke nur die eingangs erwähnte Aussage, die US-Irakpolitik würde darauf abzielen, die Welt in den Krieg zu stürzen. Sie bedeutet doch mit anderen Worten: Im Weißen Haus sitzt ein Mann, der nur danach trachtet, einen Weltkrieg auszulösen. Umgekehrt: Außerhalb Amerikas – und natürlich in Paris – wachen die reinen Friedensengel, die alles schön in der Balance halten wollen. Reizt doch keine Diktatoren aus unbedeutenden Staaten, spielten sie die Probleme in den Vereinten Nationen herunter, denn dies könnte die (illusionäre) Harmonie der Welt stören. Wer dies wagt, wie der US-Präsident, der erhält schon jetzt einen Nachruf.

Hingegen lobt Todd all jene Berliner Opportunisten gegenüber dem Irak, die aus purem Machterhalt durch Wiederwahl Amerika in der Stunde der Not fallen ließen. Dies jubelt Todd hoch: Deutschland widersetze sich dem Krieg als Signal des europäischen Aufbruchs in die strategische Autonomie. Der Leser sieht an dieser pathetischen Überhebung Todds Strickmuster. Dank der Berliner Haltung habe Paris vor dem New Yorker Weltforum die US-Kriegspläne wirksam verzögern können. Man kann es auch anders herum sehen: Weil sich Europäer verrannt haben, gaben sie Saddam Husain grünes Licht. Dieser Krieg wurde daher unvermeidlich.

Was ist für Todd Irak? Ein ölproduzierendes Land, das von einem Diktator beherrscht wird, dessen „Bedrohungspotential nur von lokaler

Bedeutung“ ist. Und, so fährt er auf S. 170 fort, die Umstände der Aggression gegen Kuwait liegen im dunkeln, wobei nicht auszuschließen sei, daß die USA Saddam Husain zu seinem Abenteuer ermuntert hätten, da sie signalisierten, sie hätten gegen die Annexion Kuwaits nichts einzuwenden. Obwohl diese Frage zweitrangig sei (warum dann so eine unglaubliche Unterstellung?), könne als gesichert gelten, daß die Befreiung Kuwaits die USA auf eine weitere Option festgelegt habe: vornehmlich den Konflikt mit Mächten zu suchen, die über geradezu lächerliche Streitkräfte verfügen und mit dem Begriff Schurkenstaat befehgt werden können, was auf deren Boshaftigkeit und unbedeutende Größe anspiele, um mithin Amerikas Stärke zu demonstrieren. Abgesehen davon, daß Todd damit in den Chor der Liebhaber unsinniger Verschwörungstheorien einfällt, belegen solche Aussagen sehr deutlich das Niveau seines Buches.

Sicher ist vielen ein Deutschland lieber, daß nicht begeistert in einen Krieg zieht. Dazu gäbe es viel mehr als die billige Polemik und jenes Lob zu notieren, zu dem der irakische Diktator Beifall spendete. Daraus die „globale Orientierung der Europäer als Gegenpol der Amerikaner“ zu machen, wie es Todd liebt, dies ist nicht nur weit hergeholt, sondern sehr gefährlich. Denn Hauptlinien der Konfrontation erwachsen nicht zwischen Demokratien, sondern zwischen diesen und all jenen, die der Welt ihren totalitären Stempel aufdrücken wollen.

Gewiß war für Berlin eine Neupositionierung angezeigt. Das trifft gleichwohl für dessen Nah- und Mittelostpolitik zu, bei der nun das Leitparadigma von der sekundären zu einer

primären Politik wechselte, die sich direkt an den Interessen in den historischen Regionen Mitteleuropa und Naher Orient ausrichtet und nicht wie zuvor vorrangig an benachbarten Kolonial- oder konträren Weltmächten. Doch hätte dies in einer für Amerika freundlichen und nicht konfrontativen Art geschehen können, in der zudem osteuropäische und andere Länder wie die Türkei direkt und indirekt auf diesen Berliner Opportunismus verpflichtet werden sollten. Todd aber betont, die Amerikaner wären verblendet oder von Europhobie befallen.

Um dies zu untermauern, baut Todd viel Zeitungswissen ein. Dabei benutzt der Autor, der sich als Sprecher der Pariser Intellektuellen vorstellt (als ob die je einer Meinung sind), oft die Wörtchen „wir“. Wir würden nicht mehr, so beklagt er, wie die US-Wirtschaft läuft. Täglich verfolge man den Dollarkurs. Selbst Politiker wären besorgt, weshalb man Washingtons Finanzminister gefeuert habe. Aber die einfachen Gründe dafür zu erkunden, bemüht sich der Verfasser erst gar nicht. Sicherlich gibt es in Amerika viel zu verbessern, doch wo nicht?

Todd bezeugt Unverständnis und Verunsicherung im Alten Europa, das sich durch seine Einwanderung sehr verändert. Viele verkrafteten den Untergang des Kommunismus nicht, und fürchten, der Islam habe sich an die Stelle gerückt. Todd erachtete in seinem Buch *La chute finale* 1976 den Kollaps der UdSSR als möglich. Dies war keine Kunst, denn jeder, der den sowjetischen Machtbereich kannte, wußte um die unwürdigen Verhältnisse. Todd will seine Vorhersage auf die verbliebene Weltmacht erweitern. Indes verkennt er Amerika und versucht, das Defizit mit Statistiken zu

füllen, die so viel oder so wenig sagen wie alle Daten, je nach Interpretation. Paßt ihm diese nicht, fordert er gar, bestimmte Erhebungen abzuschaffen.

Vollends unhaltbar sind Todds Thesen, wonach Amerika die Welt ausbeute oder von ihr „Tribut“ abschöpfe. Er nennt es gar „Herrschafts tribut“, der nicht autoritär, sondern liberal und ganz freiwillig entrichtet werde. Dieser hänge in hohem Maße „vom guten Willen der dominanten Klassen an der beherrschten Peripherie ab, vor allem in Europa und Japan“. Seit wann zählen denn die entwickeltesten Länder zur beherrschten Peripherie und seit wann wird dieser sogenannte Tribut von den dortigen, nur allzu gutwilligen Unternehmern an die Wall Street entrichtet? Entweder bedeuten solche Zeilen eine Revolution im Denken, oder Todd nimmt es nicht so genau mit den etablierten Begriffen aus den verschiedenen Fächern.

Wohl sind ihm Theorien von Karl Marx über Tribut und Rente so fremd wie Einblicke in den amerikanischen Alltag. Aber es gab schon einmal Länder, die in Nordafrika gegen den Willen der Einheimischen Überseedepartements errichtet und dort nicht ökonomische, mit Gewalt durchgesetzte koloniale Steuern erhoben haben. Allein in solchem Kontext, nicht aber im marktwirtschaftlichen Austausch, gab der Begriff des Tributs bislang Sinn. Was müßte Todd erst über Araber schreiben, die seit Jahrzehnten Erdölrente kassieren und global umverteilen? Sie legen ihre Gelder sehr gern in Amerika an. Warum sieht er in ihnen nicht Nutznießer?

Nicht weniger oberflächlich sind andere Erklärungen, etwa: In Deutschland hätten die autoritären und inegalitären Werte der traditionellen Fami-

lie, die in jeder Generation nur einen Abkömmling zum Erben bestimme (sic!), zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen, der eine „autoritäre und inegalitäre Theorie“ wäre. Worin besteht darin die „Theorie“ und lief es in der braunen Diktatur nicht auf eine massenweise Gleichmacherei hinaus, wie inegalitär also war die „Theorie“ des Dritten Reichs? Viel mutet hier als ganz unüberlegt an.

Weder Amerikas Führung noch seine Strategen hätten den Zusammenbruch der UdSSR vorausgesehen, meint Todd. Dies ist ein Beispiel für eine jener vielen unseriösen Thesen, die er aufstellt, aber nie beweist. Denn dazu müßte er historisch arbeiten, etwa die Akten von Administrationen durchsehen. Hierbei würde er darauf stoßen, daß Ronald Reagan Mitte 1982 eine Direktive unterschrieb, die Wahrscheinlichkeiten eines Zusammenbruchs der Sowjetunion von innen her und die Risiken für Amerika analysieren ließ. Ein halbes Jahr später sah es dieser Präsident als eines seiner Hauptziele an, eine Offensive für einen evolutionären Wandel des sowjetischen Systems zu starten. Aber dies paßt nicht in Todds Verruf.

Die nächste Etappe der Auflösung des amerikanischen Systems wäre die

„Annäherung zwischen Europa und Rußland, um den Gegenpol zu bilden und Amerikaner aufzuhalten“. Abgesehen davon, das Rußland zu Europa zählt, und daß diese Integration wünschenswert ist, scheint hier Todds simples Denkmuster auf: Die Welt zu sehen, wie er sie sich wünscht (stets im Gleichgewicht, Harmonie und Bildung als Schlüssel zum ewigen Frieden), aber nicht, wie sie ist: starkes Ungleichgewicht, Konflikt und Ungleichmäßigkeit allerorts als Normalzustand. Sicher tauchen weitere Weltmächte wie China und Indien auf, doch behält Amerika eine globale, wenn auch zum Glück nicht mehr einsame Rolle in der Welt.

Unentwegt geißelt Todd Amerika, das die älteste demokratische Republik errichtet hat, die sich vor Europas Wirren im 20. Jh. bewahrt und diesen Kontinent mit gerettet hat. Man möchte ihm eine längere Reise nach Amerika wünschen, möglichst über das von ihm prophezeite Ende hinaus. Ob er alsdann die Verwirrung seines Buches erkennt, das den weltweiten Hauptkonflikt nicht zwischen Demokraten und totalitären Radikalen, sondern im demokratischen Lager sucht?

Wolfgang G. Schwanitz

---

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

*Renate Dieterich*, Dr. phil., Universität Bonn, Orientalisches Seminar  
(R007D@aol.com)

*Stefan R. Hauser*, Dr. phil., Martin-Luther-Universität Halle, Institut für  
Orientalische Archäologie und Kunst (hauser@orientarch.uni-halle.de)

*Jürgen Herres*, Dr. phil., Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissen-  
schaften, Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) (Herres@bbaw.de)

*Klaus Jaschinski*, Dr. phil., Berlin (praktikantfg22@gmx.de)

*Isabella Löhr*, M.A., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien  
(loehr@uni-leipzig.de)

*Uwe Pfullmann*, Dr. phil., Gornsdorf (uwe@pfullmann.de)

*Karl Heinz Roth*, Dr. med., Dr. phil., Stiftung für Sozialgeschichte des 20.  
Jahrhunderts Bremen (k.h.roth@gmx.de)

*Heinz Schütte*, Dr. sc. pol., Soziologe, freier Forscher und Lehrbeauftragter  
am Institut für Geschichte der Universität Bremen, Paris  
(heinzschutte@hotmail.com)

*Wolfgang G. Schwanitz*, Dr. oec., Princeton/New Jersey; Deutsches Orient-  
Institut Hamburg (wgs130@juno.com)